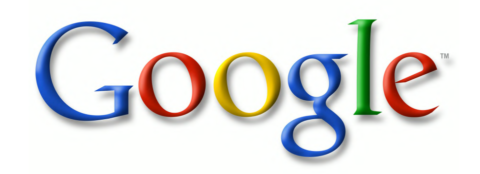





WIDENER
HN ZX8P C


Ger
2146.2
12


HARVARD
UNIVERSITY
LIBRARY

Geschichte

der drei

Volkserhebungen in Baden.

Von Gustav Struve.



Bern.
Verlag von Jenni, Sohn.
1849.

Vorwort.

Es ist immer eine schwierige Aufgabe, die Geschichte von Begebenheiten zu schreiben, welche noch nicht abgeschlossen, und deren hervorragendste Träger noch alle am Leben sind. Besonders schwierig ist diese Aufgabe aber dann, wenn der Geschichtschreiber zu gleicher Zeit auch Antheil genommen hat an den Ereignissen, die er beschreiben soll.

Ich habe mich bemüht, diese Schwierigkeiten nach Kräften zu beseitigen. Mein Streben war, ohne Nebenrücksichten dem Volke, aus dessen tiefstem inneren Leben die drei Volkserhebungen im Lande Baden hervorgegangen sind, die Wahrheit unverfälscht mitzutheilen. Auf ausgestreute Lügen und Verläumdungen habe ich keine Rücksicht genommen, dieselben mögen mich oder Andere betroffen haben, denn ihre Zahl war zu groß, als daß sie vollständig hätten gewürdigt werden können, und eine unvollständige Widerlegung hätte wohl schwerlich befriedigt. Die Schriften von Karl Heinzen*) und Ludwig

*) Einige Blicke auf die badisch-pfälzische Revolution von Karl Heinzen. Bern. Druck und Verlag von Jenni, Sohn. 1849.

Mieroslawsky konnte ich noch benützen. Weitere Druckschriften standen mir in Betreff der dritten Volkserhebung nicht zu Gebote.

In Betreff der beiden früheren Volkserhebungen benützte ich die Schriften von Hecker*), Morel**), Löwenfels, Neff und Thielemann***).

Der Verfasser.

Genf, den 12. August 1849.

---

*) Die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik, im Frühjahr 1848 von Dr. Fr. Hecker. Mit Beiträgen von Mögling, Sigel und Kaiser. Basel, 1848. Verlag von C. L. Schabelitz.

**) Die März-Revolution und der badische Aufstand von Karl Morel. St. Gallen 1848. Zweite Auflage.

***) Der zweite republikanische Aufstand in Baden von M. W. Löwenfels, F. Neff und G. Thielemann. Basel 1848. Verlag von C. A. Scherb.

Inhaltsverzeichniß.

Seite

Einleitung.

Erster Abschnitt.

Deutschland im Februar 1848.

Im Laufe eines dreiunddreißigjährigen Friedens war es den Machthabern in Deutschland gelungen, fast alle Schranken nieder zu werfen, welche die Gesetze ihnen früher gezogen hatten. Das alte deutsche Reichsstaatsrecht war in Vergessenheit gerathen. Die deutsche Bundesakte hatte nur in ihren unvolksthümlichen Bestimmungen Wirksamkeit erlangt, der deutsche Bundestag war zu einer großen Polizeianstalt für Deutschland herabgesunken. Die Verfassungen, welche die einzelnen deutschen Staaten theils aus frühern Zeiten ererbt, theils im Laufe der drei letzten Jahrzehnde neu erhalten hatten, konnten gegen die vereinte Macht der Fürsten Deutschlands dem Volke keinen Schutz bieten.

Wie im Staate, so war eine vollkommene Auflösung der Rechtsbegriffe eingedrungen in die verschiedenen untergeordneten Kreise des Volkslebens. In der Kirche und in der Schule, im Beamtenthume und im Heere, unter dem Geburtsadel und dem Geldadel, — aller Orten herrschte die Gewalt schrankenlos. Nirgends bestand mehr ein schützendes Gesetz, welches den Schwachen gegen die Uebergriffe des Mächtigen sicher stellte, oder wo ein solches Gesetz noch bestand, war es den Gewalthabern ein Leichtes, dasselbe in jedem einzelnen Falle auf die Seite zu schieben.

Während aber alle Schranken, welche das Volk vor Willkür und Gewaltthat hätten schützen können, niedergeworfen wurden, trat eine neue Macht auf den Kampfplatz, welche allen gegen sie geführten Streichen Trotz bot: Die öffentliche Meinung. Sie machte sich geltend im Kampfe mit der Censur und mit der Polizei.

Vergeblich strichen Uria und seine Genossen die kräftigsten Zeitungsartikel, umsonst schritten Dunker und seine Gehülfen in Berlin ein gegen angebliche Verschwörungen. Aus den Kerkern der politischen Gefangenen drangen dumpfe Klagetöne unter das Volk und die zunehmende Noth der besitzlosen Arbeiter machte diesen eben so zahlreichen als kraftvollen Stand empfänglich für alle Beschwerden, welche von kräftigen Männern über die sogenannte bestehende Ordnung der Dinge geführt wurden.

Die künstlich gehegten Gefühle der Liebe und Achtung für die Fürsten, den Adel und die Obrigkeit konnten nicht länger fortbestehen, nachdem das Volk über die Ursachen seiner Noth einigermaßen belehrt worden war. Die bestehende Gewalt hatte nach und nach alle anderen Stützen verloren, als diejenigen, welche der Aberglaube und die Furcht vor ihrer Macht dem Volke einflößten. Die Wortbrüchigkeit der Fürsten war zum Sprüchworte, die trügerischen Künste der Geistlichkeit zum Kinderspotte geworden. Die Brutalität der Soldaten hatte wiederholt die Entrüstung des Volkes hervorgerufen. Die Anmaßungen des Geburtsadels hatten sich bis zur Lächerlichkeit gesteigert. Die Charakterlosigkeit des Beamtenthums hatte den Glauben an Gesetz und Recht untergraben und der Wucher der Geldleute hatte die große Masse des Volkes zur Verzweiflung gebracht.

In dieser trüben Zeit, als viele minder kräftige Freiheitskämpfer nur in der Auswanderung noch Heil zu finden glaubten, — brach die Februarrevolution in Frankreich aus.

Zweiter Abschnitt.

Die französische Februar-Revolution.

Die Zustände Deutschlands waren die nothwendigen Folgen des zwischen den Fürsten Europa's bestehenden Bundes. Sie waren in der Hauptsache dieselben auch in Frankreich und den übrigen civilisirten Staaten der alten Welt. Das allgemein verbreitete Mißbehagen konnte sich daher durch das Verbot eines Bankets steigern bis zur Revolution, und diese konnte mit leichter Mühe die monarchische Spitze Frankreichs mit einer republikanischen vertauschen. An und für sich wurde durch diesen Wechsel nicht viel gewonnen. Allein das Wort Republik, die wiedererwachten Erinnerungen an die französische Revolution des vorigen Jahrhunderts, die Formel „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" — wirkten elektrisch auf alle Völker Europa's. Der Sturz des verhaßten Thrones Ludwig Philipps, welcher mit so geringer Anstrengung herbeigeführt worden war, erfüllte die Republikaner mit fester Zuversicht, und alle weniger klaren und minder entschlossenen Freiheitsmänner doch mit schwellenden Hoffnungen auf eine bessere Zukunft. Die Bevölkerung von Paris war zu Gericht gesessen über die konstitutionelle Monarchie und hatte sie für eine Lüge erklärt. Sie hatte ihrem Richterspruch durch die Fäuste von hunderttausend Proletariern Nachdruck gegeben und das ganze französische Volk genehmigte, was

zu Paris geschehen war. Das Volk hatte sich wieder einmal in seiner ganzen Größe gezeigt. Muthig und todesverachtend im Kampfe mit der verhaßten Monarchie, großherzig und mild nach errungenem Siege bewies die Bevölkerung von Paris durch die That, daß sie aus Freiheitsmännern im edelsten Sinne des Wortes zusammengesetzt sei, aus Männern, welche fähig sind für die Freiheit zu leben und zu sterben. Die Völker Europas richteten sich auf an dem großen Beispiel, das ihnen Paris gab. Sie wurden mehr oder weniger von dem Bewußtsein durchdrungen, daß auch auf ihnen ein Joch laste, nicht minder schwer, oder wohl gar noch schwerer als dasjenige, welches die Proletarier von Paris zerbrachen. Alle wurden von dem Hochgefühle durchzückt, daß auch in ihnen eine Kraft wohne, vor welcher die Tyrannen zittern müßten. Allein überall fehlte es an klarer Erkenntniß des anzustrebenden Ziels und der zu dessen Erreichung erforderlichen Mittel. Auf der andern Seite wurden die Bande gelöst, durch welche die Fürsten Europas miteinander und mit den Schergen ihrer Gewalt zu einem großen Ganzen waren vereinigt worden. Nachdem die Anhänglichkeit der Völker an ihre Fürsten und die Achtung der Bürger vor der Obrigkeit wankend geworden waren, wurde nun auch der Glaube an die Macht der Fürsten und ihrer Diener erschüttert. Ganz Europa gerieth in eine fieberhafte Aufregung. Was die feinen Diplomaten im Laufe von dreiunddreißig Jahren im Geheimen verabredet und vorbereitet hatten, war plötzlich durch einen offenen Aufstand des muthigen Volkes von Paris unhaltbar geworden. Die europäische Staatengesellschaft trat durch einen gewaltigen Sprung aus dem Kreise heraus, in welchen sie die Diplomatie gestellt hatte, und in welchem sie durch die Polizei bewacht wurde. Je inniger der Bund der Fürsten Europas gewesen war, desto tiefer wurden alle Völker durch die französische Revolution berührt und desto mehr wurde das ganze alte System der Diplomaten erschüttert. Einer

der größten Ringe in der Kette, welche die Völker Europas so lange umschlossen hatte, war gewaltsam gesprengt worden. Die Kette verlor dadurch ihren Zusammenhalt. Wohl lastete auf jedem Volke noch das Joch seines Fürsten und seiner Fürstenknechte; allein der Bund der Fürsten war gelöst. Jedes Volk sah sich jetzt nur seinen Tyrannen und nicht mehr den verbündeten Despot Europas gegenüber.

Dritter Abschnitt.

Die März-Revolution in Deutschland.

Die Kunde von der französischen Februar-Revolution brachte den lang zurückgehaltenen Groll gegen die Dränger Deutschlands in helle Flammen. Jedes Land, ja fast jede Stadt deutscher Zunge gerieth in mächtige Gährung. Das Land Baden, welches seit drei Jahrzehnden dem übrigen Deutschland die Fahne des Fortschritts vorangetragen hatte, erhob sich zuerst und stellte bestimmte Forderungen an seine Regierung. Bereits am 27. Februar, bevor noch umfassende Nachrichten über die neue Gestaltung der französischen Zustände eingetroffen waren, wurde in Mannheim eine zahlreich besuchte Bürgerversammlung abgehalten, in welcher als dringendste und sofort zu erfüllende Forderungen festgestellt wurden: Nationalvertretung durch ein deutsches Parlament, Schwurgerichte, vollständige Preßfreiheit, Volksbewaffnung und Aufhebung des stehenden Heeres. Von den vielen gerechten Forderungen des Volkes wurden diese hervorgehoben, weil man allgemein der Ansicht war, mit Hülfe der genannten Rechte leicht die noch fehlenden erkämpfen zu können. Damals traten zuerst schroff sich entgegen einerseits Mathy, Bassermann und Soiron, anderseits die entschiedenen Republikaner. Die Letzteren, unter ihnen besonders Struve, Heinrich Hoff und Dr. Hammer, drangen darauf,

daß die beschlossene Petition in zahlreicher Begleitung nach Karlsruhe an die zweite Kammer verbracht werden solle. Diesem Vorschlage widersetzten sich Bassermann und seine Freunde, jedoch ohne Erfolg. Die Masse des Volkes war von der Ueberzeugung durchdrungen, der Augenblick sei erschienen, in welchem die ewigen und unveräußerlichen Rechte der Menschheit zur Anerkennung gebracht werden könnten. An dieser Ueberzeugung scheiterten alle Versuche Bassermanns und seiner Genossen, die kaum erwachte Begeisterung des Volkes wieder einzuschläfern.

Im ganzen Lande Baden wurde die Mannheimer Petition mit Jubel aufgenommen und von allen Seiten wurde Zuzug versprochen. Am 1. März brachte ein Riesenzug mit zwei Lokomotiven zahlreiche Abordnungen von Norden und Süden nach Karlsruhe. Die Karlsruher Bürgerschaft nahm indessen keinen Antheil an dieser Kundgebung. Nur die Turner der Residenzstadt zogen in Verbindung mit einigen Heidelbergerturnern den Ankommenden freundlich entgegen. Mit schwarz-roth-goldenen Schleifen geschmückt erschienen die Mannheimer am Bahnhofe von Karlsruhe. In dem großen Saale der Bürgergesellschaft „Harmonie" fand man sich zuerst zusammen und zog von da durch die leeren Straßen der Fürsten- und Beamtenstadt.

Zum Sprecher war Struve erwählt worden. Allein die sogenannten liberalen Deputirten Badens hatten dafür Sorge getragen, daß er in der Kammer nicht zum Worte kommen konnte. Der greise Itzstein erklärte ihm, daß, wenn er nur ein Wort sprechen sollte, die ganze Kammer nicht bloß die Rechte, sondern auch die gesammte Linke sich aus dem Saale entfernen würde. Man verständigte sich dahin, daß Struve die Petition seinem Freunde Hecker im Saale der II. Kammer stillschweigend übergeben und dieser sich dieselbe aneignen sollte. Auf solche Weise wurde der beabsichtigten Kundgebung die revolutionäre Spitze abgebrochen. Dieselben Leute, welche früher so oft die Führer des Volkes aufgefordert hatten, ihren Bestrebungen

durch massenhafte Volksbewegungen Nachdruck zu geben, stellten sich jetzt auf die Seite der Regierung, als das Volk nach Karlsruhe gekommen war und an den Pforten des Ständesaales angeklopft hatte. Das Volk war nicht massenhaft genug erschienen, um die Anwendung von Gewalt räthlich zu machen. Man mußte sich daher mit denjenigen Zusagen begnügen, welche die Mitglieder der II. Kammer dem Volke ertheilten.

Am 2. März faßte die zweite Kammer fast einstimmig folgenden Beschluß:

Die Kammer verlangt:

1) Daß die Regierung sofort die provisorischen Ausnahmsgesetze, als die Karlsbader Beschlüsse vom 20. September 1819, die Frankfurter vom 30. Mai, 28. Juni und 8. November 1832, sowie die Beschlüsse der geheimen Wiener Konferenzen von 1834 als rechtsverbindlich für das Großherzogthum Baden nicht betrachte;

2) daß ungesäumt gleiche Beeidigung sämmtlicher Staatsbürger, mit Einschluß des Militärs, auf die Verfassung angeordnet werde;

3) daß alle Beschränkungen politischer Rechte aus dem Grunde, daß ein Staatsbürger einer bestimmten Konfession angehöre, aufgehoben, beziehungsweise den Ständen ein Gesetzesentwurf darüber vorgelegt werde;

4) daß ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister in der Art, daß ein Staatsgerichtshof mit Geschworenen entscheide, vorgelegt werde;

5) daß in Beziehung auf die übrigen Staatsbeamten eine vorgängige Ermächtigung des Ministeriums zur Anstellung von Klagen über Handlungen ihrer Verwaltung nicht erforderlich sei;

6) daß die Großherzogliche Regierung die Zusicherung ertheile, daß sie in nächster Bälde die Reste des Feudalwesens, insbesondere das Jagdregal, die Bürgereinkaufsgelder, sowie die Abzugssteuer der Standes- und Grundherren beseitigen werde;

7) daß Anordnungen für gerechtere Vertheilung der Staats- und Gemeindelasten, für Pflege der Gewerbsamkeit und der einfachen Arbeit getroffen werden;

8) daß die privilegirten Gerichtsstände aufgehoben werden;

9) daß eine volksthümliche Kreisverwaltung, durch geeignete Betheiligung der Bürger an derselben, eingeführt werde;

10) daß die Regierung dringend darauf hinwirken möge, daß bei der Bundesversammlung eine Vertretung des deutschen Volkes eingerichtet werde;

11) daß eine unabhängige Stellung der Richter nach den bereits früher von der Kammer gestellten Anträgen gesichert werde;

12) daß das Staatsministerium und die Stelle eines Gesandten des Großherzogthums Baden bei der Bundesversammlung nur mit Männern besetzt werde, welche das allgemeine Vertrauen des Volkes genießen.

Die Kammer setzte so an die Stelle bestimmter und tief eingreifender Forderungen, zwölf von schwankender Bedeutung, um deren Sinn sich Monate, ja Jahre lang streiten ließ. Die Führer des Volkes mußten sich übrigens zufrieden geben, da sie nicht die Macht besaßen, in Karlsruhe einen sofortigen Umschwung der Dinge herbeizuführen, und da sie überdieß noch immer hofften, es sei möglich, mit den gefeierten Abgeordneten der zweiten badischen Kammer zusammenzuwirken. Das Volk hatte damals noch nicht erkannt, daß sie alle, mit alleiniger Ausnahme Heckers, theils bloße Figuranten oder arme Schwätzer, theils Verräther seien.

Aehnliche Vorgänge wie im Lande Baden fanden in den meisten konstitutionellen Staaten Deutschlands statt. Die bestimmten Forderungen des Volkes, welche aller Orten in mehr oder minder drohender Form vorgebracht wurden, erhielten durch die Kammern schwächende Zusätze und Beschränkungen, und wurden statt zu unmittelbarer That erhoben zu werden, zum Gegenstand unendlicher Verhand-

lungen herabgewürdigt. Die Gährung der Gemüther nahm übrigens mit jedem Tage zu. Der deutsche Bundestag wurde aufgeschreckt und wandte sich in einem Aufrufe an dasselbe deutsche Volk, welches er so lange Zeit mit Füßen getreten hatte. Er nannte sich „das gesetzliche Organ der nationalen und politischen Einheit für die Erhaltung der innern und äußeren Sicherheit Deutschlands und machte das deutsche Volk aufmerksam auf „einmüthigstes Zusammenwirken der Regierungen und Völker." Solche Redensarten hatten übrigens ihre Bedeutung bei dem deutschen Volke verloren. Nicht auf den deutschen Bundestag, sondern auf ein freigewähltes deutsches Parlament setzte die Nation ihre Hoffnungen. Zur Besprechung allgemein deutscher Angelegenheiten war auf Sonntag den 5. März zu Heidelberg eine Versammlung deutscher Männer angesagt worden. Vertreten waren in derselben Oesterreich (durch Wiesner), Preußen, Baiern, Würtemberg, Baden, die drei Hessen, Nassau und Frankfurt a. M. Im Schooße dieser Versammlung traten sich zum erstenmale die Führer derjenigen Parteien gegenüber, welche sich im Laufe der mittlerweile vergangenen Zeit bestimmter gestaltet haben und durch deren Thätigkeit unzweifelhaft das Schicksal Deutschlands bestimmt werden wird. Zuerst erhob sich Heinrich von Gagern zu Gunsten eines unter dem Schutze des Königs von Preußen vereinigten Deutschlands. Ihm trat Struve entgegen, welcher unumwunden erklärte, daß er kein Heil für Deutschland sehen könne, so lange 34 Fürstenfamilien über dasselbe herrschten. Nur die föderative Republik nach dem Vorbilde der nordamerikanischen Freistaaten könne die Einheit und zu gleicher Zeit die Freiheit Deutschlands sicher stellen. Die Versammlung sprach sich weder für die eine noch die andere Ansicht aus, faßte vielmehr nur den Beschluß, eine größere Versammlung zusammen zu berufen, welcher alles weitere vorbehalten bleiben sollte. Den Ausdruck der Mehrheit der Versammlung bildet folgende von derselben erlassene Proklamation.

„Die Versammelten sprechen ihre Ueberzeugung von dem, was das Vaterland dringend bedarf, einstimmig dahin aus:

„Deutschland darf nicht durch Dazwischenkunft in die Angelegenheiten des Nachbarlandes oder durch Nichtanerkennung der dort eingetretenen Staatsveränderung in Krieg verwickelt werden.

„Die Deutschen dürfen nicht veranlaßt werden, die Freiheit und Selbstständigkeit, welche sie als ihr Recht für sich selbst fordern, andern Nationen zu schmälern oder zu rauben.

„Die Vertheidigung der Deutschen und ihrer Fürsten darf häuptsächlich nur in der Treue und dem bewährten Kriegsmuthe der Nation, nie in einem russischen Bündnisse gesucht werden.

„Die Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung ist unaufschiebbar, sowohl zur Beseitigung der nächsten inneren und äußeren Gefahren, wie zur Entwickelung der Kraft und Blüthe deutschen Nationallebens.

„Um zur schleunigsten und möglichst vollständigen Vertretung der Nation das ihrige beizutragen, haben die Versammelten beschlossen:

„Ihre betreffenden Regierungen auf das dringendste anzugehen, so bald und so vollständig als nur immer möglich ist, das gesammte deutsche Vaterland und die Throne mit diesem kräftigen Schutzwalle zu umgeben.

„Zugleich haben sie verabredet, dahin zu wirken, daß baldmöglichst eine vollständigere Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Volksstämme zusammentrete, um diese wichtigste Angelegenheit weiter zu berathen und dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten. Zu dem Ende wurden 7 Mitglieder ersucht, hinsichtlich der Wahl und der Einrichtungen einer angemessenen Nationalvertretung Vorschläge vorzubereiten und die Einladung zu

einer Versammlung deutscher Männer schleunigst zu besorgen.

Eine Hauptaufgabe der Nationalvertretung wird jedenfalls die Gemeinschaftlichkeit der Vertheidigung und der Vertretung nach Außen sein, wodurch große Geldmittel für andere wichtige Bedürfnisse erspart werden, während zugleich die Besonderheit nnd angemessene Selbstverwaltung der einzelnen Länder bestehen bleibt."

Der Siebener Ausschuß, welcher die obgenannten Grundansichten verwirklichen sollte, bestand aus folgenden Männern:

Binding I. (aus Frankfurt),
Gagern (aus Hessen),
Itzstein (als Obmann),
Römer (aus Würtemberg),
Stettmann (aus Preußen),
Welcker (aus Baden),
Willich (aus Baiern).

Die Republikaner glaubten auf Binding I., einen geborenen Republikaner, auf Itzstein, Römer und Welcker zählen zu können, und schenkten auch Gagern und Willich noch einiges Vertrauen. Allein sie täuschten sich gewaltig. Gagern, Römer, Welcker und Willich traten schon bald in die Dienste der Monarchie. Binding I. besaß keine republikanische Ueberzeugung, Itzstein war alt geworden im Dienste der konstitutionellen Monarchie, und von Stettmann hatte man niemals Geist und Kraft erwartet. Schon bald ward es den Einsichtigeren klar, daß weder die Kammern, noch diese Siebener Kommission etwas ersprießliches leisten würden. In den größeren Staaten Deutschlands, zumal in Oesterreich und Preußen, war ohnedieß der sogenannte gesetzliche Weg des Fortschritts dem Volke verschlossen. Dort erkannte man zuerst; daß nur durch die Gewalt des Volkes die Macht der Throne gebrochen werden könne.

Während Wien und Berlin sich zu mannhafter That vorbereiteten, durchwogte ein Sturm von Petitionen das

übrige Deutschland. Die meisten derselben schlossen sich an die von Baden ausgegangenen Petitionen an. Die Stadt Hanau verlangte Auflösung der Kammern, neue Zusammensetzung des Ministeriums und Preßfreiheit; die Stadt Kassel Maßregeln gegen die einbrechende Noth. Die Mainzer gaben den Karneval auf, um ihre Zeit den politischen Interessen der Gegenwart zu widmen. Die Nassauer nahmen einen besonders lebhaften Antheil an der Bewegung der Zeit. Der Bürgerausschuß von Marburg schloß sich den Forderungen der Stadt Hanau an. In Stuttgart, Ulm und Leipzig wurden die Wünsche des Volkes bestimmt und offen ausgesprochen. Der Herzog von Nassau, in dessen Abwesenheit dem Volke von seinen Ministern und seiner Mutter die gestellten Forderungen bewilligt worden waren, genehmigte Alles, was früher im Laufe dreier Jahrzehnde mit Hohn zurückgewiesen worden war. In Hessen-Darmstadt trat Heinrich v. Gagern, in Nassau Hergenhahn, in Würtemberg Römer, in Kurhessen Eberhardt aus Hanau an die Spitze der Staatsverwaltung. Der verhaßte Minister Falkenstein erhielt in Sachsen seine Entlassung. Welcker wurde an Blittersdorf's Stelle zum Badischen, Uhland zum Würtembergischen und Jordan zum Kurhessischen Bundestagsgesandten ernannt. Der Erbgroßherzog von Hessen-Darmstadt wurde zum Mitregenten erhoben. König Ludwig von Baiern trat die Krone seinem Sohne Maximilian ab.

Durch sogenannte Vertrauensmänner, welche den Bundestagsgesandten beigegeben wurden, sollten diese verhaßten Diplomaten in der öffentlichen Meinung gehoben werden. Während man durch derartige Zugeständnisse die öffentliche Meinung zu gewinnen suchte, drohte im Hohenloh'schen, Leining'schen und im Odenwalde ein Bauernkrieg zu entstehen. Ernster und bedeutungsvoller als alle diese Bewegungen waren jedoch diejenigen, welche in diesen Tagen zu Wien und Berlin ausbrachen, dort Metternich aus dem Lande trieben und hier eine neue Ordnung der Dinge hervorzurufen schienen. In Wien waren es hauptsächlich

die Studirenden, welche in Verbindung mit einem Theile der Bürgerschaft und den Arbeitern das verhaßte Joch des alten Diplomaten brachen, ohne daß dabei viel Blut vergossen wurde. In Berlin hatte der König vor Kurzem beim Schlusse der Ausschuß-Sitzungen des Landtages noch ausgesprochen: „er hätte dem Ausschuß die Periodicität des Landtages als Angebinde mitgegeben, doch dieselbe zurückbehalten, weil sie eine durch die Zeit abgerungene Concession hätte scheinen können". Wenige Tage später wurde daselbst blutig gekämpft. Vom 14. bis zum 18. März dauerte die Straßenschlacht. Am 19. Morgens war die Monarchie besiegt. Die Soldaten mußten die Stadt verlassen, doch das Volk begnügte sich mit Versprechungen, welche ihm der König ertheilte. Ein Ministerwechsel fand statt und brachte Hansemann und Camphausen in den Ministerrath.

Eine der hervorragendsten Erscheinungen der Märztage bildete unzweifelhaft die Offenburger Volksversammlung vom 19. März. Dem badischen Volke genügten nicht die schwankenden Beschlüsse seiner zweiten Kammer und die zweideutigen Zusagen seiner Regierung; und die Führer des Volkes erkannten wohl, daß nicht kleine Versammlungen von Auserwählten, sondern nur großartige Volksversammlungen kräftige Entschlüsse vorbereiten würden. Durch verschiedene Abordnungen, namentlich aus dem Oberlande, aufgefordert, veranlaßte Struve die nachfolgende Einladung:

„Die freiheitlichen Bestrebungen des badischen Volkes entbehren der Einigung. Die Aufregung äußert sich theilweise in beklagenswerthen Ausbrüchen. Die Feinde der Freiheit und des Vaterlandes treten zwar im Augenblicke nicht offen auf, können aber leicht wieder ihre Macht entwickeln. Unter diesen Umständen ist zum Schutze der öffentlichen Ordnung und der Rechte des Volkes ein Zusammentreten aller Freunde des Vaterlandes nothwendig, wenn sich nicht der

gute Geist zersplittern oder gar von feindseligen Umtrieben unterdrückt sehen soll. Von diesen Erwägungen geleitet, laden die Unterzeichneten alle badischen Staatsbürger, welche das Recht haben, Wahlmänner zu wählen, auf Sonntag den 19. l. M. Vormittags 10 Uhr zu einer allgemeinen Versammlung nach Offenburg ein, wo das Weitere berathen und beschlossen werden wird.

Karlsruhe, den 9. März 1848.

Dr. Hecker, Peter, Struve, Welcker, C. Eller, v. Itzstein, Richter, Sachs, Kapp, Val. Streuber, v. Soiron, Straub, Metz, J. P. Grohe, Heinrich Hoff."

In Folge dieser Einleitung fanden sich am 18. März in der Post zu Offenburg mehrere einflußreiche Männer des badischen Landes, unter diesen insbesondere Hecker, Fickler, Struve, Itzstein, Mathy u. A. zusammen, um sich zuvörderst darüber zu berathen, welche Anträge an die Volksversammlung gebracht werden sollten. Die erste Frage, welche zur Verhandlung kam, war die Frage der Republik. Fickler sprach sich mit Entschiedenheit dahin aus, daß die Republik ungesäumt proklamirt werden solle; allein er fand sehr wenig Unterstützung. Selbst Hecker trat ihm mit Heftigkeit entgegen. Am folgenden Morgen fand auf dem Rathhaussaale eine zweite Vorberathung statt, an welcher beiläufig hundert Männer Antheil nahmen. Hier legte Struve das von ihm ausgearbeitete Programm der Versammlung vor. Nur über einen Punkt desselben fanden erhebliche Meinungsverschiedenheiten statt, nämlich in Betreff des von Struve vorgeschlagenen Mißtrauensvotums gegen die badische Regierung. Die Mehrheit dieser vorberathenden Versammlung trat jedoch dem Antrage Struves bei, während sie sich dahin entschied, die Frage der Republik solle nicht vor die Volksversammlung gebracht werden, und die Minderheit der vorberathenden Versammlung solle sich den Beschlüssen der Mehrheit fügen.

Als kurz darauf die Volksversammlung eröffnet wurde, hielten die Republikaner das von ihnen gegebene Wort, indem sie die Frage der Republik nicht in Anregung brachten. Die Konstitutionellen dagegen brachen das ihrige, indem sie sich mit dem größten Nachdrucke gegen das von Struve vorgeschlagene Mißtrauensvotum aussprachen. Die Volksversammlung war von beiläufig 20 bis 25,000 Männern aus allen Theilen des badischen Landes besucht. Das Volk folgte den Verhandlungen mit gespannter Aufmerksamkeit und nahm sogar selbstständigen Antheil an denselben, indem aus dessen Mitte Anträge gestellt wurden, über welche sofort Abstimmung stattfand. Mit überwältigender Stimmenmehrheit wurden die in der Note folgenden Beschlüsse angenommen.*)

---

*) Die Volksversammlung zu Offenburg am 19. März 1848.

Bereits unterm 12. September v. J. stellte die Versammlung zu Offenburg die Forderungen des Volkes fest.

Sie verlangte damals schon unter andern namentlich eine volksthümliche Wehrverfassung, eine gerechte Besteurung, Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital und Abschaffung aller Vorrechte. Die Regierung hat diesen Forderungen mit Hochverrathsprozessen geantwortet, allein das Volk hat sie beim Zusammentritt des Landtags erneuert und nach dem gewaltigen Umsturze im Westen mit gesteigerter Kraft auf deren Erfüllung gedrungen. Diesem unwiderstehlichen Drange nachgebend, haben dieselben Regierungsmänner, welche die Redner der Offenburger Versammlung vom 12. September mit Hochverrathsprozessen verfolgt hatten, Zugeständnisse gemacht, deren Halbheit nur schlecht den Hintergedanken verhüllte, bei günstiger Gelegenheit, wie in den Dreißiger Jahren, die abgedrungenen Zugeständnisse zurückzunehmen und in ihr Gegentheil zu verkehren.

Das Volk hat erkannt, daß die ihm zu Theil gewordenen Zugeständnisse nicht der staatsmännischen Einsicht und dem guten Willen der Machthaber, sondern den gewaltigen Bewegungen des Volkes, der äußern Anregung der französischen Revolution und den Kundgebungen vom 1. u. 2. März dieses Jahres zuzu-

Deutlich sprach sich auf dieser Versammlung die Ueberzeugung des Volkes aus, daß von dem guten Willen der Regierung nichts zu erwarten stehe, daß vielmehr nur die Furcht vor offener Gewalt, oder aber die letztere selbst die Machthaber bestimmen würde den Bürgern ihre ewigen und

---

schreiben seien. Jeder denkende Freund des Vaterlandes erkennt klar und deutlich, daß in den Pariser Februartagen nur der Anfang einer Völkerbewegung gemacht worden sei, *welcher mit unbeweisbarer Nothwendigkeit seine Fortsetzung in allen Staaten Europa's erlangen müsse.*

Der Kampf der **Volksherrschaft** und der **Einherrschaft** hat begonnen. Deutschland, seit Jahrhunderten das große Schlachtfeld aller staatlichen und kirchlichen Kämpfe, wird auch jetzt wiederum den Zusammenstoß zwischen dem despotischen Nordosten und dem freigesinnten Südwesten Europa's am schwersten empfinden. Darum thut es noth, daß unser Vaterland bei Zeiten eine feste Stellung seinen auswärtigen und inneren Feinden gegenüber einnehme.

Es verlangt vor allen Dingen:

Ein deutsches Parlament,

welches im Großen seine Verhältnisse nach Innen und Außen kräftig ordne und frei gestalte, und dessen erste Aufgabe sein wird, der deutschen Nationalität und Selbstständigkeit Anerkennung zu verschaffen.

Was insbesondere unsere baden'schen Angelegenheiten betrifft, so erklärt die Volksversammlung von Offenburg:

I. Mehrere Mitglieder der Regierung und der größte Theil der Beamten besitzen das Vertrauen des Volkes nicht, weil Einzelnen der gute Wille, Andern die erforderliche Kraft fehlet. Das Volk kann kein Vertrauen in Männer setzen, welche vor wenigen Wochen noch als revolutionär bekämpften, was sie theilweise jetzt selbst zugestanden haben.

Es läßt sich nicht täuschen durch das Vorschieben liberaler Persönlichkeiten.

Anstößig ist dem Volke namentlich der Einfluß, welchen der Markgraf Wilhelm seit langer Zeit auf die Staatsgeschäfte überhaupt und auf das Militärwesen insbesondere ausgeübt hat. Nicht minder anstößig ist ihm der Einfluß einiger Personen aus der nächsten Umgebung des Großherzogs, welche man mit dem Namen Kamarilla zu bezeichnen pflegt.

unveräußerlichen Rechte zu gewähren. Wiederholt wurde daher die Erwartung ausgesprochen, daß wenn die Regierung den Beschlüssen der Volksversammlung nicht sofort Folge leisten sollte, Gewalt gebraucht werden müsse. Alle Anwesenden erklärten sich bereit, auf die erste Aufforderung der Führer zum Schwerte zu greifen.

II. Das Volk hat kein Vertrauen zu der ersten Kammer der Ständeversammlung, da dieselbe aus Privilegirten besteht, welche ihren Sonderinteressen das Wohl des Volkes stets geopfert haben. —

Das Volk verlangt Abhülfe gegen diesen Uebelstand vermittelst einer Reform der Verfassung.

III. Das Volk hat kein Vertrauen zu einer großen Anzahl der Mitglieder der zweiten Kammer, da dieselben durch Wahlbeherrschung und Wahlverfälschung unter dem Einfluß der Censur und der Polizei gewählt wurden, und sich als blinde Werkzeuge in den Händen jedes Ministeriums erwiesen haben. — Das Volk verlangt den Rücktritt der reaktionären und gesinnungslosen Partei der zweiten Kammer.

IV. Das Volk besitzt durchaus keine Bürgschaften für die Verwirklichung seiner Forderungen und die Begründung eines dauerhaften Zustandes der Freiheit. Es muß sich diese Bürgschaften selbst verschaffen.

Demzufolge bildet sich:

1) In jeder Gemeinde des baden'schen Landes ein vaterländischer Verein, dessen Aufgabe ist, für die Bewaffnung, die politische und sociale Bildung des Volkes, sowie für die Verwirklichung aller seiner Rechte Sorge zu tragen.

2) Sämmtliche Vereine eines Wahlbezirks bilden einen Bezirksverein, sämmtliche Bezirksvereine einen Kreisverein, die vier Kreisvereine einen Landesverein.

3) An der Spitze jedes dieser Vereine steht ein leitender Ausschuß.

4) Für jeden dieser Vereine bildet sich sofort eine Vereinskasse zur Bestreitung der nothwendigen Auslagen.

5) Alle Provinzen Deutschlands sollen aufgefordert werden, ähnliche Vereine zu bilden, und mit dem baden'schen Landesvereine in freundschaftlichen Verkehr zu treten.

V. Das Volk verlangt von der Ständeversammlung, daß sie die entschiedensten Maßregeln treffe, um zu bewirken, daß die Regierung:

Bevor sich noch die Versammelten aus Offenburg entfernt hatten, gelangte dahin die Nachricht von der Wiener Volksbewegung und dem Sturze des verhaßten Metternich. Mit unendlichem Jubel wurde diese Neuigkeit aufgenommen. Sofort ward eine Adresse an die Wiener unterzeichnet, welche dem Jubel des Volkes einen Ausdruck verlieh.

---

1) Sofort eine Verschmelzung der Bürgerwehr und des stehenden Heeres durchführe zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr.
2) Alsbald alle Abgaben abschaffe, außer den Zollvereins-Abgaben und etwa den direkten Steuern, und ihre Ausgaben decke durch eine progressive Einkommens- und Vermögenssteuer.
3) Daß sofort alle Vorrechte, welchen Namen sie tragen, abgeschafft werden.
4) Daß ungesäumt die Schule von der Kirche getrennt werde.

Vorstehende Anträge wurden der Volksversammlung vorgelegt, und von derselben mit nachfolgenden Abänderungen und Zusätzen mit überwältigender Stimmenmehrheit angenommen:

Zu I. wurde beschlossen, statt „mehrere Mitglieder der Regierung" zu setzen: „der Präsident des Kriegsministeriums."

Zu II. wurde angenommen: „das Volk will nur eine Kammer."

Zu V. 1. wurde angenommen mit der Abänderung, statt „sofort": „unverzüglich, oder auf der Stelle."

Zu V. 2. wurde angenommen mit dem Zusatze: „wir wollen eine wohlfeile Regierung, Abschaffung der Apanagen und unverdienten Pensionen."

Zu V. 4. wurde angenommen mit dem Zusatze: „die Pfaffen haben zuviel, die Lehrer zu wenig. Wir wollen gerechte Ausgleichung dieses Mißverhältnisses."

Nachdem diese Beschlüsse gefaßt waren, wurden folgende Männer zu Mitgliedern des Central-Ausschusses gewählt:

1. Unterrheinkreis.

G. Struve von Mannheim,
Heinrich Hoff von Mannheim,
Bürgermeister Winter von Heidelberg,
Junghans von Mosbach.

2. Mittelrheinkreis.

Brentano von Bruchsal,

Auf den 26. März wurden zwei weitere große Volksversammlungen nach Heidelberg und nach Freiburg i. B. ausgeschrieben. Die Beschlüsse beider Versammlungen theilen wir in der Note mit. **)

Bürgermeister Ree von Offenburg,
Rehmann von Offenburg,
Schubert von Lahr.

3. Oberrheinkreis.

Kiefer von Emmendingen,
Rotteck von Freiburg,
Torrent von Waldshut,
Weißhaar von Lottstetten.

4. Seekreis.

Würth von Konstanz,
Vanotti, prakt. Arzt von Konstanz,
Bürgermeister Emmert von Möskirch,
Grüninger von Donaueschingen.

Als Obmann:

Friedrich Hecker von Mannheim.

**) Beschlüsse der Heidelberger Volksversammlung vom 26. März 1848.

1) Annahme der Offenburger Beschlüsse.
2) Folgende neun Forderungen des Volkes:

I. Die Mehrheit der Heidelberger Versammlung ist überzeugt, daß das deutsche Volk für die nordamerikanische Verfassung reif ist und sie wünscht.

II. Daß das deutsche Parlament unter den vielen Gegenständen, welche neu zu gestalten sein werden, vor allen Dingen

1) die Verschmelzung der Bürgerwehr und des stehenden Heeres zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr;
2) die vollste Preßfreih it;
3) das Schwurgericht;
4) gleiche Berechtigung ohne Unterschied des Glaubens — anordne, überwache und leite.

III. Zu den mannigfaltigen Forderungen, welche das deutsche Volk aller Orten aufstellt, fügt dasselbe folgende hinzu:

Das Volk verlangt:

1) Sicherstellung der persönlichen Freiheit des Bürgers durch ein besonderes Gesetz (Habeas-corpus-Acte);

Die Volksversammlung von Heidelberg wurde durch die Reden Mittermaier's und Welcker's gelangweilt, wurde nicht mit Kraft und Umsicht geleitet und führte daher zu keinen entscheidenden Resultaten. An der Volksversammlung zu Freiburg im Breisgau, welche wohl 30 bis 40,000

2) vollständige Trennung der Kirche vom Staate;

3) augenblickliche Aufhebung aller, auf der Benützung von Flüssen und Straßen ruhenden Abgaben;

4) sofortige Erleichterung des Nothstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes;

Die mannigfaltigen Stiftungen und die jetzt brach liegenden Besitzungen vieler Körperschaften, so wie die Domänen des Landes bieten dazu reiche Mittel.

5) Abschaffung des Adels;

6) allgemeines Niederlassungs- und Staatsbürgerrecht in Deutschland.

IV. Das Volk erkennt in der Verwirklichung der zu Offenburg beschlossenen Organisation vaterländischer Vereine die kräftigste Bürgschaft für die Begründung eines dauerhaften Zustandes der Freiheit, und erwartet von der Vaterlandsliebe aller Deutschen, daß sie diese Organisation rasch und kräftig verwirklichen."

Beschlüsse der Freiburger Volksversammlung vom 26. März 1848.

„Das Volk verlangt Bürgschaften, daß ähnliche Schlächtereien, wie sie zu Wien und in noch weit schrecklicherem Maße zu Berlin stattfanden, sich nicht wiederholen können. Diese Bürgschaften werden ihm nur zu Theil werden, wenn das zu erwartende deutsche Parlament die Zustände Deutschlands von Grund aus verbessert.

Das deutsche Volk verlangt eine Verbesserung an Haupt und Gliedern, daher vor allen Dingen, daß das zu erwartende deutsche Parlament:

I. Die von demselben zu entwerfende neue Verfassung Deutschlands auf den Grundlagen der föderativen Republik (des republikanischen Bundesstaats) feststelle und durch eine Reihe von Gesetzen, welche ganz Deutschland gemeinsam umfassen, allen gerechten Forderungen des Volkes Genüge leiste.

II. Daß dasselbe unter den vielen Gegenständen, welche neu zu gestalten sein werden, vor allen Dingen

Männer zählte, nahm Struve Antheil. Seinem Auftreten war wohl hauptsächlich der Sieg der republikanischen Parthei zuzuschreiben. Auch zu Freiburg sprach sich das Volk entschieden dahin aus, daß Gewalt gebraucht werden müßte, falls die Regierung nicht sämmtliche Beschlüsse der Volksversammlung vollziehen würde. Als ein Redner insbesondere die Frage an das Volk richtete, „ob es sich wie ein

---

1) die Verschmelzung der Bürgerwehr und des stehenden Heeres zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr.
2) Die Preßfreiheit;
3) das Schwurgericht;
4) gleiche Berechtigung aller Bürger ohne Unterschied des Glaubens — anordne, überwache und leite.

III. Zu den mannigfaltigen Forderungen, welche aller Orten aufgestellt werden, fügt das deutsche Volk hinzu:

1) Sicherstellung der persönlichen Freiheit des Bürgers durch ein besonderes Gesetz (Habeas-corpus-Acte);
2) vollständige Trennung der Kirche vom Staate und insbesondere Uebertragung und Führung der bürgerlichen Standesbücher an die weltlichen Behörden;
3) Freigebung der Wahl der Geistlichen und Bürgermeister;
4) augenblickliche Aufhebung aller, auf der Benutzung von Flüssen und Straßen ruhenden Abgaben, sowie Aufhebung sämmtlicher, die verschiedenen Theile Deutschlands trennender Zollschranken.
5) Sofortige Erleichterung des Nothstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes, und vorzüglich Hebung des Handels, des Gewerbstandes und der Landwirthschaft. Die bisherigen ungeheuern Civillisten, Apanagen, die unverdienten und zu hohen Besoldungen und Pensionen, die mannigfaltigen Stiftungen und die jetzt brach liegenden Besitzungen vieler Körperschaften, sowie die Domänen des Landes bieten dazu reiche Mittel.

IV. Das Volk erkennt in der Verwirklichung der zu Offenburg beschlossenen Organisation vaterländischer Vereine die kräftigste Bürgschaft für die Begründung eines dauerhaften Zustandes der Freiheit und erwartet von der Vaterlandsliebe aller Deutschen, daß sie diese Organisation rasch und kräftig verwirkliche.

Mann erheben wolle, falls Hecker an seinen Schild schlagen sollte?“ erschallte ein vieltausendstimmiges donnerndes „Ja.“ Auch zu Engen, Waldshut, Stockach, Donaueschingen und an verschiedenen andern Orten des badischen Landes fanden ähnliche Volksversammlungen statt. Ueberall sprach man sich in gleichem Sinne aus, theils mit ausdrücklicher Nennung der Republik, theils ohne sich dieses Wortes zu bedienen im Geiste derselben. Nirgends wagte auch nur eine Stimme die Vertheidigung des alten Systems zu übernehmen.

Volksversammlungen, Petitionen, Deputationen, Tumulte folgten sich in bunter Mischung in den verschiedenen Theilen Deutschlands. In Schleswig-Holstein bildete sich am 24. März eine provisorische Regierung. Posen erhob sich gegen Preußen und Oberitalien gegen Oesterreich. Doch während auf der einen Seite die Völker planlos und ohne Zusammenwirkung ihrer Mißstimmung freien Lauf ließen, fingen die Fürsten schon wieder an, die Ketten auszubessern, in welche die Völker von Neuem geschlagen werden sollten. Unter mancherlei nichtigen Vorwänden wurden da und dort Truppen zusammengezogen. Proklamationen wurden erlassen, welche die Völker über den Zweck dieser Maßregeln täuschen sollten. Mit neuen Redensarten und Namen suchte man das alte Spiel zu verdecken und zu beschönigen. Nur Wenige erkannten klar und deutlich, daß die Fürsten im Jahre 1848 noch im Wesentlichen dieselben seien, wie im Jahre 1815, und daß jetzt mit ihnen ebensowenig als vor dreiunddreißig Jahren ein wirksamer Vertrag abgeschlossen werden könne. Diese Wenigen wurden entweder als Phantasten und Schwärmer, oder als Unruhstifter und Volksaufwiegler verschrien. Mit der größten Bitterkeit traten ihnen entgegen diejenigen ihrer früheren Gesinnungsgenossen, welche aus den Reihen der Opposition übergetreten waren in das Lager der Fürstenknechte.

Vierter Abschnitt.

Das Vorparlament.

Unter den wechselnden Eindrücken einer stürmisch bewegten Zeit trat am 31. März in Frankfurt a. M. jene Versammlung zusammen, welche später den Namen des Vorparlamentes annahm. Sie bestand theils aus Männern, welche Mitglieder gesetzgebender Versammlungen gewesen waren, theils aus solchen hervorragenden Persönlichkeiten, welche von der Siebner Commission eine besondere Einladung oder vom Volke da und dort einen besondern Auftrag erhalten hatten. Diese an und für sich nicht sehr günstige Zusammensetzung wurde dadurch noch verschlechtert, daß Heinrich von Gagern, der allgewaltige Hessen-Darmstädtische Minister, ganze Massen seiner Creaturen aus der Nachbarschaft nach Frankfurt a. M. beförderte, um daselbst seine Pläne zu unterstützen. Nicht bloß die Straßen der Stadt, sondern auch die St. Paulskirche, das Versammlungslocal des Vorparlaments, füllte sich mit gefügigen Werkzeugen des Mannes an, welcher seine Absichten mit allen Mitteln durchzusetzen entschlossen war. Im engsten Bunde mit Gagern stand die zu Heidelberg erwählte Siebner-Commission, welche ihre Ansichten in folgendem Programme niederlegte:

I. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern.

II. Ein Senat der Einzelstaaten.

III. Ein Haus des Volks, hervorgehend aus Urwahlen nach dem Maßstabe von 1 zu 70,000.

IV. Competenz des Bundes durch Verzichtung der Einzelstaaten auf folgende Punkte zu Gunsten der Centralgewalt:

1) Ein Heerwesen,
2) Eine Vertretung gegenüber dem Auslande.
3) Ein System des Handels, der Schifffahrtsgesetze, des Bundeszollwesens, der Münze, Maaß, Gewicht, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen.
4) Einheit der Civil- und Strafgesetzgebung und des Gerichtsverfahrens. Ein Bundesgericht.
5) Verbürgung der nationalen Freiheitsrechte.

V. Der Beschluß der Einberufung der konstituirenden Nationalversammlung auf obige Grundlagen erfolgt durch die mit Vertrauensmännern verstärkten Bundesbehörden.

VI. Ein aus gegenwärtiger Versammlung zu wählender permanenter Ausschuß von 15 Mitgliedern ist beauftragt, die Vollziehung der Einberufung der konstituirenden Nationalversammlung zn betreiben. Wenn innerhalb 4 Wochen von heute der Zusammentritt nicht erfolgt ist, so tritt diese Versammlung am 3. und 4. Mai hier wieder zusammen. Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausschuß die Versammlung auf einen frühern Termin zusammenberufen."

Um jeden Widerstand gegen die der Versammlung aufzudringenden Ansichten zu erschweren, ließ die Partei der Siebner-Commission ferner eine Geschäftsordnung drucken, welcher zufolge kein Redner länger als 10 Minuten sprechen und die Versammlung nicht länger als 2 Tage vereinigt bleiben sollte. Je entschiedener die Partei der Konstitutionellen in solcher Weise aufgetreten war, desto

dringender wurde es den Republikanern zur Pflicht, auch ihrerseits ihre Forderungen mit Entschiedenheit geltend zu machen. Mittermaier, der neugewählte Präsident, eröffnete die Versammlung mit einer Rede, welche die Frist von 10 Minuten bei weitem überschritt. Sofort nachdem er geendigt, trug Struve das Programm der republikanischen Partei der Versammlung vor. *) Diesem gestattete

*) Eine lange Zeit tiefster Erniedrigung lastet auf Deutschland. Sie läßt sich bezeichnen durch die Worte: Knechtung, Verdummung und Aussaugung für das Volk, Willkürherrschaft, Reichthümer und Ehren für die Machthaber und ihre Schergen. Unter dem Einflusse dieses Systems der Tyrannei, welches noch immer, wenn auch in seiner Kraft gebrochen, doch dem Wesen nach fortbesteht, ist Deutschland mehr als einmal an den Rand des Verderbens gebracht worden. Es hat viele seiner schönsten Provinzen verloren, andere werden schon auf's schwerste bedroht. Die Noth des Volkes ist unerträglich geworden. Sie hat sich in Oberschlesien bis zur Hungerspest gesteigert.

Daher haben sich alle Bande gelöst, welche das deutsche Volk an die bisherige sogenannte Ordnung der Dinge geknüpft hatten, und es ist die Aufgabe der Versammlung deutscher Männer, welche sich am 31. März l. J. zu Frankfurt a. M. vereinigt hat, neue Bande vorzubereiten, mit denen das gesammte deutsche Volk zu einem freien und großen Ganzen umschlungen werden soll.

Sicherheit des Eigenthums und der Person, Wohlstand, Bildung und Freiheit für **Alle**, ohne Unterschied der Geburt, des Standes und des Glaubens ist das Ziel, nach welchem das deutsche Volk strebt. Die Mittel zu demselben zu gelangen sind:

1) Aufhebung der stehenden Soldatenheere und Verschmelzung derselben mit der Bürgerwehr zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr.
2) Aufhebung der stehenden Heere von Beamten und Ersetzung durch eine wohlfeile Regierung, welche aus freigewählten Volksmännern besteht.
3) Abschaffung der stehenden Heere von Abgaben, welche an dem Marke des Volkes zehren, insbesondere aller derjenigen Abgaben, welche den inneren Verkehr Deutsch-

jedoch der Präsident nicht ein Wort zu dessen Begründung zu sprechen; kaum ließ er dem Wortführer seiner Partei Zeit, sein Programm nur zu verlesen.

Nach einer wirren und ordnungslosen Discussion beschloß die Versammlung auf Eisenmann's Antrag zuvörderst die Berufung einer konstituirenden Nationalversammlung

---

lands hemmen, Binnenzölle und Schifffahrts-Abgaben, welche die Landwirthschaft drücken, Zehnten, Gülten, Frohnden u. s. w., welche die Gewerbe belasten, Gewerbsteuer, Accise u s. w. und Ersetzung derselben:

a) Durch eine progressive Einkommens- und Vermögenssteuer, bei welcher der nothwendige Lebensunterhalt frei von allen Abgaben verbleibt;

b) durch einen an den Grenzen Deutschlands zum Schutze seines Handels, seiner Industrie und seiner Landwirthschaft erhobenen Zoll.

4) Abschaffung aller Vorrechte, welchen Namen dieselben tragen mögen, insbesondere des Adels, der Privilegien des Reichsthums (Census), und der bevorzugten Gerichtsstände, und Ersetzung derselben durch ein allgemeines Staatsbürgerrecht.

5) Abschaffung der Bevormundung der Gemeinden und Ersetzung derselben durch ein, auf der Grundlage der Selbstverwaltung ruhendes Gemeindegesetz.

6) Aufhebung aller Klöster und klösterlichen Einrichtungen.

7) Auflösung des Bundes, welcher bisher bestand zwischen Kirche und Staat und Kirche und Schule, und Ersetzung desselben durch:

a) Die Grundsätze der gleichen Berechtigung aller Glaubensbekenntnisse, der ungeschmälerten Glaubens- und Gewissensfreiheit, des freien Associationsrechts, der Selbstverwaltung der Gemeinden, und namentlich des Rechts derselben, ihre Geistlichen, Lehrer und Bürgermeister frei zu wählen;

b) Besserstellung des Lehrerstandes und gleichmäßigere Ordnung der Pfarrbesoldungen;

c) Abschaffung des Schulgeldes und der Stolgebühren.

8) Abschaffung der Censur, Konzessionen und Kautionen und Ersetzung dieser Zwangsanstalten durch den Grundsatz der Preßfreiheit in seiner weitesten Ausdehnung.

zu berathen. Hecker stellte den Antrag, die Versammlung möge nach dem Beispiele der nordmerikanischen bill of rights die Rechte des Volkes feststellen. Man ging jedoch auf diesen Antrag nicht ein, faßte vielmehr nur die folgenden Beschlüsse:

---

9) Abschaffung der geheimen und schriftlichen Inquisitionsgerichte und Ersetzung derselben durch öffentlich und mündlich gepflogene Schwurgerichte.

10) Abschaffung der Hunderte von Beschränkungen der persönlichen Freiheit der Deutschen der verschiedenen Stände und gleichmäßige Sicherstellung derselben durch ein besonderes Gesetz (Habeas-corpus-Acte, im ausgedehntesten Sinne des Wortes), welches insbesondere auch das Vereins- und Versammlungsrecht des Volkes feststellt.

11) Beseitigung des Nothstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes, Hebung des Handels, des Gewerbstandes und der Landwirthschaft.

Die bisherigen ungeheuern Civillisten, Apanagen, die unverdienten und zu hohen Besoldungen und Pensionen, die mannigfaltigen Stiftungen und die jetzt brach liegenden Besitzungen vieler Körperschaften, sowie die Domänen des Landes bieten hiezu reiche Mittel.

12) Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital vermittelst eines besondern Arbeiter-Ministeriums, welches dem Wucher steuert, die Arbeit schützt und derselben namentlich einen Antheil an dem Arbeitsgewinne sichert.

13) Abschaffung der tausendfältig unter einander abweichenden Gesetze des Privatrechts, Strafrechts, des Prozesses, des Kirchenrechts, des Staatsrechts, in Sachen der Münze, des Maßes, des Gewichtes, der Eisenbahnen u. s. w. und Ersetzung derselben durch Gesetze, welche dem Geiste unserer Zeit entsprechend, die innere Einheit Deutschlands in geistiger und materieller Beziehung gleichmäßig wie seine Freiheit feststellen.

14) Aufhebung der Zerrissenheit Deutschlands und Wiederherstellung der Eintheilung in Reichskreise mit billiger Berücksichtigung der Zeitverhältnisse.

15) Aufhebung der erblichen Monarchie (Einherrschaft) und Ersetzung derselben durch freigewählte Parlamente, an

1) Die unmittelbare Einberufung einer konstituirenden Versammlung für Deutschland (eines deutschen Verfassungsrathes). Diese konstituirende Versammlung soll vom ganzen deutschen Volke in Urwahlen erwählt werden, von denen kein mündiger Bürger ausgeschlossen sein soll.

2) In dieser konstituirenden Versammlung sollen auch Schleswig und Ost- und Westpreußen vertreten sein. Bei Gelegenheit dieses Punktes werden folgende Unterbeschlüsse gefaßt:

   a) Die Versammlung erklärt Schleswig als mit Holstein staatsrechtlich und historisch verbunden, und verlangt dessen unverzügliche Aufnahme in den deutschen Bund, wie auch, daß Schleswig-Holstein in der konstituirenden Versammlung gleich jedem anderen Bundesstaate durch freigewählte Abgeordnete zu vertreten sei. Fast einstimmig.

   b) Die Versammlung verlangt gleicher Weise die unmittelbare Einverleibung von Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund. Fast einstimmig.

   c) Die Versammlung will in Bezug auf die Pro-

---

deren Spitze freigewählte Präsidenten stehen, allein vereint in der föderativen Bundesverfassung nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten.

Deutsches Volk, dieses sind die Grundsätze, mit deren Hülfe allein Deutschland, unseres Erachtens, glücklich, geachtet und frei werden kann.

Deutsche Brüder in Ost- und West, wir fordern Euch auf, uns in dem Bestreben zu unterstützen, euch die ewigen und unveräußerlichen Menschenrechte zu verschaffen.

Wir werden in Frankfurt a. M. vereinigt bleiben, bis ein freigewähltes Parlament die Geschicke Deutschlands leiten kann. Mittlerweile werden wir die erforderlichen Gesetzesvorlagen entwerfen und durch einen freigewählten Vollziehungsausschuß das große Werk der Wiederherstellung Deutschlands vorbereiten.

Frankfurt a. M., den 31. März 1848.

vinz Posen und deren deutsche Einwohnerschaft die Entscheidung für jetzt dahin gestellt sein lassen, erklärt aber, daß es die heilige Pflicht Deutschlands sei, die Theilung Polens als ein schreiendes Unrecht zu erklären, und daß Deutschland mit allen Kräften dahin wirken müsse, Polen wieder herzustellen.

d) Die konstituirende Versammlung soll nach dem Verhältniß von 1 Abgeordnetem auf 50,000 Seelen zusammengesetzt werden, jedoch mit der Nebenbestimmung, daß Staaten, welche unter 50,000 Seelen haben, doch einen Abgeordneten senden sollen.

In der zweiten Sitzung vom 1. April wurde als Grundsatz festgestellt, daß es den Regierungen überlassen sein sollte, direkte oder indirekte Wahlen einzuleiten, wurde Hecker's Antrag auf Permanenz der Versammlung verworfen, und nur die Zahl der zu wählenden Ausschußmitglieder auf 50 erhöht. Der Bundestag in seiner alten Zusammensetzung und unter dem Einflusse seiner Ausnahmegesetze sollte die Wahlen zur constituirenden Nationalversammlung einleiten. Gegen diese Bestimmung legte die republikanische Partei (am 2. April) feierliche Verwahrung ein. Sie verlangte durch Zitz aus Mainz: die Versammlung solle erklären: „Bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Begründung einer konstituirenden Versammlung in die Hand nehmen kann, muß sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen lossagen, und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben.“ Die republikanische Partei hielt es für unwürdig mit dem Bundestage in seiner alten Zusammensetzung und während des Fortbestehens der verhaßten Karlsbader, Frankfurter und Wiener Beschlüsse in Geschäftsverbindung zu treten.

Als dieser ihr Antrag verworfen wurde, zog sie sich

aus einer Versammlung zurück, welche sich mit dem Bundestage auf gleiche Linie stellte und überreichte die in der Note*) mitgetheilte, von 79 Mitgliedern unterzeichnete

*) Dieselbe lautet wörtlich wie folgt:

Verwahrung.

Die unterzeichneten Mitglieder der Versammlung deutscher Volksrepräsentanten zu Frankfurt a. M. haben in deren Ursprunge und in der Art, wie sie verwirklicht worden ist, ein selbstständiges Auftreten der Volkssouveränität erkannt, und haben nur in der Ueberzeugung mitgewirkt, daß darin der Keim eines neuen Staatslebens für Deutschland zu finden sei.

Das Programm der Siebner-Commission hat sie schon aufgeklärt, daß sich der Bundestag zu Frankfurt dieser Volksrepräsentation bemächtige.

Sie trauten der Versammlung zu, daß sie ihren eigenen Charakter zu würdigen wissen und jedes Einmischen eines vom deutschen Volke mit Verachtung zurückgewiesenen Institutes entschieden ablehnen werde.

Demungeachtet hat der Gagern'sche Antrag den Charakter der Versammlung aus einer Volksrepräsentation in einen von dem seitherigen Fürstenbundestage genehmigten und mit ihm verbundenen Beirath geändert, und der zu wählende Ausschuß ist nur ein Kollegium, das der Wirksamkeit des ehemaligen Bundestages in der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes neuen Eingang verschaffen soll.

Wir haben versucht, diesen unglücklichen Schritt dadurch zu mildern, daß wir durch den von Blum und Andern gestellten Antrag ein Glaubensbekenntniß des Bundestages zu vermitteln suchten, wodurch dessen fortwährender Wirksamkeit und dem volksthümlichen Ansehen des Ausschusses einiges Vertrauen erzeugt werden sollte.

Auch dieser Antrag hat die Zustimmung der Mehrheit der Versammlung nicht erhalten. Wir können es daher mit unserer Ueberzeugung und mit unserer Verantwortlichkeit gegen das Volk, welches allein wir vertreten, nicht mehr vereinbar finden, mit dieser Versammlung in ihrer heutigen Richtung zu wirken, erklären vielmehr auf's Entschiedenste, daß wir uns gegen die Wahl und künftige Wirksamkeit eines Ausschusses verwahren, welcher seinen Charakter ändert, und aus Volksrepräsentanten zu Fürstenräthen herabgestiegen ist. Wir verwahren die Rechte des deutschen Volkes gegen die Handlungen dieser Versammlung und gegen alle ihre Folgen.

Frankfurt a. M., 2. April 1848.

Verwahrung. Die Versammlung mochte fühlen, daß sie ohne die aus ihrer Mitte geschiedenen Männer schwerlich mehr als Geschäftsführerin des deutschen Volkes würde anerkannt werden. Ihr Präsident Mittermaier bemühte sich daher, die Rückkehr derselben zu bewirken, indem er die Mitglieder des Bundestags veranlaßte, selbst diejenigen Schritte zu thun, welche das Vorparlament zu beschließen sich geweigert hatte. Beim Beginn der Sitzung des folgenden Tages (3. April) verkündigte Mittermaier offiziel die Aufhebung der Ausnahmsbeschlüsse und den Rücktritt der anstößigen Bundestagsgesandten, worauf die ausgetretene Minorität eingeladen wurde, der Versammlung wieder anzuwohnen. Dieser Einladung leisteten die ausgetretenen Republikaner Folge, um so lange als möglich einen offenen Bruch mit den Constitutionellen zu vermeiden, und zwar um so bereitwilliger, als ihnen durch den Abg. Soiron mitgetheilt wurde, der Grundsatz der Volkssouveränität sei so eben auf seinen Antrag von der Versammlung angenommen worden. Nach ihrer Rückkehr wurden in großer Hast eine Menge Anträge, und unter diesen auch derjenige, welchen Struve im Namen vieler Gesinnungsgenossen gleich bei der Eröffnung der Versammlung gestellt hatte, (das Programm der republikanischen Partei), an die zu erwählende constituirende Nationalversammlung überwiesen. Nachdem noch der Fünfziger-Ausschuß gewählt worden war, löste sich die Versammlung auf. Keiner der entschiedenen Republikaner hatte einen Sitz in dem Ausschusse gefunden. Die republikanische Partei war unvertreten darin, kein Wunder, daß sie suchte sich auf einem andern Felde geltend zu machen, als demjenigen, auf welchem die Ränkeschmiede und die Schwätzer des Sieges gewiß waren.

Die erste Volksversammlung in Baden.

Fünfter Abschnitt.

Badische Zustände.

Was das badische Volk wollte, hatte es in Wort und That deutlich ausgesprochen. In den Volksversammlungen von Mannheim, Offenburg, Heidelberg, Freiburg, Engen, Stockach, Achern, Grenzach, Mörsburg, Waldshut, Donaueschingen *) und andern Orten hatte es bestimmte For-

---

*) Die Beschlüsse dieser Volksversammlung lauten wörtlich, wie folgt:

Beschlüsse der Donaueschinger Volksversammlung vom 6. April 1848.

„Bei der heute dahier stattgehabten, bewaffneten Volksversammlung, welche in Folge des Einmarsches würtembergischer Truppen Statt hatte, und wobei circa 10,000 bewaffnete Männer erschienen waren, wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1) Es soll Markgraf Wilhelm als Kommandant des achten Armeekorps entsetzt werden.
2) Es sollen alle Minister, mit Ausnahme des Präsidenten des Finanzministeriums, entsetzt werden.
3) Die Beschlüsse sub. 1 u. 2 sollen von großherzoglicher Staatsregierung innerhalb dreimal 24 Stunden, von der Ueberreichung an gerechnet, vollzogen werden; widrigenfalls man in Masse bewaffnet in Karlsruhe erscheinen werde, um diesen Beschlüssen Geltung zu verschaffen.
4) Es soll durchaus kein fremdes Militär und ebenfalls keine

derungen in unzweifelhafter Form aufgestellt. Mehr als 100,000 Männer, der eigentliche Kern des badischen Volkes, waren bei diesen Versammlungen theils in Person, theils durch Bevollmächtigte vertreten, thätig gewesen. Der Wille des badischen Volkes erhielt eine erhöhte Bedeutung dadurch, daß im Vorparlament zu Frankfurt der Grundsatz der Volkssouveränität ausdrücklich anerkannt worden war. Dessen ungeachtet wurde auch nicht eine der gerechten Forderungen des hochgebildeten und selbstbewußten Volkes treu und redlich erfüllt, während den meisten offener Hohn gesprochen wurde. Dennoch wünschten die Führer des Volkes das gemeinsam angestrebte Ziel wo möglich auf friedlichem Wege zu erreichen. Obgleich sie bei den Verhandlungen des Vorparlaments, wie bei denjenigen der

---

deutschen Bundestruppen in Baden einrücken, widrigenfalls dieses als eine Kriegeerklärung gegen das Volk angesehen und Gewalt entgegengesetzt würde.

5) Das Volk soll augenblicklich bewaffnet und die Linie mit der Bürgerwehr verschmolzen werden.

6) Das Gesetz, wonach die Altersjahre oder Klassen von 18 bis 21 einberufen werden, soll augenblicklich außer Wirksamkeit gesetzt werden.

7) Bei einer nachträglichen Versammlung, welche Nachmittags Statt hatte, wurde beschlossen, auch von der großh. Staatsregierung zu verlangen, daß Markgraf Max gleichfalls innerhalb dreimal 24 Stunden von seinem Posten als Befehlshaber des badischen Armeekorps entfernt und überhaupt keine Person aus einem fürstlichen Hause als Kommandant ernannt werden soll.

8) Es soll heute noch eine Deputation nach Karlsruhe abgesendet werden, um sowohl den Ständen als der großh. Staatsregierung diese Beschlüsse zu eröffnen, und es soll diese Deputation bis zu einer erfolgten Resolution in Karlsruhe bleiben.

Erfolgt diese Resolution nicht innerhalb dreimal 24 Stunden, so hat die Deputation augenblicklich zurückzukehren und dem hiesigen Bezirks-Komite Anzeige zu erstatten."

Volksversammlungen, namentlich zu Offenburg und Heidelberg von den alten Kammer-Autoritäten vollständig im Stiche gelassen, ja zum Theil geradezu verrathen worden wären, so gaben sie doch den Glauben an sie nicht gänzlich auf, hofften vielmehr noch immer, die alten Volksmänner würden zu ihrer Fahne zurückkehren, oder doch der Sache des Volkes nicht bleibend feindlich entgegentreten. Wenigstens dachten sie, würden die in die Dienste der Monarchie getretenen ehemaligen Oppositionsmänner bereit sein, die Rolle der Vermittler zwischen den Forderungen des Volkes und den Wünschen der Fürsten zu übernehmen. Von diesen Gedanken geleitet, wandten sich Fickler und Struve in den ersten Tagen des Aprilmonats, unmittelbar nach dem Schlusse des Vorparlaments, an den badischen Bundestagsgesandten Welcker, und forderten ihn auf, zu veranlassen, daß in zu veranstaltenden großen Volksversammlungen die Frage, ob Republik, oder constitutionelle Monarchie zur Abstimmung gebracht würde. Nach langem Widerstreben erklärte sich Welcker endlich bereit, den genannten Vorschlag zur Kenntniß der badischen Regierung zu bringen, und forderte zu diesem Behufe Fickler und Struve auf, ihm ihren Antrag schriftlich einzureichen. Dieses geschah zu Frankfurt a. M. am 5. oder 6. April. Am 9. April wurde Fickler auf seiner Rückreise von Frankfurt nach Constanz zu Karlsruhe von Mathy verhaftet. Diese Verhaftung, die Reise Mathy's nach Mannheim, die von demselben da gethanen Schritte, und die Zusammenziehung großer Truppenmassen in verschiedenen Theilen des badischen Landes bewiesen deutlich, daß die badische Regierung mit der Fortschrittspartei nicht zu unterhandeln, sondern sie mit Gewalt zu unterdrücken gedenke. Tags zuvor hatte eine Volksversammlung zu Mannheim ihre Zustimmung zu den in Donaueschingen gefaßten Beschlüssen ausgesprochen und eine Deputation nach Karlsruhe geschickt, um deren sofortige Vollziehung zu erwirken. Bei dieser Lage der Dinge hatten die Führer des Volkes keine andere

Wahl, als entweder ihre öffentlich gegebenen Zusagen zu brechen, die öffentlich angenommene Aufforderung, das Volk im Falle der Noth zu den Waffen zu rufen, unbeachtet zu lassen, und sich so dem Vorwurfe des Verraths und der Feigheit bloszustellen, oder aber vom Worte zur That zu schreiten.

Selten befand sich wohl ein Volk in einer traurigeren Lage, als das badische zu jener Zeit. Verlassen und theilweise verrathen von den Männern, welche seit Jahren von ihm mit der innigsten Liebe und Hochachtung verehrt worden waren, bedroht durch fremde Söldnerschaaren auf der einen, und durch eine treulose Regierung auf der andern Seite, konnte das badische Volk, welches so lange dem gesammten deutschen Vaterlande die Fahne drs Fortschritts vorangetragen hatte, seine bedeutungsvolle Stellung nur behaupten, wenn es sich lossagte von seinen ehemaligen Bannerträgern und sich einer neuen und kräftigern Leitung anvertraute. Allein ein solcher Uebergang von einer Führung zur andern ist mit größeren Schwierigkeiten verbunden, als ein Ministerwechsel, und besonders schwierig, wenn er im Sturme einer Revolution, im Augenblicke, da gegenseitiges Vertrauen unumgänglich nothwendig ist, statt finden soll.

Von allen den Abgeordneten, welche im Munde des Volkes lebten, deren Bilder seine Zimmer schmückten, und welche mit Ehrenbechern und andern Gaben bedacht worden waren, hielt im entscheidenden Augenblicke nur Einer beim Volke aus: Friedrich Hecker. Selbst von den in Offenburg neugewählten Vertrauensmännern hielten sich manche verloren, andere blieben in vollständiger Unthätigkeit, während einige, uneingedenk der von ihnen gehaltenen aufregenden Volksreden, bei Annäherung der Gefahr von jeder kräftigen That sogar entschieden abmahnten.

Schon am 19. März zu Offenburg hatte das Volk unumwunden sein Mißtrauen gegen den größten Theil der Beamten, gegen den Markgrafen Wilhelm, die Camarilla, die erste Kammer und eine große Anzahl der Mitglieder

der zweiten Kammer, welche durch Wahlbeherrschung und Wahlverfälschung unter dem Einflusse der Censur und der Polizei gewählt worden waren, ausgesprochen. Die Mehrzahl derjenigen, welche damals noch den Ministern einiges Vertrauen geschenkt, hatten dieses in Folge der Maßregeln derselben verloren. Bekk, das eigentliche Haupt der Regierung, einst, gleich so vielen andern, ein gefeiertes Mitglied der Opposition, wurde mehr und mehr gefangen in den Spinnweben der Reaktion; Hoffmann, der neu ernannte Finanzminister, einst verfolgt von dem Ministerium Blittersdorf, schloß sich jetzt den gegen die Volkspartei eingeleiteten Verfolgungen bereitwillig an; Hoffmann, der neuernannte Kriegsminister, entwickelte seine ganze Thätigkeit, um im Bunde mit auswärtigen Truppen das badische Volk zur Unterwerfung zu bringen; Dusch, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des großherzoglichen Hauses, konnte unmöglich sich von den alten Erinnerungen des Bundestags und der Ministerial-Conferenzen von Wien lossagen; Junghans endlich, der jesuitenfreundliche Büreaukrat, welcher an Treffurt's Stelle dem Justizministerium vorstand, bewies durch seine Person schon am deutlichsten, daß das alte System fortbestehe, trotz dem neuen Anstriche, das man demselben zu geben versuchte.

Von solchen Ministern, solchen Kammern und solchen Beamten konnte der denkende Theil des badischen Volkes um so weniger Abhülfe der gerügten Beschwerden erwarten, als in Folge eines langjährigen Druckes alle diese Grundbestandtheile des Staatsorganismus gänzlich corrumpirt, jedweder kräftigen Gesinnung und männlichen Thatkraft entkleidet worden waren. Vom Großherzog selbst wurde wenig gesprochen, da allgemein bekannt war, daß ihm in besseren Zeiten jede Selbstständigkeit gefehlt hatte, und jetzt in Folge häuslicher Zerwürfnisse, einer durch Ausschweifungen zerrütteten Gesundheit und eingefleischter Vorurtheile jede Fähigkeit gebrach, zu Gunsten des Volkes auf den Gang der Staatsgeschäfte einzuwirken.

Sollte ein hochherziges Volk, wie das badische, nach wie vor die Geißel der Willkür und der Gewaltthat in den Händen seiner Dränger lassen? Oder aber sollte es den Versuch wagen, sie denselben zu entwinden? Eine That, die Verhaftung Ficklers, brachte diese lange verhandelte und verschieden beantwortete Frage zur Entscheidung.

Sechster Abschnitt.

Die Volkserhebung bis zum Treffen bei der Scheideck.

Schon zu Frankfurt a. M. bei Gelegenheit der Verhandlungen des Vorparlaments war in engeren Kreisen die Frage aufgeworfen und erörtert worden: was geschehen solle, falls es der Fürstenpartei gelänge, die gerechten Erwartungen des Volkes von neuem zu täuschen? Die entschlossenen Republikaner beantworteten diese Frage dahin, daß in diesem Falle Gewalt der Gewalt entgegengesetzt werden müsse. Man rechnete dabei insbesondere auf die Bevölkerungen von Baden, Schwaben, Franken, Thüringen und Schlesien und auf den Zuzug der deutschen Arbeiter aus Frankreich und aus der Schweiz. Man hoffte, die stehenden Heere würden, im Falle einer großartigen Erhebung, auf die Seite des Volkes treten, und die französische Republik und die Schweiz würden, sobald sich ein deutscher Stamm befreit haben würde, fremde Einmischung zum Zwecke der Unterdrückung desselben nicht zulassen. Bestimmte, bindende Verabredungen waren übrigens nicht getroffen worden, so wenig als man sich über einen politischen oder einen kriegerischen Plan geeinigt hatte.

Als am 8. April die Nachricht nach Mannheim gelangte, Fickler sei durch Mathy in Karlsruhe verhaftet worden, auch noch andere politische Verhaftungen hätten daselbst stattgefunden, Mathy sei unmittelbar nach Vor-

nahme jener Verhaftung nach Mannheim geeilt, und habe sich daselbst mit dem Regierungspräsidenten besprochen, war keine Zeit und keine Gelegenheit zu gemeinsamer Berathung vorhanden. Die entschlossenen Führer des Volks waren nirgends in erheblicher Anzahl mehr vereinigt. Zwar tagte in Karlsruhe die Ständeversammlung. Allein sie zählte in ihrer Mitte nur einen Mann, auf welchen sich das Volk verlassen konnte. Willich und Bruhn waren mit Fickler zusammen gewesen, als er verhaftet wurde. Mit Mühe entkamen sie in das badische Oberland; Hecker war in Karlsruhe, Struve in Mannheim, die andern Mitglieder des zu Offenburg gewählten Landes-Ausschusses da und dort, meistentheils in ihren Heimathsorten zerstreut. Doll, welcher Ende März nach Mannheim gekommen war, um den Führern des Volkes Mittheilungen zu machen über den Stand der in Paris sich bildenden deutschen Legion, befand sich jetzt wiederum daselbst. Er begleitete Struve, als dieser an genanntem Tage um die Mittagszeit von Mannheim abreiste, um im Oberland die Volkserhebung zu organisiren. In Offenburg schlossen sich ihnen Willich und Bruhn an. Den 9. Abends fanden in Donaueschingen die ersten geheimen Besprechungen über die Einleitung des Volksaufstandes statt. In Gemäßheit derselben reiste Strüve mit seinen Begleitern noch in der Nacht vom 9. auf den 10. nach Constanz ab. Daselbst stieß er unter den Männern, welche früher das große Wort geführt hatten, bereits auf mancherlei Bedenklichkeiten. Jetzt hörte man zuerst die später sprüchwörtlich gewordenen Ausflüchte: die Volkserhebung komme entweder zu früh oder zu spät, die Uebermacht der Fürsten sei zu groß u. d. m. Nach vielen Reden einigte man sich dahin, den Landesausschuß nach Constanz zu berufen. Da Peter Regierungsdirecktor des Seekreises war, so hofften manche, man könne ungehindert mit dem Losbruche noch einige Zeit zuwarten. Sigel befand sich schon seit einiger Zeit im Seekreis, beschäftigt die militärische Organisation des Volksheeres zu betreiben.

Er war jedoch zu jener Zeit gerade von Constanz abwesend. Einzelne entschlossene Männer fanden sich bei Struve ein und sprachen ihm gegenüber ihre Bereitwilligkeit aus, sich der erwarteten Volkserhebung anzuschließen. Auch langten von mehreren benachbarten Gemeinden Abordnungen an, welche von dem besten Geiste beseelt schienen. Alles war jedoch vereinzelt. Massenhafte Bewegungen und Kundgebungen fanden nicht statt. Bürgermeister Hütlin, Decan Kuenzer und Advokat Würth bemühten sich mit aller Macht, jeden kräftigen Gedanken im Keime zu ersticken. Der erstere warnte insbesondere aus dem Grunde vor einem massenhaften Zuge nach Karlsruhe, weil man das Volk dann nicht mehr in Zucht halten, und Mord, Raub und Plünderung nicht mehr würde verhindern können. Diese Besorgniß theilte Struve keineswegs, obgleich er allerdings schon damals zu fürchten begann, daß es im Kampfe mit den vielen Feiglingen und Schwächlingen unserer eigenen Partei nicht gelingen würde, eine großartige Volksbewegung zu Stande zu bringen. Was in Constanz von Seiten der sogenannten republikanischen Partei getrieben wurde, hatte weit das Ansehen des Spieles als des Ernstes. Der revolutionäre Ausschuß hielt wohl auf dem Rathhaus seine Sitzungen, allein der Bürgermeister Hütlin, Decan Kuenzer und andere bekannte Gegner jedweder revolutionären Maßregel wohnten denselben bei. Man erlaubte sich daselbst wohl revolutionäre Reden, allein drang jemand auf die Fassung eines revolutionären Beschlusses, dann stellten sich die Bedenklichkeiten in Masse ein. Alle waren darin einig, daß das Volk ein Recht habe, seiner wortbrüchigen und unterdrückerischen Regierung Gewalt entgegen zu setzen. Allein gar Vielen schien der Erfolg einer revolutionären Bewegung höchst zweifelhaft und gefahrdrohend. Wohl wurden jenseits der Brücke militärische Uebungen vorgenommen, allein die Zahl derer, welche daselbst in den Waffen geübt wurden, war so gering, daß sie den Gedanken einer ernsthaften Volkserhebung nicht aufkommen ließ. Es

waren sogar einige Befestigungswerke aufgeworfen worden, um eine feindliche Landung zu verhindern. Allein wenn man den Bürgermeister Hütlin und seine Gesinnungsgenossen sprechen hörte, so wurde man versucht zu glauben, sie seien nur aufgeworfen worden, damit die Bevölkerung von Constanz im Schutze derselben sich von jedem Ausmarsche lossagen könne. Nicht lange nach Struve traf Mögling in Constanz ein, und am folgenden Tage, dem 11., Hecker mit Schöninger. Er hatte sich eingestellt, ohne einen Ruf von irgend einer Seite abzuwarten; denn er hatte erkannt, der Augenblick der Entscheidung sei erschienen und war daher dem Drange seiner eigenen Ueberzeugung gefolgt. Sofort begannen die gemeinschaftlichen Arbeiten, welche bis tief in die Nacht fortgesetzt wurden. Um zu gleicher Zeit von mehreren Centralpunkten aus eine entscheidende Wirksamkeit entwickeln zu können, wurde beschlossen, Struve solle sich mit Bruhn und Schöninger nach Donaueschingen begeben, und dort für's erste sein Hauptquartier aufschlagen.

Der Plan war, in vier Heersäulen vom Oberlande auf Karlsruhe loszugehen. Die erste sollte von Constanz und der Umgegend, die zweite von Donaueschingen, die dritte von Jestetten, die vierte von Lörrach ausziehen. Sigel, Bruhn, Weißhaar und Müller von Grenzach sollten diese einzelnen Colonnen führen, Willich den militärischen Oberbefehl über das Ganze haben, während Hecker und Struve in Verbindung mit den übrigen Mitgliedern des Landes-Ausschusses die politische Leitung der Bewegung übernahmen. Die beiden ersten Heersäulen sollten sich durch das Kinzigthal auf Offenburg, die dritte durch den Höllenpaß, die vierte durch das Rheinthal auf Fonsburg werfen. Man hatte öffentlich in Volksversammlungen und insgeheim durch Abordnungen und Privatmittheilungen wiederholt davon gesprochen, daß das Volk sich auf den Ruf seiner Führer wie ein Mann erheben würde, daß im Seekreis 40,000, ja 80,000 Mann bereit ständen, in das Feld zu rücken.

Jetzt machten wir aber freilich die leidige Erfahrung, daß viele von Denjenigen, welche früher am meisten geschrieen und getrieben hatten, sehr kleinlaut geworden waren. Die Verhaftung Fickler's, des Mannes, welcher mehr als irgend ein anderer im Seekreise hätte wirken können, trug allerdings auch ihre schlimmen Früchte. Er hätte am besten die Säumigen ermuntern, die schwankend Gewordenen an ihre früheren Zusagen und Reden erinnern und die Feigen beschämen können. Er besaß eine Orts- und Personen-Kenntniß im Seekreise, welche Hecker und Struve, den Männern des Unterrheinkreises, gebrach, und ein Vertrauen, welches durch eine Jahre lang fortgesetzte, in unmittelbarem persönlichem Verkehr geübte Thätigkeit erworben worden war, und sich daher nicht leicht auf andere Personen überträgt.

Den 12. April Vormittags 10 Uhr schiffte sich Struve mit seiner Frau, welche ihm ins Oberland gefolgt war, mit Bruhn und Schöninger auf einem Dampfschiffe nach Ueberlingen ein. Bei ungünstiger Witterung trafen sie in diesem Städtchen ein, und begaben sich sofort auf das Rathhaus. Struve theilte den daselbst Versammelten das Erforderliche von den in Constanz besprochenen Plänen mit und drückte den Wunsch aus, zu einer größeren Versammlung zu sprechen. Demzufolge wurde sofort die Bürgerschaft durch die Schelle eingeladen, sich in der Kirche zu versammeln. Diese füllte sich in kurzer Zeit, worauf Struve das Wort ergriff und unter Hinweisung auf den schweren Druck, welcher auf dem Volke laste, auf die zu Offenburg und Freiburg gefaßten Beschlüsse und die offenbar verrätherischen Maßregeln der Regierung, die Anwesenden aufforderte, endlich von dem Worte zur That zu schreiten, und sich dem großen bewaffneten Zuge anzuschließen, welcher unternommen werden solle, um dem Volke zu seinen guten Rechten zu verhelfen. Die Versammlung mochte wohl 600 Männer zählen, von welchen nur ein Einziger und zwar ein Nicht-Badener (ein Würtemberger, wenn

ich nicht irre), Einsprache erhob. Diese wurde aber sofort durch den einmüthigen Widerstand aller Uebrigen niedergeschlagen. Der Reaktionär, welcher lärmte und tobte, wurde verhaftet und hatte es wohl nur Struve's persönlichem Einschreiten zu danken, daß er nicht mißhandelt wurde. Von Ueberlingen fuhr Struve mit seinen Begleitern nach Stockach. Auch dort hielt er eine Ansprache an die im Gemeindehause versammelte Bürgerschaft, ohne auf Widerstand zu stoßen, obgleich er bei derselben allerdings nicht die gewünschte Bereitwilligkeit fand, sich dem Zuge anzuschließen. Er kündigte auf den folgenden Tag die Ankunft Hecker's an und forderte auf, sich bei der von diesem abzuhaltenden Volksversammlung zahlreich einzufinden. In Engen besprach sich Struve mit Welte, welcher bis dahin für einen entschiedenen Mann des Fortschritts gegolten hatte, jetzt im entscheidenden Augenblicke aber sich von der Sache des Volkes lossagte. Von andern Seiten her jedoch erhielt Struve in Engen die befriedigendsten Zusagen.

Am 13. langte die kleine Reisegesellschaft Morgens 3 Uhr in Donaueschingen an, und wurde daselbst von Johann Rasina gastfreundlich aufgenommen. Unter Besuchen bei den einflußreichsten Demokraten und Berathungen in kleineren Kreisen verging der 13. April. Auf Freitag den 14. April war eine große bewaffnete Volksversammlung ausgeschrieben worden, welche den Kern der zu sammelnden Donaueschinger Heersäule bilden sollte. Es erschienen jedoch so wenig Bewaffnete, daß eine Volksversammlung nicht abgehalten werden konnte. Dagegen kamen Deputationen von nahe und fern in großer Anzahl, welche den Auftrag hatten, sich zu erkundigen über den Stand der Dinge und für den Fall, daß der Zuzug massenhaft sein sollte, die kräftigste Unterstützung von Seiten ihrer Vollmachtgeber zu versprechen. Die kleinen und größtentheils schlecht bewaffneten Schaaren, welche sich im Laufe des Tages eingefunden hatten, zogen des Abends wieder ab, versprachen zwar den andern Tag wiederzukehren, hielten jedoch

zum größten Theile nicht Wort. In Donaueschingen selbst war für die Bewaffnung des Volkes sehr wenig geschehen. Die alte Organisation der Bürgerwehr sollte aufgelöst und eine neue erst begründet werden. Die Folge davon war, daß die republikanische Partei auf eine bestimmte, streitbare Macht in Donaueschingen durchaus nicht zählen konnte. Dagegen war die Reaktion in unausgesetzter voller Thätigkeit. Die Beamten wagten es zwar nicht, da wo einflußreiche Volksmänner persönlich wirkten, unmittelbar einzuschreiten; allein sie setzten den Ausschreiben der Republikaner andere, zum Theil mit den Namen von Hecker und Struve unterzeichnete Ausschreiben entgegen. Sie verbreiteten falsche Gerüchte zum Nachtheile der republikanischen Bewegung und suchten so dieser aller Orten den Boden zu untergraben. Unter vier Augen, oder in kleinen Versammlungen äußerten sich manche Leute kräftig und entschieden. Wenn es aber galt, dieselben Ansichten zur Ermunterung des Volkes öffentlich auszusprechen, so verhielten sich dieselben gewöhnlich ganz stille. Während früher in den öffentlichen Versammlungen am lautesten geschrieen worden war und man nur unter vier Augen oder in kleineren Kreisen die Schwächen der republikanischen Partei zu besprechen pflegte, fand jetzt, da zur That geschritten werden sollte, sehr häufig das Gegentheil statt: öffentlich trugen manche Leute alle möglichen Bedenken vor, insgeheim drangen sie aber auf die kräftigsten Maßregeln, ohne zu bedenken, daß ihr öffentliches Auftreten entmuthigend wirke und eben deßhalb die Bildung einer Macht verhindere, mit deren Hülfe allein kräftige Maßregeln hätten durchgesetzt werden können.

Unter denjenigen Männern, welche früher das große Wort geführt hatten, jetzt aber im höchsten Grade verzagt waren, verdient der Advokat Grüninger von Donaueschingen besonders hervorgehoben zu werden. Als Struve am 9. in Donaueschingen gewesen war, nahm er an den damals gepflogenen geheimen Berathungen Theil und gab deutlich zu erkennen, daß er nicht abgeneigt sein

würde, diese oder jene einflußreiche Stelle zu bekleiden. Jetzt hatte er sich unsichtbar gemacht, um erst wieder emporzutauchen, nachdem die Volkserhebung unterdrückt worden und würtembergische Truppen in die Stadt gerückt waren. Er reihte sich so würdig an die Seite des Abgeordneten Welte, welcher sich früher den Namen „Baronenmetzger" erworben hatte, jetzt aber aller Orten das Volk von jeder kräftigen That abzumahnen bemüht war. Ungeachtet des Widerstandes der Reaktionäre und Feiglinge trat in kurzer Zeit dennoch ein Kern von tüchtigen Republikanern zusammen, welche sich der Lage des Vaterlandes klar bewußt und bereit waren, jedwedes Opfer zu bringen, um dasselbe zu befreien. — Freitag den 14. Abends wurde im Gemeindehause eine zahlreich besuchte Versammlung abgehalten, in welcher Struve wiederholt den Zustand Deutschlands auseinandersetzte, nachwies, daß das Volk weder von den Fürsten, noch von dem Frankfurter Parlamente irgend etwas zu hoffen habe, daß die Fürsten jetzt so wenig als im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnde auch nur das Geringste ihrer anmaßlichen Rechte zu Gunsten des Volkes aufgeben würden, und daß daher dieses keine andere Wahl habe, als entweder das alte Joch in doppelter und dreifacher Verschärfung wieder auf sich zu nehmen, oder aber mit Gewalt zu brechen.

In Folge dieser Anrede bildete sich in Donaueschingen eine Schaar von etwa 100 Mann, welche aus Gemeindemitteln bewaffnet wurde und besoldet werden sollte und welche sich bereit erklärte, den Zug mitzumachen. Da am 14. April die bewaffnete Volksversammlung nicht zu Stände gekommen war, so wurde dieselbe auf Samstag den 15. April verlegt. Es trafen jedoch nur etwa 200 Mann, darunter eine Abtheilung von beiläufig 100 Mann aus Füzen in Donaueschingen ein, so daß die verfügbare Mannschaft nur in etwa 300 Mann bestand, wovon ein Theil mit Sensen bewaffnet war, der andere zwar Flinten trug, jedoch mit diesen umzugehen keineswegs sehr gewandt war. Am Mor-

gen dieses Tages versuchten die fürstlichen Beamten bewaffnet zusammen zu treten und einen Streich auf die Republikaner auszuführen. Sie wurden jedoch mit leichter Mühe zur Ruhe verwiesen. Bedenklicher als die geheimen Umtriebe der nicht vom größten Muthe beseelten Beamten, war der drohende Einmarsch der an der Grenze bei Schwenningen in einer Entfernung von kaum 2 Stunden stehenden würtembergischen Truppen. Um sich über deren Bewegungen Nachrichten zu verschaffen, hatte Struve seinen Begleiter Schöninger Nachmittags gegen die würtembergische Gränze geschickt. Während dessen Abwesenheit traf die Nachricht ein, daß Hecker mit einer zahlreichen Schaar die obere Seegegend verlassen habe und sich Donaueschingen annähere. Ueber die Zahl der Hecker'schen Schaar und den Stand derselben hatte Struve übrigens keine bestimmte Kenntniß, als Schöninger mit der Kunde zurückkehrte, die würtembergischen Truppen folgten ihm auf dem Fuße nach. Struve sammelte auf diese Nachricht sofort das kleine Häuflein Republikaner, welches zu seiner Verfügung stand, stellte sich selbst an die Spitze der Füzener Compagnie, und ging mit dieser auf die Höhe außerhalb der Stadt den Würtembergern entgegen. Bruhn führte die beiden andern vorhandenen Compagnien auf der Hauptstraße in etwas mehr westlicher Richtung dem Bergrücken zu. Mit Mühe brachte Struve es dahin, daß sich die Füzener bereit erklärten, in der von ihnen eingenommenen Stellung bis auf weiteren Befehl auszuharren, und schloß sich einer von Donaueschingen abgesandten Deputation an, um einen blutigen Zusammenstoß mit den würtembergischen Truppen wo möglich zu vermeiden. Der würtembergische General Miller versprach nach einigen Wechselreden vor dem Einbruch der Dämmerung in Donaueschingen nicht einzurücken, wogegen Struve erklärte, vor dieser Zeit mit seinen Truppen Donaueschingen räumen zu wollen. Als Struve gegen Donaueschingen zurückkehrte, hatte die Füzener Compagnie ohne seinen Befehl abzuwarten, bereits die Höhen verlassen,

und sich in die Stadt zurückgezogen. Mittlerweile näherten sich die Vorposten der Hecker'schen Schaar der Stadt Donaueschingen. Hecker selbst war seinem Hauptkorps vorangeeilt, mußte jedoch sofort wieder umkehren. Struve folgte ihm mit den zwei treu gebliebenen Compagnien auf dem Fuße nach. Zwischen Donaueschingen und Pfohren vereinigten sich die Abtheilungen, welche Hecker, und diejenigen, welche Struve gesammelt hatte. Bei dem Ausmarsche aus Donaueschingen war jedoch die Füzener Compagnie in südlicher Richtung abgezogen und fand sich erst einige Tage später wieder bei dem Volksheere ein.

Während Struve in Ueberlingen, Stockach, Engen und Donaueschingen die Volkserhebung zu organisiren bemüht war, arbeitete Hecker in Verbindung mit Willich, Sigel, Mögling, Doll und Andern in Constanz und der Umgegend. Auch er hatte viel zu leiden von der Unentschlossenheit und Feigheit der ehemaligen Maulhelden, welche beim Herannahen der Entscheidung plötzlich die Rolle der Heuler übernahmen. Ungeachtet aller Abmahnungen und selbst Drohungen hielt der treue Freund des Volkes am 12. April Nachmittags 4 Uhr eine Volksversammlung, in welcher er den Zweck des Unternehmens und die Bedeutung der republikanischen Staatsform auseinandersetzte und die Männer der That zur Unterstützung derselben aufforderte. Die Maulhelden blieben indeß sich selbst treu. Sie vermochten zwar nichts einzuwenden gegen das Recht des Volkes, ein unerträglich gewordenes Joch abzuschütteln, nichts gegen die republikanische Regierungsform; allein dennoch erklärten sie das Unternehmen für unpraktisch: das heißt, es war gefährlich und diese Leute zogen es vor, sich aus diesem Grunde davon loszusagen. Die Versammlung stimmte jedoch in überwältigender Mehrheit dem wackern Hecker bei. Als übrigens am folgenden Morgen, Donnerstag den 13. der Generalmarsch schlug, da stellten sich die Bewaffneten in kleiner Zahl auf dem Marktplatze ein, und von diesen schlichen sich noch Manche unter mannigfaltigen Vorwänden

davon. Ein Häuflein von 53 Mann mit einem Omnibus als Bagagewagen, zog, begleitet von Hunderten über die Brücke mit Hecker von Constanz aus. Ueber Wollmatingen ging es nach Allensbach, woselbst Hecker zu der auf dem Rathhause versammelten Bürgerschaft sprach. Unausgesetzt wurden Boten nach allen Richtungen ausgesandt, welche zum Zuzug aufforderten. Bevor das kleine Freiheitsheer in Mahlwies eingerückt war, hatte der Zuzug von Allensbach dasselbe schon eingeholt. Mittlerweile war den ganzen Tag über Hecker in Stockach mit Schmerzen erwartet worden. Doll war dahin dem Zuge vorangeeilt, und suchte die des Warters überdrüssigen und von den Beamten durch falsche Gerüchte verstimmten Landleute zum Ausharren zu bewegen. Endlich langte Hecker, von Willich begleitet in Stockach an. Er hatte in Mahlwies einen Wagen bestiegen, und war von da aus seiner Colonne vorangeeilt. Die Versammlung war jedoch auf einige Hunderte zusammengeschmolzen. Diese empfingen den gefeierten Volksmann mit unendlichem Jubel und sagten ihm den kräftigsten Beistand zu. Auch trafen von vielen Seiten Abordnungen ein, welche mit Ausnahme von zweien oder dreien alle eifrig schienen, und das Beste versprachen. In grellem Widerspruch mit den ausgesprengten Lügen wurde unter den Freiheitskämpfern die beste Mannszucht gehalten. Nichts desto weniger zeigte sich schon damals zu gleicher Zeit die Niederträchtigkeit der Reaktion, welche sich jedes noch so schlechten Mittels bediente, um ihre Zwecke zu erreichen, und die Leichtgläubigkeit des Volkes, welches sich durch die Hinterlist der Reaktion im entscheidenden Augenblick häufig täuschen ließ.

Hecker befand sich nunmehr im Besitze einer aus einigen hundert Bewaffneten bestehenden Macht, welche in Stockach ihren Sitz hatte. Außerdem war er des guten Willens und der Unterstützung sämmtlicher benachbarten Gemeinden gewiß. Er glaubte daher jetzt die monarchische Regierung des Seekreises auflösen zu können und that

dieses vermittelst eines von Stockach aus erlassenen Dekrets, durch welches er zu gleicher Zeit den damaligen Regierungsdirektor und Landtagsabgeordneten Peter zum Statthalter, mit unumschränkter Vollmacht für den Seekreis, ernannte. Mit dem Vollzuge dieses Beschlusses wurden die Wehrmannschaften von Constanz und der Nachbargemeinden beauftragt. In der That nahm Peter die Statthalterschaft, jedoch unter mancherlei Bedenklichkeiten und Förmlichkeiten, nach vorgängiger Berathung mit den übrigen Mitgliedern des monarchischen Regierungskollegiums, am 17. April an. Von politischen Folgen war diese Annahme jedoch nicht, da Peter ausdrücklich nur unter Hinweisung auf den gegen ihn verübten Zwang die Stelle antrat, und zur Förderung der republikanischen Volkserhebung durchaus nicht handelte, wie er auch früher zu diesem Behufe nichts gethan hatte. Peter wollte weder mit der Monarchie, in deren Diensten er stand, noch mit der Bureaukratie, mit welcher er im Verhältnisse der Amtsgenossenschaft war, brechen. Allerdings war er gegen die Führer der Volkspartei, namentlich gegen Hecker, Struve Sigel, Willich und die Andern nicht mit Gewalt eingeschritten; allein durch Abmahnungen und Vorstellungen aller Art hatte er doch dem Unternehmen derselben entgegen gewirkt.

Auf den 14. April waren von allen Seiten Zuzüge zugesagt worden, so daß Hecker hoffte, 4000 Mann stark von Stockach ausziehen zu können. Allein die erwarteten Mannschaften trafen nicht ein. An Entschuldigungen fehlte es natürlich nicht. Die Einen erklärten, sie müßten zurück bleiben, um sich gegen den Einmarsch der Würtemberger zur Wehr zu setzen, die Andern glaubten nicht ausziehen zu dürfen, um nicht ihre Familien der Rache der Feinde Preis zu geben.

Nachdem Hecker des Morgens an die auf dem Rathhause versammelten Wehrmänner und andern Bürger noch eine begeisternde Anrede gehalten hatte, rückte er mit seinem

kleinen Häuflein auf der Straße nach Donaueschingen weiter. In Eigeltingen wurde er mit Böllerschüssen begrüßt. Zwei kleine eiserne Kanonen sammt Munition, welche der Großherzog Ludwig hatte gießen lassen, wurden als erstes republikanisches Feldgeschütz von da mitgenommen. In Eigeltingen sowohl als in dem benachbarten Aach war die Stimmung der Einwohner dem Unternehmen entschieden günstig. Noch günstiger war sie in Engen, woselbst Hecker mit seiner auf 400 Mann angewachsenen Truppe die freundlichste Aufnahme fand. Engen war der Wohnort des Abgeordneten Welte, welcher kurz zuvor gegen die ministeriellen Beruhigungskommissäre Mathy und Straub öffentlich auf das derbste losgezogen hatte, jetzt aber mit oder ohne ministeriellen Auftrag in gleichem Geiste wie diese wirkte. Nichts destoweniger wuchs hier das Häuflein der Republikaner auf etwa 800 Mann an, welche von Willich nach den Waffen, die sie trugen, in Büchsenschützen, Flintenträger und Sensenmänner abgesondert wurden. Kurz vor dem Abmarsche von Engen traf Frau Herwegh bei Hecker ein, welcher ihr unumwunden erklärte, daß es immer sein Wunsch gewesen, die Erhebung des deutschen Volkes von innen heraus zu bewerkstelligen, und erst wenn Resultate erzielt worden seien, den Anschluß der in Frankreich zusammengetretenen deutschen Mitbürger an das Revolutionsheer in Anspruch zu nehmen. Hecker legte ohne Zweifel zu großes Gewicht auf die von der Reaktion ausgestreuten lügenhaften Gerüchte, denen zufolge die Pariser deutsche Legion aus Raubgesindel und Abentheuerern der schlimmsten Art zusammengesetzt sein sollte. Natürlich glaubte er selbst diese Lügen nicht; allein er berücksichtigte sie doch insofern, als er nicht glaubte, der durch dieselben theilweise mißleiteten öffentlichen Meinung mit Entschiedenheit, d. h. durch die That, durch rasches Heranziehen der deutschen Brüderschaar entgegen treten zu können. Bei dem damaligen Stande der Sachen war zu erwarten, daß würtembergische, hessische und andere nicht badische Truppen

auf Seiten der Regierung gegen das Volk kämpfen würden. Ja, ihre bloße Anwesenheit an den Gränzen und theilweise schon innerhalb des badischen Gebietes wirkte entmuthigend auf das badische Volk und machte es zur Nothwendigkeit, die Hülfe aller Freunde, welche nur irgend herbeigezogen werden konnten, in Anspruch zu nehmen. Hätte die badische Regierung jede auswärtige Hülfe verschmäht, dann mochte allerdings das badische Volk gleichfalls jede auswärtige Hülfe von der Hand weisen, dann wäre es allerdings diesem ein Leichtes gewesen, den Sieg zu erringen. Allein so stand die Sache keineswegs. Nicht bloß die badische Regierung, sondern auch sämmtliche übrigen deutschen Regierungen, ja selbst der in Frankfurt versammelte Fünfziger-Ausschuß betrachteten die Volkserhebung in Baden als eine allgemeine deutsche Angelegenheit. Sie konnte nimmermehr siegen, wenn nicht auch die Republikaner sie als eine solche betrachteten und behandelten. Samstag den 15. April Morgens um 7 Uhr versammelte der Generalmarsch das kampflustige Häuflein der Republikaner. Doll und Mögling blieben zurück, um mit der Nachhut und neuen Zuzügen zu folgen. Die Uebrigen zogen aus mit klingendem Spiele. In Gaisingen wurde Mittagsrast gehalten. Hecker sprach wiederum zu dem Volke und ungetheilter Beifallsruf bekundete die Gesinnungen der Bürger. Ein Bote Struve's traf hier ein, und forderte Hecker auf, so schnell als möglich in Donaueschingen einzurücken, da die würtembergischen Truppen und die reaktionären Beamten die genannte Stadt bedrohten. Schon von Stockach aus hatte Hecker eine Aufforderung an Struve und Bruhn erlassen, sich der Fürstenbergischen Familie und der einflußreichsten Beamten als Geiseln zu versichern. Dieses Schreiben, so wie manche andere, war jedoch nicht an den Ort seiner Bestimmung gelangt. Uebrigens hätte dasselbe, wenn es auch Struve rechtzeitig zugekommen wäre, an dem Stande der Verhältnisse nichts zu ändern vermocht. Denn nicht weil Struve Bedenken getragen hätte, jenen

Gedanken auszuführen, sondern weil es ihm an der zu der Ausführung erforderlichen Macht gebrach, unterblieb jene Maßregel. Als endlich mit Hecker eine kleine Macht auf Donaueschingen losrückte, waren die Würtemberger bereits im Anmarsche und mußten sich daher die Republikaner zurückziehen. Ungeachtet General Miller versprochen hatte, vor Einbruch der Dämmerung in Donaueschingen nicht einzurücken, folgten seine Truppen dennoch den abziehenden Republikanern so rasch nach, daß diese noch nicht auf der einen Seite die Stadt verlassen hatten, als auf der andern die Soldaten schon einmarschirten und daß die Republikaner nicht Zeit hatten, ihr sämmtliches Gepäcke mit fortzunehmen. Frau Struve führte dasselbe, und namentlich darunter einige Kisten mit Pulver und Patronen, dem kleinen Freiheitsheere nach. Dieses mochte jetzt 1000 Mann mit zwei kleinen Feldstücken zählen. Die anrückenden Würtemberger waren ein Regiment Fußvolk, eine Schwadron Reiterei und eine Batterie Artillerie stark. Mit dieser Macht konnte sich das Häuflein Republikaner, auch nach Vereinigung der Schaaren von Hecker und Struve nicht messen; um so weniger, als ein Theil der Donaueschinger Bürgerschaft, namentlich die zahlreichen fürstlichen Beamten, den Republikanern durchaus feindlich gesinnt, und als die letzteren zum Theil sehr mangelhaft bewaffnet und durchgängig ohne kriegerische Uebung waren, so muthig und entschlossen sie auch gewesen sein mochten.

Die vereinigte Hecker-Struve'sche Colonne zog über Pfohren und Sumpfohren nach Riedböhringen, übernachtete daselbst und setzte am folgenden Tage, Palmsonntag den 16. April, unter Hagel und Schneegestöber ihren Marsch nach Stühlingen fort. In Riedböhringen hatten wohl 200 Mann die Gelegenheit zum Entweichen benützt, unterwegs schloß sich kein Zuzug mehr an, daher die Colonne in ziemlich trüber Stimmung in Stühlingen einrückte. Der Empfang daselbst war unfreundlich und kalt. Der Advokat Grüninger, welcher kurz zuvor den Aufstand noch

gepredigt hatte, jedoch jetzt aus der Stadt entwichen war, soll uns hauptsächlich eine so schlechte Aufnahme bereitet haben. Hecker und Struve sprachen, jedoch ohne sichtlichen Erfolg zu den auf dem Marktplatze versammelten Wehrmännern und anderen Bürgern. Von Stühlingen zogen wir nach Bonndorf.

Der Himmel klärte sich auf und mit ihm zugleich die Stimmung der Gemüther. Kaum waren wir indeß nach einem sehr beschwerlichen Marsche in Bonndorf eingezogen, so wurden wir durch den Generalmarsch wieder unter die Waffen gerufen, indem ein Ueberfall von Seiten der würtemberg'schen Truppen erwartet wurde. Obschon die Mannschaft noch nicht Zeit gehabt hatte, etwas zu genießen, so versammelte sie sich doch in wenigen Minuten, und wartete geduldig, bis es sich herausstellte, daß alles ein wahrscheinlich absichtlich herbeigeführter blinder Lärm gewesen war. Im Laufe der Nacht traf Dr. Kaiser von Constanz, welcher von Stühlingen aus an Weishaar von Lottstetten abgeschickt worden war, um diesen zu männlicher That aufzufordern, in Bonndorf ein und brachte die Aufforderung mit, Hecker oder Struve möge sich am folgenden Tage nach Griesen begeben, woselbst eine bewaffnete Volksversammlung von Weishaar und seinen Freunden abgehalten werden sollte. Da Hecker nicht geneigt war, dieser Aufforderung Folge zu leisten, so reiste Struve in Begleitung zweier Scharfschützen nach Griesen ab. Unterwegs begegneten ihm zahlreiche Zuzüge, welche nach Bonndorf rückten, um sich mit der dortigen Colonne zu vereinigen. Das Wetter war heiter geworden und ohne allen Zweifel wirkte dieser Umstand günstig ein auf die Bereitwilligkeit des Volkes, sich dem Zuge anzuschließen. Die Colonne, an deren Spitze jetzt Hecker allein stand, brach Montags den 17. April gegen Lenzkirch auf. Die Nachrichten, welche daselbst über die Stellung der fürstlichen Truppen eingingen, nöthigten das kleine Häuflein der Republikaner ihren Plan, geradezu durch den Höllenpaß auf Freiburg loszugehen,

aufzugeben und über die Glashütte nach Dorf Bernau zu rücken. Ein furchtbarer Regen, Schnee und Hagelsturm erschwerte den an und für sich schon höchst beschwerlichen Marsch. Doch unter dem Klange von Freiheitsliedern zog die muthige Schaar unermüdet voran. In der Nähe von Menzenschwand erhielt Hecker die Nachricht, daß zwei Mitglieder des Fünfziger-Ausschusses, Spatz und Venedey, ihn aufsuchten. Hecker erwiederte, daß sie ihn im Dorfe Bernau treffen könnten. In Bernau, woselbst die Schaar der Freiheitskämpfer beim Anbruche der Nacht, völlig durchnäßt, ankam, wurde sie mit Herzlichkeit aufgenommen. In geliehenen Kleidern saßen die Führer um den Tisch, erquickten sich unter heiteren Scherzen bei Wein und Brod, als die beiden Abgesandten des Fünfziger-Ausschusses in die Stube traten. Venedey, einst ein gewaltiger Fürstenfresser, erschien jetzt als ein Stellvertreter des monarchischen Prinzips! Spatz, noch vor wenigen Monaten ein Freund und Gesinnungsgenosse Heckers und zeitweiser Theilnehmer an den Zusammenkünften der Mannheimer Liberalen in der „Goldenen Gans" sollte jetzt die Rolle des Vermittlers zwischen Monarchie und Republik übernehmen. Volle Amnestie wurde den Republikanern im Namen des Fünfziger-Ausschusses angeboten. (Wer weiß, ob sie die Fürsten gehalten hätten?) Hecker und seine Begleiter erklärten jedoch den Abgesandten: „sie bedürften der Amnestie der Fünfziger nicht, sie seien in der Rath- und Thatlosigkeit der Zeit, wo man das deutsche Land mit Reden zu flicken gedacht habe, für die Befreiung ihres Volkes von dem Elende seiner 34 Fürsten mit dem Schwerte ausgezogen, und wollten dabei beharren. Sie böten aber im Namen des deutschen Volkes den 34 Bedrückern Amnestie an, für den Fall, daß sie binnen 14 Tagen der unrechtmäßigen Herrschaft entsagen, und das Volk in sein angestammtes Recht einsetzen wollten. Für diesen Fall sollten sie mit ansehnlichem Vermögen in das glückliche Loos von Privaten zurücktreten und als nützliche Bürger leben können."

Die Abgesandten sahen ein, daß, wie sie sich ausdrückten, mit diesen Leuten nichts anzufangen sei. Hecker forderte sie auf, bei ihnen zu bleiben, und statt leeres Stroh in Frankfurt zu dreschen, mit ihm zu ziehen; sie würden nicht nur nach 24 Stunden ihres Entschlusses sich selber freuen, sondern auch auf Deutschland und dessen Erhebung zur Freiheit mächtig wirken! Unverrichteter Dinge zogen die Gesandten wieder ab.

Bis zu diesem Tage waren alle Kosten des Kriegszuges aus den Taschen der Republikaner bestritten worden. Weder in Constanz, noch unterwegs war auch nur eine einzige Staatskasse mit Beschlag belegt worden. Endlich erkannte man aber doch, daß auf solche Weise sich kein Krieg führen lasse. In der Nacht vom 17. auf den 18. April wurden von dem Freiheitsheere die erste That verübt, welche an Krieg erinnerte, es wurden nämlich 17 Stück Gewehre, die sich in der Waffenfabrik von St. Blasien befanden, und 900 fl. aus der Kasse der Obereinnehmerei gegen Bescheinigung von den Freiheitskämpfern hinweggenommen. Ueberhaupt wurde von Seiten der Volkspartei der Krieg mit einer Milde und einer Schonung geführt, welche nicht geeignet war, den Feinden Furcht einzuflößen. In Stockach wurde z. B. ein würtemberg'scher Kundschafter, Hauptmann Fischer, aufgegriffen, und, ungeachtet er ein Papier zerriß, worauf er Bemerkungen über die Operationen des Freiheitsheeres niedergeschrieben hatte, ungezüchtigt wieder entlassen. Auf dem Wege zwischen Pfohren und Riedböhringen war ein anderer Spion aufgegriffen worden. Auch diesem wurde kein Leid zugefügt, vielmehr wurde derselbe so schonend bewacht, daß er am folgenden Tage von Bonndorf wieder entfliehen konnte. Eben so gelind wurden die Leute der eigenen Partei behandelt, obgleich bei diesen nur ein Vergehen vorzukommen pflegte, nämlich das Verlassen der Fahne, oder das sogenannte Ausreißen. Wären alle Diejenigen bei Hecker, Struve, Sigel, Weishaar und den andern Führern geblieben, welche

sich ihnen angeschlossen hatten, so hätten sie über bedeu tende Massen zu verfügen gehabt. Allein während auf der einen Seite jeden Tag bei jedem Führer mehrere Hunderte zuzugehen pflegten, entfernten sich gewöhnlich wieder fast ebenso viele. So hatte Hecker's Schaar schon den 15. zu Engen 800 Mann betragen und dennoch zählte sie den 18. zu Dorf Bernau, ungeachtet ihrer Vereinigung mit der ihr durch Struve zugeführten Mannschaft, auch nicht mehr. Allerdings waren die starken Märsche, die bodenlosen Wege und das schlechte Wetter nicht geeignet, den Zuzug zu begünstigen, während in Folge dieser ungünstigen Verhältnisse Manchem beim besten Willen die Kräfte ausgingen, der Colonne zu folgen. Nichts desto weniger ist es gewiß, daß durch militärische Strenge viele Hunderte bei der Fahne hätten zurückgehalten werden können. Insbesondere wirkten die Verräther und Spione schädlich, welche sich ein Geschäft daraus machten, die ermüdeten und durch die Strapatzen verstimmten Wehrmänner der Sache der Freiheit abspenstig zu machen und sie zur Rückkehr in die Heimath zu verführen. Auch von diesen wurde nicht ein Einziger zur verdienten Strafe gezogen.

Dienstag den 18. April setzte sich die kleine Schaar über Präg nach Schönau, Zell und Schopfheim im Wiesenthale in Bewegung. An den letzteren drei Orten sprach Hecker zu dem versammelten Volke. An Zurufen: „es lebe die Republik“ fehlte es nicht. Allein thatkräftige Hülfe leisteten die Bewohner des Wiesenthales der Sache der Freiheit nicht. Die Schopfheimer Geldsäcke zumal waren keineswegs geneigt, der Sache des Volkes einen Theil ihres Eigenthums, geschweige denn ein Tröpfchen ihres kostbaren Bluts zum Opfer zu bringen. In Schopfheim wurde übernachtet. Die Republikaner wurden zwar gut daselbst verpflegt, weil die Macht auf ihrer Seite war. Wie wenig gut es aber die Schopfheimer mit ihnen meinten, erhellt zur Genüge aus dem wenige Tage nachher unter ihnen besprochenen Vorschlag, die Republikaner mit Steinen und

siedendem Wasser zu empfangen, und aus der fünf Monate später von ihnen bewirkten Gefangennehmung Struve's. Am folgenden Tage, Mittwoch den 19. April, nachdem die in der Freiheitsschaar befindlichen Schuhmacher die ganze Nacht hindurch gearbeitet hatten, um das zerrissene Schuhwerk auszubessern, wurde um 2 Uhr Nachmittags aufgebrochen. In Steinen fand sich eine Deputation aus Lörrach ein, welche Hecker erklärte, daß man Seitens der Gemeinde kein Aufgebot erlassen würde. Es hieß dieses soviel, als daß im Augenblicke die Partei der Geldsäcke im Gemeinderathe das Uebergewicht besitze. Als bei einbrechender Dunkelheit Hecker mit seiner Schaar den waldigen Weg gegen Kandern hinab zog, erhielt er die Nachricht, daß in Schliengen eine starke feindliche Heeresmacht liege und von da auf Kandern Fußvolk, Reiterei und Geschütz losrücke. Sofort wurden die nöthigen Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die Führer recognoscirten die Umgegend, worauf Kriegsrath gehalten und beschlossen wurde, sich gegen Steinen zurückzuziehen, um eine Vereinigung mit dem Sigel'schen und Weishaar-Struve'schen Corps herbeizuführen. Unglückseligerweise wurde jedoch nicht in der Nacht um 2 Uhr, wie vorgeschlagen worden war, sondern erst am folgenden Morgen um 8 Uhr aufgebrochen. Ein zweites Mal stellte sich hier Frau Herwegh wieder ein, welcher Hecker jedoch wiederholte, er habe die deutsche Legion nicht aufgefordert zu kommen, und werde sie auch jetzt nicht rufen, so wenig als er verhindern könne, daß sie über den Rhein käme.

Auf diese Weise wurde sogar im Augenblicke der dringendsten Gefahr eine bereite Hülfe von Hecker, wenn nicht zurückgewiesen, doch nicht benützt, während fürwahr eine Vereinigung aller Streitkräfte der Republikaner kaum hingereicht haben würde, den fürstlichen Söldnerschaaren die Spitze zu bieten.

Am Abende des 19. Aprils wurden bei Kandern zwei patrouillirende badische Dragoner gefangen genommen.

Sie erhielten zu essen und zu trinken, wurden belehrt über die Bedeutung der republikanischen Bewegung, und mit Pferden und Waffen wieder entlassen. Die Bürgerschaft von Kandern war in der Mehrzahl den Republikanern nicht gewogen. Zwei Bürger des Ortes, darunter ein Pensionär, mit Namen Barth, welcher in Schopfheim und Steinen Kundschaften vom Freiheitsheere eingezogen hatte, waren in das Hauptquartier der fürstlichen Söldner nach Schliengen gereist, hatten die eingezogenen Nachrichten dahin überbracht und die Truppen herbei geholt. Hätte die Bürgerschaft von Kandern die Sache der Freiheit kräftig unterstützt, so wäre das Treffen des folgenden Tages schwerlich so ungünstig für die Republikaner ausgefallen.

Am Gründonnerstag, den 20. April, setzte sich das kleine Freiheitsheer um 8 Uhr Morgens von Kandern aus in Bewegung, als das Anrücken der feindlichen Truppen bereits gemeldet worden war. Kaiser und Doll blieben mit der Nachhut noch im Orte zurück. Mit Mühe erlangte der letztere die zur Bespannung der beiden kleinen Kanonen und des Gepäckwagens erforderlichen Pferde. Hecker, Willich und Bruhn waren mit dem Hauptkorps bereits voran gezogen. Während Kaiser mit der Nachhut noch in Kandern verweilte, traf Regierungscommissair Stephani mit einem hessischen Trompeter daselbst ein und verlangte Hecker zu sprechen. Als ihm Kaiser erwiederte, derselbe sei bereits voraus gezogen, fragte der fürstliche Diener, ob er zu den anwesenden Truppen sprechen dürfe, was ihm Kaiser gestattete. Er forderte diese sodann auf, die Waffen niederzulegen, stellte ihnen vor, sie seien zum Aufruhr verführt worden und dem Gesetze verfallen und verlas die Aufruhracte. Seiner Aufforderung, die Waffen niederzulegen, wurde jedoch ein einstimmiges „Nein“ entgegengesetzt. Mittlerweile hatte Willich die Anhöhen, welche zu beiden Seiten der Straße hinter Kandern liegen, sowie die Straße selbst besetzt.

Kaiser zog langsamen Schrittes mit dem Nachtrabe, den beiden Kanonen und dem Gepäckwagen dem Hauptkorps nach. Der Feind folgte ihm in einer Entfernung von etwa 120 Schritten nach. Hecker stand bei einem Fähnlein am Berge, als ihm zugerufen wurde, Gagern, (der Oberbefehlshaber der fürstlichen Truppen) wünsche ihn zu sprechen. Er begab sich demzufolge auf die Straße, woselbst ihm ein Kavallerie-Lieutenant vom Dragonerregiment in Bruchsal entgegen kam, und diese Mittheilung wiederholte.

Hecker stieg, begleitet von Willich, Mögling, Kaiser und einigen Adjutanten den Weg hinab und traf auf der Mitte einer vor der Stadt Kandern befindlichen Brücke mit Gagern zusammen, woselbst dieser in rauher Weise ihn mit den Worten anredete: „Sie (d. h. die Republikaner) müssen die Waffen niederlegen." Als Hecker diese Zumuthung ablehnte, fuhr Gagern fort: „Sie sind ein gescheidter Mann, aber ein Fanatiker." Hecker erwiederte: „Wenn die Hingebung für die Befreiung eines großen Volkes Fanatismus ist, so mögen Sie diese Handlungsweise also bezeichnen. Dann gibt es aber auch einen Fanatismus auf der andern Seite, dem Sie dienen. Uebrigens bin ich nicht hier, um hierüber zu streiten, sondern frage, ob Sie mir sonst etwas mitzutheilen haben." Hierauf entgegnete Gagern: „So werde ich mit aller Strenge gleich einschreiten. Wir werden Ihnen auf den Fersen folgen." Hecker erwiederte: „und wir werden einem Angriffe zu begegnen wissen, übrigens werden Sie uns (die zur Besprechung herbeigekommenen Anführer) zuvor zu unserm Korps zurückkehren lassen." Gagern antwortete: „Allerdings." Nach diesem Zwiegespräche rief ein badischer Stabsoffizier (wahrscheinlich Kunz mit Namen) Hecker noch zu: „ich beschwöre Sie, stehen Sie ab." worauf Hecker und seine Begleiter in ihre Reihen zurückkehrten, welche sogleich, ihre der Artillerie etwas blos gegebene Stellung räumten und langsam die Bergstraße hinauf zogen, fast eine Stunde lang nur durch einen Zwischenraum von hundert Schritten

von den Hessen getrennt. Auf der Höhe des Passes, Scheidegg genannt, angekommen, machten die Republikaner Halt, worauf die fürstlichen Soldaten gleichfalls Halt machten. Willich ordnete sofort die Stellung seiner Schaaren. Ein Fähnlein wurde rechts an der Straße (von Kandern aus gedacht), ein Fähnlein links, ein drittes quer über die Straße aufgestellt mit zwei Kanonen. Weiter rechts am Waldrande wurden sämmtliche Sensenmänner, hinter dem ersten Fähnlein rechts von der Straße im Gebüsch die Reserve, und zu beiden Seiten der Berghänge die Scharfschützen postirt. Kaiser befand sich am rechten Ende des linken Flügels, den er zu befehligen hatte, fast in der Mitte der Schlachtordnung, gerade dem Punkte gegenüber, wo die Straße auf der Höhe des Passes sich in ein, etwa hundert Schritte im Umfange messendes, freies Plateau mündete. Kaum waren diese Stellungen eingenommen, als schon die Hessen in dichten Reihen gegen den freien Platz vorzudringen begannen, wo Willich ihrem Offizier Halt gebot. Eine minutenlange Stille erfolgte; Kaiser trat vor und rief, bis auf wenige Schritte sich den feindlichen Reihen nähernd, den fürstlichen Soldaten zu: „Schießet nicht auf Euere Brüder! schießet nicht! wir wollen ja das Gleiche, was Euere Väter und Euere Brüder wollen; Ihr würdet noch als Greise Euch die grauen Haare verzweifelnd ausraufen.“ In diesen Zuruf stimmten die Republikaner in Masse ein. Einzelne Männer traten gleich Kaiser aus den Reihen vor, schwenkten die Mützen oder Hüte, streckten die Hände aus und gaben durch alle erdenklichen Zeichen zu erkennen, daß sie freundliche Gesinnungen hegten. Bereits begann der rechte Flügel der fürstlichen Truppen zu schwanken und in Bewegung zu gerathen. Aus den vorderen Reihen der Hessen traten 8 bis 10 Soldaten offenbar in der Absicht friedlicher Begegnung hervor. Als Gagern dieses bemerkte, drängte er sich zu Fuß durch die Truppen auf den freien Platz vor. Einige Oberoffiziere folgten ihm. Die Soldaten traten auf seinen Zuruf in die Reihen zurück. Sofort

stieg Gagern zu Pferde und rief: „Freiwillige und Unteroffiziere vor!“ worauf an beiden Flanken der fürstlichen Truppen neue Mannschaft vorrückte, welche, von einem badischen Stabsoffizier geführt, die Artillerie der Republikaner mit gefälltem Bajonett angriff. Die Republikaner fällten nun ebenfalls das Bajonett, ohne daß es jedoch sofort zu einem ernstlichen Kampfe gekommen wäre. Der Offizier nur hieb wild mit dem Säbel gegen die Artilleristen ein. Noch einmal riefen die Republikaner: „Brüder!“ Mit rauher, vor Leidenschaft bebender Stimme rief Gagern diesen aber zu: „Gesindel seid ihr! Blut soll fließen!“ Zugleich schoß er seine Pistole gegen das Centrum der Republikaner ab, wiederholtes Feuer-Kommando ertönte in den hessischen Reihen. Im zweiten oder dritten Gliede der hessischen Soldaten, an deren linker Flanke Gagern sich mit geschwungenem Säbel zurückzuziehen begann, fiel ein Schuß. Nun erst gaben auch die Republikaner Feuer. Fast gleichzeitig mit dem badischen Offiziere, welcher das Centrum der Republikaner angriff, vor dem Fähnlein der Constanzer Musketiere, an der Seite seiner Leute fiel General v. Gagern, den Säbel in der Hand, mit seinem Pferde. Die Hessen zogen sich auf der einen Seite zurück, auf der andern brachten die Sensenmänner, welche den linken Flügel des Centrums bildeten, Unordnung in die Reihen der Republikaner, indem sie in Verwirrung entflohen und mit sich fortrissen, was noch Stand hielt. Die Schützen des Freiheitsheeres und die Constanzer Musketiere feuerten jedoch unausgesetzt auf den Feind. Gagern's Leiche fiel daher in deren Hände. Säbel und Pistole wurden ihm abgenommen, die Uhr jedoch zurückgelassen. Die Schützen der Republikaner, welche längs des Weges aufgestellt waren, unterhielten noch immer ein lebhaftes Feuer, als einige feindliche Offiziere zum Vorschein kamen, welche baten, sie möchten das Feuern einstellen, da sie es ebenfalls einstellen wollten. Dabei erklärten sie, den Befehl zu haben, nicht weiter vorzudringen und fügten hinzu, sie

würden sich zurückziehen, und forderten die Republikaner auf, ein gleiches zu thun. Dies wurde zugestanden, worauf sie mit Mannschaft kamen, um Gagern's und andere Leichen zu holen, wobei ihnen einige Schützen der Republikaner unter dem Befehle von Mögling behülflich waren. Für die Leiche Gagern's mußten die Hessen aber eine schwarz-roth-goldene Fahne, welche ein Verwundeter von ihnen trug, zurückgeben.

Hätten die Republikaner, statt die erste Salve der fürstlichen Soldaten abzuwarten, diesen die erste gegeben, sobald sie ihre treffliche Stellung eingenommen hatten, so wäre es nicht schwer gewesen, dieselben in dem waldigen und engen Passe, in den sie sich unvorsichtig eingelassen hatten, zu vernichten. Allein sämmtliche Führer der Republikaner hatten unter sich die Abrede getroffen, bevor sie von den Waffen Gebrauch machten, immer zu versuchen, ob eine gütliche Verständigung nicht möglich sei. Die Republikaner zählten nur etwa 1200 Mann, denen es zum größten Theile an vollständiger Bewaffnung und militärischer Führung fehlte, während die fürstlichen Soldaten sich wohl auf 2200 Mann mit Artillerie und Reiterei beliefen. Wenn alle diese Thatsachen zusammengehalten werden, so ist es unmöglich, auf die Freiheitskämpfer der Scheidegg bei Kandern irgend einen Tadel zu heften. Im Gegentheil verdient die Tapferkeit der Constanzer Musketiere, der Schützen und namentlich auch diejenige der Hauptleute Kaiser und Mögling rühmende Anerkenuung. Die Folgen dieses Treffens waren übrigens für die Republikaner sehr nachtheilig. Die Schaar, welche unter den Befehlen von Hecker und Willich gestanden war, wurde zersprengt, Hecker selbst bestimmt, sich in die Schweiz zurückzuziehen, Willich blieb von nun an ohne bestimmtes Commando und eine große Entmuthigung bemächtigte sich der übrigen republikanischen Schaaren, welche da und dort in der Bildung begriffen waren.

Siebenter Abschnitt.

Das Treffen bei Steinen, Günterothal und Freiburg.

Montag den 17. April reiste Struve, begleitet von zwei Scharfschützen, von Bonndorf ab, um der bewaffneten Volksversammlung zu Griesen beizuwohnen. Es war ein heiterer Frühlingstag. Von allen Seiten strömten Zuzüge herbei, welche nach Bonndorf marschirten, um sich mit dem dortigen Hauptkorps zu vereinigen. In Stühlingen schien sich seit dem vorigen Tage die Stimmung zu Gunsten der Volkserhebung gebessert zu haben. Nicht lange war Struve in Griesen angelangt, als Weishaar, umgeben von einem zahlreichen berittenen Generalstab, an der Spitze einer wohlbewaffneten Schaar daselbst einrückte. 1500 Mann, wie wir gehofft hatten, waren es freilich nicht, allein doch wohl 600. Die Fehlenden, wurde bemerkt, würden folgen. Struve hielt eine Anrede an die versammelten Wehrmänner, und forderte sie auf, sofort, ohne wieder nach Hause zurückzukehren, sich dem Befreiungszuge anzuschließen. In einer unmittelbar darauf gehaltenen Versammlung der Führer wurde auf ausdrückliches Verlangen des Volkes beschlossen, nicht mehr, wie bisher, blos Freiwillige aufzufordern, sondern alle waffenfähige Mannschaft bis zum vollendeten vierzigsten Jahre aufzubieten, und den Säumigen oder Widerspenstigen ein über sie zu haltendes Volksgericht anzudrohen. Nach

Beseitigung mancher kleinen Bedenklichkeiten und Ausfertigung der erforderlichen Befehle an die benachbarten Gemeinden, rückte gegen Abend etwa die Hälfte der mit Weishaar zu Griesen eingezogenen Mannschaft nach Thiengen. Die andere Hälfte, welche ganz in der Nähe zu Hause war, wollte nur noch diese Nacht daheim schlafen, und den andern Morgen nach Thiengen folgen. Auf den ersten Blick zeigte sich ein großer Unterschied zwischen der Freiheitsschaar, welche Struve in Bonndorf verlassen hatte, und derjenigen, welche er in Griesen einziehen sah. Dort fehlte es an Pferden, an Waffen, an Lebensmitteln, an Gepäckwagen, kurz an Allem, was sich nur durch Geldmittel herbeischaffen ließ; dagegen waren die Leute zum größten Theile abgehärtet, zu Strapazen bereit, und es fand sich in ihrer Mitte eine beträchtliche Anzahl thatkräftiger Männer, welche im Stande waren, sie mehr und mehr für die Sache der Freiheit zu begeistern. Ich brauche nur Namen zu nennen: Hecker, Willich, Mögling, Kaiser, Bruhn, Doll, Schöninger und Andere. Bei der in Griesen versammelten Wehrmannschaft waren alle Befehlshaberstellen längst durch freie Wahlen vergeben. Es fehlte nicht an tönenden Titeln: Generalstab, Oberst, Majore, Adjutanten, Wagenmeister u. s. w. Allein in Betreff der nachhaltigen Kraft und des entschlossenen Muthes ließ diese Schaar Manches zu wünschen übrig. Weishaar war ihr Oberst. Auf dessen und der übrigen Führer Verlangen blieb Struve als Mitglied des Landes-Ausschusses und politischer Führer und Rathgeber bei dieser Colonne.

In Thiengen wurde die neugebildete Weishaar-Struve'sche Schaar freundlich aufgenommen und einquartirt. Der Vormittag des folgenden Tages wurde dazu verwandt, die benachbarten Gemeinden aufzubieten, das Aufgebot von Thiengen zu organisiren und die öffentlichen Kassen daselbst in Beschlag zu nehmen. Auch sandte Struve vertraute Boten an Joh. Phil. Becker in die Schweiz

und Herwegh nach dem Elsaß ab, um eine Verbindung mit diesen Männern einzuleiten, und sie zu veranlassen, ihre Schaaren so schnell als möglich mit denjenigen zu vereinigen, welche dießseits des Rheins standen. Gegen Mittag zog eine Schaar von beiläufig 2000 Mann unter Sigel's Führung durch Thiengen, was den Muth der Einwohner von Stadt und Umgegend bedeutend hob. Nachdem nämlich Sigel bis Engen mit Hecker gezogen war, kehrte er von da nach Constanz zurück, um einen zweiten Versuch zu machen, die Massen mit sich fortzureißen. Dieser gelang ihm fast über Erwartung gut, indem ihm 100 Mann mit den zurückgebliebenen Führern Dr. Vanotti, Katzenmeier, Stephani und andern einflußreichen Männern folgten. In Thiengen, Stühlingen und andern Orten vermehrte sich seine Schaar ansehnlich, ungeachtet die Würtemberger schon am 17. in Bonndorf standen, und daher diese Stadt umgangen werden mußte. Die Constanzer zwei Geschütze mit uniformirter Mannschaft, befehligt von dem wackern Kuenzer, wurden dem Zuge nachgeschickt, so daß die Sigel'sche Schaar, als sie am 18. in Thiengen einzog, ein achtunggebietendes Ansehen hatte. Nachdem sich Struve und Sigel über ihre Operationen miteinander verständigt hatten, zog Sigel über Waldshut und Waldkirch nach St. Blasien, woselbst er am 19. Abends und nach Todtnau, wo er am 20. eintraf. Struve sollte dagegen das Rheinthal hinabziehen; theils um die Aufgebote der dortigen Gegend an sich zu ziehen, theils aber auch um die Verbindung mit den Freunden jenseits des Rheins zu vermitteln. Des Nachmittags legte Struve Beschlag auf die Zollkasse von Kadelburg, während seine Colonne, welche in Thiengen übernachtet hatte, durch ansehnlichen Zuzug vermehrt, in Dogern Nachtquartiere bezog.

Am 19. rückte die Colonne über Kleinlaufenburg und Säckingen, an welchen beiden Orten Struve Anreden an das Volk hielt und die öffentlichen Kassen mit Beschlag belegte, nach Nollingen. Aller Orten wurden die Freiheits-

schaaren mit freudigem Zurufe begrüßt und mit dem Versprechen zahlreichen Zuzugs erfreut. Kurz vor Säckingen trat Joh. Phil. Becker zur großen Freude Struve's zu diesem heran, versprach demselben Zuzug aus der Schweiz und verabredete sich mit ihm über die Vereinigung desselben mit den diesseits des Rheins befindlichen Freiheitsschaaren. In Nollingen erhielt Struve die Nachricht, Hecker befinde sich in Lörrach oder der nächsten Umgegend; er fuhr daher in die genannte Stadt, um durch eine persönliche Besprechung mit seinem Freunde die Verbindung der unter den verschiedenen Führern stehenden Schaaren zu vermitteln. In Lörrach angekommen, erfuhr er jedoch, daß sich Hecker nicht daselbst befinde, sondern wahrscheinlich die Nacht in Steinen zubringen werde.

Die Haltung der Einwohnerschaft von Lörrach schien zweideutig zu sein. Auch erregte der Anblick einiger Uniformen Bedenken, da es bekannt war, daß die fürstlichen Soldaten in nächster Nähe standen. Obgleich nur von einem einzigen Freunde begleitet, setzte er doch seine Reise nach Steinen fort. Doch auch da war Hecker nicht zu finden. Zwar erhielt Struve daselbst die Kunde, daß sich Hecker mit seiner Schaar in Kandern befinde, allein zugleich auch die Nachricht, daß die Vorposten der Hessen und badische Dragoner sich in nächster Nähe fänden, und daß der Weg nach Kandern nicht sicher sei. Hierzu kam noch, daß Struve von den Gästen des Wirthshauses, in welchem er zu Steinen abgestiegen, höchst unfreundlich empfangen worden war, und zwar in einem solchen Maße, daß ihm seine persönliche Sicherheit gefährdet schien. Mit Widerstreben sah er sich daher gezwungen, unverrichteter Dinge nach Nollingen zurückzukehren, wohin er, nachdem er mehreremale in Gefahr gewesen war, aufgehalten oder verhaftet zu werden, spät in der Nacht wieder anlangte. Um so schnell als möglich die Verbindung mit der Heckerschen Schaar herzustellen, zog die Weishaar-Struve'sche Colonne, etwa 700 Mann stark, am folgenden Morgen,

Gründonnerstag den 20. April, nach Lörrach. Daselbst sollte Rast gehalten werden. Allein das Eintreffen der Nachricht von dem bei Kandern stattgefundenen Treffen bestimmte Struve darauf zu dringen, so schnell als möglich den Freunden zu Hülfe zu ziehen. In Lörrach gesellte sich Struve der wackere Neff von Rümingen bei. Die Bürgerschaft der Stadt bezeugte wenig Theilnahme an der Volkssache. In raschem Marsche ging es nach Steinen. Unterwegs erfuhr man, daß die Schaar Heckers gänzlich zersprengt worden sei. Struve hoffte jedoch dieselbe wieder zu sammeln, falls man in die Gegend rücke, nach welcher die Zersprengten sich, aller Wahrscheinlichkeit nach zurückgezogen haben würden. Als die Colonne sich dem Dorfe Steinen näherte, drangen die militärischen Führer darauf, den ermüdeten, hungernden und dürstenden Wehrmännern einige Rast zu gewähren. Vergeblich widersetzte sich Struve, indem er auf die von den nahen Feinden drohende Gefahr hinwies, vergeblich verlangte er, daß wenigstens der auf der Straße nach dem Schlechtenhaus in geringer Entfernung von Steinen befindliche Engpaß besetzt werden solle. Er konnte nur erreichen, daß eine kleine Abtheilung Schützen vorgeschickt wurde. Kaum war jedoch Struve, nachdem er die Schützen vorgeschickt hatte, in das Hauptquartier Steinen zurückgekehrt, um daselbst einige schriftliche Befehle auszufertigen, so erhielt er die Nachricht, der Feind rücke von Schlechtenhaus her auf Steinen los, und zwar in großer Uebermacht. Diese Nachricht, welche nicht geheim gehalten worden war, verbreitete unter der ermüdeten und noch mit Essen und Trinken beschäftigten Mannschaft große Verwirrung. Struve erbot sich, dem Feinde entgegen zu gehen, um denselben von weiterem Vorrücken durch anzuknüpfende Unterhandlungen abzuhalten. Dieses gelang ihm auch, indem Oberst Hinkeldey, welcher nach dem Tode des General Gagern den Oberbefehl über das heranrückende fürstliche Truppenkorps führte, ihm versprach, eine halbe Stunde Halt zu machen und auch dann nur langsam weiter gegen

Steinen vorzurücken. Nicht ohne Gefahr war es Struve gelungen, diese Unterhandlung mit Oberst Hinkeldey einzuleiten. Bereits hatte das Gefecht begonnen, als Struve sich den Vorposten der fürstlichen Partei näherte. Auf die erste Anfrage, ob er sich ungefährdet nähern könne, wurde ihm geantwortet, er solle nicht weiter vorgehen. Erst auf eine zweite und dringendere Anfrage trat ein Hauptmann vor, welcher unter Verpfändung seines Ehrenwortes für Struve's Sicherheit, diesen aufforderte, weiter vorzugehen. Bald erschien Oberst Hinkeldey, welcher Struve nach seinem Namen fragte, sich auf's Bitterste über das Benehmen der Freischaaren bei der Scheidegg beklagte und von Struve verlangte, daß seine Leute die Waffen niederlegen sollten. Struve erwiederte, eher würden sie alle sterben, worauf Oberst Hinkeldey nach einiger Zögerung das oben bereits erwöhnte Versprechen ertheilte. Ehe Struve dem Feinde entgegen gegangen war, hatte er verlangt, daß eine Compagnie ihm sofort an die kleine Brücke vor Steinen auf dem Wege nach dem Schlechtenhaus nachgeschickt, und daß die übrige Mannschaft unter die Waffen gerufen und dem Feinde entgegen geführt würde. Von alle dem war nichts geschehen. In Begleitung der wenigen Schützen, welche ihm bis in die Nähe des Feindes gefolgt waren, kehrte er nach Steinen zurück, fand jedoch daselbst keine drei Mann mehr in Ordnung beisammen. In wilder Flucht hatte sich die ganze Schaar nach allen Richtungen hin zerstreut. Ohne die von Struve abgeschlossene Convention wäre es dem Feinde ein Leichtes gewesen, durch die Reiterei, welche er bei sich führte, viele Gefangene zu machen, oder uns an Todten und Verwundeten großen Schaden zuzufügen. Unter diesen Umständen blieb nichts anderes zu thun übrig, als dem Feinde die Verfolgung der Unsrigen möglichst zu erschweren. Zu diesem Behufe ordnete Struve an, daß die über das Flüßchen Wiese führende Brücke abgetragen werden sollte. Bei der Vollziehung dieser Anordnung unterstützte ihn Mögling, welcher, nachdem er das Treffen

bei der Scheidegg mitgemacht hatte, gerade zu dieser Zeit in Steinen angekommen war. Auch Willich traf daselbst auf einige Augenblicke mit Struve zusammen. Als die Brücke schon fast gänzlich abgetragen war, kam Weishaar angeritten. Wir legten einige Bretter über die Brücke, um seinem Pferde den Uebergang möglich zu machen. Die Brücke wurde verbarrikadirt und einige Constanzer Schützen dahinter aufgestellt. Die fürstlichen Soldaten machten aber keinen Versuch, die Brücke zu überschreiten, sondern zogen auf der rechten Seite der Wiese Lörrach zu. Die Trümmer der am Morgen noch so stattlichen Freiheitsschaar zogen vereinzelt und in trüber Stimmung über die Berge nach Nollingen. Dort waren mittlerweile wiederum beiläufig 1200 Mann gut bewaffneter Volkswehr eingetroffen, welche in kriegerischer Ordnung aufgestellt waren. Als diese jedoch Nachricht erhielten von den Vorgängen bei der Scheidegg und bei Steinen und in unsern Reihen alle Ordnung aufgelöst sahen, so liefen sie auch davon. Vergeblich bemühten sich Struve und Neff, die Reihen wieder zu ordnen, vergeblich, die Flüchtigen zurückzuhalten. Verräther sprengten die Nachricht aus, die Hessen seien im Anzuge von Lörrach her und die Würtemberger rückten heran von Säckingen her. Da Struve es unmöglich fand, die Leute zurückzuhalten, so suchte er sich an ihre Spitze zu stellen und sie so wenigstens zu leiten. Unterdessen wurde es dunkel und ein dichter Regen floß hernieder. Dadurch wurde vollends den Leuten die Lust am Kriege benommen. In einem Wirthshause in Brand trafen mehrere Führer zusammen. Sie alle waren der Ansicht, daß sich im Augenblicke die flüchtigen Schaaren nicht zusammenhalten ließen. Man solle die Nacht in Klein auf Schweizergebiet zubringen, und von da aus am folgenden Morgen weiter sehen, was geschehen könne. Da würde man namentlich erfahren, wo Sigel mit seiner Mannschaft stehe, und dann im Verein mit diesem weiter thätig sein können. Struve war der Ansicht gewesen, falls man sich auf badischem

Gebiete diese Nacht nicht sicher fühle, in einem Nachen über den Rhein zu fahren. Von allen Seiten wurde ihm jedoch erwiedert, daß man mit vollkommener Sicherheit bei Säckingen über die Brücke nach Stein gelangen könne. Als jedoch, in Gemäßheit dieser Ansicht, Struve in Begleitung von Dr. Knöpfle aus Ueberlingen und Dekonom Tiedemann aus Salem über die Brücke bei Säckingen gehen wollte, so wurden alle drei daselbst von bewaffneten Gensdarmen und Zollwächtern angehalten und in das Gefängniß abgeliefert.

Ermüdet von den Strapazen der verflossenen Tage schliefen Struve und seine Begleiter zum erstenmale nach längerer Zeit wieder im Gefängniß. Am folgenden Tage sahen sie durch das kleine Fenster ihres Kerkers einen Zug würtembergischer Reiter sich auf Säckingen zu bewegen. Das däuchte ihnen kein gutes Vorzeichen zu sein. Kurz darauf hörten sie einen Wagen am Gefängniß vorfahren, und der Gefängnißwärter kam und forderte sie auf, sich zur Abreise fertig zu machen. Zugleich hörten sie jedoch in der Nähe ein dumpfes Gemurmel, gleich als wären viele Menschen versammelt, und kurz darauf wurden sie vor den Beamten geführt, welcher ihnen verkündete, sie seien entlassen, sie hätten sich aber sofort über die Brücke in die Schweiz zu verfügen. Dieses geschah in Begleitung mehrerer Bürger von Säckingen. Gleich auf der Brücke erkundigte sich Struve bei einem derselben, wo Sigel stehe und welche Nachrichten von dessen Corps eingetroffen seien? Er konnte jedoch nichts desfalls in Erfahrung bringen. In Stein, jenseits des Rheins, erhielten Struve und seine Begleiter erst den Schlüssel zum Räthsel ihrer Befreiung. Mögling und Scheibel hatten einen Brief an den Bürgermeister von Säckingen geschrieben, worin sie anfragten, ob es wahr, daß Struve und Andere in Säckingen verhaftet seien? deren alsbaldige Auslieferung verlangten und im Verweigerungsfalle drohten, ihre Freunde mit Gewalt zu befreien, „wobei sie natürlich weder für Sicherheit der Personen noch

des Eigenthums garantiren könnten.“ Dieses Schreiben wurde durch einen gewandten Schweizer, welcher die Macht der anrückenden Republikaner auf 6000 Mann angab, überbracht, und bewirkte, in Verbindung mit der Thätigkeit des freisinnigen Theils der Säckinger Bürgerschaft die Freilassung der Gefangenen und den Abzug der würtembergischen Reiter, welche gekommen waren, um Struve mit seinen Begleitern in's Hauptquartier der Würtemberger abzuführen. Von Stein begaben sich die drei Befreiten nach Rheinfelden, woselbst Hecker, Willich, Kaiser, Mögling und Andere die Nacht vom Donnerstag auf den Freitag zugebracht hatten; Weishaar, Schöninger und Andere Freitags angekommen waren. Hecker, Willmann und Schöninger waren indeß schon nach Basel abgereist, Willich war wiederum auf badisches Gebiet übergegangen. Am folgenden Tage, Samstag den 22., kehrte Struve mit Mögling, Scheibel, seinen beiden ehemaligen Mitgefangenen Tiedemann und Knöpfle und einigen deutschen Arbeitern bei Rheinfelden über den Rhein in's Badische zurück. Zwischen Nollingen und Beugen vereinigten wir uns mit einer Schaar Republikaner, welche Doll zusammengehalten hatte. Etwas später trafen wir Willich und Bruhn mit einer größeren Schaar, so daß wir in Dossenbach wieder 200 Mann stark waren, bei welchen sich auch die zwei kleinen Kanonen und der Gepäckwagen des Hecker'schen Zuges befanden. Ueber Wehr, woselbst uns Willich verließ, zogen wir bei strömendem Regen nach Hasel. Hier erhielten wir eine Staffete von Sigel, welcher den Wunsch aussprach, daß entweder Hecker oder Struve eiligst zu ihm kommen, das Corps selbst aber möglichst schnell nachfolgen möchte.

Nachdem Sigel am 20. in Todtnau eingetroffen war, vermehrte sich seine Schaar durch starke Zuzüge von allen Seiten auf 3000 Mann, welche er in vier Banner eintheilte. Munition, Geld und Lebensmittel waren reichlich vorhanden. Die Aufgebote der meisten Gemeinden hatten Gepäckwägen. Im Ganzen folgten der Colonne etwa

zwanzig Wägen. Die Quartiere für die Nacht vom 20. auf den 21. April waren bestimmt in Todtnau, Geschwend, Uzenfeld und Schönau. Das Hauptquartier befand sich zu Schönau. Die Colonne hatte sich bereits getrennt, um zu den verschiedenen Quartieren zu marschieren, als Sigel zu Geschwend die Nachricht von dem Gefechte bei Kandern erhielt. Zu gleicher Zeit erfuhr er, daß sich ein Theil der Hecker'schen Colonne nach Zell zurückgezogen habe, sich mit den Einwohnern daselbst gegen die nachrückenden fürstlichen Soldaten vertheidigen wolle und daher von Sigel Hülfe verlangte. Um die Brüder bei Zell nicht im Stiche zu lassen, schickte Sigel 600 Mann zu Wagen dahin ab. Die übrige Mannschaft sollte nachfolgen. In Zell angekommen traf Sigel viele Flüchtlinge. Die fürstlichen Soldaten hatten sich nach Steinen gewendet. Sigel rückte deßhalb noch bis Schopfheim vor, fest entschlossen, den Feind anzugreifen. In der Nacht vom 20. auf den 21. waren sämmtliche republikanische Truppen von Schönau her in Schopfheim eingetroffen. Sie hatten unter dem furchtbarsten Regen einen Weg von zehn Stunden zurückgelegt. Hier traf Sigel Doll, welcher eben mit den nach dem Treffen von Kandern gesammelten Leuten todtmüde daselbst angekommen war. Durch diesen erfuhr Sigel den Ausgang des Treffens bei der Scheidegg. Da Doll aber nicht wußte, was aus Hecker und den übrigen Freunden geworden war, verließ er den folgenden Tag Schopfheim mit etwa 50 Mann, um diese aufzusuchen und vereinigte sich, wie oben bemerkt wurde, Samstag den 22. mit dem Häuflein, welches am gleichen Tage Struve von Rheinfelden aus in's Badische geführt hatte.

Durch den unglücklichen Ausgang des Treffens bei Kandern und die Auflösung der Weishaar-Struve'schen Kolonne in Folge des Gefechtes bei Steinen hatte sich große Muthlosigkeit unter der Schaar von Sigel verbreitet. Hierzu kamen noch die ermüdenden Märsche bei strömendem Regen und empfindlicher Kälte, Entbehrungen aller Art

und absichtlich ausgestreute Gerüchte von der Uebermacht der Feinde und der Verzagtheit des Volkes. In Folge des Rückmarsches des Sigel'schen Corps von Todtnau nach Schopfheim, ohne welchen dieses schon Freitag den 21. vor Freiburg eingetroffen wäre, hatten wir zwei Tage verloren, während welcher Zeit die fürstlichen Soldaten von allen Seiten näher gerückt waren. Der linke Flügel der Würtemberger war in Waldshut angekommen, während der rechte durch das Höllenthal vorrückte, und das Centrum von St. Blasien her durch das Alpthal uns den Weg über Todtnau nach Freiburg abzuschneiden drohte. Baierische Truppen waren bereits bis Stockach vorgerückt. Unter diesen Umständen beschloß Sigel über die Gebirge des Schwarzwaldes gegen Freiburg zu ziehen. Am 21. Nachmittags 2 Uhr setzte er sich gegen Schönau in Bewegung. Die Aufrufe zur Theilnahme am Zuge, welche er nach allen Seiten hin erlassen hatte, bewirkten einigen Zuzug, so daß die unter seinen Befehlen stehende republikanische Heeresabtheilung jetzt ungefähr 3500 Mann zählte.

Sie bestand aus 200 Büchsenschützen, in eine einzige Compagnie vereinigt, zwei dreipfündigen Geschützen, vier Bannern Musketieren und einem Banner Sensenmänner. Am 21. stand die Nachhut der Sigel'schen Heeresabtheilung in Zell, die Vorhut in Geschwend. In der Nacht vom 21. auf den 22. erhielt Sigel in Schönau ein Schreiben von Hecker, durch welches er erfuhr, daß sich Hecker in Basel befand, sobald wie möglich aber bei Sigel eintreffen wollte. Am 22. Morgens traf das Sigel'sche Corps in Schönau ein. Gegen Mittag erreichte es, von unaufhörlichem Regen durchnäßt, Todtnau. Die Bevölkerung des Ortes empfing die Freiheitskämpfer mit der größten Herzlichkeit. Die Gesinnungen des Pfarrers dagegen waren ganz verschiedenartig. Dieser ließ das Gerücht verbreiten, 20,000 Mann Würtemberger und Baiern seien im Anmarsche und würden die Republikaner noch am gleichen Tage von allen Seiten angreifen. Ein Wort, das ihm

Sigel sagen ließ, verwandelte ihn plötzlich in einen niedrigen Schmeichler.

Nachdem sich die Leute einigermaßen erholt und ihre Kleider getrocknet hatten, wurde der Marsch gegen Freiburg fortgesetzt. Die Scharfschützen unter der Anführung Stephani's rückten bis zu dem 2 Stunden von Todtnau entfernten Gieshübel vor; das erste Banner mit den Geschützen bis Hofsgrund und der Halde; das zweite und vierte Banner bis Muggenbrunn, während Sigel selbst mit dem dritten und fünften Banner in Todtnau blieb.

In der Nacht vom 22. auf den 23. traf Struve, in Folge der Botschaft Sigels, welche ihn in Hasel erreicht hatte, in Todtnau ein. Sigel selbst war in Geschäften abwesend, kam jedoch Morgens 5 Uhr zurück. Bald darauf brach Struve mit den aus Todtnau abziehenden Wehrmännern auf. Die Höhen waren mit tiefem Schnee bedeckt, die Wege bodenlos, das Wetter anfangs sehr unfreundlich, doch heiterte es sich später auf. In Horben stieß Struve auf die ihm wohlbekannten Constanzer. Freudig wurde er von Dr. Banotti, Katzenmaier, Stephani und manchen andern Gesinnungsgenossen und Freunden begrüßt. Auch war dort eine Schaar Freiburger eingetroffen, welche uns aufforderte, so rasch als möglich auf Freiburg loszurücken, indem die Stadt selbst von feindlichen Truppen entblößt, die in der Nähe befindlichen aber dem Volke günstig gesinnt seien. Die Freiburger stellten überhaupt uns die Sache so dar, als handle es sich nur darum Besitz von der Stadt zu ergreifen. Struve hatte keine militärische Stellung und war weit entfernt, sich eine solche anzumaßen. Er hatte nicht einmal Kenntniß von den Weisungen, welche Sigel den unter ihm befehligenden Führern gegeben hatte. Eine seiner ersten Fragen an die um ihn versammelten Führer war, wer in der Abwesenheit von Sigel den Oberbefehl hier führe. Er erhielt die Antwort: Banotti. Mit großer Ungeduld wurde von Offizieren und Mannschaft Sigel erwartet, und diese Ungeduld

wurde noch gesteigert durch das Drängen der Freiburger, nicht länger mit dem Vorrücken zu zögern, indem sonst durch das Herbeiziehen feindlicher Truppen die Einnahme von Freiburg leicht sehr erschwert oder gar unmöglich gemacht werden könne. Die Führer traten zusammen und beriethen sich, was unter diesen Umständen zu thun sei. Man war einstimmig der Ansicht, es könne nicht länger gewartet werden, um so weniger, als Sigel, da er beritten sei, leicht die Colonne würde einholen und den Oberbefehl würde übernehmen können. Struve ging mit seinem Freunde Tiedemann ohne alle militärische Auszeichnung neben den Truppen her. Als wir über Günthersthal hinausgekommen waren, und unsere Colonne am Fuße des Sternenwalds hinzog, hörte Struve Hauptmann Kuenzer, welcher weiter vornen ritt, rufen: „Struve soll vorkommen, um mit dem Militär zu sprechen.“ Struve trat demzufolge mit Tiedemann vor, schon aus dem Grunde, weil die Weigerung dieser öffentlich an ihn gerichteten Aufforderung Folge zu leisten leicht eine ungünstige Stimmung bei unsern Truppen hätte bewirken können. Erst jetzt sah ich, daß eine ansehnliche feindliche Truppenmacht in Schlachtlinie links von dem nach der Stadt führenden Wege auf dem freien Felde aufgestellt war. Struve versprach sich nach den gemachten Erfahrungen allerdings wenig oder nichts von Worten. Allein als er, dem Rufe Kuenzers folgend, durch die Schaaren der Freiheitskämpfer vorging, erkannte er aus der eifrigen Art und Weise, wie sie ihm Platz machten, und wie sie ihn im Vorbeigehen begrüßten, deutlich, daß sie großes Gewicht darauf legten, daß ein Versuch gütlicher Verständigung gemacht würde. Der Gedanke einer solchen lag überhaupt damals dem Volke viel näher als jetzt. Auch hatten die Führer der republikanischen Partei schon früher unter sich verabredet, immer zuerst eine gütliche Verständigung zu versuchen, bevor zu einem Angriffe mit Waffengewalt geschritten würde. Kuenzer ritt voran mit einem schwarz-roth-goldnen Fähnlein in

der Hand; Struve folgte zu Fuß, in Begleitung von Tiedemann und Hauptmann Katzenmaier, sein weißes Taschentuch schwenkend, da er hätte befürchten müssen, daß Feuer auf ihn und seine Begleiter gegeben würde, falls sie nicht durch irgend ein Zeichen zu erkennen gäben, daß sie sich in friedlicher Absicht näherten. Kuenzer ritt ganz nahe zur feindlichen Aufstellung heran und stellte die Frage an den Kommandirenden, „ob Struve einige Worte sprechen könne.“ In Kandern hatte Kaiser in ähnlicher Lage diese Erlaubniß dem fürstlichen Commissarius Stephani ertheilt. Kuenzer erhielt jedoch die Antwort: „Fort, fort, du Hund!“ Kuenzer schoß darauf seine Pistole auf den Offizier ab, der ihm diese Antwort gegeben. Diese versagte jedoch, worauf er sie ihm zu Füßen warf. Noch richtete er sich an die Mannschaft der Artillerie mit den Worten: „Ihr werdet nicht schießen, dort drüben stehen euere Väter und Brüder!“ worauf der Commandeur dem neben ihm stehenden Bataillon den Befehl zum Feuern gab. Mit dem Ausruf „Vater- und Bruder-Mörder!“ ritt Kuenzer zurück. Struve, Tiedemann und Katzenmaier, welche nicht im Stande gewesen waren, zu Fuße gleichen Schritt mit dem berittenen Hauptmann Kuenzer zu halten, hörten übrigens von diesem Zwiegespräche nichts. Sie vernahmen nur die Schüsse, welche aus den feindlichen Reihen fielen, und von welchen einer das Pferd Kuenzers leicht verwundete, und sahen sich durch dieselben gezwungen, umzukehren. Gemessenen Schrittes gingen Struve und seine Begleiter zu ihrer Colonne zurück. Kaum waren sie daselbst angelangt, als die fürstlichen Soldaten mit Kartätschen zu schießen begannen. Unsere zwei Kanonen erwiderten das Feuer, mußten sich jedoch bald zurückziehen, da die Sensenmänner, welche in den vordersten Reihen der Republikaner ungeschickterweise aufgestellt waren, nach den ersten Kartätschenschüssen sich in eiliger Flucht auflösten. Die militärischen Anordnungen waren überhaupt in höchst mangelhafter Weise getroffen worden. Auch die Zeit, während

welcher Struve und seine Gefährten gegen den Feind vorgingen, hatte man nicht benützt, um irgend eine Aufstellung zu nehmen. Sensenmänner und Musketiere blieben mitten im Thale auf offener Straße in gewöhnlicher Marschformation in halben Zügen stehen. Nur die Schützen unter Stephani nahmen am Saume des Sternenwaldes eine gedeckte Stellung ein, wurden aber durch die Uebermacht des Feindes genöthigt, sich ebenfalls zurückzuziehen. Der Feind rückte im Thale vor und nahm rechts und links desselben auf beiden Straßen und in Güntersthal selbst Aufstellung. In diesem Augenblicke war Sigel mit dem dritten Banner auf der Höhe links von Günterstthal angekommen und rückte von da durch den Wald vor. Auch Doll, welcher seiner Colonne von Zell aus vorausgeeilt war, befand sich bei ihm. Doll griff mit hundert Mann Günterstthal an. Sigel umging den Feind und zwang so die feindlichen Geschütze und Reiterei, badische Dragoner, sich in der größten Schnelligkeit auf der Straße gegen die Mündung des Thales zurückzuziehen, während das Fußvolk, da es Günterstthal besetzt gehalten hatte, unter stetem Feuer der Unsrigen in der Mitte des Thales eilenden Laufes nachfolgte. Sigel stieg nun in das Thal herab und rückte mit ungefähr 50 Mann bis zu einer kleinen Brücke auf der Straße gegen die Mündung des Thales vor. Daselbst stieß auch Doll zu ihm, welcher den fliehenden Feind durch den Wald verfolgt hatte. Unsere ganze Streitkraft bestand jedoch an dieser Stelle nur aus ungefähr 100 Mann. Mit dieser geringen Anzahl konnte der Einmarsch nach Freiburg nicht erzwungen werden. Die Nacht war bereits eingebrochen. Sigel verließ nun seine Stellung und zog sich über Günterstthal nach Horben zurück. Wir hatten zwei Todte und etwa zwölf Verwundete. Der Verlust des Feindes war unverhältnißmäßig größer; allein in Günterstthal hatte er drei Todte zurückgelassen. In Horben angekommen, traf Sigel eine Abtheilung des ersten Banners, die beiden Constanzer Geschütze, die Anführer der Constanzer nebst

weniger Mannschaft, die Schützen Becker's, Mögling mit den Constanzer Schützen und Bruhn. Die beiden eisernen Kanonen hatten sie auf den Halden zurückgelassen. Am 24. Morgens um 5 Uhr erschienen zwei Boten aus Freiburg bei Sigel, welche ihn mit seiner Mannschaft auf einem geheimen Wege in die Stadt führen wollten. Als jedoch das Zeichen zum Aufbruch gegeben wurde, erschienen kaum 30 Mann auf dem Sammelplatze. Die Uebrigen lagerten theils in nahe gelegenen Höfen, theils im Dorfe selbst. Sie waren kaum aus dem Schlafe zu erwecken, bedurften der Ruhe und der Nahrung. Später erschien eine zweite Botschaft von Freiburg und forderte die Republikaner auf, so schnell wie möglich gegen die Stadt vorzurücken. Mit Mühe gelang es Sigel 500 Wehrmänner zu sammeln, mit denen er hinter dem Dorfe Günterstthal durch den Sternenwald Freiburg zueilte, wo, wie man ihm sagte, das Schwabenthor bis zur Ankunft der Republikaner, von der Besatzung vertheidigt werden sollte. —

Wir sind nun auf dem Punkte angekommen, wo es Noth thut die Ereignisse mitzutheilen, welche sich in der Stadt Freiburg selbst zutrugen, während die eben geschilderten Vorfälle in ihrer nächsten Umgebung stattfanden. Auf Samstag den 23. April war vom Kreis-Ausschusse eine bewaffnete Volksversammlung ausgeschrieben worden. Die Wahl dieses Tages war schon sehr verkehrt, da das Volk gewiß am folgenden Tage, einem Sonntage, sich viel zahlreicher eingestellt hätte. Während bei der Volksversammlung vom 26. März sich 30 bis 40,000 Männer eingefunden hatten, stellten sich am 23. April nur etwa 4000 Mann ein, deren Bewaffnung schlecht war und welche an Munition großen Mangel litten. Größer war jedoch der Mangel an tüchtigen Führern, welche Ordnung in die Massen gebracht und denselben Vertrauen eingeflößt hätten. Statt Beschlüsse zu fassen, welche die Widerstandskraft des Volkes gestärkt und dem Feinde Schrecken eingeflößt hätten, beschloß man, mehrere Maßregeln der Regierung zu

tadeln. Man hatte nur Worte, keine Thaten gegen die Bajonette und Kanonen der vereinigten Fürstenpartei. Unbefriedigt verlief sich darauf die Mehrzahl der Erschienenen. Am Sonntag früh wurde in Freiburg Generalmarsch geschlagen. Diejenigen Wehrmänner, welche zurückgeblieben waren, noch immer 12 bis 1500 Mann, versammelten sich auf dem Münsterplatze. Die Klagen über Mangel an Waffen und Munition, denen nur unvollständig abgeholfen wurde, erneuerten sich. Mißmuthig darüber und aufgehetzt durch Feiglinge und Verräther verließen wiederum Viele die Stadt. Gegen Mittag erschien Bürgermeister v. Rotteck und überbrachte das Verlangen des royalistischen Generalstabs, daß die in Freiburg stehenden Republikaner binnen 2 Stunden die Stadt verlassen sollten, widrigenfalls die fürstlichen Soldaten mit Gewalt einrücken würden. Jetzt wurden Barrikaden errichtet. Bürgermeister v. Rotteck erhielt von Seiten der republikanischen Führer keine entscheidende Antwort. Mittlerweile brachte die Nachricht von der Annäherung des Freiheitsheeres unter Sigel, bei welchem sich Struve befinde, die in Freiburg zurückgebliebenen Republikaner in freudige Bewegung. Eine Schaar von 37 Mann erbot sich, Sigel d Struve entgegen zu ziehen und sie in die Stadt einzuführen. Unter dem Jubel des Volkes zog sie ab. Aller Orten wurde die schwarz-roth-goldene Fahne ausgesteckt. Die Schaaren wurden entlassen, um etwas zu genießen, mit der Aufforderung, auf das erste Schlagen des Generalmarsches sofort wieder zusammen zu treten. Jetzt gaben auch einzelne Bürger ihre Waffen her und etwa neun Soldaten vom 2. Regimente gingen zum Volke über. Die kleine Schaar, welche sich erboten hatte, dem Freiheitsheere entgegen zu gehen, traf das erste Banner desselben in Horben und theilte die Schicksale desselben bei Güntersthal und dem Sternenwald. Als man in Freiburg das republikanische Heer von Horben heranrücken sah, erhob sich lauter Jubel und Hurrahgeschrei. Ein Theil der Wehrmänner suchte zum Schwabenthore,

vor dem das zweite Regiment stand, auszubrechen, griff dieses jedoch nicht an und gab auch den heranrückenden Republikanern kein Zeichen, daß sie auf Hülfe von Seiten der Stadt zu rechnen hätten.

Während des Gefechtes beim Sternenwald ging Langsdorf, der von der Volksversammlung erwählte Oberanführer der in Freiburg versammelten Republikaner mit 30 Mann auf das Rathhaus, um die Kanonen der Stadt mit Gewalt zu nehmen. Mit Hülfe der versammelten Menge bemächtigte er sich derselben. Doch es fehlte an Munition. Der ganze Vorrath bestand aus drei Kugeln und vier Kartätschenbüchsen, die nicht gebraucht werden konnten, da sie für Vierpfünder, während die genommenen Kanonen Sechspfünder waren. Unter den Republikanern der Stadt herrschte die größte Verwirrung; so daß nichts geschah, um den von Günterstħal her auf die fürstlichen Truppen gemachten Angriff zu unterstützen. Während der Nacht wurden Barrikaden an den Thoren errichtet, Pulvervorräthe aufgesucht und Patronen für Flinten und Kanonen angefertigt. Als der Morgen anbrach, zerstreuten sich die Leute, um in kurzer Ruhe Kraft zum Kampfe zu suchen. Da fielen plötzlich, ohne daß eine Aufforderung zur Uebergabe vorhergegangen war, Musketenschüsse in die Stadt. Die Eisenbahn, deren Abbruch angeordnet, allein in Folge der Fahrlässigkeit der dazu befehligten Abtheilung nicht ausgeführt worden war, brachte von Stunde zu Stunde dem fürstlichen Heere neue Verstärkungen: Hessen, Badener und Nassauer. Bald zählte der Feind 8000 Mann, welchen von der Stadt aus höchstens 300 mit Schießgewehren bewaffnete Männer entgegengesetzt werden konnten. Nichts destoweniger kämpften die Republikaner mit Tapferkeit und Ausdauer. Die Barrikade an der Jesuitengasse war durch 12 Mann mit Gewehren, 18 Sensenmänner und einer Kanone mit drei Mann Bedienung vertheidigt, und hielt sich zwei Stunden lang gegen 1500 Nassauer. Am Zähringer Thor, wo 20 Schützen mit einer Kanone, die Kartätschen schoß, standen,

wurden die Nassauer dreimal zurückgeschlagen. Den Eingang des Breisacher Thores deckte eine starke Barrikade aus Pflastersteinen, zwölf Männer standen dahinter, zwölf befanden sich im oberen Stock des Thurmes, sechszehn in dem daran stoßenden Andlaw'schen Hause. Gegen sie eröffneten 2000 Mann Hessen und Nassauer, die ersteren mit 2 Kanonen, ihr Feuer. Dennoch hielten die republikanischen Schützen den Feind immer in gehöriger Entfernung, bis dieser durch das Predigerthor und die Jesuitengasse einrückte und die Republikaner vertrieb.

Um 9½ Uhr Morgens war Sigel mit etwa 500 Mann von Horben abgezogen. In der Nähe von Güntersthal hörte seine Schaar Kanonendonner von Freiburg her. In rascherem Schritte wurde jetzt vorgerückt. Mehrere Boten meldeten, durch das Schwabenthor könne man noch einziehen, dieses sei noch frei. Als Sigel jedoch in die Nähe der Stadt kam, hörte die Kanonade auf. Unmittelbar vor dem Ausgang aus dem Walde sammelte er seine Schaar, worauf Mögling mit den Constanzer Schützen vordrang. Sofort eröffnete der Feind ein starkes Kartätschenfeuer auf die kühne Schaar. Dessen ungeachtet rückte sie rasch vorwärts. Als sie jedoch um die letzte Ecke vor dem Schwabenthore herum kam, gewahrte sie, daß dieses schon von den fürstlichen Soldaten besetzt war, welche ein heftiges Feuer gegen die Republikaner eröffneten. Dieses wurde zwar von den Schützen der Republikaner erwiedert, als jedoch die Hauptkolonne unter der Führung von Bruhn auf der Brücke angekommen, gewahrte, daß das Thor vom Feinde schon besetzt war, zog sie sich, unter beständigen Angriffen von Seiten der fürstlichen Soldaten, in den Wald zurück. Doll, welcher die Nachhut führte, drang dagegen bis gegen das Thor vor, kam so aber von drei Seiten in das Feuer und zog sich gegen den Schloßberg zurück. Unter großen Gefahren retteten sich Mögling und Sigel nebst den wenigen Schützen, welche ihnen gefolgt waren.

Mit diesem Gefechte endigte die erste republikanische

Volkserhebung in Baden. Der Verlust, welchen die Republikaner im Laufe derselben an Todten und Verwundeten hatten, war im Verhältniß zu den Verlusten der fürstlichen Partei nur gering gewesen. Dieser Umstand ist übrigens nicht dem Zufalle, sondern tief liegenden Ursachen zuzuschreiben. Die fürstlichen Soldaten kämpften schon dazumal mit Widerstreben gegen ihre Brüder, während die Republikaner von hoher Begeisterung beseelt waren. Die Bevölkerung war aller Orten auf Seiten der Republikaner und begünstigte namentlich, nachdem letztere geschlagen waren, deren Flucht. Bei Kandern verloren wir 11, bei Güntersthal und Freiburg etwa 20 Mann, bei Steinen hatten wir nur einige Verwundete. Die fürstlichen Soldaten verloren dagegen bei Kandern wohl 50 Mann, ungerechnet die Verwundeten, bei Günterstthal etwa 10 Mann und bei Freiburg mehr als 100 Mann.

Von den hervorragenden Führern der Volkspartei fiel auch nicht ein einziger in die Hände der Feinde. Unter mannigfaltigen, zum Theil großen Gefahren gelang es ihnen allen, begünstigt von der Bevölkerung, über den Rhein theils nach der Schweiz, theils nach dem Elsaß zu entkommen. Struve war während des Ostermontags beschäftigt, die Versprengten zu sammeln, brachte den Vormittag mit Joh. Phil. Becker auf dem Gießhübel zu, rückte mit diesem gemeinschaftlich gegen Freiburg vor, wurde jedoch durch die Nachricht von dem Siege der Royalisten gezwungen, umzukehren. Gegen Abend eilte er nach Todtnau, um dort noch einmal die aufgelösten Schaaren zum Stehen zu bringen, erfuhr jedoch bei seiner Ankunft, daß die Constanzer bereits alle abgereist seien, und überzeugte sich durch eigene Anschauung, daß es unmöglich sei, die entmuthigte Mannschaft, welche ihre Waffen bereits theils verkauft, theils versteckt hatte, wieder in's Treffen zu führen.*)

*) Morel berichtet S. 151, „Katzenmaier habe am Ostermontag früh Morgens von Struve einen Ruf nach Todtnau erhalten."

Mit Tiedemann (dem Oekonomen) und Kuenzer gelangte er am folgenden Tage, Dienstag den 25. April, um die Mittagszeit bei Murg über den Rhein. Unmittelbar darauf kamen die Gensdarmen, um ihn und seine Begleiter zu verhaften.

Dieses ist ein Irrthum. Struve kam selbst erst spät am Abend dieses Tages nach Todtnau, und konnte daher schon aus diesem Grunde einen solchen Ruf nicht ergehen lassen.

Achter Abschnitt.

Die Bewegungen in den übrigen Theilen des badischen Landes.

Bevor noch die erste Volkserhebung in Baden begonnen, hatte die Regierung Truppen aus den Nachbarlanden herbeigezogen, welche theils, wie die Würtemberger, Baiern, und Oesterreicher, an den Gränzen aufgestellt wurden, theils aber, wie die Hessen, sogar in das Innere des badischen Landes vorrückten. Das badische Heer selbst war längst auf den Kriegsfuß gebracht worden. Die Folge dieser Maßregeln war, daß das Volk nicht, wie es außerdem geschehen wäre, aller Orten, sondern nur da aufstand, wo entweder keine größeren Militärmassen lagen, oder aber die geographische Lage den Aufstand begünstigte. Sobald aber die Volkserhebung wirklich begann, wurden nicht nur die an den Gränzen aufgestellten Truppenmassen, sondern auch aus weiter Ferne her Preußen, Kurhessen, Hessen-Darmstädter und Nassauer gegen das badische Volk geführt. Auf der Seite der Fürsten standen die gesammten stehenden Heere Deutschlands mit allen Vorräthen an Waffen, Munition, Lebensmitteln und Geld, welche sie in einem mehr als dreißigjährigen Frieden gesammelt hatten. Dagegen blieb die Hülfe aus, welche das badische Volk von andern

befreundeten Stämmen erwartet hatte, und welche seinen Führern zum Theil sogar ausdrücklich zugesagt worden war. Hätte man dem badischen Volke erlaubt, seine Angelegenheiten mit seiner Regierung selbst abzumachen, so unterlag der Sieg des Volkes keinem Zweifel, ungeachtet des Abfalls der alten Kammer-Schwätzer und ihres-Anhangs. Allein die badische Regierung, welche drei Jahrzehnde hindurch, gestützt auf die übrigen deutschen Fürsten, die Landes- und die Bundesverfassung untergraben hatte, vermochte es nicht, im Augenblicke der Entscheidung einen höhern Standpunkt als denjenigen zu gewinnen, welchen ihr die zum Scheine aufgehobenen Frankfurter- und Wiener-Ausnahme-Beschlüsse anwiesen. Wie wäre dieses auch anders möglich gewesen, da alle badischen Minister im Dienste der Metternich'schen Politik alt geworden waren, außer dem neugeschaffenen Staatsrath Mathy, welcher durch die Verhaftung Ficklers deutlich zu erkennen gab, daß er auf gleicher Linie mit den verächtlichsten Schergen des alten Polizeistaats stand.

Ungeachtet dieser, der badischen Volkserhebung so ungünstigen Verhältnisse, fanden dennoch nicht blos die in den vorhergehenden Abschnitten dargestellten, sondern auch verschiedene andere minder bedeutende Bewegungen in verschiedenen Theilen des Landes statt, welche wenigstens die Gesinnung des Volkes außer Zweifel setzten, wenn die äußeren Umstände ihm auch nicht erlaubten, zur ernsten That zu schreiten. Der ganze Odenwald befand sich in voller Gährung, allein es fehlte demselben an aller planmäßigen Leitung. In Mannheim drückte das Volk auf das sprechendste seine Sympathien für die Volkserhebung im badischen Oberlande und die Vorkämpfer derselben: Hecker und Struve, aus. Allein auch da fehlten die entschlossenen Führer; und als endlich an der Rheinbrücke ein vereinzelter Schlag gegen die Nassauer und Baiern ausgeführt wurde, war der günstige Zeitpunkt versäumt, waren die fürstlichen Truppen in zu großer Zahl schon in nächster

Nähe versammelt, und machte daher das verkündete Kriegsgesetz jedem Widerstand ein schnelles Ende. In Heidelberg fand am Ostermontag eine mit dem Landvolke der Umgegend verabredete Bewegung statt. Allein sie scheiterte theils an der Unentschlossenheit, theils an der Feigheit und dem Verrathe derselben Männer, welche sie hervorgerufen hatten. Die Stadt Offenburg sprach Angesichts der sie bedrohenden fürstlichen Heeresmacht in einer allgemeinen Bürgerversammlung ihre kräftigen Sympathien für die Republik und die Bestrebungen der beiden Volksmänner Hecker und Struve aus*), mußte aber der Uebermacht weichen, da sie bei ihrer Lage im Thale und an der Eisenbahn und ohne alle Hülfe von außen ungeachtet des besten Willens keinen

*) Dieselbe lautet wörtlich wie folgt:

Erklärung der Stadt Offenburg.

In diesen mächtig bewegten Zeiten bringt jeder Tag neue Ereignisse, erzeugt jede Stunde neue Bedürfnisse. Das politische Leben bringt aller Orten mit größerer oder geringerer Kraft auf freie, republikanische Gestaltung.

Die Aufregung im Seekreise pflanzt sich fort und fort durch die Gauen unseres Vaterlandes. Die Theilnahme am Schicksale der Bestrebungen der beiden Volksmänner Hecker und Struve erhält sich beständig wach und ihre Ideen finden einen stets größeren Kreis von Anhängern.

Dieses und der unerwartete Schritt eines größeren Theiles unserer hiesigen Bürgerschaft in verflossener Nacht drängt uns heute zu der offenen Erklärung: Offenburg gehört zu den Städten des Landes, wo sich kräftige Sympathien für die republikanische Staatsform im größten Theile seiner Einwohner finden.

Offenburg will dieses hiemit aussprechen, ohne übrigens darauf einzugehen, sogleich die Republik zu verkünden, und seine hier bestehenden staatlichen Einrichtungen zu ändern. Hierin liegt der Ausdruck seines Sinnes für Ordnung und seiner Freiheitsbestrebungen, welche sich durch die Nationalversammlung, oder doch nur Hand in Hand mit denen der größeren Schwesterstädte verwirklichen sollen. Offenburg will Freiheit, aber auch Ordnung und Einheit des Vaterlandes.

Gott mit uns!

Beschlossen in der allgemeinen Bürgerversammlung.
Offenburg, am 19. April 1848.

Widerstand von einiger Bedeutung dem Feinde leisten konnte. In den Thälern des Schwarzwaldes, in welche der Kriegsschauplatz nicht getragen wurde, im Kappeler-Thal, Rench-Thal, Kinziger-Thal herrschte die günstigste Stimmung für die Volkserhebung. Allein da der Feind im Besitze der Eisenbahn und der Rheinebene war, so wurde den Bewohnern dieser Gegend jede einheitliche Bewegung sehr erschwert. Hierzu kam, daß es dem Volke aller Orten an sichern Nachrichten über den Gang des Aufstandes fehlte. Die fürstliche Partei, welche im Besitze der Eisenbahnen und der Posten war, verkümmerte dem Volke seine Verbindungen und streute die lügenhaftesten Nachrichten zum Nachtheile der Republikaner aus, während es diesen nicht selten an den erforderlichen Geldmitteln fehlte, um nur Wägen und Pferde bezahlen zu können. Durch einen langjährigen widerstandlosen Druck war das Volk entnervt, durch einen langjährigen Frieden unkriegerisch, durch das langjährige Kammergeschwätze von Gesetzlichkeit unfähig gemacht worden, seine ewigen und unveräußerlichen Rechte ihrem ganzen Umfange nach zu erkennen. Die Volkserhebung vom Aprilmonate 1848 konnte daher allerdings nicht gelingen. Allein sie bildete den Kern einer entschlossenen republikanischen Partei, die Schule der Revolution, den Anfang einer besseren Zeit. Sie schlug die Brücke von der wortreichen schmählichen Vergangenheit zu einer thatenreichen und ehrenvollen Zukunft. In ihr wird das deutsche Volk noch nach Jahrhunderten den ersten sprossenden Keim deutscher Freiheit, deutscher Einheit und deutscher Größe erkennen. Mögen daher auch manche der Männer, welche sich bei derselben betheiligten, Fehler, seien sie auch noch so groß, gemacht haben, das deutsche Volk wird diese eher verzeihen, als die Theilnahmlosigkeit, welche so viele andere Leute, die gern Männer des Volkes sein möchten, ihr entgegensetzten.

Neunter Abschnitt.

Die deutsche Legion von Paris und das Treffen bei Dossenbach.

Die Februarrevolution, welche ganz Europa in seinen Grundfesten erschütterte, konnte nicht ohne Wirkung auf die in dem Heerde derselben wohnenden Vertreter der übrigen Nationen bleiben. Die in Paris lebenden Polen, Engländer und Italiener gaben durch Demonstrationen ihre Sympathien für die heilige Sache Frankreichs und der Freiheit kund. Die Deutschen, von denen viele in den Reihen des Volkes gekämpft hatten, wollten nicht zurückbleiben. Ungefähr 7000 unserer Landsleute zogen, die vereinigten deutschen und französischen Fahnen voran, von dem Revolutionsplatze in feierlichem Zuge nach dem Hôtel de ville. Im Namen der Versammlung überreichte Herwegh der provisorischen Regierung eine Adresse, welche in glühenden Farben die Wichtigkeit des kaum vollendeten Kampfes schilderte. Cremieux antwortete in entsprechender Weise und zum Zeichen der Verbrüderung beider Nationen wurden unsere Fahnen auf dem Stadthause aufgestellt. Als Herwegh der Versammlung die Antwort Cremieux's verkündigt hatte, bewegte sich der Zug, von begeisterten Mas-

sen der Franzosen verstärkt, nach der Julisäule, um den gefallenen Helden zweier Revolutionen die verdiente Ehre zu bezeigen. Ein Theil der Menge zog von dort nach dem Père la Chaise und an dem Grabe des edlen Börne hat Mancher der Schmach des Vaterslandes gedacht, und den heiligen Schwur gethan, für die Freiheit zu kämpfen bis in den Tod.

Obgleich nun der nähere Zweck des Tages, die Ueberreichung der Adresse, erfüllt war, so fühlten es doch die Meisten, daß die Zeit der bloßen Demonstrationen vorüber sei, und das Bedürfniß wurde laut, die Kräfte der Deutschen zu vereinigen, um thatkräftig für die Sache der Menschheit zu wirken. Der Gedanke reifte schnell zur That. Noch denselben Abend wurde die Gesellschaft der deutschen Demokraten gegründet. Herwegh war Präsident, aber Bornstedt der eigentliche Leiter des Vereins. Der Zweck des Vereins war, Alles anzuwenden, um die Demokratie in Deutschland zur Geltung zu bringen und jede Volkserhebung mit Waffengewalt zu unterstützen. Die radikalen Mitglieder der provisorischen Regierung sagten den deutschen Demokraten ihre Unterstützung zu, während Lamartine von Anfang an den Bestrebungen derselben entgegenwirkte. Er hatte schon damals in die unheilvolle Politik eingelenkt, welche die Republik Frankreich in die Hände der Royalisten lieferte. Zwei Bataillone der Garde mobile beabsichtigten, die deutsche Legion nach Deutschland zu begleiten. Sie hatten es richtig erkannt, wie auch der größere Theil des Pariser Volkes, daß die französische Republik die Tyrannei bekämpfen müsse, wenn sie selbst bestehen wolle. Lamartine sah das nicht ein. Statt den europäischen Absolutismus auf Leben und Tod zu bekriegen, erkor er für Frankreich die traurigste aller Rollen, die der Neutralität. In Folge dieser Politik verbot er es den Mobilgarden, die deutschen Freiheitskämpfer zu begleiten. Ja! er trat sogar g e g e n sie auf, indem er die deutschen Regierungen vor den Planen der deutschen Republikaner von Paris warnte.

Unterdessen gestalteten sich die deutschen Verhältnisse immer günstiger. Wien hatte das Beispiel von Paris befolgt, in Berlin stand das Gleiche bevor, ganz Deutschland war in der gewaltigsten Aufregung, und in Baden schaarte sich die Partei des Volkes offen um das Banner der Republik. Das Verlangen, nicht zu spät zum Kampfe für die Freiheit zu kommen, trieb die deutschen Demokraten von Paris, alle ihre Kräfte anzustrengen, um die Organisation- und namentlich Bewaffnung ihrer Legion zu vollenden. Von der Regierung hatten sie nicht viel zu erwarten, um so lebendiger waren aber die Sympathien des französischen Volkes. Namentlich traten die Clubbs in anerkennenswerther Weise für sie auf. So konnte nach etwa dreiwöchentlichem Bestehen der deutsche Verein schon eine Schaar begeisterter Jünglinge zum heiligen Kampfe entsenden.

Am Morgen des 24. März versammelte sich das erste Bataillon, ungefähr 200 Mann stark an der barrière du Trône, begleitet von Zügen der Mobil- und Nationalgarde, von einer großen Anzahl Polen und anderen Corporationen, die ihm alle mit flatternden Fahnen ein Lebewohl zuriefen. Hier sprachen Franzosen und Polen, Amerikaner und Deutsche in erhebender Weise das schöne Wort der Brüderlichkeit und das Gelübde der Solidarität der civilisirten Völker der ganzen Erde aus. Unter donnernden Hoch's auf die Universalrepublik schied der kleine Haufen begeisterter Jünglinge von Paris.

Der Marsch durch Frankreich glich einem Triumphzuge. Man wußte es in der Provinz, daß auf den Pariser Barrikaden auch Deutsche gekämpft und so wurden sie überall mit inniger Freude empfangen. Hier und dort halfen dieselben den so lange ersehnten Freiheitsbaum pflanzen und deutsche Lieder feierten die neue Erlösung. Nach einem 22tägigen anstrengenden Marsche, langte diese erste Abtheilung in Straßburg an. Aber wie hatten diese 22 Tage

die strahlende Sonne der Februarrevolution verdüstert! Lamartine, er, der die Hymne der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit angestimmt — er gerade mußte es sein, der die schönen Klänge störte. Ihm war die Menschheit anvertraut, er hat die Menschheit betrogen. Der Regierungscommissär von Straßburg verweigerte der Colonne den Aufenthalt daselbst und stützte sich auf einen direkten Befehl Lamartine's, der die gemessene Weisung enthielt, der Colonne zu eröffnen, daß sie je 50 die Grenze und das ohne Waffen zu passiren hätten. War das Politik? War es Verrath? Hier standen 200 Männer, die für dasselbe in der Heimath zu kämpfen gingen, wofür sie in Frankreich mit Begeisterung gekämpft. Andere Colonnen folgten ihnen in derselben Absicht auf dem Fuße, die mit Mühe in Paris gesammelten Waffen gleichfalls und nun sollten sie gesprengt werden, sollten sich auflösen, und was das Traurigste war, sollten auch den Kampf, den sie so lange gewünscht, aufgeben. Bornstedt, der die Seele der ganzen Unternehmung war, hörte mit Entrüstung die Mittheilung des Commissärs an, erklärte ihm aber, nicht Folge leisten zu können. Er stellte demselben die Alternative, entweder die Colonne einzuquartieren, oder sich einer Demonstration der Straßburger Bürger auszusetzen, welche die größten Sympathien für die Colonne an den Tag gelegt und bereits die Leute auf eigene Faust zu sich nach Hause geführt hatten. Der Commissär that, was unter den Umständen das Klügste war — er schwieg und ließ die Einquartirung geschehen. Nach zweitägiger, sehr nothwendiger Ruhe setzte die Colonne ihren Marsch auf der Straße nach Hüningen fort. In Bansenheim vereinigten sich die nachgefolgten Bataillone, noch etwa 500 Mann, mit dem vorangezogenen ersten und hier wurden dann die Mannschaften bewaffnet. Die Bewaffnung war aber äußerst mangelhaft. Kaum 200 Wehrmänner erhielten brauchbare Gewehre, die Uebrigen hatten theilweise Sensen, theilweise nichts als Stöcke. In der folgenden Nacht, nachdem sich

die politischen Führer sowohl, als auch die militärischen Führer eingefunden, wurde auf 5 mächtigen Kähnen über den Rhein gesetzt und zwar in der Gegend von Kembs.

Es war die Nacht vom 23. auf den 24. April, die Nacht zwischen Ostersonntag und Ostermontag. Von Kembs ging der Marsch nach Kandern, und von da nach einer kurzen Rast nach Wieden. Als die Pariser deutsche Legion nach einem ermüdenden Marsche am 25. daselbst eingerückt war, erfuhr sie, daß sich Sigel bereits zurückgezogen habe und Freiburg im Besitze der fürstlichen Truppen sei. Die Hülfe aus Paris kam für die badischen Freiheitskämpfer offenbar zu spät. Bereits war die Volkserhebung durch überlegene Truppenmassen erdrückt worden. Es blieb bei dieser Lage der Verhältnisse der Legion nichts Anderes übrig, als sich so rasch als möglich auf neutrales Gebiet zurückzuziehen.

Der Rückzug wurde daher sofort über den Belchen in der Richtung auf Zell im Wiesenthale angetreten. Bis an die Knie im Schnee ging der Weg über die Höhen des Schwarzwaldes. Auf's äußerste ermüdet und hungernd kam die Colonne um 7 Uhr Abends in Zell an. Die Stimmung des Volkes war gedrückt und jetzt den Freiheitskämpfern um so weniger günstig, als das Glück sich aller Orten gegen dieselben gewendet hatte.

Um Mitternacht wurde wiederum aufgebrochen. Die Leute waren so ermüdet, daß sie fast im Gehen schliefen und wenn gehalten wurde, fast wie todt auf den Steinen der Erde umher lagen. Ihr Wegweiser war ohne Zweifel ein Verräther; denn er führte sie so, daß sie nach 10stündigem Marsche gegen 10 Uhr Morgens (Mittwoch den 27.) in Nieder-Dossenbach anlangten, während der Weg von Zell bis dahin kaum drei Stunden beträgt. Hier sollte den ermüdeten und hungernden Wehrmännern einige Ruhe und Nahrung vergönnt werden. Allein die Bewohner des Dorfes waren sehr wenig geneigt, ihre hungernden Brüder zu laben. Auf diese Weise ward wiederum Zeit verloren,

welche die würtembergischen Truppen benützten, um die ermattete und auf dem Rückzuge begriffene Freiheitsschaar einzuholen.

Kaum hatte diese sich in Marsch gesetzt und den nahen Wald und ein in demselben liegendes Feld erreicht, als plötzlich aus einem Hinterhalte auf die Nachhut der Legion gefeuert wurde. Den meisten Leuten fehlte es an Patronen. Sobald übrigens der Ruf erschallte, die fürstlichen Soldaten seien da, brachen die vordersten Fähnlein, ohne das Commando abzuwarten, aus dem Walde hervor, dem Feinde entgegen, der von Nieder-Dossenbach anrückte. Reinhardt-Schimmelpfennig griff muthig an, bestand mit dem würtembergischen Hauptmann Lippe rühmlich einen Zweikampf, wurde jedoch durch mehrere Schüsse niedergestreckt. Der Fall des Führers wirkte entmuthigend auf seine Leute. Ungeachtet der Tapferkeit der kleinen Freiheitsschaar war es derselben unter der Wucht der vielen ungünstigen Verhältnisse, unter welcher sie in den Kampf trat, unmöglich, denselben siegreich zu bestehen. Der Befehl zum Rückzuge wurde ertheilt. Die würtembergischen Truppen verfolgten die „deutschen Brüder" gleich als wären sie wilde Thiere. Herwegh und seine Frau entkamen unter großen Gefahren, nachdem sie sich als Bauer und Bäuerin verkleidet hatten. Bornstedt, welcher bis zum Ende bei seinen Leuten aushielt, sie ermuthigte und zu retten bemüht war, was noch gerettet werden konnte, wurde von den Feinden gefangen.

Viele andere wackere Männer wurden gleichfalls gefangen, viele verloren auf der Flucht ihr Leben. Das Gefecht bei Dossenbach war keine Schlacht, sondern ein Schlachten und eine Hetzjagd, welche für die Sieger um so schimpflicher war, als ihre Gegner für die Freiheit zu kämpfen aus weiter Ferne herbeigezogen waren, während sie im Solde der Tyrannen kämpften, um so schimpflicher, als sich die Söhne eines und desselben Vaterlandes gegen-

überstanden, und die zum Tode ermatteten Freiheitskämpfer bereits auf dem Rückzuge begriffen waren.

Hätten die würtembergischen Söldlinge ihren Blutdurst zu mäßigen vermocht, so hätte in wenigen Stunden schon die ganze Pariser deutsche Legion das deutsche Gebiet geräumt gehabt. Allein es galt, sich ein Verdienst bei den Tyrannen zu erwerben und wer nach diesem strebet, darf Menschenblut nicht hoch anschlagen.

Zehnter Abschnitt.

Flüchtlingsleben.

Als Struve den 25. das badische Gebiet verlassen hatte, hoffte er noch immer, es werde möglich sein, bald wieder mit neugesammelten Kräften in das Vaterland zurückzukehren und dort in den Bergen des Schwarzwaldes den Freiheitskampf fortzusetzen. Er begab sich zu diesem Behufe zuerst mit seinen beiden Freunden Tiedemann und Kuenzer nach Rheinfelden, indem er dort noch mehrere Flüchtlinge anzutreffen hoffte. Den 26. erhielt er daselbst die Nachricht, Hecker sei in Hüningen, und zugleich die Aufforderung, ihn dort zu besuchen. Dieses geschah sofort. In Hüningen traf er außer Hecker, Heinzen, Lommel, Peters, Karl Blind, Michel und einige andere deutsche Flüchtlinge. Willich führte den Oberbefehl über die noch einige hundert Mann zählende Besatzung der Schusterinsel gegenüber von Hüningen. Hecker lag schon zu Bette. Bei ihm befanden sich die französischen Commissäre, welche abgeschickt waren, die Flüchtlings-Angelegenheiten zu ordnen. Ueber den Stand der Dinge, wie er sich im Badischen seit dem 24. gestaltet hatte, fehlte es uns an allen näheren Nachrichten. Namentlich wußten wir nicht, was aus der Pariser deutschen Legion geworden war. Hecker schien sehr niedergeschlagen zu sein. Struve sprach sich dahin aus,

das begonnene Unternehmen unter allen Umständen fortzusetzen und bemerkte dabei, daß, wenn die Republikaner auch nicht gesiegt, sie doch eine großartige Volksbewegung hervorgerufen hätten, welche gewiß noch großartigere Früchte tragen würde. Er erklärte namentlich, nur in dem Falle würde die Sache des Fortschritts schlecht stehen, wenn sich die Republikaner lächerlich gemacht hätten, wenn sie mit leichter Mühe hätten unterdrückt werden können, oder wenn das Volk ihren Aufforderungen keine Folge geleistet hätte. So aber, da die badische Regierung gezwungen worden sei, zu auswärtiger Hülfe zu greifen, da nur unter dem Beistande von Baiern, Würtembergern, Hessen-Darmstädtern, Kurhessen, Nassauern, Preußen und Oesterreichern die Bewegung des badischen Volkes bis jetzt habe niedergehalten werden können, stünden die Angelegenheiten der Republikaner ganz gut. Nachdem man sich aus dem Schlafzimmer Heckers entfernt hatte, traten Heinzen, Michel, Blind, Dr. Hammer aus Mannheim, Schöninger, Struve und einige andere zu einer Berathung zusammen. Allgemein sprach man sich dahin aus, daß es durchaus nöthig sei, durch Ernennung eines Central-Ausschusses die Angelegenheiten der deutschen Flüchtlinge und den von denselben vertretenen Bestrebungen einen gemeinschaftlichen Haltpunkt zu geben. Als Mitglieder dieses Ausschusses wurden vorgeschlagen: Hecker, Joh. Phil. Becker, Struve, Heinzen und Bruhn. Noch in derselben Nacht reiste jedoch Struve wieder nach Rheinfelden, versprach übrigens, am folgenden Tage nach Hüningen zurückzukommen. Als er demzufolge von Rheinfelden nach Hüningen reiste, begegnete er unterwegs Hecker und Schöninger. Ersterer weigerte sich, einen Platz in dem Ausschusse anzunehmen, insofern nicht ausdrücklich festgesetzt würde, „daß man französische Hülfe unter keiner Bedingung in Anspruch nehmen werde.“ Eine solche Bedingung bei derjenigen Lage, in welcher sich die deutschen Flüchtlinge damals befanden, ausdrück-

lich anzunehmen, hielten die übrigen vorgeschlagenen Mitglieder des Central-Ausschusses für unthunlich, daher Hecker seinen Beitritt zu demselben verweigerte. Nachdem die vorgeschlagenen Mitglieder des Central-Ausschusses von den auf der Schusterinsel versammelten deutschen Republikanern genehmigt worden waren, und dieselben sich bemüht hatten, unnützes Blutvergießen zu verhüten und den sichern Rückzug dieser Freiheitskämpfer auf französisches Gebiet zu vermitteln, reisten Heinzen und Struve nach Straßburg ab, Lommel und Willich blieben für's erste noch in Hüningen. Doch sollten sie so bald als möglich nach Straßburg folgen. Mittlerweile wuchs die Zahl der deutschen Flüchtlinge immer mehr im Elsaß an und das Bedürfniß für dieselben Sorge zu tragen, trat immer mehr hervor. Das Treffen bei Dossenbach hatte stattgefunden, und in Folge dessen kamen namentlich auch viele ehemalige Mitglieder der Pariser deutschen Legion nach Straßburg. Auch Sigel und Mögling waren daselbst angelangt. Sie wurden aufgefordert, an den Arbeiten des Central-Ausschusses Theil zu nehmen, und um auch einen Vertreter der Pariser deutschen Legion im Ausschusse zu besitzen, wurde eine gleiche Aufforderung an Löwenfels gerichtet, welcher Bataillonschef bei derselben gewesen war. Heinzen und Struve gaben sofort „die Schilderhebung der deutschen Republikaner im April 1848 *)" heraus, welche wohl aus dem Grunde hier genannt zu werden verdient, weil sie augenscheinlich die badische Schilderhebung und ihre Bedeutung für die Entwicklung Deutschlands richtiger würdigte, als die meisten Schriften damaliger Zeit thaten. Namentlich beurtheilte sie das

*) Der vollständige Titel dieser Schrift ist der folgende: Die Schilderhebung der deutschen Republikaner im April 1848 von G. Struve und K. Heinzen, Preis: 50 Centimen. (Der Ertrag fließt in die Kasse des republikanischen Ausschusses.) Straßburg, zu haben bei Schmidt und Grucker, sowie bei den Verfassern, Münstergasse 6. 1848.

Vorparlament, wie die mittlerweile eingetretenen Verhältnisse beweisen, vollkommen richtig*), und sagte die Folgen der ersten republikanischen Schilderhebung in Deutschland mit Genauigkeit vorher.

Während das Volksheer, ungeachtet aller Entbehrungen und Anstrengungen, welche es auszuhalten, unge-

---

*) Die betreffende Stelle S. 4 und 5 lautet, wie folgt:

Ende März 1848 traten in Frankfurt, dem Sitz des verrätherischen, als „Bundestag" konstituirten Fürstenkomplots, eine Anzahl der genanntesten Männer aus allen Gegenden Deutschlands zusammen und nahmen, als Vollstrecker der plötzlich erwachten Volkssouveränität, den Fürsten die Leitung der Volksgeschicke aus der Hand. Sie konstituirten sich als Vorparlament, welches den Weg zu einer konstituirenden Versammlung anbahnen sollte. Es lag in ihrer Gewalt, die Revolution, welche sie durch ihr Auftreten eigentlich begannen, sofort durchzusetzen. Aber eine Revolution setzt man nur durch, wenn man sich ihr hingibt, nicht wenn man sie benutzen will. Statt die Revolution in die Hand zu nehmen, statt sie mit kühner Leitung durch die Klippen hindurch nach ihrem eigentlichen Ziel zu steuern, verläugnete das Vorparlament seine eignen Konsequenzen und suchte — welcher Widerspruch, die Revolution auf loyalem Weg abzumachen.

Das Vorparlament war revolutionär und wollte legal sein;

Es stellte sich über die Fürsten und es beschützte sie;

Es übte die Volkssouveränetät aus und wollte sie benutzen, um die Feinde der Volkssouveränetät zu retten;

Es bewies, daß es für sich das Fürstenthum entbehren könne, und doch wollte es dasselbe erhalten für das Volk, dessen Vertreter es war;

Es nannte den Bundestag, dieses Komplot von Fürsten, eine Leiche, und doch ließ es diese Leiche in Aktivität und verkehrte mit ihr;

Es demüthigte die Fürsten durch Befehle und doch ließ es den Gedemüthigten die Mittel in der Hand, sich zu rächen;

Es nahm die Stelle der Bundesbehörde ein und doch ließ es das Bundesheer unter dem Kommando der Fürsten;

Es steckte ein Ziel nach dem andern auf, und doch versicherte es sich nicht der Mittel, nur ein einziges zu erreichen;

Es ordnete Wahlen zu der konstituirenden Versammlung an,

achtet aller Verleumdungen, welche die fürstliche Partei gegen dasselbe ausgestreut hatte, sich durch sein musterhaftes Benehmen die Liebe und Achtung aller Bevölkerungen gewann, mit denen es in Berührung trat, erfüllte das brutale Benehmen der Söldner das Volk mit der größten Entrüstung. Plünderung, Mord und Todschlag, Gewalt- und Schandthaten aller Art waren im Gefolge der fürstlichen Soldaten. Niemand war seiner Freiheit und seines Lebens sicher, welcher das Unglück hatte, mit diesen Horden in Berührung zu kommen. Selbst die Verwundeten und die Gefangenen wurden von den Wütherichen nicht geschont, und wenn ihre viehische Rohheit an Männern sich genug versucht hatte, mißhandelten sie die Weiber. Auf diese Weise wurde allerdings im Laufe einiger Wochen der offene Widerstand des Volkes niedergeschlagen, allein der Widerwille desselben gegen seine Unterdrücker und besonders gegen die Regierungsform, unter deren Einfluß und zu deren Gunsten alle diese Grausamkeiten verübt wurden, tausendfältig vermehrt.

Es ist der fürstlichen und konstitutionellen Partei schwerlich darum zu thun gewesen, durch Kartätschen und Bajonette die Klagen des Volkes zu beschwichtigen, und durch das Hinschlachten von Hunderten der tapfersten Bürger Liebe zu den bestehenden Verhältnissen zu erwecken. Es ist ihr nur darum zu thun gewesen, ihren Rachedurst zu

---

welche über die Fürsten disponiren sollte, und doch überließ es den Fürsten die Leitung der Wahlangelegenheit;

Es machte Revolution gegen die Fürsten, und doch reagirte es mit ihnen gegen die Republikaner;

Es stellte für die Wahlen zur konstituirenden Versammlung die Entfernung des Zensus als Princip auf, und doch will es Monarchien, die ohne Zensus nicht bestehen können;

Es will die Fürsten unter ein fürstliches Oberhaupt und zugleich unter den Willen des Volkes stellen;

Kurz es bildet ein politisches Monstrum wie die Geschichte noch keins hervorgebracht hat, und Alles, was aus ihm hervorgeht, kann nur monstruos sein.

löschen und ihre wankende Stellung zu sichern auf dem Ruin des Volkes. Zu den alten Klagen des deutschen Volkes sind jetzt noch neue, furchtbare Beschwerden hinzugetreten. Das badische Volk, welches früher schon das ihm auferlegte Joch der Fürstenherrschaft nicht mehr tragen wollte, soll jetzt die ganze Härte des Kriegszustandes erdulden. Das Volk, welchem die Abgaben früher schon unerschwinglich waren, soll jetzt die Kosten des Bürgerkrieges und der Besetzung durch auswärtige Truppen tragen. Der bessere Theil des Volkes ist theils aus Baden geflüchtet, theils schmachtet er in den Gefängnissen. Nur rücksichtslose Gewalt konnte die Fürstenherrschaft in Baden bisher aufrecht erhalten; nur der Schrecken kann fortan ihre Stütze sein. Die kargen Zusicherungen, welche seit den Februartagen dem badischen Volke gegeben worden waren, wurden nicht bloß wieder zurückgenommen, sondern es ist auch noch eine soldatische Schreckensherrschaft eingetreten, welche an die Zeiten Alba's erinnert. Das Volk darf weder sprechen noch schreiben. Feile Beamten und brutale Soldaten halten jede freie Regung desselben nieder. Während die Organe der Denunzianten und Verräther, dasjenige des Professors Gervinus voran, triumphirend sich überstürzen, existiren keine Volksorgane mehr. Man legt an die Geschäftslokale das Schloß der Gewalt und wirft die Besitzer in den Kerker, um sie zu beseitigen oder finanziell zu ruiniren. Jeder viehische Flintenträger ist Richter geworden und sein Handwerk nimmt ihm das Bedenken zugleich Henker zu sein. Der Schrecken lähmt jede Kraft, und es scheint fast, als wolle die Soldatenbarbarei auf alle Weise selbst Erhebungen der Verzweiflung erzwingen, weil die Grabesstille sie langweilt und ihre henkerische Gier neue Arbeit verlangt.

So steht es jetzt im badischen Lande, nachdem man noch vor wenig Tagen jede Reaktion, jedes Verfallen in frühere Zustände für unmöglich gehalten. Diese Unmöglichkeit zu überwinden, konnte nur dem Verrath gelingen

im Bunde mit der Gewalt. Sein Triumph wird nicht von Dauer sein. Sein Werk schreit nach Rache und die Rache des Volkes wird ihn zu finden wissen. Den ganzen Fluch der Volkspartei rufen wir vor allen andern herab auf den Volksverräther Karl Mathy!

Die volksverrätherische Partei in Deutschland möge nicht glauben, daß sie die Republikaner durch ihr Schreckenssystem gebeugt habe. Sie hat sie nur gereizt zu verdoppelten Anstrengungen und belehrt über die Mittel zum Zweck. Die republikanische Partei ist durch ihre Niederlage nicht vernichtet, sondern erst erstanden. Sie hat sich ausgeschieden durch den Kampf und gereinigt durch den Verrath. Sie kennt jetzt ihre Freunde und ihre Feinde. Glücklicherweise hat sie in den bestandenen Kämpfen keinen ihrer hervorragenden Führer verloren. Diese Führer, früher über weite Länderstrecken vertheilt, sind sich jetzt nahgerückt und finden die Entwerfung und Durchführung eines Plans, den die Umstände bis jetzt unmöglich machten, bedeutend erleichtert.

Wäre in dieser ernsten Zeit das Lachen am Platz, wir würden unsere Verräther nicht bloß hassen oder verachten, sondern auch belachen. Ihr habt die Reaktion gedemüthigt und dann habt ihr sie zu Hülfe gerufen gegen uns. Nachdem sie uns vom Kampfplatz verdrängt, wird sie sich gegen euch kehren und euch beweisen, was es heißt, sie zu demüthigen und zu bedrohen, ohne sie zu vernichten. Sie wird euch nöthigen, entweder völlig zu ihr überzugehen, oder einen Kampf auf Leben und Tod mit ihr zu beginnen. Ihr, die ihr uns zu vernichten hofftet, ihr seid nur bestimmt uns zu dienen. Dienen werdet ihr uns als Alliirte, dienen als Bekämpfer der Reaktion.

Was sich in den jüngsten Tagen in Baden zugetragen, ist übrigens keine vereinzelte Erscheinung. Es bildet nur einen Ring in der neuen großen Kette, welche den Völkern Europa's von seinen Fürsten geschmiedet wird. Mit der Unterwerfung des badischen Volkes wird nur der Anfang

gemacht. An diesen wird sich, ja muß sich nothwendig anschließen der Plan der Zurückführung auch des übrigen Volks, vielleicht aller Völker Europa's, unter das frühere Joch. Wenn die große Frage unserer Tage: ob der Staat durch das Volk und für das Volk, oder durch die bevorzugten Klassen und für dieselben regiert werden solle, in Baden entschieden ist zu Gunsten der Fürsten, wird sie dann in andern deutschen Staaten entschieden werden zu Gunsten des Volkes?

Das badische Volk hat seit langer Zeit allen übrigen Theilen Deutschlands die Fahne des Fortschrittes vorangetragen. Mit der Unterjochung des badischen Volkes wird zu gleicher Zeit dem gesammten deutschen Volke das alte Joch wieder fester als je zuvor aufgelegt.

Von Baden wird die Lawine der Reaktion sich in Kurzem weiter wälzen, und was sie zunächst begraben wird, das ist jene Frankfurter Versammlung von Blinden und Verräthern, die zu spät erkennen werden, daß die politische Halbheit das beste Mittel ist, zu verlieren, was man besitzt und nicht zu erlangen, was man erstrebt. Den Strick der Reaktion um den Hals und das Brandmal der Schande auf dem Gesicht werdet ihr zu uns herüberschauen, die wir unentehrt und kampfbereit euren Ruin abwarten, um über eure Leiber in die Burg der Freiheit einzudringen. Wir betrachten die militärische Niederlage der Republikaner nur als einen politischen Sieg. Die Republik hatte in Deutschland noch keinen ernstlichen Kampf zu bestehen. Es mußte ein Anfang gemacht werden, und daß sie ihn gemacht, hat sie trotz dem Mißlingen wahrlich nicht zu bereuen. Sie hätte sich selbst nicht verstanden, wenn sie sofort siegreich durchgedrungen wäre. Erst jetzt wird sie zum völligen Selbstbewußtsein kommen und in das Volksbewußtsein eindringen. Auch hatte die Reaktion bisher in Deutschland die Höhe noch nicht erreicht, auf der sie sich völlig überschlagen und in den Abgrund stürzen muß. Nur halben Feinden gegenüberstehend, war sie selbst nicht über die

Halbheit hinausgekommen. Erst jetzt wird sie sich auf die Spitze treiben, nachdem die Republikaner sie auf das Sein oder Nichtsein verwiesen haben. Solltet aber auch ihr Konstitutionellen, aller Geschichte zum Trotz, mit der Reaktion ein Abkommen treffen können und eine halbe Freiheit erringen, so wird diese halbe Freiheit eben so wohl unsre Verbündete werden wie eine ganze Sclaverei. Wir dürfen euch, wie ihr seht, unsre Aussichten nach allen Seiten hin offen verrathen, denn sie sind garantirt mit mathematischer Gewißheit durch das Gesetz der Geschichte, das Gesetz der Vernunft.

Die badische Geschichte schließt ihre Rechnung nicht für sich ab, auch die deutsche nicht. Wenn die Reaktion in Deutschland siegen sollte, wird sie ihre ganze Vergangenheit reklamiren. In Wien sowohl wie in Berlin wird man alle Plane wieder aufnehmen, welche Herrschsucht und Volksverrath je ausgesonnen, und man wird nicht vergessen, bei der Durchführung sich an den unschätzbaren Alliirten in Petersburg anzulehnen, mit welchem schon jetzt allen Wahrscheinlichkeiten und allen Anzeichen nach ein großartiger Völkerverrath verabredet ist. Die große Politik wird dann auf ihre kleinen Anfänge zurückweisen, und wenn die heilige Allianz sich zu einem neuen Bunde zusammengezogen, wenn sie Italien, die Schweiz und Frankreich von Neuem bedroht und Polen von Neuem verrathen hat, so wird man an das kleine Baden zurückdenken, wo die Reaktion begann und wo sie siegte, weil die Fürsten alliirt waren, aber nicht die Völker.

Die französische Regierung machte übrigens der Thätigkeit des republikanischen Central-Ausschusses bald ein Ende, indem sie dessen Mitglieder von Straßburg entfernte. Struve, Löwenfels und Bruhn wurden in das Innere von Frankreich, nach Chalons, versetzt. Mögling reiste zu Hecker nach Muttenz, Sigel in den Schweizer Kanton Thurgau. Beide verließen Straßburg, um nicht in das Innere Frankreichs verwiesen zu werden. Joh. Phil. Becker hatte sich

sofort nach Beendigung der ersten Volkserhebung in Baden nach Biel in der Schweiz begeben. Auf diese Weise wurde der Central-Ausschuß der Republikaner thatsächlich gesprengt, obgleich einzelne Mitglieder desselben sich fortwährend bemühten, in untergeordneter Weise, nämlich durch Fürsorge für die in Frankreich zerstreuten deutschen Flüchtlinge, eine nützliche Thätigkeit zu entfalten. Zu gleicher Zeit mit den Anführern wurde auch die Mehrzahl der Flüchtlinge selbst in das Innere von Frankreich verwiesen. Das Flüchtlingsleben im Innern Frankreichs war außerordentlich trübselig und langweilig. Zwar erhielt jeder Flüchtling von der französischen Regierung 10 Sous (14 kr.) des Tages, und hatte also nothdürftig zu leben. Allein es wurde ihnen sehr schwer, daselbst Arbeit zu finden, und sich daher selbst etwas zu verdienen. Alle Verbindung mit Deutschland war unterbrochen. Deutsche Zeitungen waren nicht zu bekommen, die französischen enthielten nur wenige, sehr mangelhafte Mittheilungen über Deutschland. Der Briefverkehr war sehr unsicher. Das Loos derjenigen Flüchtlinge, welche sich in größeren Städten und in größerer Zahl beisammen fanden, war erträglicher. Allein die Flüchtlinge, welche in kleineren Städten in geringer Anzahl lebten, waren übel daran. Willich harrte treulich bei seinen Brüdern in Besançon aus. Die Ueberreste des republikanischen Central-Auschusses (Struve, Löwenfels, Bruhn) schlugen sich mit Mühe von Chalons nach Paris und von da zurück nach der deutschen Grenze in die Schweiz durch. Struve hatte seine Frau bei sich, welche, nachdem sie am 16. April von Riedböringen nach Freiburg gereist, bis zum 25. April daselbst verblieben war und manche Gefahren glücklich überstanden hatte, am 28. April in Straßburg ihn wieder aufgefunden hatte. Außerdem befanden sich noch vier jüngere Männer bei dem Rumpfe des Central-Ausschusses in Frankreich (Karl Blind, Gaa, Kramer und Struve's Schwager Petro Düsar). Sonntag den 7. Mai reisten die acht Flüchtlinge von Straßburg

ab. Vier trübselige Wochen brachten sie in Chalons s. M. zu, zwölf Tage in Paris, endlich langten sie nach vielen Mühen und Entbehrungen gegen Ende Juni wieder in Straßburg an. Während ihrer Abwesenheit von dieser Stadt hatten bezahlte Verräther unter den Flüchtlingen den Samen der Zwietracht ausgestreut. Struve und Heinzen bemühten sich, den Frieden wieder herzustellen, den Flüchtlingen eine gewisse Organisation zu geben und dadurch die Sammlung von Beiträgen zu deren Gunsten zu fördern. Sie wurden jedoch durch die Verhältnisse gezwungen, schon bald Frankreich zu verlassen und ihren Wohnsitz in der Schweiz zu nehmen. In Birsfeld bei Basel, wohin sie sich zuerst wandten, gaben sie gemeinschaftlich den „Plan zur Revolutionirung und Republikanisirung Deutschlands“ heraus. Die wesentlichen Bestimmungen dieses Planes theile ich in der Note*) mit. Heinzen hielt sich

*) §. I.

Die Organisation des Aufstandes umfaßt:

1) die regelmäßige und geordnete Verbreitung republikanischer Gesinnungen durch Schrift und Wort;
2) die Bewaffnung des gesammten Volkes und Einreihung desselben in die revolutionären Truppenabtheilungen;
3) die Auflösung der fürstlichen Heere;
4) die Herbeischaffung von Geldmitteln und Kriegsmaterial für das Freiheitsheer;
5) die Vernichtung der Geldmittel und Kriegsmaterialien der fürstlichen Partei.

§. II.

Bei jeder selbstständigen republikanischen Truppenabtheilung befindet sich ein Beamter, dessen besondere Aufgabe es ist, das Volk über die Bestrebungen der republikanischen Partei und die unheilbringenden Folgen des monarchischen Systems aufzuklären. Derselbe hat nicht nur die über diese Gegenstände bereits gedruckten Schriften so viel als möglich unter dem Volk zu verbreiten und dasselbe bei jeder passenden Gelegenheit durch mündliche Vorträge zu belehren, sondern auch regelmäßig schriftliche und gedruckte Berichte über die Erfolge der republikanischen Schilderhebung zu erstatten.

übrigens nur wenige Tage in Birsfeld auf und begab sich dann nach Genf. Struve wurde wegen dieser Schrift aus dem Kanton Baselland ausgewiesen und ließ sich im Laufe des Monats August in Rheinfelden, Kantons Aargau, nieder.

Während er in Birsfelden gelebt hatte, verlegte er in Verbindung mit Dr. Gihr aus Dornach den von ihm

---

§. III.

Jeder Deutsche vom vollendeten 18ten bis zum vollendeten 40sten Lebensjahre ist verpflichtet, zur Befreiung des Vaterlandes die Waffen zu ergreifen. Entschuldigt sind nur Diejenigen, 1) welche körperliche Mängel haben, die sie zum Kriegsdienst unfähig machen; 2) welche ein Geschäft oder Gewerbe treiben, worin sie der Gemeinde unentbehrlich sind, und worin sie durch eine andere Person nicht vertreten werden können.

§. IV.

Wer in der bezeichneten Weise vom Kriegsdienste freigegeben wird, hat einen der Größe seines Einkommens entsprechenden Beitrag zu den Kriegskosten zu leisten. Dieser Beitrag soll nicht unter 100 und nicht über 10,000 Gulden betragen, und wird nur erhoben, falls die jährliche Einnahme der betreffenden Person, wenn sie unverheirathet ist, über 400 Gulden, wenn sie verheirathet, über 600 Gulden und wenn sie Kinder hat, über 800 Gulden beträgt.

§. V.

Jeder Obrist oder Detachementschef, welcher in irgend eine deutsche Gemeinde kommt, und sich bei derselben wenigstens einige Stunden aufhält, hat für die Vollziehung oder Vervollständigung vorstehender Bestimmungen Sorge zu tragen.

§. VI.

Zu diesem Behufe hat derselbe sofort bei seinem Einmarsche die gesammte Einwohnerschaft zu versammeln, die kriegsdienstpflichtigen Mitglieder derselben vortreten und deren Namen in ein Register eintragen zu lassen.

Die nicht zum Kriegsdienst ausgehobene Mannschaft (Männer zwischen 40 und 60 Jahren) bilden die zurückbleibende Bürgerwehr unter dem Befehl des republikanischen Kommissärs.

§. VII.

Bitten um Enthebung vom Kriegsdienste werden durch eine aus Mitgliedern des Gemeinderaths der betreffenden Gemeinde

früher in Mannheim herausgegebenen „Deutschen Zuschauer" nach Basel. Hecker, welcher gleich Anfangs seinen Wohnsitz in Muttenz aufgeschlagen hatte, schrieb von Dorten aus in Verbindung mit Karl Heinrich Schnauffer, welcher die Redaktion, und Hollinger, welcher den Druck und die Versendung des Blattes besorgte, den

---

und der betreffenden Militärabtheilung bestehenden Kommission sofort entschieden. Dieselbe hat auch über die etwa zu leistende Geldentschädigung des freigegebenen Einwohners nach §. IV. dieser Verordnung zu entscheiden.

§. VIII.

Die in der bezeichneten Weise ausgehobene Mannschaft wird sofort zur Verfügung der betreffenden Militärbehörde, die erhobenen Geldsummen werden zur Verfügung der betreffenden Kassenbehörde gestellt.

§. IX.

Diejenigen abwesenden Einwohner der Gemeinde und insbesondere diejenigen, welche in einem fürstlichen Kriegsheere dienen, werden sofort durch einen Beschluß des betreffenden Gemeinderaths bei Verlust ihres gesammten Vermögens aufgefordert, zurückzukehren und insbesondere das fürstliche Heer ungesäumt zu verlassen. Das Vermögen derjenigen Gemeindemitglieder, welche in fürstlichen Kriegsdiensten stehen, wird sofort, dasjenige anderer abwesender Gemeindemitglieder nach Ablauf von 6 Wochen, vom Tage der Bekanntmachung obigen Beschlusses an gerechnet, mit Beschlag belegt. Die Rückgabe erfolgt erst, nachdem die betreffenden Personen ihre Pflichten der Republik gegenüber erfüllt haben.

§. X.

Sämmtliche bisher an den Staat, an fürstliche Diener oder fürstliche Personen geleistete Abgaben, welchen Namen sie immer tragen, mit alleiniger Ausnahme der Zölle, desgleichen alle auf dem Grund und Boden haftende Lasten und Abgaben, namentlich Zehnten, Gülten, Frohnden, Bannrechte u. s. w. und alle Zehntablösungsschulden werden ein für allemal aufgehoben.

Alle Pfänder für Beträge unter 20 Gulden müssen aus allen öffentlichen Leihanstalten sofort unentgeldlich freigegeben werden.

„Volksfreund". Durch diese und andere Schriften, welche Schlag auf Schlag erschienen, wurde die noch immer in Deutschland herrschende Gährung fortwährend erhalten und genährt. Zu Tausenden kamen die Landleute aus dem Badischen in die Schweiz herüber, um sich mit den Flüchtlingen zu besprechen, diesen ihre Noth zu klagen

§. XI.

Dagegen wird eine progressive (mit der Größe des Einkommens sich steigernde Einkommensteuer) nach folgenden Ansätzen erhoben: (Folgt eine Skala.)

§. XII.

Frei von jeder Steuer bleibt jeder Staatseinwohner, welcher als Unverheiratheter unter 300 fl., als Verheiratheter unter 500 fl., als Familienvater mit drei oder mehr Kindern unter 800 fl. jährlich einnimmt.

§. XIII.

Unverheirathete, welche über 300 fl., Verheirathete, welche über 500 fl., Familienväter mit wenigstens drei Kindern, welche über 800 fl. jährlich einnehmen, zahlen die Einkommensteuer nach beifolgender Stufenleiter.

§. XIV.

Jede Gemeinde hat, sobald sie der Republik beitritt, ein Zehntheil der ihre Mitglieder treffenden Einkommensteuer vorschüßlich zu entrichten. Desgleichen hat sie sämmtliche, fürstlichen Personen, dem Staate, der Gemeinde, oder einzelnen ihrer Bewohner angehörige Waffen der Republik gegen Quittung, vorbehaltlich der Eigenthumsrechte der beiden letztern, zur Verfügung zu stellen.

§. XV.

Sämmtliches Eigenthum des Staates, der fürstlichen Personen und der fürstlichen Diener wird überall, wo es sich findet, mit Beschlag belegt. Ausgenommen sind diejenigen fürstlichen Diener, welche die republikanische Sache vor dem Aufstand begünstigt haben oder sich demselben aufrichtig anschließen.

§. XVI.

Aller Gerichtszugriff, sowie alle Betreibung von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten hört sofort auf.

§. XVII.

Alle politischen Gefangenen, alle Diejenigen, welche, durch die Noth gedrängt, sich am Eigenthum vergriffen und deshalb

und bei ihnen sich Rathes zu erholen. Besonders wurde Muttenz, woselbst Hecker mit Schöninger, Mögling und Doll wohnte, ein wahrer Wallfahrtsort für deutsche und namentlich badische Republikaner. Ab und zu fanden auch Versammlungen statt, in welchen die einflußreichsten Flüchtlinge sich über die Zustände des deutschen Vaterlandes miteinander beriethen. In der ersten Zeit war eine solche in Schaffhausen, später eine in Baden (Cantons Zürich) abgehalten worden. Durch verschiedene Rundreisen, welche Struve rheinaufwärts nach Schaffhausen und Constanz und rheinabwärts nach Straßburg machte, suchte er ein innigeres Verhältniß unter den Flüchtlingen herbeizuführen und dieselben unter eine gewisse einheitliche Leitung zu bringen. Hecker wollte an diesen Arbeiten keinen Antheil nehmen. Er war bereits entschlossen, nach den amerikanischen Freistaaten zu reisen. Zwischen ihm und C. Heinzen war ein störender Zwiespalt eingetreten. Vergebens hatte sich Struve bemüht, den Frieden wieder herzustellen. Anfangs Dezember reiste Hecker von Muttenz ab. In Straßburg wurde er noch von zahlreichen badischen Männern und Frauen, welche zu ihm hinüberzogen, begrüßt.

Er ließ sich nicht zurückhalten. Er reiste nach der Union ab.

---

bis zu 6 Monaten Freiheitsstrafe verurtheilt wurden, endlich diejenigen Soldaten, welche wegen Insubordination gefangen gesetzt wurden, werden sofort freigelassen.

§. XVIII.

Für den Betrag des mit Beschlag belegten Eigenthums des Staats und fürstlicher Personen können sofort verzinsbare Kassenscheine von der obersten Finanzbehörde ausgegeben werden.

Im Namen des Central-Ausschusses
der deutschen Republikaner
N. N.

Die zweite Volkserhebung in Baden.

Elfter Abschnitt.

Gestaltung der Verhältnisse Deutschlands bis zum Waffenstillstande von Malmö.

Die entschiedenen Republikaner hatten dem deutschen Volke im März 1848 vorhergesagt, es könne kein Heil erwarten, so lange 34 Fürstenfamilien sich in Deutschland theilten, das alte System werde unter veränderten Formen fortbestehen, so lange auch nur ein Fürst in Deutschland zurückbliebe, es komme nicht darauf an, Reden zu halten, sondern die erschütterte Macht der Tyrannen zu brechen, die Fürsten würden doch die Beschlüsse der Nationalversammlung nicht anerkennen, falls dieselben volksthümlich ausfallen sollten, darum solle das Volk die ihm durch das Vorparlament zuerkannte Souveränität vor allen Dingen ausüben, und seine Tyrannen verjagen. Fürstenknechte, Verräther, Feiglinge und Dummköpfe trügen die Schuld, daß die erste Volkserhebung in Baden unterdrückt wurde. Die Vorhersagungen der entschiedenen Republikaner trafen ein. Zu den 34 Fürsten, welche Deutschland schon besaß, erhielt es in der Person des Erzherzogs Johann von Oestreich einen fünfunddreißigsten, zu den vielen volksverrätherischen Ministerien noch dasjenige des Herrn v. Schmerling, zu den vielen geschwätzigen Versammlungen in der von

Herrn v. Gagern präsidirten eine weitere, und ohne Zweifel die allergeschwätzigste. Unter dem Einflusse eines österreichischen, seit den Zeiten der ersten französischen Revolution als Reaktionär bekannten Fürsten, eines österreichischen Ministers, der seine Schule am deutschen Bundestage gemacht hatte, und eines deutschthümelnden Präsidenten, welcher in Friedrich Wilhelm IV. den Retter Deutschlands zu finden glaubte, konnte nur so viel gewonnen werden, daß der Verrath, welchen die Fürsten und ihre Schergen längst an dem deutschen Volke begiengen, diesem endlich klar und deutlich vor die Augen gestellt wurde. Nachdem die deutsche Nationalversammlung vier Monate lang und die von ihr geschaffene Centralgewalt etwas weniger lang thätig gewesen war, wurde es am Ende allen, welche noch politische Sehkraft besaßen, einleuchtend, daß die Fürsten Deutschlands den Zusammentritt der Nationalversammlung nur gestattet hatten, um, während diese das deutsche Volk durch ihre Reden unterhielt, Zeit zu militärischen Rüstungen zu gewinnen, und der Centralgewalt keine andere Bestimmung einräumten, als diejenige, welche der deutsche Bundestag in letzter Zeit besessen, nämlich die Bestimmung einer obersten Polizeibehörde zur Unterdrückung aller freiheitlichen Bestrebungen des Volkes. Der alte Bund mit dem russischen Czaaren war längst wieder hergestellt worden. In Wien und Berlin wurde daran gearbeitet, die Errungenschaften der Frühlingstage durch Verrath und durch Gewalt dem Volke wieder zu entreißen. Aller Orten ahmten die Fürsten und ihre Schergen das ihnen dort gegebene Beispiel nach. Die eigentlichen Absichten der Reaktion sprachen sich besonders deutlich in Baden aus, das von den auswärtigen Truppen mehrere Monate hindurch wie Feindes-Land besetzt gehalten wurde, und in welchem jede Freiheitsbestrebung mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden sollte. Durch viele tausende von Criminal-Prozessen in Verbindung mit Kriegszustand, Abgabenerhöhung und Beförderung militärischer Brutalität, hoffte man am sicher-

sten dieses Ziel zu erreichen. Die alten sechs Geißeln: Monarchie, Aristokratie, Büreaukratie, stehendes Heer, Pfaffenthum und Geldwucher wurden ärger als jemals über den Häuptern des deutschen Volkes geschwungen. Das Volk hatte begehrt:

Aufhebung der stehenden Soldatenheere. Man vermehrte sie jetzt auf das Doppelte;

Aufhebung der stehenden Heere von Beamten. Man schuf jetzt unter Beibehaltung sämmtlicher Beamten der einzelnen deutschen Länder, auch noch ein Heer von Beamten der deutschen Centralgewalt;

Abschaffung der stehenden Heere von Abgaben. Man führte jetzt, unter Beibehaltung sämmtlicher alten Abgaben, eine Reihe von neuen ein, um die Kosten zu decken, welche die außerordentlichen Maßregeln zum Zwecke der Erdrückung des Volkes verursachten;

Abschaffung aller Vorrechte. Man führte jetzt, unter thatsächlicher Beibehaltung sämmtlicher alten Vorrechte, das neue Vorrecht der Soldaten ein, die Republikaner prügeln, berauben und in jeder Weise mißhandeln zu dürfen, und das neue Vorrecht der Büreaukratie, die Republikaner zu Tausenden in die Kerker werfen zu dürfen.

Abschaffung der Bevormundung der Gemeinden. Jetzt gab man ihnen Lieutenants und Unteroffiziere zu Vormündern;

Auflösung des Bundes zwischen Kirche und Staat und Kirche und Schule. Statt dessen bemühten sich die Regierungen, diesen Bund immer fester zu schnüren und verfolgten alle Widerstrebenden auf jede erdenkliche Weise;

Abschaffung der Censur, Koncessionen und Kautionen;

Abschaffung der geheimen und schriftlichen Inquisitionsgerichte;

Abschaffung der Hunderte von Beschränkungen der persönlichen Freiheit der Deutschen der verschiedenen Stände.

Wo von diesen alten Uebeln eines oder das andere abgeschafft wurde, und in dessen Folge eine freiere Bewegung des Volkes eintrat, da schritten die Dränger Deutschlands mit Kartätschen, gerichtlichen oder anderen Verfolgungen ein.

Beseitigung des Nothstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes;

Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital.

Doppelter und dreifacher Druck für das Volk, doppelter und dreifacher Uebermuth der Privilegirten war die Antwort auf diese Forderungen.

Abschaffung der tausendfältig unter einander abweichenden Gesetze;

Aufhebung der Zerrissenheit Deutschlands;

Aufhebung der erblichen Monarchie.

Von allen diesen Uebeln wurde keines aufgehoben und abgeschafft, vielmehr wurden zu den vielen alten, untereinander abweichenden Gesetzen noch neue geschaffen, welche sich keine allgemeine Geltung in Deutschland erwerben konnten. Es wurden zu der alten Zerrissenheit Deutschlands noch eine Menge neuer Risse hinzugefügt, endlich ward der alten erblichen Monarchie noch ein neuer Stützpunkt in dem Erbkaiserthum angebahnt.

Die Entrüstung des deutschen Volkes über den an ihm verübten Verrath erhielt jedoch durch den von dem preußischen Könige abgeschlossenen Waffenstillstand von Malmö einen Höhepunkt, welcher einen allgemeinen Ausbruch erwarten ließ. Selbst Männer von der Beschränktheit und Muthlosigkeit eines Dahlmann und Consorten machten einen Versuch, sich unwillig zu zeigen. In den Straßen von Frankfurt brach der Aufstand los. Zwei Mitglieder der Nationalversammlung, Lichnowsky und Auerswald büßten mit ihrem Leben den an dem Volke verübten Verrath. Seit Monaten waren die Badener schaarenweise zu den auf der linken Rheinseite wohnenden politischen Flüchtlingen

gezogen, und hatten sie aufgefordert, ins Vaterland zurückzukehren und sich an die Spitze einer großartigen Volksbewegung zu stellen. Ueber die Grundsätze derselben hatte man sich gewissermaßen schon geeinigt, indem diese in dem Plan zur Revolutionirung und Republikanisirung Deutschlands von Struve und Heinzen ausgesprochen, dem Volke mitgetheilt und von diesem wiederholt gut geheißen worden waren. Manche stille Vorbereitungen hatten auch stattgefunden, namentlich waren noch in jüngster Zeit Ausschüsse erwählt worden, welche an verschiedenen Orten längs dem Rheine von dem Bodensee bis unterhalb Straßburg ihren Sitz hatten, und von denen erwartet werden konnte, daß sie die zahlreichen Flüchtlinge und sonstigen Freunde der Volksfreiheit zu einer einheitlichen und starken Kraftäußerung veranlassen würden. Die entscheidende Vorarbeit bestand aber in dem offenen Verrath, welchen die Fürsten an den Völkern begingen, und über welchen sich jetzt nur die schlimmsten Flachköpfe noch täuschen ließen. Was insbesondere das badische Land betrifft, so hatte das Ministerium Bekk sich den Haß des Volkes in einem Grade zugezogen, daß der Haß, den es dem Ministerium Blittersdorf gezollt hatte, dagegen noch zurückstand. Namentlich hatte die am Geburtstage des Großherzogs verkündigte sogenannte Amnestie mit allen ihren Ausnahmen und Klauseln eine ungetheilte Entrüstung im Volke hervorgerufen. Zudem befand sich das badische Oberland von Truppen entblößt, und die badische Streitmacht durch Absendung mehrerer Bataillone nach Schleswig-Holstein geschwächt. In Wien und Berlin war die Gährung groß, und die Volksversammlungen, welche in den kleineren Staaten Deutschlands da und dort gehalten wurden, drohten laut mit einem allgemeinen Losbruch.

Zwölfter Abschnitt.

Die Tage des 21., 22., 23. u. 24. September 1818.

Am 20. September 1848 befand sich Struve zu Basel, um den Druck der an diesem Tage erscheinenden Nummer des „Deutschen Zuschauers" zu überwachen. Er hatte die Absicht gehabt, noch an demselben Tage nach Rheinfelden, woselbst er dazumal wohnte, zurückzukehren. Unerwartete Hindernisse hatten ihn gezwungen, noch in Basel zu verbleiben. Schon im Laufe des 19. Septembers waren mehrere badische Bürger nach Basel gekommen und hatten angefragt, ob es denn nicht bald losgehen werde. Struve hatte sich, im Widerspruche mit mehreren anderen Republikanern, dahin geäußert, es werde jedenfalls am besten sein, die Weinlese noch abzuwarten. Im Laufe des 20ten mehrte sich jedoch der Andrang Derjenigen, welche verlangten, der Losbruch solle nicht länger aufgeschoben werden. Die Nachrichten über den Straßenkampf in Frankfurt hatten eine besonders starke Aufregung in den Gemüthern hervorgebracht. Für den Fall des Sieges wollte man an den Früchten desselben Theil nehmen, für den Fall einer Niederlage den Freunden in Frankfurt eine Diversion bereiten, und den Umständen nach einen Zufluchtsort in Deutschland eröffnen. Man rechnete darauf, daß auch

andere deutsche Städte dem Beispiel der Stadt Frankfurt folgen würden. Gegen Abend kamen noch einige Männer aus Lörrach, welche uns versicherten, wir könnten auf die Bürgerwehr dieser Stadt vollkommen zählen, und hinzufügten, auf den ersten Ruf würde sich auch die ganze Umgegend erheben. Wir hatten bei der ersten Volkserhebung die Erfahrung gemacht, daß nichts schwieriger sei, als einen Kern von zuverlässigen Revolutionstruppen zu bilden. In Lörrach hofften wir einen solchen zu erhalten, zugleich einiges Geld für unsere Kriegskasse vorzufinden und einen sichern Sitz für die oberste Leitung der Bewegung zu haben. Wir erkannten jedoch sehr wohl, daß die Revolution nicht von der Schweiz nach Deutschland getragen werden könne, daß unsere Aufgabe vielmehr nur sein könne, die bereits in Deutschland und insbesondere im Badischen befindlichen revolutionären Elemente zu organisiren und zu leiten. Wir wollten weder dem deutschen, noch dem badischen Volke eine Revolution aufdrängen. Nach den zahlreichen und dringenden Einladungen, welche an uns gerichtet worden waren, uns an die Spitze einer Volksbewegung im Badischen zu stellen, mochten wir uns wohl für berechtigt erachten, bei dem Eintreffen der ersten günstigen Constellation die Initiative zu ergreifen. Nichts desto weniger wurde gut befunden, der Bevölkerung von Lörrach von unserer Absicht, das Banner der Freiheit wiederum im Badischen zu erheben, Kenntniß zu geben. Struve that dieses vermittelst eines an einen der einflußreichsten Männer von Lörrach gerichteten Schreibens, welches er einem Bürger dieser Stadt am 20. spät Abends zur Bestellung übergab.

Während sich um Struve eine Anzahl von Flüchtlingen und von deutschen Bürgern, welche ihr Vaterland noch nicht verlassen hatten, schaarte, und ihn drängte, das Zeichen zu einer zweiten Volkserhebung zu geben, so bildeten auch Mögling und Doll den Centralpunkt mannigfaltiger Kräfte, welche bereit waren, den Freiheitskampf wieder aufzunehmen. Nach einer ausführlichen Besprechung

zwischen Struve und seinen Freunden einerseits, Mögling, Doll und den ihrigen anderseits, wurde der Beschluß gefaßt, am folgenden Tage, den 21. September Nachmittags 4 Uhr auf badisches Gebiet überzugehen und dort die Fahne der Republik von Neuem zu entfalten. Sofort wurden die erforderlichen Vorbereitungen getroffen. Boten wurden abgesandt, um die an der Grenze zerstreuten Flüchtlinge zu kräftiger Theilnahme an dem Unternehmen aufzubieten; Briefe wurden geschrieben, die nothwendigsten Regierungs-Erlasse wurden von Struve entworfen und durch Abschriften vervielfältigt. Unter diesen und ähnlichen Vorbereitungen rückte die zum Abmarsch bestimmte Stunde heran. Nachmittags 4 Uhr verließ Struve in Begleitung von 10 bis 12 Freunden und Bekannten, welche sämmtlich zu Fuß und unbewaffnet waren, Basel, und traf, ohne auf Widerstand zu stoßen, nachdem er bei Stetten am Rößle-Wirthshaus freundlich und herzlich war begrüßt worden, gegen 6 Uhr Abends in Lörrach ein. Vorher schon war im Laufe des Nachmittags die Bürgerwehr unter die Waffen getreten. Die Beamten waren verhaftet worden, ein Theil der Bürgerwehr war Struve und seinen Begleitern entgegengerückt, der übrige Theil derselben hielt die wichtigsten Theile der Stadt besetzt. Sobald Struve und seine Freunde in Lörrach eingezogen waren, nahmen sie Besitz von dem Rathhause. Von einem Fenster desselben herab hielt Struve eine Rede an das Volk, worin er demselben auseinander setzte, daß alle Vorhersagungen der entschiedenen Republikaner eingetroffen seien, und daß das Volk nimmermehr zu seinem guten Rechte gelangen würde, wenn es nicht damit beginne, seine fluchbeladenen Fürsten zu verjagen. Er wies auf die neuesten Vorgänge hin, welche in Schleswig-Holstein und in Frankfurt a. M. stattgefunden hatten, und forderte alle Anwesenden auf, mit Muth und Ausdauer zu kämpfen für die deutsche Republik. Mit dem Bürgermeister und dem Gemeinderathe von Lörrach wurden sodann die erforderlichen Verabredungen getroffen. Unter den Freunden,

welche Struve begleitet hatten, befanden sich namentlich Karl Blind, Löwenfels, Friedrich Neff von Rümingen und Max Fiala. Joh. Phil. Becker war dazu bestimmt worden, den Oberbefehl über die Truppen zu führen, Löwenfels sollte die Finanzen leiten. Da jedoch der erstere noch nicht angelangt war, so übernahm Löwenfels an seiner Stelle den Oberbefehl über die Truppen. Struve's Wunsche zufolge sollte Friedrich Neff fürs Erste Löwenfels in der Finanzverwaltung ersetzen. Derselbe zog es jedoch vor, in unmittelbarem Verkehr mit dem Volke thätig zu sein.

Noch am 21. Abends wurden sämmtliche in Lörrach befindliche Kassen mit Beschlag belegt. Karl Blind übernahm vorläufig die Aufsicht über die Finanzen und bekleidete zugleich das Amt eines Schriftführers der provisorischen Regierung. Struve unterzeichnete die Ausfertigungen im Namen der Letzteren. Nach den Zusagen, welche gegeben worden waren, stand nämlich zu erwarten, daß binnen kurzem mehrere einflußreiche Männer sich im republikanischen Hauptquartier einfinden würden, in Verbindung mit welchen die provisorische Regierung gebildet werden sollte. Nach allen Gegenden wurden berittene Staffetten abgeschickt, um das Volk aufzubieten, sich in Masse zu erheben. Die in Lörrach befindliche Druckerei wurde im Namen der provisorischen Regierung in Besitz genommen und in derselben sofort das erste republikanische Regierungsblatt Deutschlands gedruckt. Dasselbe enthielt folgende drei Erlasse:

Aufruf an das deutsche Volk!

Der Kampf des Volkes mit seinen Unterdrückern hat begonnen. Selbst in den Straßen der Stadt Frankfurt a. M., am Sitze der ohnmächtigen Centralgewalt und der geschwätzigen konstituirenden Versammlung ist auf das Volk mit Kartätschen geschossen worden. Nur das Schwert kann das deutsche Volk noch retten. Siegt die Reaktion in Frank-

furt, so wird Deutschland auf dem sogenannten gesetzlichen Wege furchtbarer ausgesogen und geknechtet werden, als dieses in den blutigsten Kriegen geschehen kann.

Zu den Waffen deutsches Volk! Nur die Republik führt uns zum Ziele, nach dem wir streben.

Hoch lebe die deutsche Republik!

Lörrach, den 21. September 1848.

Im Namen der provisorischen Regierung:
Gustav Struve.
Der Kommandant des Hauptquartiers:
M. W. Löwenfels.

Der Schriftführer:
Karl Blind.

Deutsche Republik!

Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle!

Hauptquartier Lörrach, den 21. September 1848.

Dienstanweisung für sämmtliche Bürgermeister.

Sämmtliche Bürgermeister werden persönlich dafür verantwortlich gemacht, daß

1) so lange das republikanische Heer sich in ihrem Bezirke befindet, den ganzen Tag über gestürmt und des Nachts auf den benachbarten Bergen Feuer angezündet werden.

2) Sie haben darauf zu achten, daß keine der fürstlichen Partei angehörigen Personen sich aus ihren resp. Bezirken entfernen, vielmehr sofort verhaftet und daß alle denselben gehörigen Vermögenstheile mit Beschlag belegt werden.

3) Sie haben sofortige Stellung der waffenfähigen Mannschaft und den Abmarsch derselben nach dem Hauptorte des Bezirks zu betreiben und für

die Herbeischaffung der Bedürfnisse der Mannschaft an Kleidung, Waffen, Munition und Nahrungsmitteln zu sorgen.

4) Sie haben Quartierbillete bereit zu halten, damit die republikanischen Truppen jederzeit rasch und gut einquartiert werden können.

5) Ueberhaupt sind dieselben für die sofortige und nachdrückliche Vollziehung der Bestimmungen des beifolgenden Erlasses der provisorischen Regierung am gleichen Tage verantwortlich.

Im Namen der provisorischen Regierung:
Gustav Struve.

Der Kommandant des Hauptquartiers:
M. W. Löwenfels.

Der Schriftführer:
Karl Blind.

Deutsche Republik!

Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle!

Im Namen des deutschen Volkes verfügt die provisorische Regierung Deutschlands wie folgt:

Art. 1. Sämmtliche auf dem Grund und Boden haftende mittelalterliche Lasten, sowie sämmtliche mittelalterliche persönliche Dienste, Zehnten, Gülten, Frohnden, und welchen Namen sie sonst tragen, sind ohne alle Entschädigung sofort abgeschafft. Alle Ablösungsschuldigkeiten für solche Lasten werden ebenfalls getilgt.

Art. 2. Sämmtliche bisher an den Staat, die Kirche und die adeligen Grundherren bezahlten Abgaben hören von diesem Tage an auf; eine das Einkommen des Unbemittelten nicht berührende progressive Einkommensteuer tritt an die Stelle sämmtlicher bis-

herigen Abgaben; nur die an den Gränzen Deutschlands erhobenen Zölle bleiben für's Erste bestehen.

Art. 3. Sämmtliches Grundeigenthum des Staats, der Kirche und der auf Seite der Fürsten kämpfenden Staatsbürger geht provisorisch, unter Vorbehalt späterer Ausgleichungen, an die Gemeinden über, in deren Gemarkung es liegt.

Art. 4. Um alle in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Erleichterungen zu sichern, wird eine allgemeine Erhebung des Volkes angeordnet. Alle waffenfähigen Männer vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten vierzigsten Jahre ergreifen die Waffen zur Rettung des bedrohten Vaterlandes.

Von heute an herrscht das Kriegsgesetz, bis das deutsche Volk seine Freiheit errungen haben wird.

Im Namen der provisorischen
Regierung Deutschlands:
Gustav Struve.

Der Schriftführer:
Karl Blind.

Hauptquartier Lörrach, am ersten Tage der deutschen Republik, am einundzwanzigsten September 1848.

Am folgenden Morgen, den 22. September, trafen frühzeitig Doll, Mögling, Langsdorff, Dengler und andere republikanische Flüchtlinge ein, welche auf verschiedenen Punkten in das badische Gebiet übergegangen und thätig gewesen waren, die Volkserhebung zu fördern. Bald darauf rückten von verschiedenen benachbarten Orten die Aufgebote größtentheils gut bewaffnet ein. Noch im Laufe der Nacht waren zwei Fähnlein der Lörracher Bürgerwehr nach Schliengen gesandt worden, um den dortigen, wegen der Eisenbahn so wichtigen Punkt zu besetzen und ermuthigend und kräftigend für die Volkserhebung auf die Umgegend zu wirken. Im Laufe des Vormittags zogen Mögling, Doll, Dengler und Langsdorff mit einiger Mannschaft nach

Schopfheim, um von da mit der aufzubietenden Bevölkerung des Schwarzwaldes über Schönau und Todtnau auf Freiburg loszugehen. Den ganzen Tag über strömten bewaffnete Zuzüge aus der Umgegend nach Lörrach. Das Geld, welches in den öffentlichen Kassen mit Beschlag belegt worden war, wurde sofort zu Ankäufen von Waffen und Munition verwandt. Zahlreiche Freiwillige fanden sich ein, welche mit den angekauften und requirirten Gewehren bewaffnet und in Compagnien eingetheilt wurden. Zahlreiche Deputationen fanden sich von nahe und ferne ein, deren Zweck war, theils Verhaltungsbefehle einzuholen, theils sich nach dem Stande der Dinge zu erkundigen, um darnach die eigene Handlungsweise zu bemessen. Die Bevölkerung war mit sehr weniger Ausnahme bereit, sich der Sache der Befreiung Deutschlands anzuschließen. Manche Gemeinden, welche sich für alle Fälle sichern wollten, baten sich Exekutionsmannschaft aus, um seiner Zeit für den Fall des Mißlingens die Ausflucht zu haben, sie seien zum Zuzug gezwungen worden. Wirkliche Gewalt anzuwenden, war nicht erforderlich. Die provisorische Regierung stieß bei dem Volke nirgends auf Widerstand. Karl Blind entwickelte Tag und Nacht eine unausgesetzte, ebenso kräftige als besonnene Thätigkeit. Dem Namen nach war er Schriftführer, der That nach aber leitete er, nachdem er sich mit Struve über die Grundsätze verständigt hatte, sämmtliche im Hauptquartiere vorkommenden nicht-militärischen Geschäfte, während Löwenfels die militärischen besorgte und Struve in mündlicher Rede die Zuzüge und Deputationen empfing, auf Anfragen Bescheid ertheilte, einkommende Schreiben las und die zu ertheilenden Befehle mit wenigen Worten angab. Friedrich Neff, welcher den nach Schliengen ausmarschirten zwei Lörracher Fähnlein als Civilkommissär beigegeben worden war, legte auf die öffentlichen Kassen Beschlag, und entwickelte dabei eben so viel Thatkraft als strenge Rechtlichkeit. Der ehemalige Unteroffizier Wolfinger besetzte die Leopoldshöhe bei Basel

und bot von dorten aus die benachbarten Gemeinden auf, sich dem Freiheitskampfe anzuschließen. Sechsunddreißig Stunden nachdem Struve das badische Gebiet betreten hatte, befand sich die republikanische Partei bereits im Besitze einer so ansehnlichen Macht, daß sie im Stande war, Lörrach zu verlassen und angriffsweise gegen Freiburg vorzugehen. Samstag den 23. vor Tagesanbruch brach das republikanische Hauptquartier mit sämmtlichen nicht schon vorausgesandten Truppen über Kandern und Schliengen nach Müllheim auf.

Hier hielt Struve des Nachmittags eine Anrede an das versammelte Volk, und führte in dieser besonders aus, daß der Kampf gegen die Tyrannen Deutschlands im Wesentlichen ein Kampf sei gegen das herrschende Laster. Er wies darauf hin, wie die Unterdrücker des deutschen Volkes nicht blos von seinem Schweiße schwelgten, sondern auch durch das Lasterleben, welches sie führten, das Volk herabwürdigten und erniedrigten. — Auch in Müllheim und in der Umgegend fand die republikanische Bewegung im Volke nirgends den geringsten Widerstand. Nachdem die nothwendigen Ausschreiben erlassen, und die sonst erforderlichen Anordnungen getroffen worden waren, sollte der Marsch auf Freiburg noch angetreten werden. Es war jedoch unmöglich, die an größere Strapatzen nicht gewöhnten Truppen zum Ausmarsche zu bestimmen. Das Hauptquartier verblieb daher diese Nacht noch in Müllheim, jedoch wurden verschiedene Truppenabtheilungen nach den auf der Freiburger Straße liegenden Orten, Hügelheim, Buggingen, Seefelden und Heitersheim vorgeschoben.

Am folgenden Morgen, den 24. September, brach das Hauptquartier von Müllheim in der Richtung nach Freiburg auf. Die Colonne, bei welcher sich Struve befand, zählte beiläufig 4000 Mann, von welchen etwa 3500 Mann mit Gewehren wohlbewaffnet waren. Zu dieser Zeit standen Mögling und Doll mit beiläufig 2000 Mann in Todtnau, und mehrere Tausende von Bewaffneten zogen

auf die verschiedenen Sammelplätze, namentlich Schliengen und Müllheim, um sich zur Verfügung der provisorischen Regierung zu stellen.

Die Streitmacht der Republikaner konnte auf 10,000 mit Flinten oder Büchsen wohl bewaffnete Männer geschätzt werden. Während bei der Schilderhebung im Monate April, ungeachtet aller von Hecker, Struve, Sigel, Willich und den zahlreichen anderen Führern gemachten Anstrengungen mehrere Tage vergingen, bevor nur einige hundert Mann auf die Beine gebracht wurden, standen bei der Schilderhebung im September auf den ersten Ruf Struve's ein halbes Tausend Bewaffneter in Lörrach und den nächsten Gemeinden bereit, für die Republik in den Kampf zu gehen. Im Aprilmonate waren im Laufe von 14 Tagen aus dem ganzen See- und Oberrheinkreise, welche von verschiedenen Abtheilungen des Freiheitsheeres durchzogen wurden, kaum so viele Bewaffnete Freiheitskämpfer zusammengekommen*), als im September im Laufe von sechszig Stunden aus einem kleinen Theile des Oberrheinkreises zusammengebracht wurden. Ueberhaupt hatte am Morgen des 24. Septembers die Volkserhebung ein sehr viel versprechendes Ansehen. Mehrere Abordnungen, welche im Hauptquartier eingetroffen waren, und die gut bewaffneten, zahlreichen Schaaren der Republikaner in Augenschein genommen hatten, versprachen mit angestrengter Thätigkeit für die Sache zu wirken. Joh. Phil. Becker hatte durch einen Abgesandten seine Thätigkeit zugesichert. Dessen baldige Ankunft im Hauptquartier war zu erwarten. Weishaar schickte sich

*) Die Zahl der Freiheitskämpfer des Monats April schätze ich etwa wie folgt: 1) Hecker'sche Colonne 1200 Mann. 2) Struve-Weishaar'sche Colonne mit den nach dem Treffen von Steinen in Rollingen eingerückten Mannschaften 2000 Mann. 3) Sigel'sche Colonne 4000 Mann. 4) Verschiedene kleinere Abtheilungen, welche noch zu keinem Hauptkorps gestoßen waren, 1800 Mann. 5) Die Freiheitskämpfer in Freiburg 500 Mann.

an, wieder ins Feld zu rücken, und ein Abgesandter der Constanzer Flüchtlinge, welcher gekommen war, um sich nach dem Stande der Verhältnisse umzusehen, gab die besten Zusagen, als er sah, daß das Hauptquartier mit Geld und Kriegsvorräthen reichlich versehen war, und eine ansehnliche Macht bereits unter den Waffen stand. Nur an militärischen Führern herrschte Mangel. Doch diesem konnte voraussichtlich schnell abgeholfen werden, da Joh. Phil. Becker und Willich nicht mehr ferne waren, und Sigel ohne Zweifel sich dann auch angeschlossen haben würde. Jeder dieser drei erprobten Krieger hätte dem republikanischen Heere wiederum eine Anzahl tüchtiger Offiziere zugeführt. Hiezu kam, daß, da der ganze Seekreis von Truppen entblößt war, er leicht von den Republikanern revolutionirt werden konnte, während die geringe Zahl der im Oberrheinkreis befindlichen Truppen, bei guter militärischer Führung des Kampfes hätte aufgerieben werden können. Ein Uebelstand blieb es allerdings, daß die Befehle, betreffend die Zerstörung der Eisenbahn, nicht mit Nachdruck vollzogen wurden.*) Doch konnte den schlimmen Folgen derselben durch rasches Vorrücken auf Freiburg vorgebeugt werden. Hierzu kam noch, daß die Stimmung des würtembergischen Volkes für unsere Sache sehr günstig war, daß mit jedem Tage eine Volkserhebung in Wien und in Berlin erwartet werden konnte, und daß die badischen Truppen mit alleiniger Ausnahme der schlechtgesinnten Reiterei, schwerlich dem Volke einen längeren Widerstand entgegengesetzt hätten, vielmehr ohne allen Zweifel sich nach einer erlittenen Niederlage auf dessen Seite geschlagen haben würden. Es kam daher alles darauf an, mit concentrirter Kraft einen Sieg über die Feinde zu erringen. Ein solcher konnte, nach der Lage der Dinge, wie sie am

*) Die Zerstörung der Eisenbahn bei Weinheim bewies übrigens, daß das Volk schon dahin gekommen war, eine volksthümliche Bewegung zu unterstützen, ohne Befehle dazu abzuwarten.

24. September Morgens bestand, fast mit Sicherheit erwartet werden. Die fürstlichen Generale Hoffmann und v. Gayling hatten es gewagt, mit einer vierfach geringeren Macht von Freiburg gegen uns auszurücken. Wir hatten in der Nähe, in Todtnau, etwa 4 Stunden, und in Müllheim, etwa 3 Stunden von Staufen, Reserven im Betrage von 4000 — 8000 Mann. Das ganze Land rings umher war in vollem Aufstande und konnte daher namentlich zur Vernichtung eines geschlagenen Feindes trefflich benutzt werden. Es kam nur darauf an, alle diese günstigen Verhältnisse mit Gewandtheit und Thatkraft zu benutzen.

Von Heitersheim aus hatte Hauptmann Pflüger, der Kommandant des ersten Bataillons, am Morgen des 24. Septembers seine Vorposten gegen Staufen zu vorgeschoben. Um die Mittagszeit rückte die Hauptkolonne daselbst ein, nachdem man in Heitersheim erfahren hatte, daß der Feind im Anzuge sei.

Die Streitmacht, welche sich in unmittelbarer Nähe Struve's befand, war in drei Bataillone abgetheilt: das 1te führte Bürger Max Pflüger, das 2te Bürger Meisinger, das 3te Bürger Wolfinger. Ein Theil des letzteren Bataillons war mit seinem Bataillonschef unzufrieden, und es drohte demzufolge in Heitersheim, in nächster Nähe des Feindes, eine Meuterei auszubrechen. Löwenfels war bereits auf der Straße nach Staufen vorangeeilt, Struve befand sich bei dem Bataillon Wolfinger und sah sich daher veranlaßt, um dem drohenden Ungewitter vorzubeugen, das ohnedieß überzählige Bataillon Wolfinger in zwei Bataillone zu zertheilen, und demjenigen Theile desselben, welcher mit Wolfinger's Führung nicht zufrieden war, einen eigenen Bataillonschef provisorisch zu geben. Da diese Mannschaft aus den erwähnten Gründen übrigens nicht durchaus zuverlässig war, und sich der neu ernannte Bataillonschef noch nicht als tüchtig erwiesen hatte, so beorderte Struve, welchem übrigens ein entgegenstehender Befehl nicht bekannt war, die beiden Bataillone, welche früher

das Bataillon Wolfinger gebildet hatten, den beiden ersten Bataillonen nach Staufen zu folgen. Diese Maßregel war durchaus nothwendig, indem Struve den Charakter frisch zusammengezogener Wehrmänner zu gut kannte, um zu glauben, daß sie, sich selbst überlassen, ohne politische Anregung und sichere militärische Führung gegen Linientruppen Stand halten würden. Der Ausfall des Treffens von Staufen beweist wohl klar genug, daß er sich nicht täuschte. Löwenfels, welcher dagegen mit dem Charakter der badischen Volkswehr wenig vertraut war, schickte, in Staufen angekommen, unsere beiden besten Bataillone in der Richtung über St. Ulrich und Horben gegen Freiburg zu.

Hätten wir unsere gesammte Streitmacht in Staufen beisammengehalten, so wäre es ein Leichtes gewesen, über unsere Feinde, welche nur 800 Mann Infanterie, 1 Schwadron Cavallerie und 1 Batterie Artillerie besaßen, einen glänzenden Sieg davon zu tragen. Bei allen Kriegen, insbesondere aber den Bürgerkriegen sind die ersten Erfolge in der Regel von entscheidender Wirkung. Ein Sieg bei Staufen hätte ohne Zweifel in die Reihen unserer Gegner dieselbe Verwirrung gebracht, welche die Niederlage, die wir erlitten, in die unsrigen einführte.

Sobald Struve in Staufen angekommen war, theilte er Löwenfels die in Betreff des Bataillons Wolfinger getroffenen Maßregeln mit. Dieser wurde darüber ungehalten und machte Struve Vorwürfe wegen eines solchen Eingreifens in seine Rechte, als ob in entscheidenden Augenblicken nicht jeder thatkräftige Mann das Recht hätte, drohende Nachtheile abzuwenden, und als ob Struve, der in Heitersheim an Ort und Stelle war, und überhaupt die badischen Zustände besser kannte als Löwenfels, ruhig hätte zusehen sollen, wie eines unserer Bataillone sich auflöste. So sehr sich Struve übrigens bewußt war, das Richtige angeordnet zu haben, enthielt doch das Benehmen seines Freundes Löwenfels für ihn die Aufforderung, in seinem Beisein wenigstens nicht in den Kreis der militärischen Angelegenheiten unmittelbar einzugreifen.

Sofort nachdem die Republikaner in Staufen eingerückt waren, begann die Thätigkeit der Führer. Wie gewöhnlich wurde das Rathhaus zum Sitze des Hauptquartiers erwählt. Von dort gingen alle Befehle aus. Zwei Pulverfässer wurden rasch herbeigeschafft. Das eine enthielt jedoch Kanonenpulver, und konnte daher nicht gebraucht werden. Das Pulver des andern wurde sofort verwendet zu Flintenpatronen, welche im oberen Stocke des Rathhauses angefertigt wurden.

Unterdessen rückte der Feind auf Staufen los. An den beiden Ausgangspunkten des Städtchens wurden Barrikaden erbaut. Sämmtliche Führer hatten sich auf dem Rathhause versammelt. Struve und Blind hatten zum Volke gesprochen. Die Republik war verkündigt worden. Das Volk hatte beigestimmt. Als jedoch die ersten Kanonenschüsse ertönten, verkrochen sich die Bewohner Staufens in ihre Häuser und schlossen diese sorgfältig zu. Löwenfels verließ das Rathhaus, indem er an Struve die Worte richtete: „Du bleibst hier." Struve bejahte diese Aufforderung. Zwei Stunden lang dauerte der Kampf. Dem Löwenfels ertheilten Versprechen gemäß, verblieb Struve auf dem Rathhause und ermahnte von den Fenstern desselben herab die untenstehenden Wehrmänner zur Tapferkeit und Ausdauer. Als der Kampf ernster wurde und einzelne Flüchtlinge über den Platz vor dem Rathhause liefen, stieg er auf diesen hernieder, um die Flüchtigen zum Stehen zu bringen, und die Ordnung in den Reihen der auf dem Platze aufgestellten Wehrmänner zu erhalten. - Der Rathhausplatz bildete nämlich den eigentlichen Stützpunkt unserer Stellung. Denn auf diesen münden die beiden Straßen, an deren Endpunkten die Barrikaden erbaut worden waren und woselbst daher der Kampf am heftigsten entbrannte.

Hier hielt Struve, umgeben von Karl Blind, Pedro Dusar, Müller aus Pforzheim und einigen Anderen aus, bis der Feind in die Stadt gedrungen und jeder erfolgreiche Widerstand durchaus unmöglich geworden war. Das

Rathhaus schien zu einem der Zielpunkte des feindlichen Geschützes ausersehen gewesen zu sein. Die Mauern desselben waren von Kugeln durchlöchert, die Fenster zertrümmert. Von dem Dache regneten auf die Untenstehenden die von den Kugeln zerschossenen Ziegel herab. Karl Blind und die übrigen Begleiter und Freunde Struve's hatten diesen schon längere Zeit bestürmt, sich dem Vaterlande zu erhalten. Endlich, als Struve erkannte, daß er nicht im Stande sei, das verlorene Treffen wieder herzustellen, gab er ihrem Drängen nach und verließ mit seiner Gattin, Karl Blind, Pedro Dusar, Ingenieur Peters und einigen andern Begleitern die bereits in Brand geschossene Stadt. Der Feind befand sich ihnen so nahe, daß, als sie den Berg hinter Staufen hinangingen, sie von dem Führer aufgefordert wurden, in gebückter Stellung zu gehen, um nicht von den feindlichen Kugeln erreicht zu werden. Löwenfels hatte Struve von den Befehlen, die er den Commandanten der zwei ersten Bataillone gegeben hatte, nichts mitgetheilt. Struve hatte daher keine Kenntniß von der Stellung dieser beiden Bataillone. Er beschloß demzufolge so schnell als möglich in das Hauptquartier Doll's und Mögling's zu reisen, um diese aufzufordern, die flüchtigen Schaaren der bei Staufen zurückgedrängten Hauptkolonne wieder zu sammeln, und so eine neue, Achtung gebietende Streitmacht zu bilden. Er selbst wollte mit Blind und Pedro Dusar nach Lörrach eilen, um von dort aus in derselben Weise, wie den 21. und 22., für die Organisation des Aufstandes thätig zu sein; doch wollte er desfalls keinen endlichen Beschluß fassen, ohne sich vorher mit Doll und Mögling besprochen zu haben.

Nachdem Struve und seine wenigen Begleiter eine Zeit lang in den waldigen Bergen hinter Staufen umhergeirrt waren, stiegen sie in einer nicht großen Entfernung von der Stadt wieder in das vom Neumagen durchflossene Thal herunter, woselbst ein offenes Gebüsch Struve und seine Frau aufnahm. Bei strömendem Regen fuhren sie

bis zum Neuhof auf der Straße nach Schönau. Durchnäßt bis auf die Haut legten sie daselbst die einzigen trockenen Kleider an, welche zu haben waren, nämlich Bauernkleider, und setzten sodann, ihre durchnäßten Kleider in einem Sacke mit sich führend, ihre Reise nach Schönau, woselbst sie das Hauptquartier Doll's und Mögling's geglaubt hatten, und von da nach Todtnau fort, woselbst sie dieses fanden. Bei dunkler Nacht traten sie an letzterem Orte ein. Vor ihnen waren Karl Blind und Pedro Dusar schon angelangt. Man besprach sich mit den Führern der dortigen Heeresabtheilung. Die Nachricht von dem Treffen war in Todtnau bereits eingetroffen und hatte die schon früher widerspenstige Wehrmannschaft von Schopfheim in offene Meuterei versetzt. Ihr böses Beispiel wirkte nachtheilig auch auf die besser gesinnten Wehrmannschaften der Nachbarorte. Sie beruhigten sich erst, nachdem ihnen die Führer gestattet hatten, nach Hause zurückzukehren. In Folge der Meuterei der Schopfheimer war es Struve und seinen Gefährten nicht möglich gewesen, sich so rasch als sie gewünscht hatten, nach Lörrach zu begeben, um dort die geeigneten Maßregeln, einerseits zur Niederhaltung der Reaktion, anderseits zur Kräftigung der Volkserhebung zu treffen. Sie konnten es auch nicht wagen, durch Schopfheim hindurch zu fahren, da die wiederholt von den Schopfheimern an den Tag gelegte feindselige Stimmung das Schlimmste von ihnen befürchten ließ. Nachdem Struve, seine Frau, Karl Blind und sein Schwager, Pedro Dusar in die Nähe von Schopfheim gekommen waren, stiegen sie daher aus dem Wagen aus, um zu Fuße diesen, von Fabrikherren beherrschten Ort zu umgehen. Ein Volkswehrhauptmann aus der Umgegend, welcher sich in Struve's Wagen gesetzt und sich erboten hatte, ihn und seine Begleiter sicher zu führen, lieferte Struve und seine Gefährten den Feinden in die Hände. Kaum waren dieselben aus dem Wagen gestiegen, so bemerkten sie, daß sie von ausgestellten Wachen verfolgt würden. Um diesen auszuweichen, schlugen

Struve und seine Begleiter durch dick und dünn, über Berg und Thal mit möglichster Eile gehend, den Weg nach Wehr ein. Dort wurden sie von den bereits vorausgeeilten Schopfheimern zuerst bewacht und dann an den großherzoglichen Amtmann Schey von Säckingen ausgeliefert.

Der ungünstige Ausfall des Treffens bei Staufen, die Meuterei der Schopfheimer und die Gefangennahme Struve's und des eben so einsichtsvollen als thatkräftigen Karl Blind schlugen auf einmal die so viel versprechende Volkserhebung nieder. An und für sich war das Treffen von Staufen von keiner großen Bedeutung gewesen. Der Verlust an Menschenleben kam im Verhältniß zu den unter den Waffen stehenden republikanischen Schaaren gar nicht in Betracht. Auf Seiten der Republikaner waren elf, auf Seiten der fürstlichen Soldaten war nur ein Mann geblieben. Zum Ruhme der Republikaner muß übrigens darauf hingewiesen werden, daß die fürstlichen Soldaten noch niemals auf einen so hartnäckigen Widerstand gestoßen waren, als bei Staufen. Dieser Widerstand wurde von den beiden Bataillonen geleistet, welche am schlechtesten bewaffnet und am wenigsten zahlreich waren. Unter diesen Umständen kann wohl mit Sicherheit behauptet werden, daß wenn unsere beiden besten Bataillone an dem Kampfe Theil genommen hätten, statt daß dieselben beim Anfange des Kampfes fortgeschickt wurden, die Republikaner wenigstens einige Stunden länger hätten Widerstand leisten können, in deren Laufe unsere Reserven von Müllheim und Todtnau hätten herbeigezogen werden können, so daß vor Anbruch der Nacht mehr als 8000 wohlbewaffnete Wehrmänner dem nicht volle tausend Mann zählenden Feinde hätten entgegengesetzt werden können. Die Meuterei der Schopfheimer und die Gefangennahme Struve's und seiner Begleiter waren aber selbst nur Folgen des unglücklichen Treffens von Staufen, welche nicht eingetreten wären, falls die Republikaner einen Sieg errungen hätten.

Nach dem Tage von Staufen wurde dem Feinde kein

Widerstand von einiger Bedeutung mehr geleistet. Hessen-Darmstädtische, Würtembergische, Kurhessische, Preußische und andere fürstliche Truppen überschwemmten das badische Land und bewiesen wie groß die Befürchtungen der fürstlichen Partei waren. In der That ergibt sich auch aus den Ereignissen, welche kurz nachher in Wien und Berlin stattfanden, daß die zweite Volkserhebung in Baden, falls sie sich nur wenige Tage länger hätte halten können, für ganz Deutschland von der höchsten politischen Bedeutung geworden wäre. Würtemberg war bereits im Aufstande begriffen, als die traurigen Nachrichten aus Baden denselben wieder niederschlugen. In Wien und Berlin zitterte die fürstliche Partei noch vor dem Volke. Am 6. October erfocht die Bevölkerung von Wien einen entscheidenden Sieg über die fürstlichen Söldner. Damals bestanden noch Parlamente in Oesterreich und Preußen, welche unter dem Einflusse einer kräftigen Volkserhebung für die Befreiung Deutschlands hätten wirken können. Das unglückliche Treffen bei Staufen, indem es jeden weitern Widerstand des Volkes niederschlug, vereitelte auch alle auf die zweite Volkserhebung in Baden gegründete Hoffnungen.

Dreizehnter Abschnitt.

Die Grundsätze der zweiten Volkserhebung in Baden.

Der Gedanke, welcher der zweiten Volkserhebung im Lande Baden zu Grunde lag, bestand darin, die ganze alte sogenannte Ordnung der Dinge, den ganzen alten Staat der Vorrechte zu zertrümmern und an dessen Stelle einen neuen, auf dem Grundsatze, „Wohlstand, Bildung, Freiheit für Alle" beruhenden neuen Staat zu gründen. Nicht bloß sämmtliche Gesetze des alten Staates, sondern auch sämmtliche Träger desselben, sollten beseitigt und noch während des Sturmes der Revolution ein neuer Staat mit neuen Gesetzen und neuen Beamten gegründet werden.

Der in dem Regierungsblatte enthaltene „Aufruf an das deutsche Volk" bezeichnet den Grundgedanken der zweiten Volkserhebung in Baden: „Nur das Schwert kann das deutsche Volk noch retten." Die Dienstanweisung für sämmtliche Bürgermeister bezeichnet zu gleicher Zeit die einzigen Behörden, welche für's erste beibehalten werden, und die Art und Weise, wie dieselben die Volkserhebung fördern sollten. Das Grundgesetz der zweiten Volkserhebung endlich enthält im Keime die neue Ordnung, welche durch die Revolution herbeigeführt werden

sollte. Daß die Form derselben nur die Republik sein könne, und daß diese sich über ganz Deutschland erstrecken müsse, wurde als sich von selbst verstehend vorausgesetzt.

Die Revolution sollte damit beginnen, das Volk von allen auf ihm ruhenden Lasten frei zu machen (Art. 1 und 2 des Grundgesetzes *), und sämmtliche Unbemittelte auch für alle Zukunft von jedweden Abgaben frei zu erhalten. Die Gemeinden sollten die Stützen des neuen Staates werden. Ihnen wurde sämmtliches Grundeigenthum des Staates, der Kirche und der auf Seite der Fürsten kämpfenden Staatsbürger provisorisch zugetheilt, wie sie das denselben zugehörige Fahrnißvermögen mit Beschlag zu belegen hatten. Die also ihres sämmtlichen Eigenthums entkleideten Feinde der neuen Ordnung der Dinge verloren zugleich mit ihrem Vermögen den größten Theil des Einflusses, welchen sie bisher auf das Volk ausgeübt hatten. Auf der anderen Seite konnten aber den bereicherten Gemeinden bedeutende Opfer zu Gunsten der neuen Ordnung der Dinge angesonnen werden. Indem von dem alten Staate nichts anderes als die Gemeindeverfassung vorläufig beibehalten wurde, konnte und mußte alles Andere neu geschaffen werden. Dadurch jedoch, daß die alten Gemeinden vorläufig beibehalten, wurde eine gänzliche Auflösung der alten Ordnung der Dinge, welche die Kraft der Revolution gehemmt hätte, vermieden. Aus den, in ihrer Wesenheit beibehaltenen Gemeinden, deren Verfassung und Verwaltung jedoch sobald als möglich umgeschaffen und der neuen Ordnung der Dinge angepaßt werden mußte, sollte die neue deutsche Republik erwachsen.

Manche unserer liberalen Schwätzer, welche gewohnt sind, jeden Gegenstand bloß nach seinen *unmittelbaren* und *handgreiflichen* Folgen zu beurtheilen, haben sich über diese zweite Volksbewegung in Baden sehr wegwerfend geäußert. Soviel ist übrigens gewiß, daß, wenn die dritte

---

*) Siehe oben S. 121.

Volkserhebung in Baden nach denjenigen Grundsätzen geleitet worden wäre, welche bei der zweiten offen waren kund gegeben worden, sie schwerlich ein so trauriges Ende gehabt hätte. Die Bedeutsamkeit der zweiten Volkserhebung in Baden ist durch die in deren Folge später gepflogenen Prozeß-Verhandlungen klar und bestimmt zu Tage getreten.

Unläugbar haben die Grundsätze, welche bei Gelegenheit dieser Prozeß-Verhandlungen von Struve und Blind vertheidigt wurden, einen großartigen Eindruck auf das badische Volk hervorgebracht: einen Eindruck, welcher eine der Grundursachen der dritten Volkserhebung im Lande Baden bildete.

Vierzehnter Abschnitt.

Die politischen Verfolgungen.

Zur Zeit, da Hecker in Muttenz und Struve in Birsfeld wohnte, sagte jener einmal zu diesem: „jetzt wird die badische Regierung eine allgemeine Amnestie geben, nur uns beide und einige wenige andere ausnehmen, die übrigen werden zurückkehren, dann wird die Bewegung ihr Ende nehmen, und wir können aufpacken." Ich erwiederte: „allerdings wäre dieses das Gescheiteste, was unsere Gegner thun könnten; allein das werden sie eben deßwegen nicht thun. Wie sie bisher alles Mögliche gethan haben, um das Volk auf's äußerste zu erbittern, so werden sie es auch künftig so machen." Die Erfahrung hat jetzt bewiesen, daß Struve richtiger in die Zukunft blickte, als sein Freund Hecker. Die badische Regierung behandelte die großartigen Volksbewegungen der Monate April und September lediglich vom juristischen und nicht vom politischen Standpunkt, das ganze deutsche Volk, und insbesondere das badische betrachteten sie ausschließlich vom politischen und nicht vom juristischen Standpunkte, wovon die nothwendige Folge war, daß der Riß zwischen Volk und Regierung immer tiefer und endlich durchaus unheilbar wurde. Die badische Regierung und ihre Schergen, die Richter,

nahmen durchaus keine Rücksicht darauf, daß die alten Hochverrathsgesetze unhaltbar geworden waren in Folge der Bewegungen und der Zugeständnisse des Monats März 1848, und dennoch waren sie so thöricht, dem Volke eine öffentlich mündliche Verhandlung der eingeleiteten Hochverrathsprozesse unter Zuziehung von Geschworenen zuzusagen. Die gerichtlichen Verfolgungen wurden in einer Weise ausgedehnt, wie dieses wohl schwerlich jemals früher bei ähnlichen Fällen geschehen war. Tausende von Männern, welche weit mehr durch die Macht der Verhältnisse, als durch eigenen freien Antrieb an einer dieser beiden Volkserhebungen Theil genommen hatten, und welche ihrem ganzen Wesen und ihrer ganzen Vergangenheit nach, durchaus keine Revolutionäre waren, wurden durch die gegen sie eingeleiteten Untersuchungen mit Gewalt zu den erbittertsten Gegnern der bestehenden Verhältnisse gemacht. Durch jeden einzelnen politischen Flüchtling, durch jeden einzelnen politischen Gefangenen wurden in der Regel die ganze Familie, Freunde und Bekannte desselben in den Strudel der Revolution hereingezogen. Vier Monate lang wurde gar Niemand amnestirt. Wer nicht flüchtig oder eingesperrt, oder doch in Untersuchung war, mußte fürchten, auch jetzt noch verfolgt zu werden, selbst wenn er nur entfernt bei einer der beiden Volkserhebungen betheiligt gewesen war. Wer nicht persönlich angefaßt werden konnte, dem wurde wenigstens das Geschäft geschlossen oder das Vermögen mit Beschlag belegt. Hierbei litten wiederum nicht bloß Diejenigen, gegen welche diese Maßregeln unmittelbar gerichtet waren, sondern auch deren Familien, deren Geschäftsfreunde, Gläubiger und nicht selten die Gemeinden, welchen sie angehörten. Auf diese Weise wurde mit Gewalt eine erbitterte Oppositionspartei groß gezogen, welche sich zu der alten badischen Opposition verhielt, wie die Gegenwart zur Vergangenheit, wie die That zum Worte, wie die tief eingewurzelte Entrüstung zur Eitelkeit und zur Selbstsucht. Wie zahlreich diese Partei sein

mußte, läßt sich aus der Thatsache entnehmen, daß, nachdem die badische Regierung endlich, gezwungen durch die Kammern, eine umfassendere Amnestie zu Gunsten des April-Aufstandes erlassen hatte, mehr als 3000 Untersuchungen in deren Folge niedergeschlagen wurden. Viele Tausende Bürger waren aber geflüchtet, ohne daß eine Untersuchung gegen sie wirklich eingeleitet wurde, und andere Tausende wurden Monate lang in der Ungewißheit erhalten, ob sie nicht auch noch durch eine Untersuchung heimgesucht werden würden. Als endlich die ersehnte Amnestie für die bei dem April-Aufstand Betheiligten erschien, hatte der September-Aufstand schon stattgefunden. Die Zahl der Verfolgten blieb daher noch immer sehr groß, größer, als sie unmittelbar nach dem April-Aufstande gewesen war. Das Land konnte daher nicht zur Ruhe kommen, um so weniger, als die Richter zum Theile mit der größten Unschlüssigkeit, Langsamkeit und oft selbst mit Bosheit und Gehässigkeit zu Werke gingen. In der ersten Verfolgungswuth wurden viele Hunderte eingekerkert, gegen welche durchaus keine genügenden Anschuldigungsgründe, selbst vom Standpunkte der alten Juristerei, angebracht werden konnten. Diese wurden theils losgelassen, und theilten ihre Entrüstung über das erlittene Unrecht ihren Freunden und Bekannten, ja den Umständen nach auch größeren Kreisen mit; theils zurückgehalten, um mit aller Gewalt gemartert zu werden, und zogen dann den Gerichten, wenn auch später, doch um so tiefer gehende Vorwürfe zu.

Die eingeleiteten gerichtlichen Verfolgungen standen in dem schreiendsten Mißverhältnisse zu den übrigen Einrichtungen des Staats. Unter dem alten Systeme hätten sich mit Hülfe von Censur und Polizei dieselben vielleicht durchführen lassen. Allein die Censur war abgeschafft, das Recht des Volkes zu Vereinen und Versammlungen ausdrücklich anerkannt worden. Das Volk besaß daher die Mittel, nicht bloß seine Sympathien für seine Vorkämpfer, sondern auch seine Entrüstung über das Ver-

fahren der Richter an den Tag zu legen. Allerdings fehlte es der Regierung auch nicht an Mitteln, ihre Gegner zu verläumden und zu verdächtigen. Allein der Tag der Rechtfertigung der Verleumdeten sollte kommen. Je niederträchtiger die Organe der Regierung gelogen hatten, desto größer mußte die Niederlage derselben bei den öffentlichen und mündlichen Prozeßverhandlungen werden.

Im Widerspruch mit aller natürlichen Billigkeit und, wie der Erfolg am besten zeigte, mit aller Klugheit, veranstaltete die badische Regierung, daß vor allen übrigen Prozessen derjenige von Gustav Struve und Karl Blind erledigt werden sollte. Die öffentliche Verhandlung dieses Prozesses wurde auf den 20. März 1849, der Prozeß der Ehefrau Struve, des Schwagers von Struve, Pedro Dusar und einiger jungen Leute, mit welchen sie in gar keiner Verbindung gestanden hatten, wurde auf den 26. anberaumt. Fickler, welcher fünf Monate früher als Struve und Blind verhaftet worden, und dessen Untersuchung folgeweise lange vor derjenigen Struve's geschlossen worden war, wurde erst am 2. Mai vor Gericht gestellt. Die Absicht der Regierung bestand augenscheinlich darin, durch Zerreißung des großen Prozesses „Monarchie gegen Republik" in viele kleine Prozesse den eigentlichen Standpunkt der Frage zu verrücken, die Theilnahme des Publikums an den Prozeßverhandlungen zu verringern und den Angeklagten die Vertheidigung zu erschweren. Struve und Blind wurden zuerst vor Gericht gestellt, weil die Regierung ihrer Verurtheilung sicher zu sein glaubte. Fickler's Prozeß insbesondere wurde erst später verhandelt, weil die Regierung dessen Freisprechung voraussehen mußte und befürchtete, daß diese erste Niederlage weitere ähnliche Niederlagen zur Folge haben möchte. Struve war in den nächsten Tagen nach seiner Gefangennehmung in Müllheim vor ein Kriegsgericht gestellt worden, welches denselben jedoch vor die ordentlichen Gerichte verwies. Darauf wurden Struve und Blind in

das pensylvanische Gefängniß nach Bruchsal und später in die Kasematten von Rastadt gebracht, woselbst der Eine und der Andere eine sehr schwere Haft zu bestehen hatten. Frau Struve wurde in dem „Thurme" zu Freiburg verwahrt.

Die Prozeßverhandlungen gegen Struve und Blind begannen mit einer feierlichen Rechtsverwahrung, welche der Anwalt des Ersteren, Obergerichts-Advokat L. Brentano, dagegen einlegte, daß Struve und Blind getrennt von den andern Theilnehmern der republikanischen Schilderhebung vor Gericht gestellt und von Geschwornen abgeurtheilt werden sollten, welche auf die Grundlage der Justizministerialverordnung vom 8. Juli 1848 durch Regierungsbeamte ausgesucht worden waren, statt in Gemäßheit des Gesetzes vom 17. Februar 1849 von freigewählten Geschworenen abgeurtheilt zu werden.

Struve legte dagegen Verwahrung ein, daß, nachdem er die ganze Härte des sogenannten Kriegsgesetzes empfunden, er hinterher auch noch die Strenge des Friedensrechtes empfinden, daß er, früher zum Kriegsgefangenen erklärt, nun auch noch als Untersuchungsgefangener gelten solle. Er verwahrte sich ferner gegen die mannigfachen Eingriffe, die sich höhere Staatsbeamte, insbesondere der Minister Bekk, in den Gang der Untersuchung erlaubt; gegen die mannigfachen Mißhandlungen, die er im Laufe dieses Verfahrens zu erdulden hatte, gegen die Zerstückelung des großen Prozesses „Republik gegen Monarchie" in mehrere kleine Prozeßchen gegen einzelne Republikaner und endlich gegen die Verwerfung sämmtlicher von ihm angetretenen Beweismittel.

Diese Verwahrungen, deren thatsächliche Grundlagen von den Staatsanwälten nicht in Abrede gezogen werden konnten, stellten das Verfahren der fürstlichen Behörden in ein für dieselben höchst nachtheiliges Licht. Es wurde auf diese Weise von vorne herein anschaulich gemacht, daß die fürstlichen Behörden, deren einzige Stärke auf

auf dem sogenannten gesetzlichen Standpunkte beruhte, diesen selbst wiederholt verlassen und die von ihnen für heilig und unverletzlich erklärten Gesetze selbst aufs freventlichste mit Füßen getreten hatten.

Im Laufe der Verhandlungen stellte es sich heraus, daß die meisten der durch die servile Presse, die Minister und selbst den Staatsanwalt den beiden Angeschuldigten Struve und Blind zur Last gelegten Thatsachen, theils gänzlich erlogen, theils doch sehr übertrieben worden waren, daß keine andere, als solche Gewalt von denselben geübt worden war, welche zur Erreichung ihres vorgesteckten Zieles unumgänglich nothwendig war. Ferner stellte sich klar heraus, daß die vielen gehässigen Urtheile, welche die Reaktionspartei insbesondere gegen die Leiter der zweiten Schilderhebung eifrigst verbreitet hatte, den Persönlichkeiten keineswegs entsprachen, welche während der Prozeßverhandlungen in Sachen Struve's und Blind's klar und deutlich hervortraten.

Mit stets wachsender Spannung folgte das Publikum diesen Prozeßverhandlungen. Die Angeschuldigten fanden Gelegenheit, ihre politischen Grundsätze zu entwickeln. So oft die Staatsanwälte ihnen aber auf dieses Gebiet folgten, wurden sie immer mit Schimpf und Schande zurückgeschlagen. Ueberhaupt stellte es sich deutlich heraus, daß die Angeschuldigten nicht blos bestimmte politische Grundsätze b e s a ß e n, sondern auch in Gemäßheit derselben zu sprechen und zu h a n d e l n gewohnt waren, während die Staatsanwälte über ihre politischen Grundsätze unter einander uneinig und weit entfernt waren, ihre Rede- und Handlungsweise mit denselben in Uebereinstimmung zu bringen. Augenscheinlich war auf Seiten der Angeschuldigten weit mehr Talent, weit mehr Rednergabe und weit mehr Energie, als auf Seiten der Staatsanwälte. Namentlich entwickelte L. Brentano ein ausgezeichnetes polemisches Talent, während Struve mit Nachdruck das Verderbniß der bestehenden Ordnung der Dinge angriff, und die Grundzüge

einer neuen, besseren Ordnung der Dinge entwickelte. Blind schilderte mit wahrer Meisterhaftigkeit den geheimen Bund der Fürsten und wies nach, daß der Widerstand der Völker gegen denselben vollkommen gerechtfertigt sei.

In seiner Vertheidigungsrede führte Struve aus, daß was er gethan, gerechtfertigt sei durch die drei Jahrzehnde lang fortgesetzte Untergrabung der verfassungsmäßigen Zustände in Deutschland; durch den unerhörten Druck, mit welchem das Volk belastet worden war; durch den Willen des Volkes; durch den Zustand der Nothwehr, in welchem die republikanische Partei in Folge der Maßregeln der Regierung versetzt worden war, und durch die reinsten Absichten, die Liebe zum Vaterlande, zur Freiheit und zum Rechte, welche ihn bei allen seinen Bestrebungen geleitet haben.

Blind führte in seiner Vertheidigungsrede aus, 1) daß ein Hochverrathsprozeß jetzt durchaus unstatthaft sei, indem weder unparteiische Justizbeamte, noch überhaupt Gesetze vorhanden seien, nach welchen derselbe entschieden werden könne; 2) führte er vortrefflich aus, daß der September-Aufstand des Volkes eine Handlung der Nothwehr gegen ein großes monarchisches Complott war. Brentano vertheidigte in seiner Rede Struve hauptsächlich gegen die Verleumdungen, deren Zielscheibe er während der Zeit seiner Gefangenschaft gewesen war, und las zu diesem Behufe mehrere Stellen aus Struve's Werken vor. Er widerlegte darauf die Anklage Satz für Satz und schloß seine Rede mit den Worten: „Die Angeklagten sind nicht schuldig!“ unter einem kaum zu stillenden Beifallssturme.

Die Vertheidigungsreden hatten augenscheinlich einen den Angeschuldigten höchst günstigen Eindruck auf die Geschworenen und das Publikum überhaupt gemacht. Um diesen zu verwischen und Zeit zur Bearbeitung der Geschworenen zu gewinnen, wurde die Sitzung auf 23 Stunden vertagt. Die Fragen, welche an die Geschworenen gerichtet wurden, waren für die Angeschuldigten

durchaus ungünstig gestellt, indem durch dieselben der Thatbestand des angeschuldigten Verbrechens nicht zusammengefaßt, sondern in einer Reihe von untergeordneten Thatsachen zerstückelt wurde. Dessen ungeachtet beantworteten die Geschworenen zwölf von den sechszehn, auf Struve bezügliche Fragen mit „Nein", während sie keine einzige der vier übrigen Fragen unbeschränkt mit „Ja" beantworteten. Auf diesen Wahrspruch der Geschworenen hätte Struve nothwendig freigesprochen werden müssen, derselbe wurde daher von dem Gerichte nicht angenommen, worauf die Geschworenen die Zusätze „mit mildernden Umständen" und „ohne Vorbedacht", welche sie ihren vier bejahenden Antworten hinzugefügt hatten, zurücknahmen.

Mit Hülfe aller der bezeichneten und mancher nicht nachweisbaren geheimen Kunstgriffe setzte zwar die Regierung durch, daß Struve und Blind wegen Versuchs des Hochverraths jeder zu einer in Einzelnhaft zu erstehenden Gefängnißstrafe von 5 Jahren 2 Monaten verurtheilt wurde. Allein die öffentliche Meinung war entschieden auf die Seite der Angeschuldigten übergetreten, und die badische Regierung sollte bald erfahren, daß es gewagt sei, mit dieser in offenen Kampf zu treten. Die Regierung wagte es jetzt nicht mehr, die Anklagen gegen Frau Struve und deren Bruder Pedro Dusar fortzusetzen. Beide wurden bald darauf ihrer Haft entlassen, während die gegen sie eingeleiteten Untersuchungen niedergeschlagen wurden.

Die Niederlage, welche die badische Regierung in dem Prozesse gegen Struve und Blind erlitt, war groß. Allein größer war diejenige, welche ihr in dem Prozesse gegen Fickler, Steinmetz, Krebs und Bornstedt beigebracht wurde, indem die drei ersteren vollständig freigesprochen, der letztere dagegen nur zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt wurde. Die Regierung konnte es jetzt nicht mehr wagen, ihre gerichtlichen Verfolgungen fortzusetzen. Allein diese erzwungene Freigebung beruhigte die erbitterten Gemüther nicht mehr. Das Volk war in stürmische Aufregung gerathen,

der Soldatenstand war in dieselbe hereingezogen worden. Die Entscheidung der politischen Prozesse wurde bald den feilen Gerichten entzogen. Das Volk saß selber zu Gerichte, und befreite die Männer, welche für die Freiheit gekämpft hatten, und deßhalb in die Kerker geworfen worden waren.

Die dritte Volkserhebung in Baden.

Fünfzehnter Abschnitt.

Gestaltung der Verhältnisse Deutschlands vom Waffenstillstand zu Malmö bis zur Abdankung des Ministeriums Gagern.

Es schien, als hätten die verbündeten Fürsten Europa's nur darauf gewartet, zu sehen, ob das deutsche Volk den ihm durch den Waffenstillstand von Malmö angethanen Schimpf ruhig hinnehmen würde, um dann Schlag auf Schlag die Nation und ihre anmaßliche Vertreterinnen, die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. und die constituirenden Versammlungen zu Wien und Berlin mit Füßen zu treten. Nur in Baden erhob sich das Volk mit einiger Kraft gegen den Verrath von Malmö, das ganze übrige Volk Deutschlands ließ es bei Reden, Petitionen und Zeitungsartikeln bewenden. Um diese kümmerten sich die Tyrannen Deutschlands nicht. Da auf diese Weise ein Bubenstück gelungen war, welches im Anfange selbst einen Dahlmann und Consorten zu einer scheinbaren Opposition angeregt hatte, so glaubten die Fürsten Deutschlands ungestraft weiter gehen zu können. Der alte Bund mit dem russischen Czaaren, welcher niemals ganz aufgelöst, aber dennoch durch die März-Ereignisse erschüttert worden war, wurde erneuert. Die ersten Schläge wurden

in Oesterreich geführt. Wien wurde bombardirt, das Standrecht verkündigt, Robert Blum erschossen, die constituirende Versammlung zuerst nach Kremsier verlegt, dann aufgelöst. Der alte Despotismus wurde in Verbindung mit den neuen Standrechts-Theorien wiederhergestellt. Nun galt es, nachdem der Widerstand in den deutschen Erbstaaten gebrochen war, auch Italien und Ungarn wieder zu unterwerfen. Der Verrath des Königs Karl Albert von Sardinien hatte die Wieder-Unterjochung der Lombardei möglich gemacht. Ein zweiter Verrath desselben und seines Sohnes machte dem Krieg gegen Piemont und Sardinien ein schnelles Ende. Doch Venedig bestand muthig und kühn die große Probe, die ihm Radetzky auferlegte. Rom erhob sich gegen die Tyrannei der Päbste und verkündete die römische Republik. Ungarn kämpfte siegreich gegen die österreichischen und gegen die zu Hülfe gerufenen russischen Heere. Die Kosaken brachen nicht bloß in Siebenbürgen und Ungarn ein; sie betraten auch das deutsche Gebiet, damit kein Zweifel mehr sein könne, daß die Losung unserer Tage sei: republikanisch oder kosakisch? Auch gegen die Schandthaten von Wien hatte die Nationalversammlung von Frankfurt und hatte das gesammte deutsche Volk nur Worte. Hierdurch ermuthigt trieb der König von Preußen auch seine Stände aus Berlin und verkündigte das Kriegsgesetz in den bedeutendsten Städten des Landes. Als Sachsen sich zum Schutze der von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung erhob, wurde es durch preußische Waffen wieder zur Unterwerfung gebracht. Ludwig Napoleon war eingetreten in den großen Bund der Fürsten. Durch diesen Beitritt wurde die alte „heilige Allianz" wieder hergestellt. Der Bund der Völker war noch nicht geschlossen. Die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. war zum Kinderspotte geworden. Die Kaiserkrone, welche sie dem Könige von Preußen anbot, wurde von ihm mit Hohn zurückgewiesen; die Reichsverfassung, welche sie beschlossen hatte, wurde von sämmtlichen

Fürsten Deutschlands, mit Ausnahme der kleinen und unmächtigen, verworfen. Selbst Gagern konnte sich nicht mehr als Minister halten. Er machte einem durchaus reaktionären Ministerium der Centralgewalt Platz.

Während diese Ereignisse auf dem großen europäischen Schauplatz sich entwickelten, raffte sich das Volk in Baden aus seiner Erniedrigung auf. Ein großes Netz von Volksvereinen wurde, in Gemäßheit der Beschlüsse der Offenburger Volksversammlung vom 19. März 1848 über das ganze Land gespannt. Die unter dem alten Systeme zusammen berufenen Kammern erweckten durch ihre, den Volkswillen verhöhnenden Beschlüsse immer steigende Erbitterung, die politischen Prozesse klärten das Volk und namentlich auch das Heer über die Absichten der Republikaner auf. Die Rheinpfalz sagte sich von dem, die Reichsverfassung verwerfenden König Max II. von Baiern los. Die Stunde der Entscheidung kam für Baden: republikanisch, oder kosakisch?

Sechszehnter Abschnitt.

Die Verbrüderung zwischen Bürger- und Soldatenstand, die Offenburger Volksversammlung vom 13. Mai und die Aufstände von Freiburg, Rastadt, Bruchsal, Carlsruhe und andern Städten.

Die Ereignisse, welche im gesammten Europa, zumal in Italien, Ungarn und Deutschland im Winter des Jahres 1848 auf 1849 statt gefunden hatten, erfüllten alle kräftigen Naturen mit der tiefsten Entrüstung gegen die verbündeten Fürsten Europa's. Diese Entrüstung hatte sich nicht bloß durch Wort und Schrift, sondern auch an manchen Orten durch die That ausgesprochen. In Ungarn und Italien wurde auf Tod und Leben gekämpft. In Dresden war eine hochherzige Volkserhebung durch preußische Waffen niedergeschlagen worden, die baierische Rheinpfalz war aufgestanden wie ein Mann. In Baden waren Bürger und Soldaten in ihrem Innern längst einig geworden. Es kam nur darauf an, der inneren Stimmung der Gemüther einen Ausdruck zu verleihen. Dazu gab Rastadt, die Bundesfestung, das Staatsgefängniß und die freisinnige Bürgerstadt den ersten Anstoß. Was den Offizieren und den Behörden des Landes ein Geheimniß war, hatten die Staatsgefangenen Struve und Blind längst erkannt: die tief innerste Stimmung des Soldatenstandes. Dieselben

Männer, welche das Loos bestimmt hatte, Soldaten zu werden und die Staatsgefangenen zu bewachen, gaben sich ihnen wiederholt auf die rührendste Weise als Gesinnungsgenossen und Freunde zu erkennen, und boten sich ihnen an zu jedweder Dienstleistung. Insbesondere steigerte sich die Theilnahme der badischen Soldaten an dem Schicksale der politischen Gefangenen in Folge der stattgehabten Prozeßverhandlungen. Als Frau Struve am 16. April ihrer Haft zu Freiburg entlassen worden und sofort in Rastadt eingetroffen war, wurden ihr die sprechendsten Beweise der Theilnahme und Werthschätzung gegeben, welche Bürger und Soldaten ihrem Schicksale und demjenigen ihres Gatten und seiner Leidensgenossen widmeten. Mehr als einmal erboten sich Bürger und Soldaten, ihren Gatten zu befreien, wenn sie es verlangte. Doch Frau Struve erkannte zu wohl die Bedeutung eines solchen Schrittes, um denselben ohne gehörige und vielseitige Vorbereitung gut zu heißen und zu fördern. Weit entfernt das Verlangen auszusprechen, die wackeren Männer möchten ihren Gatten befreien, erklärte sie denselben unumwunden, ihr Gatte wolle nicht frei werden, um wieder das Vaterland verlassen zu müssen, er wolle nicht frei werden auf Kosten seiner Befreier. Der Augenblick der Befreiung ihres Gatten müsse zusammenfallen mit der Befreiung des Vaterlandes.

Um diese Zeit (den 1. Mai 1849) erließ der provisorische Landesausschuß der Volksvereine in Baden einen Aufruf, worin er das Volk aufforderte, sich bereit zu halten, sein Recht und seine Freiheit mit den Waffen zu schirmen, nicht länger mehr mit der Durchführung der Volksbewaffnung zu zaudern und welcher mit den Worten schloß: „Ein in Waffen stehendes Volk ist die Schutzwehr der Freiheit, ist der Schrecken der Tyrannen. Darum nochmals, Mitbürger, bewaffnet Euch!“

Kurz darauf (unterm 4. Mai) erging von demselben Ausschusse die Einladung an das Volk im Lande Baden, am 12. Mai einen allgemeinen Landeskongreß der Volks-

vereine und am 13. Mai eine allgemeine Volksversammlung in Offenburg abzuhalten.

Am 6. Mai erließ derselbe Ausschuß eine Ansprache an die Soldaten, welche mit den Worten begann: „Der Kampf zwischen den Fürsten und den Völkern ist auf's neue eröffnet. Das Volk steht auf Euch, seine Söhne, seine Brüder." Unter Hinweisung auf die neuesten Ereignisse, namentlich in Rheinpfalz und Würtemberg schließt die Ansprache mit den Worten: „Es ist in Euere Hand gegeben, ob Ihr den Ruhm eines für die Freiheit begeisterten Geschlechts theilen, oder als Unterdrücker den Fluch der Mit- und Nachwelt auf Euch laden wollt. Wählt zwischen Beiden. Wir reichen Euch die Bruderhand. Stehet mit dem Volke!"

Am 8. Mai erließ die äußerste Linke der deutschen Nationalversammlung (Clubb Donnersberg) folgenden Ruf zu den Waffen:

„Deutsches Volk!

„Zu den Waffen, deutsche Männer in allen Gauen des Vaterlandes! Die Verbindung der Fürsten, welche Hochverrath an dem Volke begehen wollen, liegt klar zu Tage. Verbindet Euch auch und erhebt Euch, um das Vaterland zu retten! Schon kämpfen Euere Brüder in Sachsen und der Pfalz für Euch, laßt sie nicht untergehen! Nachbarstämme der Sachsen und der Pfälzer, an Euch ist es zunächst, — ziehet hin zu Euern Brüdern, ziehet hin und helfet! — Helfet ihnen und es wird auch Euch geholfen sein! Ihr könnt nicht zaudern, dürft nicht zaudern, Ihr dürft sie nicht allein stehen lassen, die aufgestanden sind, das Recht in einer Hand und in der andern das Schwert. Das Schwert für Euer Recht! — Helfet mit den Waffen, und wenn Ihr die nicht habt, helft sonst, helft wie Ihr könnt — nur helft!

„Ihr andern Stämme auch, erhebt Euch, waffnet Euch und zeigt dem Despotismus und der Barbarei, die Euch entgegenstehen, die festgeschaarte Macht des Volkes, das sein Recht verlangt.

„Gerechtern Kampf hat's nie gegeben! — Zu den Waffen, Männer, zu den Waffen! —“

Diese verschiedenartigen Aufrufe verfehlten ihre Wirkung auf die wackeren badischen Soldaten nicht. Mittwoch, den 9. Mai Abends that sich zuerst die Stimmung des Soldatenstandes zu Rastadt in deutlichen Zügen kund. An jenem Tage fand nämlich eine Soldatenversammlung auf dem Exerzierplatze statt, welche die dahin zum Exerzieren ausrückenden Bürgerwehrmänner mit freudigem Zurufe begrüßte. Begeisterte Redner aus dem Soldaten- und Bürgerstande sprachen sich in freimüthiger und hochherziger Weise über das Wechselverhältniß von Soldaten und Bürgern und über die Nothwendigkeit eines einträchtigen Zusammenwirkens bei den drohenden Gefahren des Landes aus. Von Seiten der Soldaten thaten sich insbesondere die Gefreiten Bannwarth, Haas, Stark und Ritter, von Seiten der Bürger Commlossy und Müller hervor, indem sie unerschrocken ihre tief gefühlte Ueberzeugung aussprachen. Es wurde von beiden Seiten anerkannt, daß der Soldat aufhören müsse, eine willenlose Maschine zu sein, der blind dem Commandoworte folge, selbst wenn es zum Vater- oder Brudermorde führe, man gab sich gegenseitig das Wort, nur für die Freiheit und Einheit des ganzen großen Vaterlandes zu kämpfen und nicht wie es bisher so häufig geschehen war, das Herzblut für einen verrätherischen Fürsten zu verspritzen. Am folgenden Tage fand eine zweite, wohl 5000 Männer aus dem Bürger- und Soldatenstande zählende Versammlung in der Nähe der Gromer'schen Brauerei statt. Wiederum sprachen abwechselnd Bürger und Soldaten, und es wurde der Beschluß gefaßt:

„Wir erkennen in der Reichsverfassung das Palladium unserer Freiheit, und wollen mit Gut und Blut gegen jeden Feind für sie einstehen.

Es soll durch öftere gemeinschaftliche Versammlungen die bestandene Kluft zwischen Bürgern und

Soldaten verbannt und ein brüderliches Verhältniß zwischen beiden Ständen hergestellt werden. Die hiesige Garnison wird sich bei der Offenburger Versammlung durch Deputationen aus den einzelnen Kompagnien betheiligen."

Um die Ausführung dieses Beschlusses zu verhindern, und überhaupt die Verbrüderung zwischen Bürgern und Soldaten nicht tiefere Wurzeln schlagen zu lassen, wurden Verhaftungen vorgenommen. Allein dadurch wurde nur Oel in das Feuer gegossen. Die Verhafteten wurden mit Gewalt befreit. Vergeblich reiste der Kriegsminister, General Hoffmann, selbst nach Rastadt, vergeblich wurden reitende Artillerie und Dragoner von Karlsruhe dahin gesandt. Die Offiziere hatten aufgehört, die Achtung und die Liebe ihrer Untergebenen zu besitzen und die Soldaten waren zum Bewußtsein ihrer Menschen- und Bürgerrechte und ihrer Macht gelangt. Der mit den Bürgern geschlossene Bund machte sie doppelt stark. Am 12. Mai wurden Struve und Blind bei Anbruch des Tages von Rastadt hinweg geführt. Die Behörden wußten, daß die Gefangenen daselbst nicht mehr sicher seien. Doch auch in Bruchsal, wohin sie gebracht wurden, besaß die Regierung keine Kraft, sie festzuhalten, und schwerlich wäre jetzt mehr im ganzen Lande Baden ein Ort gewesen, an welchem sie hätten eingekerkert gehalten werden können.

Fast gleichzeitig begann die Revolution in Freiburg. Die Verhandlungen vor dem Schwurgerichte, namentlich der Prozeß Struve's und Ficklers hatten dort noch besonders auf die Soldaten gewirkt. Den 9. Mai Abends ward Fickler freigesprochen. Die Rede, welche er hierauf vom Balkone des Hotel Föhrenbach an die versammelte Menge hielt, machte auf das zahlreich anwesende Militär einen tiefen Eindruck. Den andern Morgen beim Verlesen setzten die Soldaten eine Versammlung für den Nachmittag auf dem Schloßberg fest. Dieselbe war zahlreich besucht, und

es sprachen Bürger und Soldaten. Die Reden der letzteren waren vom Geiste der Brüderlichkeit durchdrungen und zeigten, daß unser Militär nicht mehr länger einer gewissenlosen Reaktion zum Werkzeug dienen wollte. Man trennte sich in später Nacht, und bestimmte den folgenden Tag zu einer neuen Zusammenkunft. Unterdessen nahmen die Verhandlungen des Schwurgerichts gegen die gefangenen Republikaner ihren Fortgang. Die Haltung der Soldaten konnte natürlich nicht ohne Wirkung bleiben; während Bornstedt 36 Stunden vorher verurtheilt worden war, wurden Baumann, Lefevre, Schnepf und Langguth den 11. Mai Nachmittags freigesprochen. Trotz dieses Urtheils ließ man noch die politischen Gefangenen Cohnheim, Rosenblum, Liebknecht, Bauer und Dossenberg vor die Schranken führen. Doch bewog die drohende Lage der Dinge den Staatsanwalt, die Anklage gegen die Letztgenannten fallen zu lassen, und es wurden dieselben unter großem Jubel des zahlreich versammelten Volks in Freiheit gesetzt. Noch an demselben Tage wurde ein Theil der politischen Gefangenen aus dem Thurme entlassen, die Uebrigen erst am folgenden Tage, nachdem die Soldaten erklärt hatten, dieselben im Weigerungsfalle mit Gewalt zu befreien. Unterdessen war die zweite Versammlung auf dem Schloßberge ruhig vorüber gegangen. Die gefaßten Beschlüsse waren dieselben wie in Rastadt. Offiziere hatten ebensowenig beigewohnt wie das erstemal. Im Gegentheile brüteten diese über Mittel und Wege, die Zustände der alten Zeit wieder herzustellen. Da sie nicht wagten offen aufzutreten, hetzten sie die ihnen blind ergebenen Unteroffiziere gegen die sogenannten Meuterer auf, und ließen durch dieselben eine im Gasthaus zum Rebstock versammelte Anzahl freisinniger Soldaten meuchlerisch mit blanker Waffe überfallen. Der Hülferuf der Angegriffenen rief übrigens bald zahlreiche Massen Militärs herbei, und die feigen Banditen wurden übel zugerichtet. Dieser Vorfall ist deßhalb nicht unbedeutend, weil er die geistige und moralische

Versunkenheit der badischen Offiziere des alten Systems bekundet.

Mittlerweile kam der Tag der Offenburger Versammlung heran. Der sehr zahlreich besuchte Landeskongreß der badischen Volksvereine faßte am 12. Mai den Beschluß, noch einmal die Staatsregierung um Erfüllung ihrer Pflicht anzugehen, und sandte eine Abordnung von drei Männern: Apotheker Rehmann von Offenburg, Advokat Carl Rotteck von Freiburg und Gemeinderath Thibaut von Ettlingen an die Minister in Carlsruhe, mit dem Auftrage, folgende Forderungen an dieselben zu richten:

„Der Landeskongreß der badischen Volksvereine zu Offenburg hat in heutiger öffentlicher Sitzung beschlossen zu fordern:

1) Die Kammern sind alsbald aufzulösen.
2) Das Ministerium Bekk hat sogleich zurückzutreten.
3) Es ist eine konstituirende Landesversammlung auf Grundlage des vom Vorparlamente beschlossenen Wahlgesetzes und mit Beibehaltung der bisher für die Wahlen zur 2ten badischen Kammer bestandenen Wahlbezirke zu berufen.
4) Die politischen Flüchtlinge sind sofort zurück zu rufen, die politischen Militär- und Civilgefangenen zu entlassen und alle politischen Prozesse niederzuschlagen. Der Landeskongreß fordert, daß die Regierung der Deputation, welche diese Forderungen überbringt, unverzüglich eine bejahende oder verneinende Antwort ertheile.

Im Falle der Verweigerung einer alsbaldigen Antwort oder der Zurückweisung obiger Forderungen macht der Landeskongreß die Regierung für alle diejenigen Folgen verantwortlich, welche sich aus der jetzigen gerechten Bewegung des Volkes unausbleiblich ergeben müssen.“

Die Deputation reiste sofort nach Karlsruhe ab. Mittlerweile wurde Sonntag den 13. Mai Nachmittags 2 Uhr

die anberaumte Volksversammlung zu Offenburg eröffnet. Die Stadt hatte sich mit beiläufig 30,000 Männern aus allen Theilen des Landes gefüllt. Eine höhere Bedeutung gewann diese Versammlung durch die Abordnungen von Soldaten, welche mehrere Mann von jeder Kompagnie aller Waffengattungen, an der Spitze ihre Führer, mit wallender deutscher Fahne in die Schranken traten. In feierlicher Rede und unter begeistertem Jubel begrüßten sich wechselseitig auf's brüderlichste Soldaten und Bürger, und gelobten sich in tief eingreifender Weise, treu zur gemeinschaftlichen Sache des Volkes zu stehen, für's Volk zu kämpfen und zu siegen oder unterzugehen.

Sofort wurden die in der Vorversammlung gefaßten Anträge vor die Versammlung gebracht, und nachdem mehrere Sprecher, darunter in brüderlichem Wechsel Reichstagsabgeordnete, Unteroffiziere und andere Bürger sich darüber ausgesprochen hatten, mittelst Abstimmung durch Händeaufheben nach angestellter Probe und Gegenprobe einmüthig angenommen. Auf diese Weise kam folgender Beschluß zu Stande:

Die Landesversammlung des badischen Volkes in Offenburg hat nach vorhergegangener Berathung die gestellten Anträge in dem Landeskongresse der Volksvereine, nach ferner stattgefundener öffentlicher Berathung, wobei Abgeordnete aus allen Landestheilen vertreten waren, nach fernerer ausführlicher Diskussion in der Versammlung des Volkes

beschlossen:

1) Die Regierung muß die Reichsverfassung, wie sie nun nach der durch die Ereignisse beseitigten Oberhauptsfrage feststeht, unbedingt anerkennen und mit der ganzen bewaffneten Macht deren Durchführung in anderen deutschen Staaten zunächst in der baierischen Pfalz unterstützen.

2) Das gegenwärtige Ministerium ist sofort zu entlassen, und Bürger Brentano, Obergerichtsadvokat zu Mannheim, und Bürger Peter, Reichstagsabgeordneter

von Constanz mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen.

3) Es muß alsbald unter sofortiger Auflösung der jetzigen Ständekammer eine verfassungsgebende Landesversammlung berufen werden, welche in sich die gesammte Rechts- und Machtvollkommenheit des badischen Volkes vereinigt; diese Landesversammlung soll gewählt werden von und aus den sämmtlichen volljährigen Staatsbürgern des Landes und zwar unter Beibehaltung der für die bisherige II. Kammer bestandenen Wahlbezirke.

4) Es muß ohne allen Verzug die Volksbewaffnung auf Staatskosten in's Leben gerufen werden, und es sind alle ledigen Männer von 18—30 Jahren als erstes Aufgebot sofort mobil zu machen. — Alle diejenigen Gemeindebehörden, welche nicht alsbald die Bewaffnung ihrer Bürger anordnen, sind augenblicklich abzusetzen.

5) Die politischen Flüchtlinge sind sofort zurück zu rufen, die politischen Civil- und Militärgefangenen zu entlassen und alle politischen Prozesse niederzuschlagen; namentlich verlangen wir aber auch die Entlassung derjenigen Militärpersonen, welche in Folge der politischen Bewegungen wegen sogenannter Disciplinar- und Insubordinationsvergehen bestraft wurden. —

6) Die Militärgerichtsbarkeit muß aufgehoben werden.

7) Bei dem Heere soll eine freie Wahl der Offiziere stattfinden. —

8) Wir verlangen alsbaldige Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr. —

9) Es müssen sämmtliche Grundlasten unentgeldlich aufgehoben werden.

10) Es müssen die Gemeinden unbedingt selbstständig erklärt werden, sowohl was die Verwaltung des Gemeindevermögens, als die Wahl der Gemeindevertreter betrifft; es müssen alsbald im ganzen Lande neue Wahlen für die Gemeindevertretung stattfinden.

11) Es werden sämmtliche von den s. g. Kammern

in Karlsruhe seit dem 17. Januar d. J. gefaßten Beschlüsse für null und nichtig erklärt und darunter namentlich das s. g. Wahlgesetz vom 10. v. M., welches einen förmlichen Angriff auf die in den Reichsgesetzen gegebenen Bestimmungen enthält. —

12) Die Geschworenengerichte sind sofort einzuführen und kein einziger Criminalprozeß darf mehr von Staatsrichtern entschieden werden.

13) Die alte Verwaltungs-Bureaukratie muß abgeschafft werden und an ihre Stelle die freie Verwaltung der Gemeinden oder andern Körperschaften treten.

14) Errichtung einer Nationalbank für Gewerbe, Handel und Ackerbau zum Schutze gegen das Uebergewicht der großen Kapitalisten.

15) Abschaffung des alten Steuerwesens, hierfür Einführung einer progressiven Einkommensteuer nebst Beibehaltung der Zölle.

16) Errichtung eines großen Landespensionsfonds, aus dem jeder arbeitsunfähig gewordene Bürger unterstützt werden kann. Hierdurch fällt der besondere Pensionsfond für die Staatsdiener von selbst weg. Der Landesausschuß der Volksvereine besteht aus folgenden Mitgliedern:

L. Brentano von Mannheim,
J. Fickler von Konstanz,
A. Goegg von Mannheim,
Peter von Konstanz,
Werner von Oberkirch,
Rehmann von Offenburg,
Stay von Heidelberg,
Willmann von Pfohren,
Steinmetz von Durlach,
Wernwag von Kenzingen,
Richter von Achern,
Degen von Mannheim,
K. Ritter von Karsau, } Soldaten aus der Gar-
J. Stark von Lottstetten. } nison in Rastadt.

Als Ersatzmänner wurden gewählt:
H. Hoff von Mannheim,
Torrent von Freiburg,
K. Rotteck von Freiburg,
Happel von Mannheim,
Junghanns von Mosbach,
Kiefer von Emmendingen.

Ersatzmänner der Soldaten:
Aurelius Cordel von Philippsburg,
Sebastian Bannwarth von Bleichheim.

Derselbe wird beauftragt, die nöthigen Anordnungen zur Durchführung dieser Beschlüsse mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu treffen, und von dem Ergebniß der heutigen Volksversammlung dem Landesausschuß in Rheinbaiern, sowie den Landesausschüssen der übrigen Nachbarstaaten sofort Nachricht zu geben.

Offenburg, den 13. Mai 1849.

Im Namen der Landes-Volksversammlung:
Goegg.

Kaum waren diese Beschlüsse gefaßt, als die nach Karlsruhe gesandte Deputation von da zurückkehrte und folgende Antwort von Seiten der Regierung der Volksversammlung mittheilte;

„Die Ständeversammlung wird ihre Geschäfte in 8 Tagen vollenden, worauf dann der Landtag geschlossen wird. Dann wird eine Auflösung der Stände erfolgen und mit der neu zu berufenden Ständeversammlung werden die weiteren in Folge der Reichsgesetzgebung oder sonst nothwendigen Verfassungsänderungen berathen werden.

Was die Amnestie betrifft, so ist sie schon weit ausgedehnt und es sind bereits Weisungen an die Behörden ergangen, um dieselbe noch weiter auszudehnen.

Das Ministerium wird hinsichtlich der Frage des Rücktritts von der schweren Last seines Amtes ganz nach constitutionellen Grundsätzen verfahren."

Das Murren der tiefsten Entrüstung folgte auf die Mittheilung dieser Antwort der Regierung. Weitere Reden unterblieben, doch eine bündige Aufforderung und Mahnung, den gefaßten Beschlüssen durch die That Nachdruck zu geben, wurde mit feierlichem Zurufe aufgenommen. Die Versammlung trennte sich. Die in Offenburg anwesenden Mitglieder des Landesausschusses begaben sich aber noch an demselben Abende, geführt von den Rastadter Soldaten, welche der Versammlung angewohnt hatten, und in zahlreicher Begleitung von Bürgern nach der Festung Rastadt.

Die Offenburger Volksversammlung vom 13. Mai bildete allerdings den Sturmbock, mit dessen Hülfe die altersschwache und verhaßte badische Regierung umgeworfen wurde. Allein sie enthielt auch schon den Hanf, aus welchem der auf den Trümmern des Polizeistaats zu gründenden neuen Ordnung der Dinge der tödtliche Strick geflochten wurde. Der denkende Beobachter mußte sich fragen: sind die Bürger Brentano und Peter, falls sie mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt würden, im Stande, dasjenige durchzusetzen, was das Volk zu Offenburg verlangte? Oder sind die in den Landesausschuß gewählten Männer befähigt, für den Fall, daß Brentano und Peter nicht sollten zu Ministern des Großherzogs ernannt werden, auf revolutionärem Wege die Forderungen des Volkes durchzuführen? Schon diese beiden Fragen mußten allen, mit den Verhältnissen näher vertrauten Männern große Bedenken erregen. Noch größere aber entwickelten sich aus der Zusammenstellung der verschiedenen zu Offenburg gestellten Forderungen. Auf der einen Seite wurden die tiefeingreifendsten Reformen verlangt, Reformen, zu welchen sich das Königthum, der Geburtsadel, das Beamtenthum, das Pfaffenthum und die Geldwucherer niemals verstehen werden, so lange sie noch die geringste Kraft des Widerstandes besitzen. Ich rechne dahin besonders: freie Wahl der Offiziere, Verschmelzung des stehenden Heeres und der

Volkswehr, unentgeldliche Aufhebung sämmtlicher Grundlasten, Errichtung einer Nationalbank für Gewerbe, Handel und Ackerbau zum Schutze gegen das Uebergewicht der großen Kapitalisten, Abschaffung des alten Steuersystems und Einführung einer progressiven Einkommensteuer, Errichtung eines großen Landespensionsfonds, aus dem jeder arbeitsunfähige Bürger unterstützt werden kann. Diese Forderungen konnten unter der alten Monarchie mit Hülfe der zu Frankfurt a. M. beschlossenen Reichsverfassung unmöglich in Erfüllung gehen. Die Männer, welche allein im Stande gewesen wären, diese Forderungen des Volkes durchzusetzen, waren die entschiedenen Republikaner; sie, welche diese und andere ähnliche Forderungen zuerst gestellt, oder doch für deren Durchführung Gut und Blut auf's Spiel gesetzt hatten, Männer, wie Hecker, Struve, Karl Blind, Sigel, Joh. Phil. Becker, Heinzen, Schütz, Schlöffel. Brentano und Peter hatten nichts geleistet, was das Volk berechtigen konnte, von ihnen zu erwarten, sie würden Forderungen so radikaler Natur, wie sie in Offenburg gestellt wurden, durchführen. Derartige Reformen lassen sich aber nicht verwirklichen durch Leute, welche deren Umfang und Bedeutung gar nicht kennen, geschweige denn daß sie bereit wären, für deren Durchführung mit der ganzen Kraft ihres Geistes, mit Leib und Leben einzustehen. Von Männern entschiedener Färbung, welche das Volk kannte und denen es vertraute, waren nur Fickler genannt. Allein gerade dadurch, daß er nur zum Mitglied des Landesausschusses gewählt wurde, während Brentano und Peter als die Gründer eines neuen Ministeriums, und folgeweise als die Gründer der gewünschten neuen Ordnung der Dinge bezeichnet wurden, bewies deutlich, daß man ihn und seine Gesinnungsgenossen nicht an die Spitze der Bewegung bringen wollte. Hätten Brentano und Peter sich die rechten Männer beigesellt, so mochte noch immer der Kampf siegreich bestanden werden. Allein sie thaten es nicht, und so mußte nothwendig die Sache des Volkes unterliegen.

Der Eindruck, welchen die Offenburger Versammlung in ganz Baden hervorrief, war für die Regierung durchaus vernichtend. Seit lange war diese eben so allgemein verachtet als gehaßt. Das an Gesetzlichkeit gewöhnte Volk bedurfte nur einer Behörde, der es vertraute, um sich gänzlich von dem alten Systeme abzuwenden. Die letzte Stütze der bankrutten alten sogenannten Ordnung der Dinge: das stehende Heer, war zum Volke übergegangen. Damit fiel sie in sich selbst zusammen. Aller Orten, wohin die Kunde von den Offenburger Beschlüssen gelangte, wurden sie, so weit es sich um unmittelbare Vollziehung handelte, sofort durch das Volk, durch Bürger und Soldaten vollzogen. Allein die meisten und wichtigsten Bestimmungen derselben bedurften der mannigfaltigsten Vorarbeiten, um in's wirkliche Leben einzutreten, konnten daher nicht vom Volke vollzogen werden, und blieben demzufolge der Einsicht und der Thatkraft der Vertrauensmänner des Volkes anheimgegeben.

Im ganzen Lande Baden herrschte die größte Spannung. Man wartete überall nur auf die Nachricht von den Offenburger Beschlüssen, und bereitete sich mittlerweile vor, dieselben unmittelbar nach ihrer Bekanntwerdung zu vollziehen. Wie im Monate März 1848 hatten die fürstlichen Behörden alle Kraft verloren. Sie wagten nichts gegen das Volk zu unternehmen, weil sie wußten, daß Bürger und Soldaten gegen sie vereint waren. Selbst die Gefängnisse standen nicht mehr in der Macht der Regierung. Schon am 12. Mai wußten die politischen Gefangenen, welche zu Bruchsal verwahrt wurden, unter ihnen Struve und Blind, genau, wie sich die Verhältnisse außerhalb ihrer Mauern gestaltet hatten. Die Gefängnißwärter wagten es nicht mehr, wie sonst gegen sie aufzutreten. Vielmehr suchten sie, sich durch Nachgiebigkeit den guten Willen der Gefangenen zu erwerben.

Am 13. Mai Sonntags wurden bei Zeiten Verrabredungen gepflogen sowohl unter den politischen Gefangenen,

als zwischen diesen und ihren politischen Freunden außerhalb, wie man sich benehmen wolle. Es wurde festgesetzt, es solle die Nachricht von den Beschlüssen der Offenburger Versammlung abgewartet werden. Sobald Kenntniß von denselben angekommen, sollten sie vollzogen, daher namentlich auch die politischen Gefangenen befreit werden, insofern deren Freigebung, wie zu erwarten stand, beschlossen sein würde. Am gleichen Tage stattete Frau Struve, welche ihrem Gatten von Rastadt nach Bruchsal gefolgt war, diesem einen Besuch ab. Im Widerspruche mit allen Gesetzen der Menschlichkeit und den klaren Bestimmungen der badischen Prozeßordnung hatte man derselben 23 Tage lang den Zutritt zu ihrem Ehemann verwehrt. Als sie in Bruchsal von neuem auf Schwierigkeiten stieß, erklärte sie, falls man sie nicht gutwillig ihren Gatten besuchen ließe, würde sie in Begleitung von 50 Mann zurückkehren. Auf diese Drohung wurde sie in den Kerker ihres Ehemanns eingelassen. Doch sollte der Besuch nur eine halbe Stunde dauern. Als jedoch Struve erklärte, er würde denjenigen, der es wagte, vor Abends um 7 Uhr seine Frau aus dem Gefängnisse zu weisen, mit seiner eigenen Faust todtschlagen, so hörten die Chicanen auf. An diesem Tage konnten Struve und Blind zum erstenmale seit ihrer Gefangennehmung einen Spaziergang im Gefängnißhofe machen.

Unter heitern Gesängen erschien der Abend. Kurz nach dem Einbruche der Nacht traf die Nachricht von den Offenburger Beschlüssen durch den jungen Schlöffel in Bruchsal ein. Dieser kühne und rastlos thätige Freiheitskämpfer setzte sofort alles in Bewegung, um die Befreiung der politischen Gefangenen in Bruchsal zu bewirken. Zwischen 11 und 12 Uhr Nachts erschien vor dem Zuchthause ein Haufe von Männern, bewaffnet mit Aexten und Holzscheiten, welcher die Thüren des Gefängnißhofes erbrach und unter freudigem Zurufe in das Zuchthaus eindrang. Die Zuchthauswache stand Gewehr bei Fuß am Eingange, ohne jedoch dem Volke den geringsten Widerstand entgegen

zu setzen. Die Bürger reichten den Soldaten brüderlich die Hände. Die meisten Gefängnißwärter hatten sich früher klüglich entfernt: die übrigen stellten sich unter den Schutz der Gefangenen. So ging die Befreiung von statten, ohne daß irgend einem Menschen ein Haar gekrümmt worden wäre. Der junge Schlöffel, welcher bei der Volksversammlung in Offenburg zugegen gewesen war, forderte Struve und Blind auf, sich sofort an den Sitz des Landesausschusses nach Rastadt zu begeben. Ungeachtet der mannigfaltigen Gefahren, welche mit einer solchen Reise verknüpft waren, entschlossen sich die beiden Genannten doch, dieser Aufforderung Folge zu leisten. In Begleitung weniger Freunde, namentlich der Frau Struve, des jungen Schlöffel und Bornstedt's fuhren Struve und Blind in zwei Wagen noch in derselben Nacht nach Rastadt ab. An genauern Nachrichten über den Gang der Dinge in Rastadt fehlte es den befreiten Gefangenen gänzlich. In der Nähe von Durlach angekommen, rief ihnen eine weibliche Stimme aus einem Wagen, welcher ihnen entgegenfuhr, zu: Sie sollten nicht nach Karlsruhe fahren, dort stehe es gefährlich. Zwischen Wolfahrtsweier und Ettlingen begegnete ihnen eine Cavalleriepatrouille von 8—10 Mann, welche jedoch an ihnen vorbeiritt, ohne sie zu belästigen. Als sie vor den Thoren Rastadt's bei Sonnenaufgang ankamen, fanden sie dieselben verschlossen. Vergeblich warteten sie mehrere Stunden. Als Struve endlich den am Thore kommandirenden Offizier zu sprechen verlangte, so erhielt er von diesem zur Antwort, das Thor könne nicht geöffnet werden, bevor aus der Stadt die Weisung dazu eingetroffen sei. Auf die Frage Struve's, wer denn in der Festung den Oberbefehl führe, antwortete der Offizier: General v. Cloßmann und Regierungsrath Lang.

Diese Antwort deutete soviel wenigstens mit Bestimmtheit an, daß der an diesem Thore befehligende Offizier jedenfalls der Volkssache nicht hold sei und bestimmte Struve sich sofort nach Baden zu begeben, woselbst Bren-

tano sich aufhielt, um diesen aufzufordern, dem an ihn ergangenen Rufe des Volkes gemäß, sich an die Spitze der Bewegung iu stellen. Bürger Rehmann aus Offenburg schloß sich an Struve, Blind und Schlöffel junior, welche zu diesem Behufe sofort mit der Eisenbahn nach Baden fuhren, an. Brentano wurde aus dem Schlafe geweckt, erhob sich rasch und folgte der Aufforderung seiner Freunde.

In Baden-Baden wurden die erforderlichen Befehle zu Bewirkung einer allgemeinen Volkserhebung erlassen. Bis Oos reisten Brentano und Struve zusammen. Dort blieb Letzterer zurück, um die schon von allen Seiten herbeiströmenden Volkswehren zu organisiren und an die erforderlichen Punkte zu dirigiren. Brentano reiste weiter. Nach wenigen Stunden erhielt Struve die Nachricht, daß Brentano mit dem gesammten Landesausschuß in Gemäßheit einer Aufforderung des Gemeinderathes von Carlsruhe, sich in diese Residenzstadt begeben habe. Zu gleicher Zeit mit dieser Nachricht ging Struve die Aufforderung zu, sich gleichfalls nach Carlsruhe zu begeben. Mittlerweile hatte sich nämlich die Garnison und die Bürgerschaft von Rastadt einmüthig für den Landesausschuß erklärt. Der Gouverneur der Festung, General v. Cloßmann, war abgesetzt und in der Person des Hauptmann Greiner ein neuer Gouverneur erwählt worden. Die Truppen wurden sofort von den in Rastadt anwesenden Mitgliedern des Landesausschusses in Eid und Pflichten genommen. Seit dem 11. Mai hatte auch unter den Soldaten der Stadt Carlsruhe eine große Aufregung geherrscht. Der Ruf: „Es lebe Hecker! es lebe die Republik!“ wurde häufiger, denn jemals in ihren Reihen vernommen. Mehrere Offiziere, welche unbeliebt waren und sich dem Treiben der Soldaten widersetzten, wurden verhöhnt und sogar durchgeprügelt. Am 13. Mai, am Tage der Offenburger Versammlung, erreichte auch zu Carlsruhe die Aufregung unter dem Soldatenstande ihren Höhepunkt. Um 5 Uhr warfen die Soldaten die Camaschen auf einen Haufen und zündeten sie an

unter dem Rufe: „es lebe Hecker! es lebe die Republik!“ Die aus Bruchsal herbeigeholten zwei Compagnien des Leibregiments, weit entfernt, ihren Kameraden feindlich entgegen zu treten, schlossen sich diesen vielmehr in Freundschaft an. Die Dragoner vom Regimente Hinkeldey weigerten sich gleichfalls auf ihre Brüder von der Infanterie einzuhauen. Es fielen einige Schüsse und namentlich verlor Rittmeister Laroche, welcher die Dragoner zum Einhauen ermunterte, das Leben. Die Bürgerwehr von Carlsruhe stand dagegen auf Seiten der Regierung und schoß vom Hofe des Zeughauses, welches sie besetzt hielt, auf die Soldaten von der Linie. Diese zogen sich sodann in ihre Kasernen zurück, zertrümmerten daselbst die Fenster und traten am folgenden Tage, da sie sich von ihren Offizieren gänzlich verlassen sahen, die Reise größtentheils in ihre Heimathsgemeinden an.

Nach dem mißlungenen Versuche, die Infanterie durch die Reiter zu bändigen, verließ der Großherzog mit seiner ganzen Familie und sämmtlichen Ministern in Begleitung eines Cavallerieregiments und 16 Stück Kanonen nebst Bemannung unter dem Hauptmann Lichtenauer die Stadt Karlsruhe. In dieser selbst fiel weiter durchaus keine Störung vor. Weder Privat- noch öffentliches Eigenthum wurde angetastet und keiner Person wurde irgend eine Unbill angethan. Namentlich blieben das Schloß des Großherzogs, die Paläste der übrigen Mitglieder der großherzoglichen Familie, die Ministerialgebäude und die Privatwohnungen selbst der verhaßtesten Reaktionäre unbeschädigt.

Auch in Freiburg im Breisgau gestalteten sich nach der Offenburger Volksversammlung die Verhältnisse allmählig fester. Von der Gesinnung und dem Auftreten des dortigen Militärs habe ich schon früher gesprochen. Wenn auch die überwiegende Mehrheit der Soldaten für die neue Gestaltung der Dinge war, so fehlte es doch im Anfange noch an der nöthigen Organisation. Die

Offiziere intriguirten auf jede Weise; so versuchten sie unter andern die Fahnen der beiden Bataillone zu entwenden, was aber durch die Wachsamkeit der Soldaten vereitelt wurde.

Während so im Innern der Stadt die Revolution sich immer mehr entwickelte, ließ der Kommandant der Reichstruppen, General Miller, der mit einem Theil seiner Truppen in der Nähe Freiburgs lag, dem Civil- und Militärcommissär von Freiburg, Bürger Heunisch, die Mittheilung machen, er würde die Stadt mit Sturm nehmen, wenn die meuterischen Truppen nicht schleunigst entfernt würden. Diese Drohung hatte übrigens keinen Erfolg. Denn es war in Freiburg wohlbekannt, daß die Lage des Generals eine sehr kritische war. Er stand an der Spitze nur weniger Truppen, und diese wenigen waren so gesinnt, daß sie an ihre badischen Brüder Deputationen geschickt hatten, in welchen sie erklärten, daß sie deren Gesinnung theilten, und unter keinen Umständen gegen sie kämpfen würden. Damals zeigte sich aber schon die Unentschlossenheit, welche leider das charakteristische Moment unsrer letzten Erhebung bleiben sollte. Der entschiedenere Theil unter Bürgern und Soldaten verlangte mit Ungestüm den Würtembergern entgegenzugehen, und ihnen keine andere Wahl zu lassen, als entweder gegen uns zu kämpfen, oder überzugehen. Die Folge dieses Schrittes konnte nicht zweifelhaft sein, nachdem was vorausgegangen war. Aber leider war es nicht möglich, diesen einzig richtigen Plan ins Werk zu setzen, weil die Männer, welche den nöthigen Einfluß besaßen, der revolutionären Thatkraft entbehrten. Unsere Truppen standen noch immer unter den alten Offizieren; alle Vorschläge, dieselben zu beseitigen, wurden von Heunisch zurückgewiesen, und so wurde es diesen unverbesserlichen Reaktionären möglich, für den Augenblick ihr Ansehen bei den Truppen herzustellen. In Folge davon marschirten die Freiburger Bataillone, die alten Offiziere an der Spitze, aus der Stadt.

Schon war zu befürchten, daß die Contrerevolution den Sieg davon tragen würde, als glücklicherweise die Soldaten merkten, daß man sie betrogen und nur darum aus der Stadt geführt habe, um sie über die würtembergische Grenze zu führen. Sie sagten demzufolge ihren Offizieren den Gehorsam auf, und kehrten den folgenden Tag wieder in die Stadt zurück, woselbst sich auch die in und um Lörrach stationirten Truppen allmälig einstellten. Die höheren Offiziere wurden auch fast sämmtlich beseitigt und die Wahl der neuen Sonntag den 20. Mai vorgenommen.

Auch in Lörrach verlangten am 11. Mai die daselbst garnisonirenden Soldaten die Freilassung der politischen Gefangenen. Als ihnen diese verweigert wurde, und ihr Major v. Rothberg die Wachmannschaft befehligte, auf ihre Kameraden zu feuern, so wurde zwar Feuer gegeben, allein nur auf ihn selbst. Die Offiziere, welche sich dem Willen der Soldaten widersetzten, wurden verjagt und kamen theilweise noch an dem gleichen Tage in einem trübseligen Zustande zu Freiburg an.

Alle diese großartigen Bewegungen waren von den Soldaten mit einer Mäßigung ausgeführt worden, welche wohl einzig in der Geschichte dasteht. Es wurde nur soviel Gewalt angewendet, als unumgänglich nothwendig war, um das verhaßte Joch zu brechen, und sobald dieses geschehen war, traten die sturmbewegten Gemüther wieder in die Schranken der Ordnung und der Gesetzlichkeit zurück. Von allen Garnisonsstädten des badischen Landes verhielt sich Mannheim bei der allgemeinen Aufregung der Geister am unthätigsten. Zwar fehlte es daselbst nicht an Zeitungsartikeln und Aufrufen. Auch entwickelten die Frauen daselbst, in mannigfacher Beziehung eine rege Thätigkeit. Allein die Männer thaten nicht mehr, als sie gewissermaßen thun mußten. Während bereits am 9. Mai in Rastadt, Freiburg und den kleinen Garnisonsorten des Oberlandes die „Verbrüderung“ zwischen Bürgern und Soldaten geschlossen, während in Rastadt, Carlsruhe und Bruchsal am

13. bereits das alte Joch gebrochen worden war, regte man sich in Mannheim erst am 14. An diesem Tage wurde endlich eine größere Volksversammlung abgehalten, bei welcher Bürger und Soldaten sich vereinigten und sich gegenseitig versprachen, zur Erringung der vollen Freiheit und Wohlfahrt des Volkes einmüthig zusammenzuwirken. Nachdem zuerst Florian Mördes und dann ein Soldat, Namens seiner Kameraden gesprochen hatten, wurde ein Sicherheits-Ausschuß gewählt und dem Landesausschusse unbedingter Anschluß zugesagt.

Auf diese Weise war im Laufe weniger Tage die sämmtliche Mannschaft der verschiedenen Garnisonen des badischen Landes für die Volkssache gewonnen worden. Es fehlten nur noch diejenigen Truppen, welche unter der Anführung des Obrist Hinkeldey mit der großherzoglichen Familie ausgezogen waren. Von allen Seiten verfolgt, obgleich durch einige in den Reihen des Volkes dienende verrätherische Offiziere begünstigt, wurden sie bei Fürfelden im Würtembergischen von vereinigten Heidelberger und Sinsheimer Volkswehren erreicht, worauf die Soldaten nebst Pferden, Geschütz und Munitionswagen freiwillig nach Carlsruhe zogen und daselbst dem Landesausschusse den Eid der Treue leisteten. Zwei badische Geschütze, welche nach Neuenburg im Würtembergischen verbracht worden waren, wurden von da an die neuen badischen Behörden wieder ausgeliefert.

Siebenzehnter Abschnitt.

Der Landesausschuß und die Vollziehungsbehörde.
(Vom 14. Mai bis 1. Juni.)

Nachdem der Landesausschuß auf die Einladung des Gemeinderaths von Carlsruhe feierlich in Carlsruhe eingezogen war, eröffnete er seine Sitzungen im Rathhause daselbst. Wenige Stunden später und bevor noch Beschlüsse von einiger Erheblichkeit gefaßt worden waren, erschien Struve in dem Berathungszimmer der neuen obersten Landesbehörde. Er wurde von den um einen Tisch sitzenden Mitgliedern desselben, welche größtentheils alte Bekannte von ihm waren, die er seit längerer Zeit nicht gesehen hatte, sehr kalt empfangen. Man bot ihm keinen Platz am Berathungstische an und begrüßte ihn kaum. Nichtsdestoweniger wohnte er stehend den Verhandlungen des Ausschusses an. Als er erkannte, daß die Leute sich nicht zu helfen wußten, und sich über unbedeutende Gegenstände besprachen, statt die erforderlichen organischen Beschlüsse zu fassen, trat er vor und erklärte, vor allen Dingen müßten die verschiedenen Ministerien besetzt werden. Bevor dieses geschehen, sei eine geregelte Thätigkeit unmöglich. Nach einigem Widerstreben bequemte man sich dazu, und da man merken mochte, daß Struve's Rath dem Ausschusse

doch von Nutzen sein konnte, wurde er von einigen Mitgliedern aufgefordert, an dem Berathungstische Platz zu nehmen. Er erwiderte jedoch, daß er dieses nicht thun könne, bevor er nicht durch einen förmlichen Beschluß des Ausschusses zu einem Mitgliede dieser Behörde ernannt worden sein würde. Dieser Beschluß wurde hierauf sofort gefaßt, und Struve trat somit in den Landesausschuß ein. Da von der Volksversammlung zu Offenburg Brentano und Peter als die Gründer eines neuen Ministeriums bezeichnet waren, so konnte darüber kein Zweifel sein, daß diese beiden Männer in das neue Ministerium einzutreten hätten, und es fragte sich nun, welche Ministerien denselben zugewiesen werden sollten. Der Landesausschuß vereinigte sich bald dahin, Brentano an die Spitze des Ministeriums des Innern, Peter an diejenige des Justizministeriums zu berufen. Oberlieutenant Eichfeld, der Verfasser einer sehr tüchtigen kleinen Schrift „Volkswehr und stehendes Heer", ein von der alten Regierung schwer verfolgter Mann, welcher mit den Republikanern in mannigfaltigen Verbindungen gestanden war, wurde zum Kriegsminister ernannt. Für das Finanzministerium wurde von Struve der wackere Fickler vorgeschlagen. Dieser Vorschlag fand jedoch durchaus keinen Anklang; vielmehr wurde beschlossen, unter der Voraussetzung, daß Finanzministerialpräsident Hoffmann in Carlsruhe zurückgeblieben sei, diesem anzubieten, in seiner dienstlichen Stellung zu verharren. Der gerade anwesende Abgeordnete Sachs aus Mannheim wurde sofort beauftragt, die erforderlichen Verhandlungen mit dem genannten Staatsmann einzuleiten. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß derselbe gleich den übrigen Ministern des Großherzogs aus Carlsruhe entflohen sei. Es wurde hierauf Itzstein in Vorschlag gebracht. Endlich vereinigte man sich auf Goegg. Die auswärtigen Angelegenheiten sollten mit den innern vereinigt, also gleichfalls von Brentano geleitet werden. Die Zahl der Mitglieder des Landesausschusses wurde vermehrt, indem sämmtliche zu Offenburg

gewählte Ersatzmänner einberufen und überdieß außer Struve noch Barbo von Emmendingen, Damm von Tauberbischofsheim, Dragonerwachtmeister Hanneka, Thibaut von Ettlingen und Ziegler von Carlsruhe aufgefordert wurden, Sitz und Stimme in dem Landesausschusse einzunehmen. Das Verhältniß zwischen Landesausschuß und Vollziehungsbehörde sollte ungefähr dasjenige sein, welches zwischen einer konstituirenden Versammlung und dem Ministerium zu bestehen pflegt. Doch fand eine bestimmte Einigung über diesen Gegenstand nicht statt, obgleich manches darüber hin und her gesprochen wurde.

Die politische Haltung des Landes-Ausschusses gab sich durch die Wahl seiner Präsidenten wohl am deutlichsten zu erkennen. In der ersten Zeit wurde Junghanns aus Mosbach mit dem Vorsitze betraut, später Damm aus Tauberbischofsheim, welchem Fickler und Struve als Vicepräsidenten zur Seite standen. In der ersten Zeit wurden alle Geschäfte in einer einzigen Plenarversammlung abgemacht. Später wurden verschiedene Senate gebildet, in welche die Mitglieder des Landes-Ausschusses eingetheilt wurden. In diesen Senaten sollten alle minder wichtigen Angelegenheiten, in dem Plenum dagegen alle diejenigen verhandelt werden, welche in das Gebiet verschiedener Senate einschlügen, oder die Erlassung gesetzlicher Verfügungen bezweckten. In den ersten Tagen hielt der Landesausschuß seine Sitzungen im Rathhaussaale. Diese Räumlichkeit empfahl sich insbesondere dadurch sehr, daß der Verkehr des Landesausschusses mit dem Publikum dadurch sehr erleichtert wurde. Der Rathhaussaal, in welchem der Landesausschuß seine Sitzungen hielt, hat nämlich einen geräumigen Balkon, welcher auf den Marktplatz geht. Auf diesem war in der ersten Zeit immer eine Menge Menschen versammelt, welcher sofort vom Balkone herab alle wichtigen Mittheilungen gemacht werden konnten. Von dem Balkone wurden wiederholt Anreden an das Volk gehalten und die Beeidigung des Militärs vorgenommen. Später

verlegte der Landesausschuß seine Sitzungen in das Ständehaus, woselbst er allerdings mehr Raum und Bequemlichkeit hatte. Allein mit dieser Veränderung des Lokales wurde zu gleicher Zeit der innige Verkehr abgebrochen, welcher bis zu dieser Stunde mit dem Volke gepflogen worden war.

In dem Landes-Ausschusse hatten, bei seiner ursprünglichen Zusammensetzung, ebensowohl als bei seiner nachherigen Vermehrung die unentschiedenen und schwankenden Leute das Uebergewicht. Es kam daher in der Regel darauf an, welche entschiedene Mitglieder in den Sitzungen gerade anwesend waren. Je nachdem die Berathungen unter dem vorherrschenden Einflusse von Brentano, Torrent und Junghanns, oder aber unter demjenigen von Fickler und Struve stattfanden, boten dieselben einen ganz verschiedenartigen Charakter. Für die Fortschrittspartei war es ein großes Unglück, daß Fickler nicht gleich anfangs in Karlsruhe anwesend, und später sehr häufig in verschiedenen wichtigen Sendungen abwesend war.

Während in den Sitzungen des Landes-Ausschusses die Mitglieder häufig wechselten, in einer Sitzung nur sieben oder acht, in der andern über zwanzig Mitglieder anwesend waren, und folgeweise in der einen diese, in der andern jene Ansichten das Uebergewicht hatten, blieben die Mitglieder der Vollziehungsbehörde mit alleiniger Ausnahme des Kriegsministers, immer dieselben. Nicht selten gelang es den Anstrengungen Struve's und später als Fickler angekommen war, den vereinigten Anstrengungen dieser beiden Männer, den Landes-Ausschuß zu kräftigen Beschlüssen zu bestimmen. Da jedoch bisweilen schon am folgenden Tage die Zusammensetzung des Landes-Ausschusses eine wesentlich verschiedene war, so wurde, namentlich wenn Brentano mit Ungestüm darauf drang, ein bereits gefaßter Beschluß entweder gerade zurückgenommen, oder nachdem er offen angegriffen, oder insgeheim getadelt worden war, unbeachtet zur Seite gesetzt. Brentano war Vorstand des vereinigten Ministeriums der

der innern und auswärtigen Angelegenheiten, übte als Mitglied und Vorsitzender der Vollziehungsbehörde einen bestimmenden Einfluß auf die übrigen Mitglieder derselben aus, und konnte daher seiner Stimme im Landesausschusse eine dreifache Stärke verleihen. Allerdings gewann Struve dadurch, daß er den Sitzungen des Landesausschusses am regelmäßigsten beiwohnte, auf diesen einen erhöhten Einfluß. Allein da die Beschlüsse des Landesausschusses nur vermittelst der Vollziehungsbehörde eine unmittelbar praktische Wirksamkeit erhielten, so lag es immer wieder in der Macht der letzteren, diejenigen Beschlüsse des Landesausschusses, welche ihr nicht zusagten, mehr oder weniger unvollzogen zu lassen.

Gleich in den ersten Tagen erhob sich im Schooße des Landesausschusses ein Principienstreit über die Frage, nach welcher Eidesformel die Civilbeamten verpflichtet werden sollten. Auf den Antrag Struve's hatte der Landesausschuß beschlossen, die Eidesformel der Civilbeamten solle dieselbe sein, nach welcher die Soldaten theilweise schon beeidigt waren, theilweise aber noch beeidigt werden sollten. Brentano hatte dagegen darauf gedrungen, daß den Civilbeamten gestattet würde, den Eid in Gemäßheit der von den fürstlichen Ministerialräthen beliebten Formel zu leisten *). In dieser fand sich ausdrücklicher Vorbehalt in Betreff der bestehenden Verfassung, welcher der mannigfaltigsten Deutung fähig war, und den Civilbeamten daher eine Hinterthür eröffnete, durch welche sie zu jeder Zeit in die fürstlichen Dienste zurückkehren konnten. Außerdem

*) Diese Formel lautete wörtlich wie folgt:

„Ich verpflichte mich auf Ehre und Gewissen, unbedingt und ohne Rückhalt die Durchführung der Reichsverfassung mit allen meinen Kräften zu unterstützen und den Anordnungen des Landesausschusses für Baden, unbeschadet meiner auf die Landesverfassung geschehenen Verpflichtung, Folge zu leisten, so wahr mir Gott helfe und meine Ehre mir heilig ist."

wurde durch die Aufstellung einer verschiedenartigen Eidesformel für Civil und Militär eine Kluft zwischen diesen beiden Ständen künstlich geschaffen, und die Gefahr heraufbeschworen, unter denjenigen Soldaten, welche den Eid bereits geleistet hatten und denjenigen, welche erst noch beeidigt werden sollten, Zwiespalt zu erregen. Brentano war taub gegen alle diese Gründe und erklärte im Landesausschuß, nachdem dieser den Anträgen Struve's mit ansehnlicher Stimmenmehrheit beigepflichtet hatte, unter diesen Umständen sein Amt als Vorstand des Ministeriums des Innern und des Aeußern und als Mitglied der Vollziehungsbehörde niederzulegen, insofern der Landesausschuß auf dem, von ihm gefaßten Beschlusse beharren sollte. Diese Erklärung jagte den meisten Mitgliedern des Landesausschusses einen großen Schrecken ein, und veranlaßte sie ungeachtet des angstrengten Widerstrebens von Seiten Struve's, Stay's und einiger Anderen, ihren eben gefaßten Beschluß wieder umzustoßen, und die Vollziehungsbehörde zu ermächtigen, die Civilbeamten nach der von der Vollziehungsbehörde gewünschten Formel zu beeidigen. Die Folgen dieses Sieges Brentano's traten ungesäumt zu Tage. Der Landesausschuß verlor dadurch natürlich an Ansehen, während dasjenige Brentano's und der von ihm begünstigten reaktionären Civilbeamten stieg. Wie vorausgesagt worden war, weigerte sich auch sofort eine große Anzahl von Offizieren, welche früher dazu bereit gewesen waren, den Eid in der ursprünglichen Formel zu leisten.

Glücklicherweise war übrigens mittlerweile Fickler in Karlsruhe eingetroffen. Diesem kräftigen Manne gelang es, in Uebereinstimmung mit Struve, die urspüngliche Eidesformel wenigstens für den gesammten Soldatenstand aufrecht zu erhalten und die Versuche Brentano's mit den reaktionären Offizieren in Betreff der Eidesformel ein Abkommen zu treffen, aus dem Felde zu schlagen.

Ganz besonders auffallend war die Milde, mit welcher

die Vollziehungsbehörde die sämmtlichen badischen Offiziere behandelte, sowohl diejenigen, welche sich weigerten, unter den damaligen bedrängten Zeiten, dem Volke ihre Dienste zu leisten, als auch diejenigen, welche sich, wie Hinkeldey, dem Volke noch in den letzten Tagen feindlich gegenüber gestellt hatten, oder welche, nachdem sie theilweise dem Landesausschusse schon Treue geschworen hatten, nichts destoweniger ihre Fahnen verließen.

Daß die badischen Offiziere seit langer Zeit eine dem Volke feindliche Gesinnung zur Schau getragen, und namentlich bei Gelegenheit der ersten und zweiten Volkserhebung deutlich durch die That bekundet hatten, daß sie hauptsächlich durch ihre Rohheit und eiserne Strenge die Soldaten zum offenen Aufstande getrieben hatten, war allgemein bekannt. Nichts destoweniger wurde auch nicht ein einziger derselben zur Untersuchung und Strafe gezogen, ja, nachdem Manche derselben von Soldaten oder Volkswehrmännern zur Haft gebracht worden waren, wurden dieselben auf Anordnung der Vollziehungsbehörde der Haft entlassen. Ungeachtet die ganze waffenfähige Mannschaft Badens zur Vertheidigung des Landes aufgeboten worden war, erhielten die reaktionären badischen Offiziere dennoch Pässe in's Ausland. Auf diese Weise wurde das badische Volk der Gefahr preisgegeben, von denselben Offizieren, welche es zum Theil Jahrzehnde hindurch in Friedenszeiten ernährt hatte, im Augenblicke der Entscheidung nicht blos verlassen, sondern auch verrathen zu werden.

Mit der größten Anstrengung war es einzelnen Abtheilungen der Volkswehr gelungen, den Obristen Hinkeldey zur Haft zu bringen, nachdem er, was an ihm war, gethan hatte, dem Lande 16 Kanonen nebst Bespannung und Bedienung und einiger Reiterei zu entziehen. Ungeachtet des eifrigsten Widerstrebens Struve's setzte Brentano die Freilassung dieses den Bürgern nicht minder als den Soldaten verhaßten Offiziers durch. Major Hoffmann, wel-

cher bei der Verfolgung Hinkeldey's das Kommando in solcher Weise geführt hatte, daß die verfolgenden Truppen sich zum größten Theil auflösten, während die Verfolgten, welche leicht hätten eingeholt werden können, entkamen, wurde gleichfalls von der Vollziehungsbehörde freigegeben, ungeachtet er aus den eben angedeuteten Gründen von seinen eigenen Soldaten als Verräther in Karlsruhe war eingebracht worden.

Am 24. Mai rückten in Karlsruhe unter dem Befehle des Rittmeisters Glaubitz im Widerspruch mit den vom Kriegsminister erhaltenen Befehlen 170 Mann Dragoner ein. Die Offiziere derselben hatten unterwegs die bedenklichsten Drohungen gegen den Landesausschuß ausgestoßen. Die Reiterschaar selbst war auf Nebenwegen in überraschender Schnelle zu Karlsruhe eingetroffen. Bei der Stimmung der Bürgerschaft der Residenz lag der Gedanke sehr nahe, daß Rittmeister Glaubitz einen Handstreich auf den Landesausschuß beabsichtigt habe. Nichts destoweniger wollte Brentano von keinerlei, zur Sicherung des Landesausschusses und der durch ihn vertretenen Bestrebungen zu treffenden Maßregeln etwas wissen. Dieses Mal setzte jedoch Struve im Landesausschuß durch, daß die Offiziere jener Dragoner, 7 an der Zahl, nach Rastadt gefänglich abgeführt wurden. Sobald der Landesausschuß jedoch abgetreten war, ließ Brentano dieselben wiederum frei.

Vier Gegenstände waren wohl die wichtigsten, welche bei der damaligen Lage der Dinge betrieben werden mußten: 1) die Vereinigung Badens mit der Rheinpfalz zum Zwecke einer gemeinschaftlichen Vertheidigung; 2) die Kriegsrüstungen: 3) die Herbeischaffung der erforderlichen Geldmittel; 4) die Säuberung des Beamtenthums von allen reaktionären Elementen und die Unschädlichmachung der letzteren.

Was den ersten dieser 4 Punkte betrifft, so setzte Struve durch, daß bereits am 17. Mai ein vollkommen genügender Vertrag zwischen beiden Ländern abgeschlossen

wurde*); allein auch nicht eine einzige Bestimmung dieses Vertrages wurde von Seite der badischen Vollziehungsbehörde erfüllt. Das Brückengeld auf Brücken, welche Baden und Rheinpfalz verbanden, wurde nach wie vor erhoben, ungeachtet dasselbe nach jenem Vertrage sofort hätte abgeschafft werden sollen. Für die militärische Vereinigung beider Länder geschah durchaus nichts, ungeachtet sie in militärischer Beziehung nach dem genannten Vertrage nur ein Land bilden sollten. Das badische Kriegsministerium, welches zu dem gemeinschaftlichen beider Länder durch jenen Vertrag erhoben worden war, that auch nicht das Allergeringste, um die Rheinpfalz und zugleich mit dieser Baden selbst in einen kräftigen Vertheidigungszustand zu setzen. Die Einwohner von Rheinpfalz und Baden, welche nach dem genannten Vertrage in allen Beziehungen so ange-

---

*) Derselbe lautet wörtlich wie folgt:

Vertrag zwischen dem Landesausschusse von Baden und der provisorischen Regierung der Rheinpfalz.

Es wird folgender Vertrag abgeschlossen:

1) In militärischer Beziehung bilden Baden und Rheinpfalz ein Land.
2) Das badische Kriegsministerium wird für's Erste als das gemeinschaftliche beider Länder betrachtet.
3) Alles Brückengeld auf Brücken, welche Baden und Rheinpfalz verbinden, wird sofort abgeschafft. Die Entschädigung von privatrechtlichen Ansprüchen bleibt vorbehalten, und die Kosten der Unterhaltung und Wiederherstellung der Brücken werden für die Zukunft von beiden Ländern gemeinschaftlich und gleichheitlich getragen.
4) Die Einwohner beider Länder werden in allen Beziehungen so angesehen, als gehörten sie einem und demselben Staate an.

Karlsruhe, den 17. Mai 1849.

Der Landesausschuß:
Gorbel, Damm, rc.

Genehmigt — Kaiserslautern, den 18. Mai 1849 —
Die provisorische Regierung der Rheinpfalz:
Greiner, Hepp, Reichard.

sehen werden sollten, als gehörten sie einem und demselben Staate an, blieben sich ebenso ferne, als zur Zeit der königl. Bairischen und der großherzoglich Badischen Regierung. Zwar wurde später auf Struve's Antrag der Beschluß*) gefaßt, die Rheinpfalz aufzufordern, gleichfalls und zwar nach demselben Wahlgesetz mit Baden Abgeordnete in die konstituirende Landesversammlung zu schicken. Allein die Vollziehungsbehörde gab der provisorischen Regierung der Rheinpfalz nicht einmal Kenntniß von diesem Beschluße, so daß natürlich auch dieser ohne Wirkung blieb. Augenscheinlich fehlte es übrigens sowohl der badischen Vollziehungsbehörde als der rheinpfälzischen provisorischen Regierung durchaus an der erforderlichen Einsicht, um rasch eine Verbindung beider Staaten zu bewirken.**)

---

*) Dieser Beschluß lautete wirklich wie folgt:

„In Erwägung, daß die gegenwärtige Bewegung nicht allein eine spezifisch badische, sondern eine allgemein deutsche ist, beschließt der Landesausschuß:

1) Die provisorische Regierung der Rheinpfalz zu veranlassen, daß nach den Bestimmungen des badischen Wahlgesetzes auch Vertreter der Rheinpfalz zur konstituirenden Versammlung von Baden g schickt werden.

2) Alle deutschen Staaten, die sich der Bewegung anschließen, aufzuforden, ebenfalls Vertreter nach Karlsruhe zu senden.

Karlsruhe, den 29. Mai 1849.

**) Was hätte geschehen müssen, um diese Verbindung zu bewirken, deutet der nachfolgende Artikel an:

Die Vereinigung von Baden und der Rheinpfalz.

Eine der wichtigsten Aufgaben der provisörischen Regierung von Baden besteht unzweifelhaft darin, die bereits geschlossene militärische Union Badens mit der Rheinpfalz in das wirkliche Leben einzuführen und die politische Verbindung beider Länder zu vermitteln. In Betreff der militärischen Union beider Staaten ist im Laufe von mehr als 14 Tagen, seit dieselbe auf dem Papier abgeschlossen wurde, von beiden Seiten so gut als nichts geschehen. Dieselbe kann nicht in's wirkliche Leben eintreten, bevor nicht die höchsten Militärbehörden beider Staaten eine vollständige Kenntniß der gegenseitigen militärischen

Jedermann erkannte, daß das Schicksal der Rheinpfalz und theilweise auch dasjenige Badens von dem Besitze der Festungen Landau und Germersheim abhänge. Wiederholt wurde daher von der Vollziehungsbehörde verlangt, daß sie alle Kräfte anstrenge, um diese Festungen der königlich bairischen Regierung zu entreißen. Allein alle Bitten, alle

---

Verhältnisse besitzen. Ohne eine solche ist eine kräftige Zusammenwirkung unmöglich. Allein weder die badische noch die rheinpfälzische oberste Militärbehörde besitzt irgend umfassende Kenntniß von den militärischen Zuständen des andern Landes. Ja über die militärischen Zustände des eigenen Landes fehlt es da und dort noch sehr an Klarheit.

Auch die politische Union beider Staaten setzt manche Vorarbeiten voraus. Dahin rechnen wir namentlich die Verständigung über folgende Fragen:

1) wo soll der Sitz der gemeinschaftlichen Regierung von Baden-Rheinpfalz sein?
2) welche Behörden sollen als Centralbehörden beider Länder betrachtet werden?
3) auf welche Weise sollen diese gemeinschaftlichen Centralbehörden gebildet werden?

Die Antwort auf diese Fragen ist unseres Erachtens:

Zu 1) fürs erste Karlsruhe, so bald als möglich aber Mannheim;

Zu 2) Diese Behörden sind:
- a. die provisorische Regierung;
- b. sämmtliche Ministerien, nebst den verschiedenen Sektionen derselben;
  - aa. auswärtige Angelegenheiten und Gesandtschaften;
  - bb. oberste Kirchen- und Schulbehörde;
- c. die konstituirende Landesversammlung.

Zu 3) a. Die Rheinpfalz ernennt zwei Mitglieder, welche Sitz und Stimme im Schooße der provisorischen Regierung des gemeinschaftlichen Landes Baden-Rheinpfalz (Oberrhein) nehmen;
- b. die provisorische Regierung der Rheinpfalz ernennt so viele Beamte in sämmtliche badische Ministerien nebst den verschiedenen Sektionen derselben, als erforderlich sind, um dieselben um die Hälfte ihrer jetzigen Zahl zu vermehren. Ueber das Ober-

Mahnungen, blieben unberücksichtigt. Erst nachdem die Preußen schon in die Rheinpfalz eingerückt waren, wurden einige Geschütze nebst einiger Linieninfanterie von Karlsruhe gegen Landau abgesandt. Sechs Wochen früher hätten Landau und Germersheim, bei einer geeigneten Machtentwicklung von badischer Seite, ohne Zweifel errungen werden können; denn damals war die Stimmung der Garnison in beiden Festungen der Volkssache entschieden günstig und nur die Furcht, ihre Einstandskapitalien zu verlieren, hielt die Mehrzahl der Soldaten ab, zum Volke überzugehen. Die badische Vollziehungsbehörde that für die Rheinpfalz nichts, als daß sie nach vielen mühsamen Unterhandlungen 8 Stück Geschütze, welche nicht in der besten Beschaffenheit waren, an sie verkaufte. Eine Anleihe von 60,000 fl. welche von der Rheinpfalz auf's nachdrücklichste verlangt worden war, kam nicht zu Stande, ungeachtet sich Struve alle erdenkliche Mühe gab, sie durchzusetzen. Die Folge davon war, daß es der rheinpfälzischen provisorischen Regierung, welche die Kassen des Landes nicht, wie die badische, wohlgefüllt, sondern durchaus leer gefunden hatte, an den erforderlichen Mitteln fehlte, sich im eigenen Lande Geld zu verschaffen und folgeweise den Kriegsrüstungen Nachdruck zu geben. So zeigte die Vollziehungsbehörde in allen Dingen die größte Engherzigkeit. Dennoch war es klar, daß wenn die Volkserhebung gelang, es der

kommando des Kriegsheeres haben sich beide Theile schon verständigt.

Wenn sich die obersten Behörden von Baden und Rheinpfalz nicht die Mühe geben, sich über diese Einzelnheiten zu verständigen, so wird die militärische und die politische Union Badens ein Traum bleiben. Leider fehlt es aber, wie es scheint, beiden Staaten an Männern, welche sich die Mühe geben, im Strudel der Revolution die Verhältnisse etwas tiefer zu erfassen. Diejenigen Männer aber, welche sich mit Redensarten nicht begnügen und auf eine gründlichere Geschäftsbehandlung dringen, werden nicht selten unbequem gefunden und zur Seite geschoben.

Rheinpfalz leicht würde, die ihr geleisteten Dienste doppelt und dreifach zu erwidern, und wenn sie unterging, die in Rede stehenden 60.000 fl. für das Volk in Baden von keiner Bedeutung waren.

Die Kriegsrüstungen konnten unmöglich mit Kraft betrieben werden, so lange das Kriegsministerium nicht tüchtig besetzt war. Eichfeld entsprach den in ihn gesetzten Erwartungen keineswegs. Er besaß nicht einmal soviel Organisationstalent, um zu erkennen, wer vor allen Dingen das von seinen Mitgliedern verlassene Kriegsministerium neu zu besetzen habe. Während seiner Amtsführung geschah daher im Kriegsministerium so gut als Nichts. Nach seinem Abgange zum Heer, welcher wenige Tage nach seiner Ernennung zum Kriegsminister erfolgte, ließ Eichfeld den Oberlieutenant Mercy als Stellvertreter zurück; auch dieser ließ das Kriegsministerium vollkommen brach liegen. Sigel, welcher auf Mercy folgte (den 25. Mai), war zu kurze Zeit in Carlsruhe, als daß er etwas Nennenswerthes hätte leisten können. Der Versuch, welchen er übrigens machte, durch Beschäftigung Raveaux's, Schlöffel's und Struve's dem Kriegsministerium eine erhöhte Thätigkeit möglich zu machen, scheiterte an dem Widerstande Brentano's. Als nun aber vollends gar Mayerhofer an die Spitze des Kriegsministeriums gebracht und von Brentano auf's nachdrücklichste unterstützt wurde, da verschwand jede Hoffnung, daß durch dieses Ministerium die Sache des Volkes würde gefördert werden. Die Aufgabe des Kriegsministeriums war es, in Gemäßheit der Bestimmungen der Offenburger Volksversammlung die Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr so rasch und durchgreifend als möglich einzuführen, für den erforderlichen Kriegsbedarf, die Verpflegung und Besoldung des Heeres zu sorgen, und sich mit den übrigen Ministerien über alle, den Krieg fördernden Maßregeln zn benehmen. In allen diesen Beziehungen geschah vom Kriegsministerium durchaus nichts. Diejenige Thätigkeit, welche in kriegerischer Beziehung entfaltet wurde,

ging theilweise von dem Oberkommandanten der Volkswehr, dem wackern, jedoch vielfach gehemmten Johann Philipp Becker, von dem Volke selbst, oder einzelnen kraftvollen Offizieren, Civil- und Militärcommissären aus.

Ein besonders wichtiger Gegenstand war die Verproviantirung und Besetzung von Rastadt. Denn was für die Rheinpfalz Landau und Germersheim, war für Baden Rastadt. Allein ungeachtet der Landesausschuß Kriegssenat in dieser Beziehung mehrere dringende Beschlüsse faßte, und das Kriegsministerium auch ohne diese dafür zu sorgen gehabt hätte, so blieb es auch dieser wichtigen Festung gegenüber in vollkommener Unthätigkeit.

Gleich in einer der ersten Sitzungen des Landesausschusses hatte Struve darauf hingewiesen, daß es Noth thue, bei Zeiten ausreichende Geldmittel herbeizuschaffen. Er bemerkte wiederholt, die Regierung habe über 400 Millionen Gulden (an Domänen, Kirchengut, Gemeindegut und dem Vermögen sämmtlicher Reaktionäre) zu verfügen, es komme nur darauf an, daß sie dieselben flüßig mache. Er setzte auch durch, daß dem Finanzminister Goegg aufgegeben wurde, mit möglichster Beschleunigung die Ausgabe von Papiergeld zu veranstalten. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Finanzminister, für die nächsten sechs Wochen werde der vorgefundene Baarvorrath ausreichen und vor Ablauf dieser Zeit werde das bereits in der Anfertigung begriffene Papiergeld ausgegeben werden können. Dessenungeachtet war nach mehr als sechs Wochen noch für keinen Kreuzer Papiergeld fertig. So scheiterte auch diese Maßregel nicht an der Unthätigkeit des Landesausschusses, sondern an der Unfähigkeit der Vollziehungsbehörde. Im ganzen Gebiete des Finanzwesens wurde auch nicht eine einzige revolutionäre Maßregel getroffen. Man begnügte sich vollkommen mit dem alten Schlendrian. Mit diesem konnte man natürlich den vereinten Finanzkräften sämmtlicher fürstlichen Regierungen Deutschlands nicht die Spitze bieten.

Die neuernannten Vorstände der Ministerien der Justiz, der Finanzen und des Innern behielten das ganze Personal der alten Zeit bei; während die wechselnden Vorstände des Kriegsministeriums, dessen Räthe sämmtlich entflohen waren, dasselbe mit neuen tüchtigen Kräften nicht wieder besetzten. Das wichtigste Ministerium, dasjenige, von welchem unmittelbar die Rettung der Volkssache abhing, war aus Mangel an schaffenden Kräften, abgesehen von der Person des Vorstandes, schon unfähig etwas Tüchtiges zu leisten. Die Ministerien der Justiz, der Finanzen und des Innern konnten aber für die Volkssache nicht arbeiten, weil das ganze Personal derselben, vom ältesten Ministerialrath bis hinab zum jüngsten Gensdarmen und Polizeidiener durchaus reaktionär war. Vergebens hatte Struve im Landesausschuß den Beschluß durchgesetzt, es sollten die gefährlicheren Beamten sämmtlich verhaftet, die minder gefährlichen wenigstens ihrer Dienste enthoben werden. Auch dieser, wie so viele andere Beschlüsse des Landesausschusses, blieb unvollzogen. Wiederholt hatte Struve darauf gedrungen, es sollten 500 der schlimmsten Volksverräther in die Kasematten von Rastadt gebracht werden. Wäre dieses geschehen, und wäre Rastadt auf ein Jahr verproviantirt und mit der erforderlichen Garnison versehen worden, so wäre von vorne herein die Stellung des badischen Volkes eine Achtung gebietende geworden. Allein mit sehr wenigen und bedeutungslosen Ausnahmen blieben sämmtliche Reaktionäre in ihren Aemtern. Natürlich warteten sie nur des Augenblicks, das Volk von neuem zu verrathen. Dieser Augenblick kam gar bald. Denn da der Großherzog mit seinen Ministern in nächster Nähe der badischen Gränzen sich aufhielt, so verblieb sämmtlichen Reaktionären des Landes ein Centralpunkt, von welchem sie ihre geheimen und öffentlichen Weisungen erhielten, und an welchen sie ihre Berichte einsandten. Die Reaktionäre verbreiteten die Regierungsblätter des vertriebenen Großherzogs unter den Augen der Vollziehungsbehörde, ohne daß auch nur ein einziger zur

Rechenschaft oder Strafe gezogen worden wäre. Das Aeußerste, was geschah, war, daß man einige Briefe, welche zwischen den innern und äußern Feinden des Volkes gewechselt wurden, auffing. Allein weiter wagte man nicht zu gehen. Selbst wenn man die Beweise eines volksfeindlichen Briefwechsels in den Händen hatte, schritt man nicht ein. So war z. B. dem Minister Brentano ein Schreiben des Rittmeisters Schüler an einen der Markgrafen von Baden ausgeliefert worden, aus welchem man ersah, daß dieser in Carlsruhe und im Palaste der Markgrafen zurückgebliebene fürstliche Diener seinen Herren genauen Bericht über alles erstattete, was in Carlsruhe vorging, und die Interessen derselben fortwährend vertrat. Nichts destoweniger ließ man denselben ruhig und unangefochten in der fürstlichen Wohnung.

Der Landesausschuß hatte einige Versuche gemacht, in die Verwaltung unmittelbar einzugreifen, um derselben mehr Nachdruck und Thatkraft zu verleihen. In diesen Fällen beschwerten sich aber die Mitglieder der Vollziehungsbehörde, zumal Brentano, bitterlich, erklärten, daß wenn der Landesausschuß fortfahre, sich derartige Eingriffe zu erlauben, eine geregelte Verwaltung unmöglich sei, und bewirkten, daß der Beschluß gefaßt wurde, hinfüro werde sich der Landesausschuß jedweder unmittelbaren Verwaltungshandlungen enthalten. Das einzige, was daher im Landesausschuß geschehen konnte, um mehr Thatkraft in die Verwaltung zu bringen, war, in allgemeinen Ansprachen an das Volk oder einzelne Theile desselben zur Thatkraft anzuregen *), einzelne Fälle, da die Vollziehungsbehörde

---

*) Einige dieser Ansprachen, deren Verfasser Struve war, lasse ich hier folgen:

An das deutsche Volk!

Die Tyrannen Deutschlands haben die Maske abgeworfen. Der König von Preußen hat nicht bloß den Freiheitsbewegungen Deutschlands überhaupt, sondern namentlich auch der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt offen den Krieg erklärt.

unthätig gewesen war, zu besprechen, und derselben diesen oder jenen Beschluß zu empfehlen. Dieses geschah denn auch in reichem Maaße. Allein der Gang der Geschäfte wurde dadurch nicht wesentlich gebessert,

---

Am Sitze der Centralgewalt hat ein Ministerium die Zügel der Regierung in die Hände genommen, dessen Ernennung die Nationalversammlung selbst für einen Hohn gegen das deutsche Volk erklärt hat.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Nationalversammlung mit Waffengewalt gesprengt werden soll. Bei dieser drangvollen Lage des deutschen Vaterlandes fanden sich heute die drei Abgeordneten der Nationalversammlung: Raveaux aus Preußen, Trützschler aus Sachsen, Erbe aus Altenburg in unserer Mitte ein und verlangten Schutz des badischen Volkes gegen die zum Umsturze der Reichsverfassung verbündeten Mächte. —

Deutsche Brüder! der Augenblick der Entscheidung ist gekommen. Wir dürfen nicht länger zögern, soll nicht auch den bisher unverwüstet gebliebenen Theilen Deutschlands das Loos von Wien und Dresden zu Theil werden.

Wir dürfen die letzten Vorkämpfer der Freiheit im Schooße der Nationalversammlung dem Grimme unserer gemeinsamen Feinde nicht preisgeben. Wir müssen ihnen Hülfe senden, so weit unsere Kräfte reichen. Das Volk Badens hat sich erhoben, die Soldaten sind aufgestanden, um Deutschlands Freiheit, Einheit und Größe zu erkämpfen. In wenigen Tagen schon kann der Kampf beginnen. — Unser gemeinsamer Schlachtruf wird sein:

Tod den verbündeten Tyrannen! Es lebe ein großes, ein einiges, ein freies Deutschland!

Karlsruhe, den 19. Mai 1849.

Der Landesausschuß von Baden:
Bannwarth, Corbel, Damm, Degen, Fickler, Happel, Hannecka, Hoff, Junghanns, Kiefer, Rehmann, Richter, Ritter, Rotteck, Stay, Steinmetz, Struve, Thiebaut, Torrent, Werner, Wernwag, Ziegler.

Die Vollziehungsbehörde:
Brentano, Peter, Goegg, Eichfeld.

Die Reichstagsabgeordneten:
Raveaux, Trützschler, Erbe.

weil in einer Revolution nur unmittelbare Einwirkungen von Bedeutung zu sein pflegen. Der Landesausschuß hielt Sitzungen des Vormittags und Nachmittags. Er arbeitete überhaupt mit gutem Willen. Allein er ver-

---

Soldaten, deutsche Brüder!

Ihr habt Euch losgesagt von Euerer volksfeindlichen Regierung, weil Euer Rechtsgefühl und Euer Freiheitsmuth nicht länger den schweren Druck ertragen konnte, welcher auf Euch gleich wie auf dem gesammten deutschen Volke lastete. Ihr habt gelobt, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten. Der Augenblick ist gekommen, Euer redliches Versprechen zu erfüllen. Ein verrätherischer Bund, an dessen Spitze der König von Preußen steht, geht mit dem Plane um, die Nationalversammlung mit Gewalt zu sprengen. Bereits haben zu diesem Zwecke verschiedene Truppenmärsche stattgefunden. Bei dieser Bedrängniß sind die Abgeordneten der Nationalversammlung, Raveaux aus Preußen, Trützschler aus Sachsen, Erbe aus Altenburg in unserer Mitte erschienen, mit der Bitte um Schutz für die gefährdete deutsche Nationalversammlung.

Wir haben ihnen im Bewußtsein des von dem Volke erhaltenen Auftrags unsern kräftigsten Beistand zugesichert.

An Euch, Soldaten und deutsche Brüder, ist es, unsern Worten Nachdruck zu geben. Der Kampf, den wir kämpfen, ist ein guter Kampf. Eure Väter, Eure Brüder, Eure Schwestern nehmen Theil an demselben. Ihre Gedanken folgen Euch in die Schlacht, und ihr heißes Gebet zu Gott steht Euch zur Seite. Voran denn auf der Bahn der Freiheit! Vorwärts zum Schutze des deutschen Vaterlandes! Der Sieg ist unser, denn unsere Sache ist gerecht!

Karlsruhe, den 19. Mai 1849.

Der Landesausschuß von Baden:
Bannwarth, Cordel, Damm, Degen, Fickler, Happel, Hannecka, Hoff, Junghanns, Kiefer, Rehmann, Richter, Ritter, Rotteck, Stay, Steinmetz, Struve, Thiebaut, Torrent, Werner. Wernwag, Ziegler.

Die Vollziehungsbehörde:
Brentano, Peter, Goegg, Eichfeld.

Die Reichstagsabgeordneten:
Raveaux, Trützschler, Erbe.

blieb von Anfang bis zum Ende in der Abhängigkeit von Brentano. Die wiederholten Versuche Struve's, tiefer eingreifende revolutionäre Beschlüsse durchzusetzen, scheiterten alle an dem Widerstreben der Vollziehungsbehörde und der überwiegenden Mehrheit des Landesausschusses. Einige Abänderungen der Gemeindeordnung, ein freisinniges Preß-

---

An das badische Volk.

Kaum haben die volksfeindlichen Minister, Dusch, Bekk, Hoffmann und v. Stengel, Baden und Deutschland verlassen, nachdem sie unser geliebtes Vaterland, soweit es an ihnen lag, in Verwirrung gebracht, so beginnen sie, vom Auslande her neue Ränke zu schmieden und Zwietracht zu säen. Sie senden Spione und Verräther aus, erlassen Proklamationen, welche sie heimlich unter dem Volke verbreiten, und bedrohen auf diese Weise die durch den Landesausschuß und das Volk selbst wiederhergestellte Ordnung. Dieselben Minister, welche solange dem ausgesprochenen Willen des Volkes Hohn gesprochen hatten, wenden sich nun im Widerspruch mit allen ihren früheren volksfeindlichen Handlungen in schmeichlerischer Weise an das badische Heer, um dasselbe zur Rückkehr unter das alte Joch zu bestimmen.

Nicht eine Verkettung unglücklicher Ereignisse, sondern eine Verkettung unvereinbarlichster Verhöhnungen des Volkswillens hat jene Aufregung im Volke von Baden hervorgerufen, welcher die ehemaligen Minister entgegenzutreten nicht vermochten, und in Folge deren sie das Land verließen. Die landesflüchtigen ehemaligen Minister behaupten, Empörer, die an dem Vaterlande Verrath üben, versuchten es, eine ungesetzliche Regierung zu errichten. Es ist dieses eine offenbare Unwahrheit. Die Wahrheit ist, daß die durch das Volk bezeichneten Männer des Vertrauens die Zügel der Regierung ergriffen, um das Land vor den Gefahren der Anarchie zu bewahren. Sie beriefen sofort die von dem Volke verlangte constituirende Versammlung, welche über die künftige Verfassung Badens entscheiden wird.

Das badische Volk ist sich seiner Zwecke zu klar bewußt, um sich durch die Ränke der entflohenen Minister täuschen zu lassen, und das badische Heer hat zu schwer gelitten, um jemals die alte Tyrannei wieder ertragen zu können. Der Landesausschuß und die Vollziehungsbehörde sind wachsam. Es wird den Bedrückern des Volkes nicht gelingen, dieses und das Heer

gesetz und eine Verfügung, betreffend die Gehalte und die Pensionen der Staatsdiener, war so ziemlich alles, was von der gesetzgeberischen Thätigkeit des Landesausschusses erwähnt zu werden verdient. Im Gemäsheit der Beschlüsse der Offenburger Volksversammlung vom 13. Mai wurde bereits den 14. Mai vom Landesausschuß beschlossen, die

---

Badens unter das alte Joch zurückzubringen. Brüder in Baden aller Stände, schaart Euch um uns! haltet fest zu uns und glaubt nicht den trügerischen Worten der durch die Entrüstung des gesammten badischen Volkes gebrandmarkten und landesflüchtigen ehemaligen Minister! Kehrten sie zurück in unser Land, so würde dieses das Loos von Wien und Dresden theilen. Die schönen Worte, welche jene Leute machen, würden bald vergessen, Verfolgung und Elend bald unser Loos sein.

Vorwärts auf der Bahn des Rechtes. Hinter uns liegt die Knechtschaft, vor uns die Freiheit.

Vorwärts, und unser Vaterland wird einig, frei und groß sein.

Karlsruhe, den 20. Mai 1849.

Der Landesausschuß.
Die Vollziehungsbehörde.

An Deutschlands Krieger!

Der blutdürstige, verrätherische Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, welcher sich in den Märztagen 1848 vor den Leichen der von ihm hingemordeten Bürger beugte, nachdem er vom Volke besiegt worden war, erhebt sein Haupt jetzt wieder stolzer als jemals. Der Freiheit Deutschlands hat er den Krieg auf Tod und Leben erklärt; die Reichsverfassung hat er mit Füßen getreten. Schon büßten die Sachsen schwer für ihre Verfassungstreue, auch Rheinpreußen und das südliche Deutschland sollen durch preußische Waffen niedergehalten werden. Derselbe König, welcher seinem Volke auf die blutigste Weise wiederholt die Treue gebrochen, verlangt von seinen Soldaten Treue und blinden Gehorsam.

„Soldaten, deutsche Brüder! Die Zeiten des blinden Gehorsams gegenüber einem blutdürstigen Tyrannen sind vorüber. Bürger und Soldaten sind zum Bewußtsein ihrer ewigen und unveräußerlichen Rechte gelangt. Das badische Heer hat dem gesammten Soldatenstande Europa's ein großartiges Beispiel gegeben. Es hat einmüthig erklärt, das Blut seiner Väter

beiden Kammern aufzulösen und sofort eine konstituirende Versammlung einzuberufen. Dieser wurde anheimgegeben, die Zukunft des badischen Landes zu regeln. Der Landesausschuß bedachte nicht, daß diese bereits untergraben sein könnte, bevor die erst zu wählende Versammlung sich vereinigt haben würde. Statt mit revolutionärer Energie

---

und Brüder nicht vergießen zu wollen, sich nicht gebrauchen zu lassen zum Schergen der Tyrannei. Das badische Heer hat aus seinen Reihen diejenigen Führer entfernt, welche die Rechte des Volkes mit dem Schwerte in der Hand bekämpften, und an deren Stelle Offiziere erwählt, welche bereit sind, Volk und Soldatenstand zu einem großen Bunde der Freiheit zu vereinigen.

Soldaten, deutsche Brüder! folget dem hochherzigen Beispiele des badischen Heeres. Höret auf, das Volk, dem ihr mit den heiligsten Banden der Natur angehört, zu bekämpfen; duldet nicht in Euerer Mitte die Feinde des Volkes, welche auch die Eurigen sind! Höret nicht auf die Stimme eines blutdürstigen und verrätherischen Königs, höret auf die Stimme des Volkes: zerbrecht Euer Joch und mit diesem zugleich die Ketten des deutschen Vaterlandes!

Karlsruhe, den 21. Mai 1849.

Der Landesausschuß von Baden:
Bannwarth, Cordel, Damm, Degen, Fickler, Happel, Hännecka, Hoff, Junghanns, Kiefer, Rehmann, Richter, Ritter, Rotteck, Stay, Steinmetz, Struve, Thiebaut, Torrent, Werner, Wernwag, Ziegler.

Die Vollziehungsbehörde:
Brentano, Peter, Goegg, Eichfeld.

Badische Krieger!

Ihr habt dem gesammten Volke Deutschlands und allen Heeren Europa's ein großartiges Beispiel gegeben. Ihr habt das Joch zerbrochen, das seit Jahrhunderten auf dem Soldatenstande lastete. Ihr habt Euch selbst befreit vom unerträglichen Drucke und zu gleicher Zeit dem gesammten deutschen Volke die Bahn der Freiheit gebrochen. Das Vaterland ist Euch zu tiefem Danke verpflichtet. Doch ist nur der erste Schritt gethan,

die Feinde zu bekämpfen, die schwankenden Freunde aber zu nöthigen, eine bestimmte Partei zu ergreifen, wollten es die Mitglieder der Vollziehungsbehörde und den meisten Mitgliedern des Landesausschusses mit keinem Menschen „verderben." Die meisten dieser Leute thaten sich darauf gar viel zu gut, daß Person und Eigenthum gesichert seien, daß die Beschlüsse ihren regelmäßigen Gang gingen und daß überhaupt im Badischen alles „gesetzlich" sei. Der Großherzog, sagten sie, sei entflohen, der Landesausschuß von dem Gemeinderath in Karlsruhe selbst eingeladen worden, die Zügel der Regierung zu ergreifen, — also sei alles in der Ordnung. Vergeblich machte Struve diese Gesetzlichkeitsphantasten lächerlich; vergeblich sagte er ihnen, sie seien nach dem Gesetzbuche der Reaktion so gut als er

---

um zu einem freien, einigen und großen Deutschland zu gelangen. Der Preußen König zieht seine Truppen zusammen, um auch im südlichen Deutschland wie im Norden, die Freiheit zu erdrücken.

Bald schon kann der Kampf mit dem Tyrannen beginnen. Der Sieg wird unser sein, wenn zu der Begeisterung für Freiheit, Recht und Vaterland, welche Euere männliche Herzen durchglüht, die festgeschlossene Ordnung hinzutritt, welche keinem Stande mehr Noth thut, als dem Stande der Krieger.

Das alte Joch des blinden Gehorsams stolzen Führern gegenüber ist auf immer gebrochen. Allein der selbstbewußte Gehorsam gegenüber den freigewählten Männern des Vertrauens bildet die nothwendige Voraussetzung militärischer Ordnung.

Soldaten, deutsche Brüder! Nur durch genaue Beobachtung militärischer Ordnung kann der Krieger seine Aufgabe erfüllen. Soldaten! Ihr werdet die Schmähungen, welche die Feinde der Freiheit gegen Euch, wie gegen uns ausstreuen, durch die That widerlegen. Wie Ihr groß waret im Kampfe gegen Eure und unsre gemeinschaftlichen Feinde, so werdet Ihr auch groß sein nach errungenem ersten Siege durch treue Pflichterfüllung. Ein begeistertes, wohlgeordnetes Freiheitsheer ist unüberwindlich.

Karlsruhe, den 21. Mai 1849.

Der Landesausschuß.
Die Vollziehungsbehörde.

Hochverräther, und würden, ungeachtet der schönsten Reden über Gesetzlichkeit, welche sie halten möchten, standrechtlich behandelt werden, falls die Volkssache unterläge. Die revolutionäre Energie fehlte durchaus der Vollziehungsbehörde und war sehr schwach im Landesausschusse. Nur durch großartige Volksbewegungen hätte dieser Mangel einigermaßen ersetzt werden können. Allein solche waren bei dem Drange der täglichen Geschäfte nicht zu Stande zu bringen. Jede Revolution, welche nicht an revolutionären Kräften reißend zunimmt, geht unter. Es mußte daher die badische Revolution mit aller Macht nach der Vermehrung ihrer revolutionären Kräfte streben, sich bemühen, die engen Gränzen des badischen Landes zu überschreiten und überall in Deutschland Anhänger und Freunde zu werben. Dieses war nur möglich, wenn man die nichtbadischen Revolutionäre an sich zog und in Thätigkeit setzte. Eine badische Revolution konnte nicht gelingen. Es handelte sich darum, aus derselben eine deutsche zu machen. Allein nach diesen Grundansichten handelten die Mitglieder der Vollziehungsbehörde und die Mehrheit der Mitglieder des Landesausschusses keineswegs. Zwar wurde einigen Mitgliedern der Nationalversammlung gestattet, an den Berathungen des Landesausschusses Theil zu nehmen. Allein dadurch wurde in der That nichts gewonnen, da ihnen nicht ein bestimmtes Feld der Thätigkeit angewiesen wurde. Tzschirner, Martiny, Schlöffel Vater und Sohn, Heinzen, Fröbel und viele andere Männer von Verdienst, welche nach Carlsruhe gekommen waren, um dort für die Sache des Volkes zu wirken, wurden wenig oder gar nicht beachtet, theilweise vor den Kopf gestoßen, ja selbst wie Martiny, mit polizeilicher Ausweisung bedroht, oder wie Schlöffel Sohn auf's schwerste gekränkt. Der Antrag Struve's, tüchtige Deutsche, Nicht-Badener, auch auf die Candidatenliste der constituirenden Versammlung zu setzen, oder denselben durch Verleihung des Staatsbürgerrechts den Weg zur Candidatur zu eröffnen, wurde mit großer Mehrheit verworfen.

Die entschiedenen Republikaner wurden bei jeder Gelegenheit von der Vollziehungsbehörde, und namentlich von Brentano zurückgesetzt, während Leute von unentschiedener Gesinnung von demselben bevorzugt wurden. So wurden namentlich sehr viele schwache und unentschlossene Menschen zu Civil- und Wahlcommissären ernannt, und die wenigen thatkräftigen wurden bei jeder Gelegenheit von oben herab desavouirt. Insbesondere bildete Carl Blind die Zielscheibe des Zornes Brentano's. Fast jeden Tag brachte der Minister des Innern in eigener Person Klagen gegen diesen ebenso arbeitstüchtigen als thatkräftigen jungen Mann vor den Landesausschuß, welcher sehr geneigt war, dieselben anzuhören. Struve hatte Mühe, seinen Freund vor unmittelbar verletzenden Beschlüssen zu schützen und konnte nur bewirken, daß eine Untersuchungs-Commission niedergesetzt wurde, welche die angeblichen Vergehungen Blind's ermitteln sollte. Diese ermittelte allerdings, daß nichts zu ermitteln gewesen war. Nichts destoweniger blieb der Widerwille Brentano's gegen Blind bestehen. Unter diesen Umständen nahm Carl Blind nicht ungern die Stelle eines Gesandtschaftssekretärs in Paris an, zu welcher ihn Struve vorgeschlagen hatte, weil er kein anderes Mittel sah, ihn gegen die üble Laune Brentano's sicher zu stellen. Die Sitzungen des Landesausschusses wurden mittlerweile immer unerquicklicher. Sehr häufig waren die Mitglieder der Vollziehungsbehörde bei denselben nicht anwesend und griffen hinterher dessen Beschlüsse an. Wartete man auf die Minister, so ging viele Zeit unnütz verloren. Allgemein empfand man, daß der Landesausschuß und die Vollziehungsbehörde unmöglich lange noch zusammen arbeiten können. Brentano ging in seinem Uebermuthe so weit, daß er einmal im Landesausschusse geradezu erklärte, er sei Mannes genug, erforderlichen Falles den ganzen Landesausschuß verhaften zu lassen. Als er hierüber namentlich von Fickler auf das entschiedenste zur Rede gestellt wurde, so hatte er die Stirne, geradezu abzuläugnen, was er in Gegenwart von beiläufig

vierzehn Männern ausgesprochen hatte. Fickler drohte bei dieser Gelegenheit ohne weiteres von Karlsruhe abzureisen, um in dem Seekreise zu wirken. Mit Mühe wurde der Streit beigelegt, welcher übrigens in den Gemüthern aller tiefer blickenden Männer höchst unangenehme Gefühle zurückließ. Auch dieser Vorfall war nicht im Stande, den blinden Verehrern Brentano's im Landesausschusse die Augen zu öffnen. Er hatte vielmehr nur die Folge, die Auflösung des Landesausschusses zu beschleunigen.

Achtzehnter Abschnitt.

Die provisorische Regierung.
(Vom 1. bis 10. Juni.)

Zur Zeit, da die provisorische Regierung gewählt werden sollte, gab es im liberalen Lager des Landes Baden noch nicht zwei geschiedene Parteien. Nichts destoweniger umfaßte die Fortschrittspartei bereits die Elemente der beiden Fraktionen, welche sich bald bestimmter gestalten sollten. Von Anfang an hatte Struve im Landesausschuß auf durchgreifende revolutionäre Maßregeln angetragen. Seine Anträge wurden jedoch theils im Landesausschuß verworfen, theils durch die Vollziehungsbehörde stillschweigend beseitigt, indem sie den Vollzug der betreffenden Beschlüsse unterließ. Zur Bildung zweier bestimmter Parteien gelangte man jedoch nicht, theils weil man allgemein fühlte, es sei durchaus nothwendig, fest zusammen zu halten, um nicht im Kampfe mit der Reaktion zu unterliegen, theils aber auch weil der Drang der Geschäfte im Landesausschuß zu groß war, um den Mitgliedern desselben Zeit zu lassen, sich außerhalb desselben miteinander zu besprechen, endlich aber auch, weil die meisten Mitglieder des Landesausschusses immer ab und zu reisten, und zwischen den entgegengesetzten politischen Prinzipien unbestimmt hin- und

her schwankten. Dieselben Gegensätze, welche im Schooße des Landesausschusses einander gegenüber standen, fanden sich auch wieder im Volke und im Heere, und zwar auch hier in gleicher Unbestimmtheit, wie im Schooße des Landesausschusses. Von dem Tage an, da die Volkspartei den Sieg errungen hatte, hörte alle Agitation unter dem Volke vollständig auf. Es wurden keine Volksversammlungen mehr gehalten, das Vereinswesen zerfiel und selbst die Presse wurde nur sehr schwach zu jenem Zwecke benutzt. Die einzige größere Volksversammlung, welche zu Mannheim am 20. Mai abgehalten wurde, blieb ohne Resultate. Allerdings waren die meisten derjenigen Männer, welche früher den unmittelbaren Verkehr mit dem Volke gepflogen hatten, theils im Heere, theils im Staatsdienste beschäftigt. Allein es hätte an Zeit und Kräften zur Aufrechthaltung einer tüchtigen Agitation im Volke nicht gefehlt, wenn es den Männern, welche an der Spitze der Verwaltung standen, darum zu thun gewesen wäre, eine solche zu unterhalten. Doch statt, daß von oben herab die Agitation befördert worden wäre, wurde sie mit Anstrengung und Mühe beschwichtigt und zur Ruhe verwiesen. Um den Frieden im eigenen Lager nicht zu gefährden, hielten sich die Männer des entschiedenen Fortschritts so lange als möglich zurück, um so mehr als sie hofften, daß durch die Ernennung einer aus fünf Personen bestehenden provisorischen Regierung kräftigere Elemente in die oberste Verwaltung gelangen würden, und daß der zum Oberfeldherrn ernannte General Mieroslawsky unmittelbar nach seiner Ankunft ihren Bestrebungen den Sieg verschaffen würde. Die Wahl der provisorischen Regierung bewies, daß im Landesausschuß der Anhang Brentano's zwar noch stark, allein das Vertrauen zu ihm schon geschwächt war. Struve wurde aus Rücksicht für Brentano nicht in die provisorische Regierung gewählt, dagegen erhielten neben Brentano Fickler und Sigel, zwei entschiedene Republikaner, welche wohl im Stande gewesen wären, ihre Ansichten durchzusetzen,

Sitz und Stimme in derselben. Goegg und Peter, welche die Zahl fünf voll machten, schwankten zwischen den bezeichneten Gegensätzen hin und her. Doch hätten sie sich wahrscheinlich Fickler und Sigel angeschlossen, wenn diese in die provisor. Regierung wirklich eingetreten wären. Allein am Tage, an welchem Fickler in die provisor. Regierung gewählt, wurde er in Stuttgart auf die Denunziation zweier Carlsruher Herren verhaftet, welche dem würtembergischen Minister des Innern mittheilten, Fickler sei nach Stuttgart gekommen, um die dortigen Soldaten zu bestechen, und habe zu diesem Behufe bedeutende Geldsummen mitgebracht, welche ihm aus der badischen Staatskasse ausbezahlt worden seien. Durch Fickler's Verhaftung verlor die entschiedene Fortschrittspartei ihre kräftigste Stütze im Schooße der provisorischen Regierung. Ihre zweite Stütze war Sigel. Dieser wurde jetzt zum Heere an den Neckar gesandt, unter Zustimmung desselben Brentano, welcher wenige Tage zuvor Sigel abgesetzt und nach Karlsruhe mit sich geführt hatte.

Es blieben demnach nur noch Brentano, Goegg und Peter in der provisorischen Regierung zu Carlsruhe zurück, welchen Mayerhofer als Stellverteter des Kriegsministers zur Seite stand. Die Partei des entschiedenen Fortschritts hatte jetzt keine zuverlässige Person mehr unter den Mitgliedern der obersten Verwaltung. Mayerhofer insbesondere war ein entschiedener Gegner jedweder kräftigen Maßregel. Er war nicht, wie Goegg und Peter, schwankend, sondern gleich Brentano ein entschlossener, wenn auch zur Zeit noch geheimer Feind der Republikaner.

Der Landesausschuß theilte die von ihm beschlossene Auflösung seiner selbst und Ernennung der provisorischen Regierung dem Volke in Baden durch folgende Bekanntmachung mit:

„An das Volk in Baden.

„Als vor nicht ganz drei Wochen der Großherzog und seine Minister aus dem Lande flohen, hielten wir es Kraft der uns von der großen Landesversammlung zu Offen-

burg ertheilten Vollmachten und in Gemäßheit des deutlich ausgesprochenen Willens des Volkes und des Heeres für unsere Pflicht, die Zügel der Regierung zu ergreifen. Es ist uns gelungen, das Land vor Anarchie zu bewahren.

„Jetzt gilt es, den drohenden Kampf mit den verbündeten Feinden der Freiheit und Einheit Deutschlands aufzunehmen.

„Das Vaterland ist in Gefahr. Die Zeit drängt zu rascher That. Eine zahlreiche Versammlung, wie unser Landesausschuß, ist nicht geeignet, den großen Kampf der Befreiung Deutschlands, der uns bevorsteht, mit der erforderlichen Kraft durchzuführen. Darum haben wir einmüthig eine

provisorische Regierung

gewählt, welche in sich die gesammte Gewalt des Landesausschusses und der Vollziehungsbehörde vereinigt.

Unsere Wahl fiel auf die Bürger:

Lorenz Brentano,
Amand Goegg,
Joseph Fickler,
Ignaz Peter,
Franz Sigel.

Wir selbst haben unsere Kräfte zur Verfügung dieser provisorischen Regierung gestellt. Wir werden dieselbe mit voller Ueberzeugung und allem Nachdruck unterstützen, und fordern zugleich das gesammte Volk in Baden auf, dem Rufe dieser wackeren Männer zu folgen, zu der provisorischen Regierung zu stehen und nicht zu wanken, bis der Sieg der Freiheit errungen sein wird.

Hoch lebe das große, das einige, das freie deutsche Vaterland!

Karlsruhe, den 1. Juni 1849.

Der regierende Landesausschuß:
Bardo, Bannwarth, Cordel, Damm,
Degen, Happel, Henneka, Hoff,
Junghanns, Kiefer, Rehmann, Richter,

Ritter, Rotteck, Stark, Stay, Steinmetz, Struve, Thiebaut, Werner, Wernwag, Willmann, Ziegler."

Die Mitglieder des Landesausschusses hatten ihre Kräfte zur Verfügung der provisorischen Regierung gestellt. In Gemäßheit dessen erbot sich Struve seinem Freunde Sigel das Kriegsministerium zu organisiren. Er selbst wollte ohne bestimmten Titel im außerordentlichen Dienste Sitz und Stimme in demselben nehmen, Raveaux und Schlöffel, Vater, sollten gleichfalls in dasselbe eintreten. In dieser Verbindung hätte Mayerhofer leicht vorwärts getrieben, jedenfalls unschädlich gemacht werden können. Sigel, welcher im Begriffe stand, zum Heere abzureisen, war mit diesem Vorschlage vollkommen einverstanden. Die erforderlichen Ausfertigungen waren bereits entworfen, allein die übrigen Mitglieder der provisorischen Regierung ertheilten denselben ihre Zustimmung nicht, wovon die Folge war, daß Sigel von Karlsruhe zum Heere abreiste, ohne einen andern Stellvertreter als Mayerhofer im Kriegsministerium zurückzulassen. Später wurde Struve aufgefordert, das Departement der auswärtigen Angelegenheiten als Sektion des Ministeriums des Innern zu übernehmen. Er lehnte diesen Antrag nicht ab, obgleich er wohl erkannte, daß es schwer sein würde, das bis zu dieser Zeit durchaus brach gelegene Feld der Verwaltung unter dem Einflusse Brentano's neu zu bestellen. Er legte vielmehr ein Programm vor, welches zu gleicher Zeit die Grundsätze enthielt, nach welchen er die auswärtigen Angelegenheiten zu leiten gedachte, und einen Ueberschlag der Kosten dieses Verwaltungszweigs. Struve ging bei seinem Programm von dem Grundsatze aus, daß die Bewegung in Baden und der Rheinpfalz betrachtet werden müsse als der Ausgangspunkt einer allgemeinen deutschen Bewegung. Er verkannte nicht, daß wenige europäische Regierungen geneigt sein würden, in offizielle Verhandlungen mit Baden einzutreten. Um so nothwendiger schien es ihm daher,

geheime Agenten in alle Länder Deutschlands zu schicken, deren Aufgabe sein würde, die öffentliche Meinung über den Stand der badischen Bewegung aufzuklären und zu einer kräftigen Unterstützung derselben anzuregen. Auch drang er darauf, daß Verbindungen mit Ungarn und den republikanischen Staaten Italiens angeknüpft und ständige Agenten in Frankreich und in der Schweiz angestellt würden. Die Kosten dieser auswärtigen Beziehungen sollten nur etwa die Hälfte des Voranschlags für das großherzogliche Departement der auswärtigen Angelegenheiten betragen. Dieses Programm wurde jedoch sammt dem Kostenanschlage von der provisorischen Regierung verworfen. Struve war also jetzt aus jedweder offiziellen Thätigkeit verdrängt. Wie ihm, so ging es den meisten übrigen Mitgliedern des Landesausschusses, welche sich nicht zu unbedingten Werkzeugen der Brentano'schen Politik herabwürdigen ließen.

Mittlerweile nahm unter sämmtlichen Männern des entschiedenen Fortschrittes die Mißstimmung über die Thatenlosigkeit und Schwäche der provisorischen Regierung zu. Sie Alle erkannten, daß etwas geschehen müsse, um dieselbe vorwärts zu treiben. Zu diesem Behufe besprach sich Struve mit mehreren Freunden über die Mittel und Wege dieses Ziel zu erreichen. Namentlich besprach er sich hierüber auch mit Goegg, welcher Mitglied der provisorischen Regierung war. Dieser war mit Struve vollkommen einverstanden, daß es zweckmäßig sei, zu diesem Behufe eine Versammlung zu berufen und billigte das ihm von Struve mitgetheilte Programm, welches die Grundlage der zu pflegenden Verhandlungen bilden sollte. Dem Wunsche Goegg's zufolge wurde die Versammlung nicht durch öffentlichen Anschlag, sondern nur durch Privatmittheilung zusammenberufen. Am 5. Juni fand dieselbe im Rathhaussaale zu Carlsruhe statt.

Um die Verhandlungen dieser Versammlung so genau als möglich wiederzugeben, schalte ich hier das Protokoll der Versammlung wörtlich ein:

Verhandelt zu Karlsruhe, im Rathhaussaale am 5. Juni 1849.

Mündlicher Verabredung zufolge hatte sich eine Anzahl hier anwesender Bürger aus Baden und andern Gegenden Deutschlands eingefunden, um über die Lage des Vaterlandes sich gemeinschaftlich zu berathen. Durch Aclamation wurde der Bürger Gustav Struve zum Vorsitzenden und der Bürger Martiny zum Schriftführer erwählt. Auf den Vorschlag des Bürgers Struve konstituirte sich sodann die Versammlung als Klub, welcher es sich zur Aufgabe machte, die politischen Angelegenheiten im Sinne des entschiedenen Fortschritts zu überwachen und nach Kräften zu leiten. Nachdem der Klub dem entschiedenen Fortschritte ein dreimaliges begeistertes Hoch ausgebracht hatte, entwickelte Bürger Tschirner aus Dresden, wie die gegenwärtige provisorische Regierung von Baden die Revolution nicht in dem Sinne zu begreifen und sie nicht so zu leiten scheine, wie es die Gefahr des Vaterlandes erheische. Er legte einen Vorschlag vor, nach welchem die provisorische Regierung angegangen werden solle, den vorherrschendsten Uebelständen Abhülfe zu verschaffen. Die einzelnen Punkte dieses Antrages wurden, nach einer kurzen Diskussion über den Vorschlag im Allgemeinen, zur Erörterung gestellt: das Resultat der gesammten Diskussion und der Abstimmung war die Annahme folgender Petition an die provisorische Regierung hierselbst.

Die provisorische Regierung soll:

1) Alle bereiten Streitkräfte so schnell und so energisch als möglich zum Kampfe führen;
2) eine erhöhte revolutionäre Thatkraft entwickeln;
3) an die Stelle des verhafteten Bürgers Fickler und des abwesenden Bürgers Sigel zwei andere Männer und zwar von entschiedener Farbe, in ihre Mitte berufen;
4) sämmtliche vier Ministerien und ihre Unterbehörden, und insbesondere das ganze Heer von allen reaktio-

nären Elementen reinigen, und solche Subjekte unschädlich machen, auch radikale Civil-Commissäre einsetzen; diese ermächtigen, das Martialgesetz zu verkünden und ihnen gesinnungstüchtige Exektutionstruppen beigeben, auch den Befehl des Civil-Commissärs Heunisch, wonach die nichtbadischen politischen Flüchtlinge von der Grenze zurückgewiesen werden, schleunigst aufheben;

5) das Kriegsministerium insbesondere besser als bisher organisiren; namentlich zum Zwecke der Besoldung der Volkswehr das bereits vorliegende Budget der Volkswehr sofort genehmigen; auch die Volksartillerie kräftig unterstützen;

6) durch die energischsten Maßregeln möglichst rasch die erforderlichen Geldmittel herbeischaffen;

7) die auswärtigen Angelegenheiten nicht länger brach liegen lassen;

8) dem berühmten Feldherrn Mieroslawski den Oberbefehl über die vereinigten badischen und pfälzischen Heere mit ausgedehnter Vollmacht übergeben;

9) die durchgreifendsten Maßregeln zur Befreiung des Bürgers Fickler treffen;

10) die politische Vereinigung der Rheinpfalz und Badens sofort einleiten, insbesondere auf die Festungen Landau und Germersheim die durchaus nothwendige Aufmerksamkeit wenden, und die in dieser Beziehung nöthigen Truppen zur Disposition stellen;

11) bei allen politischen Anordnungen vom Standpunkte des europäischen Völkerkampfes ausgehen.

Ueber alle die vorstehenden, einzelnen Punkte, wurde besonders abgestimmt, und sie alle wurden einstimmig angenommen.

Darauf wurden auf den Vorschlag der Bürger Tiedemann und Neff von dem Vorsitzenden die Mitglieder des Clubs

Bürger: Borkheim,

Tiedemann,

Comlossi, Rastadt,
Becker, Oberkommandant,
Böning, Kommandant der Flüchtlingskolonne,
Reininger, Stadtkommandant,
Michel, Adjutant,
Degen, aus Rastadt,
Tzschirner und
Liebknecht, aus Gießen

erwählt und von dem Club beauftragt, eine von dem Vorsitzenden und Schriftführer vollzogene Ausfertigung der Petition sofort der provisorischen Regierung zu übergeben. Bürger Goegg, Mitglied der provisorischen Regierung, erhielt bei dieser Gelegenheit das Wort, und sprach seine Freude darüber aus, daß durch den Zusammentritt des Clubs die Regierung Gelegenheit bekomme, sich über den Volkswillen zu unterrichten, und sich mit diesem in ihren Maßregeln in Uebereinstimmung zu erhalten.

Während die Deputation dem ihr gewordenen Auftrage genügte, wurde beschlossen, dem Club den Namen

„Club des entschiedenen Fortschritts"

zu geben, und die Mitglieder zeichneten ihre Namen in die, dieser Verhandlung beigelegten Listen.

Nach einer kurzen Vertagung der Sitzung, und nach der Rückkehr der Deputation, wurde die Verhandlung fortgesetzt. Bürger Borkheim berichtete für die Deputation, daß dieselbe nur die Bürger Brentano und Goegg im Regierungsgebäude angetroffen und von diesen auf ihren Vortrag und die vorgelegte Petition die Antwort erhalten habe, daß die sämmtlichen Mitglieder der Regierung erst Morgen früh über die gestellten Anträge zu berathen und deßhalb erst Morgen Mittag 12 Uhr einen definitiven Bescheid zu ertheilen im Stande seien.

Der Vorsitzende legte einen Entwurf der Statuten des Clubs vor, welcher, wie folgt, ohne Diskussion einstimmig angenommen wurde:

Statuten.

§. 1.

Der Zweck des Clubs des entschiedenen Fortschritts besteht in Besprechung über die politischen Zeitverhältnisse und Durchführung des heute in der beschlossenen Petition enthaltenen Programms.

§. 2.

Der Club wird gebildet durch sämmtliche Bürger, welche heute ihren Beitritt durch ihre Namensunterschrift bekundet haben.

§. 3.

Wer von nun an beitreten will, muß sich durch zwei Mitglieder vorschlagen lassen. Wenn sich keine Stimme gegen den Vorschlag erhebt, so ist der Vorgeschlagene aufgenommen. Erhebt sich Einsprache, so entscheidet die Versammlung nach vernommenem Berichte des Ausschusses.

§. 4.

Die Geschäfte des Clubs werden geleitet durch einen Ausschuß von 10 Mitgliedern, einem Vorsitzenden und einem Sekretär.

§. 5.

In allen Hauptorten des Landes sollen Zweigvereine errichtet werden.

Zum Vorsitzenden wurde Bürger Struve, zum zweiten Vorsitzenden Bürger Tschirner, zum Schriftführer Bürger Martiny von dem Club für den Zeitraum von acht Tagen, von heute an, gewählt. Als Mitglieder des Ausschusses wählte der Vorsitzende, zufolge der ihm vom Club ertheilten Ermächtigung für den gleichen Zeitraum von acht Tagen die Bürger:

Borkheim,
Tiedemann,
Schramm,
Becker,
Rosenblum,

Böning,
Rango-Westerburg,
Reininger,
Michel,
Liebknecht.

Auf die unterm 5. Juni der provisorischen Regierung eingereichte Petition wurde dem Club des entschiedenen Fortschritts folgende Antwort ertheilt:

Im Namen des Volkes in Baden die provisorische Regierung.

Dem Volkswehrklub dahier haben wir auf das durch Deputation gestellte Verlangen Folgendes zu erwidern:

Zu 1) Mit Freuden vernehmen wir den Wunsch der Wehrmänner in den Kampf geführt zu werden. Dieser Kampf ist seit gestern an der hessischen Gränze wieder entsponnen. Die ganze Neckararmee wird vorrücken und zur Unterstützung davon werden daher die bereitesten hiesigen Streitkräfte abmarschiren. Ein Theil derselben wird nach Rheinbaiern zur Unterstützung der dortigen Operation gehen. Ueber die Anordnung dieser Maßregel haben wir dem Stadtkommandanten Reininger die nöthigen Befehle gegeben.

Zu 2) An die Stelle der Bürger Fickler und Sigel haben wir gestern schon die Bürger Thiebaut und Raveaux provisorisch als Mitglieder unserer Regierung ernannt.

Zu 3) Wo es nöthig war, haben wir bis jetzt von sämmtlichen Verwaltungszweigen die unserer Sache schädlichen Beamten entfernt. Wir werden in dieser Weise fortfahren. Im Uebrigen werden bei dem proklamirten Martialgesetz die energischsten Maßregeln getroffen werden. Der Befehl des Bürgers Heunisch ist von uns aufgehoben.

Zu 4) In dem Augenblicke, wo die Volksvertreter hier zusammentreten, halten wir es nicht für angemessen, einen Wechsel in den Chefs des Kriegsministeriums vorzunehmen. Dagegen wird das Kriegsministerium augenblicklich mit geeigneten Kräften von uns vervollständigt werden.

Es wird auch von heute an die Löhnung der Volkswehr ausbezahlt werden, wie es bisher geschehen ist. Was an Geschützen disponibel ist, soll zur Volkswehr der Artillerie verwendet werden. Die nöthige Ausrüstung wird stattfinden, sobald uns Geldmittel zu Gebote stehen.

Zu 5) Die auswärtigen Angelegenheiten liegen nicht brach; in den wichtigsten Orten in der Pfalz und Frankreich, von wo aus für unsere Sache gewirkt werden kann, haben wir Bevollmächtigte.

Zu 6) Was in Herbeischaffung der Geldmittel möglich war, ist geschehen. Ein Gesetzentwurf über ein Zwangsanleihen bei den Reichen ist vorbereitet und wird der konstituirenden Versammlung vorgelegt werden.

Zu 7) Der General Mieroslawski wurde schon vor 14 Tagen zum Oberkommandanten der badischen und pfälzischen Streitkräfte von uns ernannt. Wir haben ihm zur Hierherreise mit einigen andern Stabsoffizieren die nöthigen Geldmittel nach Paris geschickt.

Zu 8) Wegen der Verhaftung unsers Mitbürgers Fickler haben wir sogleich an das würtembergische Volk den energischsten Aufruf erlassen; wir haben ferner den Abgeordneten Raveaux nach Stuttgart gesandt, um zur Befreiung Fickler's alle möglichen Schritte zu thun, insbesondere der würtembergischen Regierung zu erklären, daß wir die Verhaftung Fickler's für eine Kriegserklärung ansehen und darnach handeln werden.

Zu 9) Die politische Vereinigung Badens mit der Rheinpfalz ist angebahnt und die Genehmigung wird von der provisorischen Regierung verlangt werden. Zum energischen Einschreiten gegen die Festungen Landau und Germersheim werden wir dem Oberkommandanten die nöthige Weisung geben.

Zu 10) Das versteht sich von selbst, daß wir in unserer politischen Wirksamkeit keinen andern Standpunkt haben, als den europäischen Völkerkampf. Vor allem aber muß Baden, soweit seine schwachen Kräfte reichen, das

Panier der Freiheit und Einheit **Deutschlands** vorantragen.

Karlsruhe, den 6. Juni 1849.

L. S. **Brentano, Goegg, Peter.**

Während die provisorische Regierung in Folge collegialischer Berathung dem Klub des entschiedenen Fortschritts die voranstehende Antwort ertheilte, wurde von den mit derselben in engerer oder weiterer Beziehung stehenden reaktionären Elementen in einem ganz andern Geiste gehandelt. Durch eine besondere Staffete wurden plötzlich Linientruppen in die Stadt gezogen, die Karlsruher Bürgerwehr stellte sich unter dem Schutze von Kanonen auf dem Schloßplatze auf, und man ließ in der Stadt ausschellen, es sollten die Läden geschlossen, die Kinder zu Hause gehalten werden. Zwei junge Leute (Liebknecht und Stenger), wovon der eine in die Deputation des Clubs des entschiedenen Fortschritts gewählt worden war, wurden unter nichtigen Vorwänden verhaftet und im Widerspruch mit dem ausdrücklichen Versprechen des Finanzministers Goegg nach Rastadt verbracht. Die unsinnigsten Gerüchte von Plünderung, rother Republik u. dgl. m. wurden ausgestreut und so die Gemüther auf's Höchste gereizt und erbittert. Struve begab sich auf den Schloßplatz, redete die Offiziere der Bürgerwehr an, und überzeugte dieselben, daß sie durch die grundlosesten Gerüchte unnützerweise beunruhigt worden seien. Als die Deputation des „Clubs des entschiedenen Fortschritts" die voranstehende Antwort erhalten hatte, begab sich Struve in die Caserne, theilte sie der Mannschaft der Legion der politischen Flüchtlinge in den verschiedenen Sälen mit, und erklärte derselben, man habe allen Grund, mit dieser Antwort zufrieden zu sein. Mittlerweile erhielt die Legion der politischen Flüchtlinge Befehl, um 2 Uhr dem Kriegsschauplatze zu abzumarschiren. Sie freute sich, daß ihrer Bitte, dem Feinde entgegengeführt zu werden, entsprochen worden war. Allein

viele der Leute waren noch ohne die nothwendigsten Kleidungsstücke, namentlich fehlte es an Schuhen, das wenige Weißzeug der Leute war in der Wäsche. Sie baten daher bis zum folgenden Morgen in Carlsruhe bleiben zu dürfen. Diese Bitte wurde in der vorschriftsmäßigen Weise dem Stadt-Commandanten Reininger, überdieß auch dem Mitgliede der provisorischen Regierung, Goegg, vorgetragen. Auch Joh. Phil. Becker, der Oberbefehlshaber der Volkswehr, hatte den Befehl erhalten, sich auf den Kriegsschauplatz zu begeben. Der Klub des entschiedenen Fortschritts hielt um 3 Uhr eine Sitzung, die bereits des Morgens mittelst öffentlichen Anschlags angekündigt worden war. Joh. Phil. Becker lehnte ab, derselben beizuwohnen, mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß er dazu keine Zeit habe, indem er sofort abreisen müsse. So standen die Verhältnisse, als sich plötzlich im Rathhaussaale, woselbst der genannte Klub versammelt war, die Nachricht verbreitete, Joh. Phil. Becker sei verhaftet. Die meisten der Anwesenden verließen auf diese Nachricht den Saal. Struve, Tschirner, Martiny und einige andere blieben auf ihren Sitzen. Da sie jedoch keinen Grund sahen, in dem großen Saale allein zurückzubleiben, begaben sie sich auf den Vorplatz. Struve fragte da Brentano, welcher von Carlsruher Bürgerwehrmännern umgeben war, ob es wahr, daß Joh. Phil. Becker verhaftet worden sei, und erhielt eine bejahende Antwort, mit dem Beifügen, daß auch er, Struve, als Geißel hier bleiben müsse. Struve's Schwager, Petro Dusar, wurde zu gleicher Zeit von Brentano verhaftet, und beide wurden sofort von Bewaffneten in den Sitzungssaal des Gemeinderaths, den ehemaligen Sitzungssaal des Landesausschusses, abgeführt. Der greise Böning, Commandeur des Flüchtling-Bataillons, trat bald darauf gleichfalls als Gefangener in den Saal ein. Die Nachricht von diesen Verhaftungen verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch die Stadt und erregte natürlich unter den Republikanern die größte Entrüstung, unter den Reaktionären

den höchsten Triumph. Die letzteren hatten es augenscheinlich auf eine Metzelei der Republikaner abgesehen. Es wurden zu diesem Behufe die umfassendsten Anstalten getroffen. Die Reiterei und Artillerie wurden aufgeboten und auf dem Marktplatze aufgestellt. Linientruppen und Bürgerwehr rückten aus, die Gewehre wurden geladen, Kartätschenpatronen ausgetheilt. Es wurde gemeldet, die Legion der politischen Flüchtlinge baue Barrikaden, wiederholt wurde von gewissen Seiten der Befehl zum Angriff verlangt. Doch die ruhige und feste Haltung der Legion benahm ihren Feinden jeden Vorwand zu Gewaltmaßregeln gegen dieselbe. Nach einigem Hin- und Widerreden marschirte die Legion der politischen Flüchtlinge ab. Die Gefangenen, gegen welche auch nicht ein Schein von Unrecht vorlag, mußten freigegeben werden, mit Ausnahme von 8 Adjutanten Becker's, welche Brentano sogar noch steckbrieflich verfolgen ließ, nachdem sie ohne seinen Willen in Freiheit gesetzt worden waren. So endete der 6. Juni. Der Triumph der Reaktionäre wurde nicht vollständig, da es nicht bis zur Metzelei kam. Allein das Band, welches bisdahin sämmtliche Fraktionen der Fortschrittspartei zu einem großen Ganzen vereinigt hatte, wurde zerrissen. Es war klar geworden, daß die provisorische Regierung, Brentano zumal, sich fester auf die Carlsruher Bürgerwehr, als auf die entschlossenen Republikaner verließ, daß sie fürchtete, von letzteren gestürzt und hoffte, von jener aufrecht erhalten zu werden. Es war ferner klar geworden, daß Brentano zu denselben Mitteln gegen seine vermeintlichen Gegner griff, deren sich die Reaktion gegen die ihrigen zu bedienen pflegte. Denn augenscheinlich war die Aufregung, welche am 6. Juni in Carlsruhe herrschte, von oben herab künstlich genährt worden. Nimmermehr hätten die einfältigen Lügen von Mord und Brand in Carlsruhe festen Boden gefaßt, wären sie von oben herab bekämpft worden. Brentano trat mit dem 6. Juni offen zur Reaktion über und brach eben so offen mit der Partei des entschiedenen

Fortschritts. Darüber konnte von jenem Tage an kein Zweifel mehr sein. Eine weitere traurige Wahrheit, welche der 6. Juni an den Tag brachte, war die Charakterschwäche Peters und die Doppelzüngigkeit Goegg's. Daß Peter in seinem Innern die von Brentano am 6. Juni beschlossenen Maßregeln nicht billigte, war bekannt. Daß er nichts destoweniger äußerlich dieselben gut hieß, verrieth große Charakterschwäche. Goegg hatte vor der Versammlung am 5., in derselben und nach derselben deren Programm gutgeheißen, und nichts destoweniger die von Brentano gegen die entschiedenen Republikaner angeordneten Maßregeln gebilligt. Goegg hatte sogar die Antwort entworfen, welche dem Club des entschiedenen Fortschritts ertheilt wurde, hatte somit, den Worten nach, dessen Bestrebungen, so bestimmt als nur immer möglich, gebilligt. Nichts destoweniger trat er denselben durch die That auf's feindlichste entgegen, indem er sich den gegen die Republikaner verhängten Maßregeln anschloß. Allerdings trifft der letztere Vorwurf auch Brentano und Peter, denn beide hatten jene Antwort unterzeichnet, hatten somit die Bestrebungen der Republikaner, dem Scheine nach, gebilligt, und traten denselben am gleichen Tage nichts destoweniger so feindlich entgegen. Doch Peter hatte wenigstens nicht wie Goegg vor und in der Versammlung das Programm derselben gutgeheißen. Brentano aber bekundete am 6. Juni einen solchen Haß gegen die entschiedene Fortschrittspartei, daß im Verhältniß zu diesem die Inconsequenz verschwand, welche er bekundete, indem er zu gleicher Zeit die Bestrebungen der entschiedenen Republikaner durch Unterzeichnung der Verfügung vom 6. Juni gut hieß, und durch Gefangennehmung und die hastige Entfernung ihrer Führer bekämpfte.

Was die Antwort selbst betrifft, welche die provisorische Regierung dem Club des entschiedenen Fortschritts ertheilte, so gibt diese zu mannigfaltigen Bemerkungen Veranlassung. Sie beweist am schlagendsten die vollständige Unfähigkeit der provisorischen Regierung. Sie enthält theils eine Reihe

von Zusagen, welche nicht gehalten wurden, theils Ausflüchte, welche keinen Grund hatten, theils endlich unzweideutige thatsächliche Unwahrheiten.

Unter 1 verspricht die provisorische Regierung: „ein Theil der bereitesten Streitkräfte wird nach Rheinbaiern zur Unterstützung der dortigen Operation gehen." Dieses Versprechen ist nicht gehalten worden; und der Nichterfüllung desselben müssen insbesondere die Unglücksfälle der Rheinpfalz zugeschrieben werden.

Zu 2: Daß die provisorische Regierung den Bürger Thiebaut provisorisch zu einem ihrer Mitglieder ernannte, mußte allen Denjenigen, welche diesen Mann kennen, ein mitleidiges Lächeln erpressen. Thiebaut, ein Mann ohne allen Geist, ohne alle höhere Bildung, ohne alle Festigkeit des Charakters besaß nur eine Eigenschaft, welche ihn zu dieser hohen Stelle erhob: unbedingte Unterwürfigkeit unter die Winke Brentano's. Die Ernennung Raveaux's mußte gleichfalls auffallen, da derselbe dazumal bereits in die Reichsregentschaft erwählt war und sich im Badischen gar nicht mehr aufhielt.

Die Versammlung vom 5. Juni hatte unter anderm verlangt:

> „sämmtliche vier Ministerien und ihre Unterbehörden, und insbesondere das ganze Heer von allen reaktionären Elementen zu reinigen, und solche Subjekte unschädlich zu machen."

Darauf antwortete die provisorische Regierung unter 3:

> „Wo es nöthig war, haben wir bis jetzt von sämmtlichen Verwaltungszweigen die unserer Sache schädlichen Beamten entfernt."

Die thatsächlichste Unwahrheit dieser Behauptung hat sich am schlagendsten herausgestellt nach dem Einmarsch der Preußen. Sobald dieser erfolgt war, verhehlten die von der provisorischen Regierung beibehaltenen Beamten nicht mehr, daß sie bloß im Interesse des Großherzogs ihre Stellen beibehalten hätten. Uebrigens liefen schon dazumal

von allen Seiten Klagen darüber ein, daß die reaktionären Beamten mehr als jemals im Sinne der Reaktion arbeiteten. Die Spione der Fürsten reisten damals schon von einem Orte Badens zum andern, streuten die verderblichsten Gerüchte aus, ohne deshalb zur Rede gestellt zu werden, und sagten mit frechem Hohne die baldige Rückkehr des alten Systems voraus.

Unter 4 versprach die provisorische Regierung, „das Kriegsministerium augenblicklich mit geeigneten Kräften zu vervollständigen.“ Sie hat aber nicht Wort gehalten. Sie versprach weiter: „es solle von heute an die Löhnung der Volkswehr ausbezahlt werden.“ Auch dieses Versprechen ist nicht gehalten worden. Vielmehr erhielt die Volkswehr zum Theile keine regelmäßige und zum Theil durchaus keine Löhnung.

Wenn die provisorische Regierung ihren desfallsigen Versprechen die Worte hinzufügt: „wie es bisher geschehen ist,“ so ist dieses eine handgreifliche Unwahrheit.

Unter 5 erklärte die provisorische Regierung:

> „Die auswärtigen Angelegenheiten liegen nicht brach; in den wichtigsten Orten in der Pfalz und in Frankreich, von wo aus für unsere Sache gewirkt werden kann, haben wir Bevollmächtigte.“

Auch diese Behauptung war nicht in Wahrheit begründet. Baden hatte dazumal keinen Bevollmächtigten in der Schweiz, keinen in der Rheinpfalz, keinen Agenten in den übrigen Staaten Deutschlands, und der einzige Bevollmächtigte, welchen Baden in Frankreich hatte, wurde ohne alle Nachrichten von Carlsruhe gelassen.

Die Versammlung vom 5. Juni hatte verlangt:

> „Die provisorische Regierung solle durch die energischsten Maßregeln möglichst rasch die erforderlichen Geldmittel herbeischaffen.“

Darauf antwortete die Regierung unter 6:

> „Was in Herbeischaffung der Geldmittel möglich war, ist geschehen.“

Das heißt „nichts."

„Ein Gesetzentwurf über ein Zwangsanleihen bei den Reichen ist vorbereitet und wird der konstituirenden Versammlung vorgelegt werden."

Der Erfolg hat bewiesen, daß auch diese Maßregel durchaus nichtig war. Die öffentliche Ankündigung derselben konnte übrigens nur die Folge haben, die Reichen auf's Aeußerste gegen die Volkspartei zu reizen.

Unter 9 erklärte die provisorische Regierung:

„Die politische Vereinigung Badens mit der Rheinpfalz ist angebahnt."

Auch diese Behauptung war thatsächlich unwahr, so weit sie sich auf die provisorische Regierung von Baden bezog. Diese hat nämlich desfalls durchaus nichts gethan, nicht einmal den von dem Landesausschuß von Baden und der provisorischen Regierung der Rheinpfalz abgeschlossenen Vertrag*) vollzogen.

Ferner versprach sie:

„Zum energischen Einschreiten gegen die Festungen Landau und Germersheim werden wir dem Oberkommandanten die nöthige Weisung geben."

Ungeachtet dieses Versprechens ist von badischer Seite nichts „zum energischen Einschreiten gegen die Festungen Landau und Germersheim" geschehen.

Endlich erklärte die provisorische Regierung unter 10:

„Das versteht sich von selbst, daß wir in unserer politischen Wirksamkeit keinen andern Standpunkt haben, als den europäischen Völkerkampf. Vor allem aber muß Baden, soweit seine schwachen Kräfte reichen, das Panier der Freiheit und Einheit Deutschlands vorantragen."

Große Worte, welche jedoch schlecht passen zu den kleinen Thaten der provisorischen Regierung!

---

*) Siehe Seite 178.



Bemerkenswerth ist hierbei noch, daß die provisorische Regierung die zweite Forderung der Versammlung vom 5. Juni „eine erhöhte revolutionäre Thatkraft zu entwickeln", mit Stillschweigen überging. Von Revolution hörten überhaupt Brentano und Genossen nicht gern sprechen.

Seit dem Tage, da der Landesausschuß in Carlsruhe einzog, war allerdings viel versäumt worden. Allein wenn die provisorische Regierung nur mit dem 6. Juni in die ihr von dem Club des entschiedenen Fortschritts angedeutete Bahn eingetreten wäre, ja, wenn sie nur die in ihrer Verfügung vom gleichen Tage gegebenen Zusagen gehalten hätte, so hätte diese Volkserhebung ohne Zweifel einen andern Verlauf genommen. Allein mit diesem Tage trat ein für die Sache des Volkes höchst nachtheiliger Wendepunkt ein. Die provisorische Regierung, statt sich auf die revolutionären Kräfte des badischen und des gesammten deutschen Landes zu stützen, suchte ihren Stützpunkt in der Bourgeoisie, in der Büreaukratie und allen jenen halben Menschen und Maßregeln, welche die Boten und die Vorzeichen des Verderbens sind. Die Presse, wenn nicht des Landes, so doch der Residenzstadt Carlsruhe, wurde geknebelt, Dr. Oppenheim, welcher bis dahin die Carlsruher Zeitung redigirt hatte, von derselben entfernt. Kein Drucker wagte es, am Sitze der Regierung gegen Brentano und seine Regierungsweise etwas zu drucken. Die tüchtigsten Republikaner wurden aus Baden verdrängt. Einer nach dem andern zog sich zurück, namentlich Heinzen, Tschirner und andere. Martiny wurde mit polizeilicher Ausweisung bedroht. Struve verließ Carlsruhe am 8. Juni, nachdem er vergeblich gesucht hatte, einen Drucker zu finden, welcher bereit gewesen wäre, eine oppositionelle Zeitschrift zu drucken. Er reiste zunächst in's Hauptquartier Sigel's nach Heidelberg, von da über Mannheim nach Neustadt an der Hardt, woselbst er seinen „deutschen Zuschauer" wieder zu erwecken gedachte, brachte darauf einige Tage (den 14. und 15. Juni) in Offenbach, im Haupt-

quartier Willich's zwischen Landau und Germersheim zu, und langte den 17. Juni über Straßburg wieder im Badischen an, um im Hauptquartier Mieroslawsky's für die Sache des Volkes thätig zu sein.

Manche haben Struve und dessen Freunde getadelt, daß sie am 5. Juni Brentano nicht stürzten. Allerdings wäre es ihnen an jenem Tage ein Leichtes gewesen, dieses zu thun, indem sie die Macht dazu in Händen hatten und Brentano auf einen solchen Schlag nicht gefaßt war. Allein ein solcher Schritt lag durchaus nicht in der Absicht der Leiter der Versammlung vom 5. Juni. Ihre Absicht war nicht, feindlich gegen die provisorische Regierung aufzutreten, sondern sie freundschaftlich vorwärts zu treiben. Struve und seine Freunde waren zu tief durchdrungen von der Nothwendigkeit eines festen Zusammenhaltens sämmtlicher Fractionen der Fortschrittspartei, als daß sie sich hätten verzeihen können, wenn sie den Saamen der Zwietracht in den Schooß der Fortschrittspartei hineingeschleudert hätten. Dadurch, daß sie ein Mitglied der provisorischen Regierung, G o e g g, in ihre Plane einweihten, gaben sie deutlich zu erkennen, daß ihre Absicht keine feindselige sei. Es war daher, nach der ganzen Beschaffenheit der am 5. Juni getroffenen Einleitungen, durchaus unzulässig, gegen Brentano einen gewaltthätigen Schritt vorzunehmen. Nicht minder unzulässig, nach dem damaligen Stande der Verhältnisse, wäre es aber gewesen, Einleitungen zu treffen, welche gewaltthätige Schritte gegen Brentano herbeigeführt hätten. Unläugbar besaß Brentano damals das Vertrauen des Volkes und des Heeres noch immer in einem hohen Grade. Wer es gewagt hätte, ihm damals mit Gewalt entgegen zu treten, wäre ohne allen Zweifel von einem großen Theile des Volkes und des Heeres als Usurpator betrachtet worden. Es wäre zu offenen Gewaltthaten gekommen zwischen den beiden Fraktionen der Fortschrittspartei, welche am besten bezeichnet werden durch die Benennung der „h o n e t t e n" und der „e n t s c h i e-

denen" Republikaner. Ein solcher Zustand des innern Kampfes wäre gewiß noch weniger geeignet gewesen, einen kräftigen Widerstand gegen den äußeren Feind möglich zu machen, als derjenige, welcher eintrat in Folge der Resignation der entschiedenen Republikaner. Durch die von den Letzteren inne gehaltene Handlungsweise kam wenigstens die Unfähigkeit der s. g. honetten Republikaner klar zu Tage. Die entschiedenen Republikaner dagegen bereiteten sich eine thatenreiche Zukunft vor.

Die provisorische Regierung wurde gewählt, der Landesausschuß aufgelöst, weil die Nothwendigkeit rascherer Handlung allgemein gefühlt worden war. Allein wenn zur Zeit des Landesausschusses und der Vollziehungsbehörde mit Recht geklagt wurde über die Langsamkeit des Geschäftsgangs, so wurden diese Klagen zur Zeit der provisorischen Regierung noch viel lauter und allgemeiner. Das Volk erwartete, daß alle Verwaltungszweige von einer erhöhten Thatkraft beseelt würden, allein mit der provisorischen Regierung fing im Gegentheil die Erschlaffung derselben an. Es galt die Revolution, welche in den obersten Kreisen der Staatsverwaltung stattgefunden hatte, einzuführen in die verschiedenen Theile des Staatslebens bis herab in die kleinsten Gemeinden und einzeln stehenden Hütten.

Von dem Ministerium der Justiz verlangte das Volk die Entfernung aller jener Beamten, welche sich als Werkzeuge zur Unterdrückung der Freiheit und zur Verfolgung vaterlandsliebender Männer gebrauchen ließen, Freilassung aller Opfer des früheren Systems aus den Gefängnissen, Einführung und strenge Ueberwachung des Kriegsrechts, endlich Vorbereitung einer durchaus einfachen und volksthümlichen Gesetzgebung und Gerichts-Organisation. Von alle dem geschah so viel als nichts. Die alten Schergen blieben in ihren Aemtern, vom Jesuiten Junghanns bis hinab zum untersten Büttel, viele wackere Männer blieben in den Gefängnissen, ungeachtet aller Bestrebungen ihrer

Freunde, ihre Entlassung zu bewirken. Das von Sigel verkündete Kriegsrecht wurde von der provisorischen Regierung auf einen Theil des Landes beschränkt, durch eine erbärmliche Verordnung*) geschwächt, endlich nicht durch kräftige Männer in's Leben eingeführt, und blieb daher wirkungslos. Von Vorbereitung umfassender Reformen im Fache der Gesetzgebung konnte keine Rede sein; denn die

---

*) Dieselbe lautet in ihrem bestimmenden Theile wörtlich wie folgt:

Art. 1. Das Land wird von der hessischen Grenze bis zur Murg einschließlich der Festung und des Amtsbezirks Rastadt in den Kriegszustand erklärt.

Art. 2. 1) Wer in diesem Bezirke in Beziehung auf die Zahl, die Marschrichtung der operirenden Truppenkorps, die angeblichen Siege des Feindes oder angeblichen Niederlagen unserer Armee falsche Gerüchte ausstreut oder verbreitet, welche geeignet sind, das Publikum zu beunruhigen, oder die Civil- und Militärbehörden in Beziehung auf ihre Maßregeln irre zu führen.

2) Einer zuständigen Handlung der Civil- oder Militärbehörde sich widersetzt.

3) Gegen die jetzt bestehende Regierung oder ihre Behörden zum Ungehorsam oder zur Widersetzlichkeit aufreizt.

4) Die aufgebotene Mannschaft vom Einrücken abzuhalten oder die unter den Waffen stehende Mannschaft zum Ungehorsam oder zur Treulosigkeit zu verleiten sucht, wird sofort verhaftet und solange der Kriegszustand dauert, als Kriegsgefangener behandelt.

Art. 3. Je nach Umständen steht es den Truppenkommandanten zu, solche Kriegsgefangene sofort vor ein Kriegsgericht zu stellen und kriegsrechtlich aburtheilen zu lassen.

Art. 4. Ueber die Zusammensetzung des Kriegsgerichts und seiner Zuständigkeit ist der Kriegsminister unter Beistimmung des Civilcommissärs eine Verordnung zu erlassen berechtigt.

Art. 5. Ebenso hat der Kriegsminister unter Beistimmung des Oberkommissärs das Recht, sobald er es für nothwendig erachtet, das Standrecht zu proklamiren und dieses sofort in Anwendung zu bringen.

Art. 6. Gegen Jeden, welcher sich mit Waffen in der Hand den Anordnungen der Civil- und Militärbehörden widersetzt, ist sofort mit Waffengewalt einzuschreiten.

ganze provisorische Regierung mit allen ihren Beamten zählte auch nicht einen schöpferischen Kopf.

Die Aufgabe des Ministeriums des Innern war es, die Verwaltung des Staats zu reinigen von den zahlreichen Polizei-Menschen, welche dafür bezahlt wurden, das Volk unter dem Joche der Knechtschaft zu erhalten und sie zu ersetzen durch tüchtige Wächter der Freiheit. Seine Aufgabe war es, die Kirche zu reinigen von jener Schaar habsüchtiger und herrschsüchtiger Pfaffen, welche seit Jahren daran arbeiteten, das Volk in den Fesseln des Aberglaubens zu erhalten; die Schule zu befreien von den Banden des Pfaffenthums und den Lehrern eine der Wichtigkeit ihres Berufs würdige Stellung einzuräumen. Von alle dem geschah nichts.

Dem Finanzministerium lag es ob, die Mittel zur Führung des großen Befreiungskampfes herbeizuschaffen, und zu gleicher Zeit dem schwerbedrängten Volke Erleichterung zu bereiten. Das konnte geschehen durch Herabsetzung der Pensionen und Besoldungen nach richtigen Grundsätzen, Einführung einer, nur die Reichen berührenden progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer, geeignete Benutzung von Staatsdomänen, Kirchengut, und dem Vermögen sämmtlicher Reaktionäre, Ausgabe von Papiergeld und Abschaffung aller alten Abgaben, mit alleiniger Ausnahme der Zölle. Von alle dem geschah aber nichts. Statt dessen forderte man auf zu freiwilligen Beiträgen, welche natürlich so gut als nichts einbrachten, weil die Reichen nichts geben und die Armen nichts zu geben hatten. Ein Gesetz wegen Herabsetzung der Pensionen und Besoldungen, welches erlassen wurde *), beruhte auf durchaus irrigen

*) Es lautet in dem betreffenden Artikel, wie folgt:
Vom 1. d. M. an bis auf weitere Verfügung werden
die Besoldungstheile die Pensionstheile
der Civilstaatsdiener
von 1000—1800 fl. 800—1600 fl. nur zu 3/4

Grundsätzen. Eines Theils ließ es allen alten Reaktionären ihre Pensions- und Besoldungs-Ansprüche, nahm keine Rücksicht auf den Stand der Familie, traf daher den Familienvater mit vielen Kindern am schwersten, erzielte doch nur sehr geringe Ersparnisse und stellte sogar die vollständige Nachzahlung der einbehaltenen Beträge in Aussicht. Der Finanzminister verwehrtete nicht einmal die Staatspapiere, welche sich im Betrag von beiläufig einer Million Gulden in den öffentlichen Cassen vorfanden, und überwachte die von ihm beibehaltenen Diener so wenig, daß es dem Direktor der Amortisationskasse möglich wurde, eine halbe Million Gulden dem flüchtigen Großherzog zu schicken.

Am schwierigsten war unzweifelhaft die Aufgabe des Kriegsministeriums. Am großartigsten waren die Anforderungen, welche an dieses gestellt wurden. Das Kriegsministerium mußte zu gleicher Zeit die oberste Leitung des ausgebrochenen Krieges übernehmen und das Heer organisiren, mit welchem die verbündeten Fürsten Deutschlands geschlagen werden sollten. Herbeischaffung des Kriegsmaterials für ein Heer von wenigstens 100,000 Mann, Ernährung, Kleidung und Besoldung desselben, Ueberwachung der Offizierswahlen und Anstellung tüchtiger Stabsoffiziere, rasche Verschmelzung der Volkswehr und der Linie, Verproviantirung und Ausrüstung der Festung Rastadt — alles dieses mußte und konnte bei einsichtsvoller und thatkräftiger Leitung dieses Ministeriums durchgeführt werden. Von alle dem geschah durch den Kriegsminister so gut als nichts. Was geleistet wurde, thaten andere Leute.

Dem Kriegsminister standen die gesammten Kräfte von Baden und der Rheinpfalz und ein ansehnlicher Theil der

---

1800—3000 fl.	1600—2400 fl. nur zu 2/3
über 3000 fl.	2400 fl. nicht

ausbezahlt.

Die Ausbezahlung des einbehaltenen Betrags wird auf die Zeit besserer finanzieller Verhältnisse ausgesetzt.

Gesammtkräfte aller freiheitsliebender Länder der Welt zu Gebote. Allein statt dieselben herbeizuziehen und richtig zu verwenden, wurden dieselben zurückgestoßen. Tage, ja Wochen lang liefen die tüchtigsten Männer in Carlsruhe herum, und konnten keine Stelle erhalten. Aus der Schweiz und aus dem Elsaß hätten Tausende wohlbewaffnete Männer herbeigezogen werden können; allein man knickerte, man zögerte so lange, bis es zu spät war.

Man wende nicht ein, hinterher sei es leicht zu tadeln. Alles dieses wurde der provisorischen Regierung mündlich und schriftlich von Struve fast täglich auseinandergesetzt, ja sogar zum Theil gedruckt in der Karlsruher Zeitung *) und andern Blättern vorgelegt. Allein es wurde von den Mitgliedern der provisorischen Regierung als Thorheit behandelt.

Während solchergestalt die provisor. Regierung in Baden in vollständiger Unthätigkeit verblieb, arbeitete die Reaktion unausgesetzt an der Erdrückung der gesammten Volkserhebung im Lande Baden und der Rheinpfalz. Unterm 2. Juni erließ der entflohene Großherzog Leopold von Baden von Frankfurt a. M. aus eine Verordnung, wodurch er, mit Ausnahme der Anstifter und Rädelsführer den reuigen Sündern Amnestie zusicherte. (Reg.-Blatt Nr. XXX. vom 3. Juni. S. 293.) Durch ein weiteres s. g. Großh. badisches Regierungsblatt Nr. XXXI. vom 9. Juni wurde bekannt gemacht, daß sämmtliche frühere Minister ihrer Stellen enthoben, der Geh. Rath Klüber zum Staatsminister des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten ernannt und der bisherige Präsident des Justizministeriums, Staatsrath v. Stengel als Mitglied des Staatsministeriums ohne Portefeuille von neuem in Thätigkeit gesetzt worden sei. Durch eine gleichfalls aus

*) S. Nr. 19 der Karlsruher Zeitung vom 4. Juni. Artikel: „Die neu erwählte provisorische Regierung." Deutscher Zuschauer. Probeblatt vom 13. Juni 1849.

Frankfurt a. M. datirte, von Klüber und v. Stengel gegengezeichnete Verfügung verhängte der Großherzog Leopold unterm 9. Juni das Standrecht über das gesammte Land Baden.

Gegen alle diese Maßregeln, welche klar bewiesen, daß die Reaktion unausgesetzt thätig sei, standen der provisorischen Regierung nichts als Worte zu Gebote.

Hätte sie die ihr von den entschiedenen Republikanern wiederholt angerathenen Maßregeln getroffen, so wäre die Reaktion sicherlich so bald nicht wieder Herrin des badischen Landes geworden. Allein es fehlte der provisorischen Regierung, gleichwie der früheren Vollziehungsbehörde vollständig an Scharfblick, staatsmännischer Tiefe und Thatkraft. Engherzigkeit, Kleinlichkeit und Trägheit waren ihre hervorragenden Eigenschaften. Hierzu kam noch das Bestreben, alle bedeutenderen Capacitäten und Charaktere möglichst ferne zu halten, und nur den gefügigen Werkzeugen Einfluß auf die Verwaltung des Staates einzuräumen. Schon damals schrieb in einem zum Drucke bestimmten Artikel, welcher jedoch im Badischen nicht erscheinen konnte, ein scharfblickender Staatsmann wörtlich folgendes über die provisorische Regierung Badens:

„Man steht lediglich auf dem Standpunkte des Regierens, und bemüht sich den status quo zu erhalten, ohne nur im Entferntesten an eine großartige Rüstung zum Kampfe der Demokratie gegen den Absolutismus zu denken. Die meiste Schuld an diesem Verhalten trägt aber offenbar Brentano, der den größten Einfluß in der Mitte der Regierung ausübt. Er ist durch und durch der Mann der Bourgeoisie, die ihn auch liebt, aber, was er nicht begreifen zu wollen scheint, seiner Zeit, wenn die Herrschaft der Monarchie zurückkehren sollte, ebenso verdammen würde, wie sie es stets mit den Streitern für die Freiheit gethan hat. Alle seine Maßregeln verrathen, daß er Advokat und Büreaukrat, aber durchaus kein revolutionärer Charakter ist; er vergißt, daß er den Rubicon überschritten, und jetzt

handeln muß, während er sich in Gesetzgebungsträumereien verliert, die doch nur dann erst von Bestand sein können, wenn die Revolution gesiegt haben wird. Er duldet kein entschiedenes Element neben sich, und ist so der Geltung seiner Ansichten sicher. Allein er täuscht sich; das Volk überwacht ihn, und hat die Schwäche seiner Leitung längst durchschaut."

Brentano lähmte die besseren Elemente, welche die provisorische Regierung enthielt, übte den verderblichsten Einfluß auf die gesammte untergeordnete Staatsdienerschaft und das Heer aus, und that überhaupt was in seinen Kräften stand, die revolutionäre Kraft des Volkes zu brechen. Zu spät wurde das Volk enttäuscht. In einer Revolution besitzt jede Stunde eine tausendfältige Wichtigkeit. Brentano, welcher vom 14. Mai an ununterbrochen an der Spitze der Regierung stand, ließ aber nicht bloß Stunden, sondern Tage und Wochen ungenüzt vorübergleiten. So wurde durch sein Verschulden hauptsächlich die großartige Erhebung des badischen Volkes und Heeres erstickt.

Neunzehnter Abschnitt.

Die constituirende Versammlung und die Diktatur.
(Vom 10. Juni bis 2. Juli.)

Am 10. Juni, dem vorausbestimmten Tage, wurde die constituirende Landesversammlung feierlich eröffnet. Die Rede*), welche Bürger Brentano bei dieser Gelegenheit

*) Die wichtigsten Stellen derselben lauten wörtlich, wie folgt:

„Die Absicht, Bürger Volksvertreter, die jene Männer, der landesflüchtige Großherzog und seine Minister hatten, liegt wohl klar vor Augen, man wollte eine Anarchie im Lande heraufbeschwören, damit man dann unter diesem Vorwande die preußischen mit Rußland verbündeten Bajonette in das badische Land hereinbringen könnte. Dank der Besonnenheit des Volkes, ist dieser Plan gescheitert; die Vertrauensmänner von Offenburg eilten auf die Kunde des Geschehenen hierher, um ihrer Pflicht gemäß die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen. Der Landesausschuß hat sogleich an dem ersten Tage seines Erscheinens eine Executivgewalt niedergesetzt, er hat in Gemeinschaft mit dieser Executivgewalt die Ordnung des Landes aufrecht erhalten, und wir dürfen es wohl offen gestehen, wohl selten ist eine Revolution von diesem Umfange und von diesen Folgen in der Geschichte vorgekommen, wobei im Verhältniß so wenig die öffentliche Sicherheit gestört war.

„Der Landesausschuß in Gemeinschaft mit der Executivkommission hat es sich zur Aufgabe gemacht, vor allen Dingen die

hielt, war ohne Zweifel die nüchternste, welche jemals von einem revolutionären Staatsmann an eine revolutionäre Landesversammlung gehalten wurde. Die Gefahr der Anarchie, welche glücklich beseitigt, die Sparsamkeit, welche beobachtet wurde und die Verwahrung gegen jedwede Uebergriffe bildeten einen nicht unbedeutenden Theil dieser Rede.

---

wichtigsten und drängendsten jener Forderungen der großen Landesversammlung in Offenburg zu verwirklichen. Ein Gesetz wurde erlassen, wodurch alle politischen Untersuchungen niedergeschlagen, alle Kerker geöffnet, und alle Folgen der ergangenen Strafurtheile aufgehoben wurden. Ein Bürger, der ebenfalls in Folge dieser Verfolgungen das Land verlassen mußte, ein Bürger, an dessen Namen sich die heiligsten und glühendsten Gefühle, nicht bloß des badischen, nein des deutschen Volkes knüpfen, er wurde besonders durch ein spezielles Gesetz zurückgerufen, und wir haben die Ausfertigung desselben an den Konsul in New-York geschickt, um ihm die Aufforderung zuzustellen, daß er sogleich in sein Vaterland zurückkehre und seine großen Kräfte und bedeutenden Talente dem Volke zur Verfügung stelle.

„Allgemeine Volksbewaffnung, welche auf der Offenburger Landesversammlung verlangt worden ist, suchten wir nach Kräften zu fördern. Wir haben die in dem Arsenal brach liegenden Waffen unter das Volk vertheilt, wir haben nicht gespart an den Summen, welche nöthig sind, um noch weitere Waffen herbeizuschaffen, und in wenigen Tagen hoffen wir, Ihnen die Nachricht mittheilen zu können, daß wir im Besitze einer großen Anzahl Waffen sind, um allmälig wenigstens das erste Aufgebot kampfgerüstet aufzustellen.

„Die Kammern, gegen die sich der wohlbegründete Haß des Volkes aufgethürmt hatte, wir haben sie, nachdem sie schmählich die Flucht ergriffen hatten, sogleich aufgelöst, wir haben auf der Grundlage des freisinnigsten Wahlgesetzes Sie berufen, um in Ihre Hände die Geschicke des Vaterlandes niederzulegen. Wir haben, soviel in unsern Kräften stand, und soviel es sich thun ließ, ohne daß dadurch Verwaltung und Rechtspflege gehemmt wurden, die reaktionären Elemente entfernt, und durch volksthümliche Männer ersetzt; und so lange diese Maßregel nicht ganz durchgeführt war, haben wir Männer des Vertrauens in alle Bezirke geschickt, mit ausgedehnten Vollmachten, um die

Durch derartige kalte und bedeutungslose Worte konnte unmöglich diejenige Stimmung im Schooße der konstituirenden Landesversammlung und überhaupt im Volke selbst hervorgerufen werden, welche erforderlich war, um einen so schweren Kampf, wie der dem badischen Volke bevorstehende mit Erfolg durchzuführen. Ueberdieß enthielt auch diese

---

Sache der Revolution, die Sache der Freiheit, die Sache des Vaterlandes zu fördern. Haben wir auch, Bürger Volksvertreter, keine Sparsamkeit eintreten lassen da, wo es sich darum handelte, das Volk zu bewaffnen und eine bedeutende Streitmacht den Feinden der deutschen Sache, welche Deutschland wieder zerreißen wollen, entgegen zu stellen, so können wir Ihnen den Beweis liefern, daß wir in allen andern Gegenständen auf die energischste Weise Sparsamkeit eintreten ließen, und es wird nun an Ihnen sein, Bürger Volksvertreter, für die künftige Zeit diese Sparsamkeit zu sanktioniren, namentlich den großen Unfug ungeheurer Besoldungen, wodurch das Mark des Volkes ausgesogen wird, zu beseitigen.

„Der Landesausschuß hat aber in Anbetracht der großen Gefahren, die dem Vaterlande drohen, in Anbetracht, daß es räthlich war, eine mehr einheitliche Gewalt an die Spitze der Regierungsgeschäfte zu berufen, nachdem einmal es mit den Feinden zum blutigen Zusammenstoß gekommen ist, seine Gewalt freiwillig niedergelegt in die Hände einer provisorischen Regierung, die nun vor Ihnen steht und bereit ist, ihr Amt in Ihre Hände niederzulegen. Mehrere unserer Brüder, sie haben ihr Leben ausgehaucht im Dienste und im Kampfe für die Freiheit. Friede sei ihrer Asche, und möge jedem freien deutschen Manne das Loos beschieden sein, mit den Waffen in der Hand unterzugehen, ehe es den Feinden der Freiheit gelingt, über uns die blutige Geißel und die Knute zu schwingen. (Stürmisches Bravo im Saale und auf der Galerie.)

„Nach allen Nachrichten, welche von dem Heere einkommen, ist der Muth der Truppen ein großer, sie brennen alle vor Begierde, für die Sache der Freiheit, für die Sache des deutschen Vaterlandes in den Kampf zu ziehen, und vielleicht wird es nicht mehr lange dauern, so werden sie Gelegenheit haben, ihren Muth zu erproben, und ich zweifle nicht daran, die Nachrichten, die nunmehr von dem Schauplatz des Krieges kommen, werden Nachrichten sein, daß die Sache der Freiheit gesiegt hat.

offizielle Erklärung, wie so manche andere ähnlicher Art eine Reihe der augenscheinlichsten Unwahrheiten oder der gröbsten Irrthümer. Ich führe diesen Gegenstand hier nicht weiter aus, weil derselbe bereits im vorigen Abschnitte näher beleuchtet wurde. — Unter dem Einflusse dieser Eröffnungsrede schleppten sich die Verhandlungen der konstituirenden Versammlung schwerfällig und langweilig dahin. Damm wurde zum Präsidenten, Werner und Stehlin zu Vicepräsidenten, Rotteck, Wolf, Pellisier und Mördes zu Sekretären erwählt. Später wurde an Werner's Stelle Ganter zum Vicepräsidenten erwählt. Die Verhandlungen der konstituirenden Versammlung entbehrten so gänzlich jedwedes höheren Interesses, daß wir sie gänzlich übergehen können. Die einzigen Handlungen von einigem Belang, welche die konstituirende Versammlung vornahm, bestanden in der

---

An Ihnen, Bürger Volksvertreter, ist es nun zu handeln; wir haben es unterlassen, irgend etwas zu thun, wodurch es den Anschein hätte gewinnen können, als wollten wir vorgreifen den künftigen Geschicken des Landes. Wir haben in der Form der Regierung nichts geändert, wir haben nichts geändert an der Verfassung.

„An Ihnen, Bürger Volksvertreter, ist es nun, sich darüber auszusprechen, auf welche Weise künftig dieses Land regiert werden soll. Eines aber werden wir wohl Alle bedenken, der Kampf, der entbrannt ist gegen die Mächte des Nordens, der Kampf, der entbrannt ist gegen die Feinde des Volkes, es ist kein Kampf des badischen Volkes, es ist kein Kampf unserer rheinpfälzischen Brüder, es ist ein Kampf des ganzen deutschen Volkes, für das große, für das deutsche Vaterland. Indem ich Ihnen, Bürger Volksvertreter, im Namen der provisorischen Regierung erklärte, daß wir bereit sind, über jeden Schritt, den wir gethan, über jede Handlung, die wir vorgenommen, hier öffentlich vor den Augen des Volkes Rechenschaft abzulegen, erkläre ich Ihnen ferner, daß wir bereit sind, unsere Gewalt, die wir von dem Landesausschuß entgegen genommen, in Ihre Hände niederzulegen, sobald Sie, und zwar so schnell als möglich, eine neue Regierungsgewalt berufen haben.

„Gott schütze das Vaterland! Für Deutschland Alles!"

Wahl einer aus drei Personen zusammengesetzten Dictatur und diejenigen Berathungen, welche später deren Auflösung zur Folge hatten.

In der sechsten Sitzung vom 15. Juni wurde die dreiköpfige Diktatur mit Brentano an der Spitze, Goegg und Werner an der Seite geschaffen. Brentano sollte allein das Recht haben, die Minister zu erwählen. Er beauftragte Florian Mördes aus Mannheim mit der Leitung des Ministeriums des Innern, den Fabrikanten Metz aus Freiburg mit den Finanzen, Sachs aus Mannheim mit den auswärtigen Angelegenheiten. Metz und Sachs lehnten die ihnen angetragene Stellung ab. Hierauf wurde Advokat Heunisch aus Freiburg zum Vorstande des Finanzministeriums ernannt. Brentano übernahm das Justizministerium, Werner das Kriegsministerium. Solchergestalt hatte das badische Land zwar eine aus drei Personen bestehende Dictatur, aber kein vollständig besetztes Ministerium, indem das Departement der auswärtigen Angelegenheiten nach wie vor unbesetzt blieb. Zwei Mitglieder der Dictatur waren zu gleicher Zeit Vorstände von Ministerien, Goegg, das dritte Mitglied der Dictatur, blieb jedoch ohne bestimmtes Departement.

Jedem Staatsmann mußte einleuchten, daß auf diese Weise die einzige Anarchie, welche dem badischen Lande gefährlich werden konnte, die Anarchie im Schooße der obersten Verwaltung, künstlich geschaffen wurde. Die Mitglieder der konstituirenden Versammlung hielten fast einstimmig Brentano für unentbehrlich, dennoch schenkten sie ihm in der That kein Vertrauen, und setzten ihm daher Goegg und Werner an die Seite. Sie schwächten dadurch allerdings den Einfluß Brentano's, allein zu gleicher Zeit auch das Ansehen der Regierung. Sie schufen dem Namen nach eine Dictatur, in der That aber eine vollständige Geschäfts-Anarchie. Von nun an wußte kein Mensch mehr, an wen er sich zu wenden habe und die obersten Lenker der badischen Staatsangelegenheiten konnten selbst nicht mehr

wissen, wie weit ihre Befugnisse reichten, weil die dreiköpfige Dictatur auf der Voraussetzung vollständig besetzter Ministerien beruhte, welche durch sie nur den erforderlichen Nachdruck und Zusammenhang erhalten sollten.

Mit dieser Voraussetzung zerfiel die Dictatur schon in sich selbst. Sie wurde aber dadurch wahrhaft lächerlich, daß sie sich zertheilte in Mitglieder mit und ohne Portefeuille. Die Unfähigkeit Brentano's bekundete sich gleich anfangs wiederum durch die von ihm getroffene Wahl der Ministerialvorstände. Metz und Sachs waren beide gleich wenig im Stande, in einer so ernsten Zeit, wie die damalige war, einem Ministerium vorzustehen. Beide Wahlen waren jedoch insofern charakteristisch, als sie bewiesen, wem Brentano sein Vertrauen im höchsten Grade schenkte: zweien Männern, welche durchaus keine revolutionäre Thatkraft besitzen und sich auch bisher klüglich von allen revolutionären Bestrebungen fern zu halten gesucht hatten.

Mördes und Heunisch sind allerdings Männer von Talent. Allein die Vergangenheit beider Männer bewies deutlich, daß es ihnen gänzlich an derjenigen Ausdauer und derjenigen Festigkeit des Charakters gebreche, ohne welche in revolutionären Zeiten nimmermehr etwas geleistet werden kann. Heunisch war Civilkommissär in Freiburg gewesen und hatte als solcher den entschiedenen Republikanern zu gerechten Klagen Veranlassung gegeben. Er duldete die Umtriebe des reaktionären Bürgermeisters v. Rotteck, that was in seinen Kräften stand, um die nicht badischen Arbeiter, welche aus der Schweiz herbeikamen, von der Theilnahme an der Revolution auszuschließen, und verweigerte den Freiburger Arbeitern die Herausgabe der Waffen, welche sie allein von den Bewohnern jener Stadt mit Kraft für die Revolution geführt haben würden. Mördes hatte niemals eine bestimmte, selbstständige politische Gesinnung gehabt, vielmehr immer von den Begebenheiten des Tages dieselbe empfangen. Die oberste Behörde des Landes bestand demnach aus fünf Personen: drei Dictato-

ren und zwei Ministerialvorständen. Eine sonderbarere Mischung von dictatorischer und ministerieller Gewalt ist wohl selten in der Geschichte noch vorgekommen. Die dreiköpfige Diktatur hätte vielleicht günstig wirken können, wenn sie eine Einheit gebildet hätte. Allein die drei Mitglieder der Dictatur verstanden sich gegenseitig sehr wenig und wirkten durchaus nicht zusammen.

Goegg brachte einen großen Theil seiner Zeit im Hauptquartiere, zuerst in Heidelberg und dann in Bruchsal zu. Werner verweilte in späterer Zeit, nachdem Goegg und Brentano sich nach dem Oberlande begeben hatten, in Rastadt und der Umgegend, so daß die an und für sich schon unvollständige oberste Landesbehörde (indem der Vorstand der auswärtigen Angelegenheiten fehlte) durch die Abwesenheit dieser beiden Männer vom Sitze der Regierung durchaus unfähig wurde, Maßregeln zu treffen, welche ein Zusammenwirken ihrer sämmtlichen Mitglieder voraussetzten. Auch Heunisch war gerade in den wichtigsten Augenblicken, als es galt, die Kassen von Karlsruhe wegzuschaffen, abwesend. Ein besonderer Uebelstand lag ferner darin, daß Mördes und Heunisch an den Verhandlungen des Landesausschusses keinen Antheil genommen hatten und daher ganz neu in die Geschäfte hineinkamen. Von der Zeit der sogenannten Dictatur an bestand in der That eine organisirte Regierungsgewalt in Baden nicht mehr. Im Augenblicke, da Brentano mit so großem Nachdrucke der konstituirenden Landesversammlung eröffnete, daß es dem Großherzog und seinen Ministern nicht gelungen sei, die Anarchie im Lande Baden heraufzubeschwören, — hatte sich dieselbe leider von oben herab in das Land eingeschlichen.

Die konstituirende Landesversammlung bestand aus Männern, welche zum großen Theile nicht den gelehrten Ständen angehörten. Die früher im badischen Lande so stark vertretene Klasse der Staatsdiener zählte nur wenige Mitglieder in ihrer Mitte. Eine tüchtige Staatsregierung

hätte in dieser Versammlung die kräftigste Stütze gefunden; denn sie enthielt zum größten Theile vaterländisch und republikanisch gesinnte Männer*). Allein neben einer so unfähigen Regierung als diejenige war, welche zu ihrer Zeit bestand, bildete sie nur ein Rad mehr an der schon zu complizirten Staatsmaschine. Dictatur, Ministerium und Landesversammlung hemmten sich gegenseitig. Es war daher kein Wunder, daß die Auflösung der kaum gegründeten neuen Ordnung der Dinge unter solchen Verhältnissen rasch von Statten ging.

---

*) Die Namen der Mitglieder der konstituirenden Landesversammlung sind die folgenden:

1. Au.	26. Heere.	51. Rober.
2. Augenstein.	27. Heunisch.	52. Roos v. Lahr.
3. Bauer.	28. Hiltmann.	53. Roos von Kehl.
4. Berger.	29. Hoff.	54. Rotteck.
5. Brentano.	30. Hoffmann.	55. Roßwoog.
6. Bronner.	31. Hummel	56. Scheffelt.
7. Burkhardt.	32. Junghanns.	57. Schlatter.
8. Christ.	33. Kammmüller.	58. Schneider.
9. Dänzer.	34. Kiefer.	59. Sellinger.
10. Damm.	35. Kräutler.	60. Söhner.
11. Dietrich.	36. Kreglinger.	61. Stay.
12. Dittler.	37. Landerer.	62. Stehlin.
13. Dörner.	38. Lehlbach.	63. Steinmetz.
14. Dung.	39. Maier.	64. Sturm.
15. Faller.	40. Mördes.	65. Thiebaut.
16. Fickler.	41. Müller.	66. Thoma.
17. Frey.	42. Murrmann.	67. Tiedemann.
18. Ganter.	43. Ostermann.	68. Volk.
19. Gerwig.	44. Pellisier.	69. Walser.
20. Glaser.	45. Peter.	70. Weil.
21. Goegg.	46. Rau.	71. Weishaar.
22. Grieshaber.	47. Reich.	72. Werner.
23. Halter.	48. Räßle.	73. Wolff.
24. Hecker.	49. Richter.	74. Zimmermann.
25. Heiß.	50. Ritter.	

Die Abgeordneten 1. Au, 2. Brentano, 3. Christ, 4. Lehlbach, 5. Peter und 6. Walser, wurden doppelt gewählt.

Wenige Tage, nachdem die konstituirende Landesversammlung in Karlsruhe zusammengetreten war, rückten die Preußen in der Rheinpfalz ein. Es wurden die Schlachten am Neckar und am Rheine geschlagen, in deren Folge sich die Neckararmee auf Rastadt und hinter die Murglinie zurückziehen mußte. Ein ansehnlicher Theil des Landes ging für die Sache des Volkes verloren. Während die Dictatur auf Seiten der Volkspartei mehr und mehr in sich selbst zerfiel, fingen die fürstlichen Beamten schon wieder an, im Interesse ihrer Herren zu wirken, zu streben und zu organisiren.

Sonntag den 24. Juni befand sich das Hauptquartier des Freiheitsheeres in Durlach. Dort erfuhr Struve, daß er von dem zweiten Wahlbezirke (Engen im Seekreise) durch eine Nachwahl in die constituirende Versammlung gewählt worden sei. Bei den ersten Wahlen war er nirgends erwählt worden. Sobald er Kenntniß von diesem Rufe des Volkes erhalten hatte, eilte er nach Karlsruhe, erfuhr jedoch daselbst, daß sich die meisten Mitglieder der Landesversammlung bereits entfernt hätten, sich jedoch am folgenden Tage zu Offenburg wieder zu vereinigen gedächten.

Ueber Rastadt, woselbst er sich einige Stunden aufhielt, gelangte Struve am folgenden Tage (den 25. Juni) nach Offenburg, traf jedoch daselbst nur etliche und zwanzig Abgeordnete. In einer sofort gehaltenen, vertraulichen Besprechung wurde, im Widerspruche mit Struve's Ansicht, welcher auf sofortige Abreise nach Freiburg drang, beschlossen, in Offenburg über Nacht zu bleiben und erst am folgenden Tage nach Freiburg abzureisen. Es wurde auf diese Weise ein Tag kostbarer Zeit verloren, indem in Offenburg die Landesversammlung weder vollzählig war, noch hoffen konnte, vollzählig zu werden. Am Morgen des folgenden Tages (Dienstag den 26. Juni) ließ Brentano in aller Frühe den Präsidenten der Landesversammlung, Damm, wecken, zu sich bescheiden und eröffnete ihm dann, in Lahr sei der Bahnhof von der reaktionären Bürgerschaft besetzt,

er, Damm, möge daher zuerst den Weg säubern, bevor die Abreise nach Freiburg stattfinden könne. Damm fühlte sich mit Recht durch diese Zumuthung verletzt. Als er sich jedoch bereit erklärte, mit Mannschaft nach Lahr zu rücken, vorausgesetzt, daß ihm Brentano die erforderliche schriftliche Vollmacht ertheilen würde, zog der Dictator seinen Antrag zurück und bequemte sich selbst dazu, mit einer zahlreichen Mannschaft und einiger Artillerie nach Lahr zu fahren, um dort die gestörte Ordnung wiederherzustellen. Während Brentano von Offenburg nach Lahr gereist war, bemühte sich sein Freund Thiebaut den daselbst zurückgebliebenen Mitgliedern der Landesversammlung einen Schrecken einzujagen, indem er in scheinbarer äußerster Bestürzung denselben mittheilte, die Bürgerschaft von Offenburg gestatte nicht, daß die Landeskasse aus der Stadt entfernt werde. Auch fügte er allerlei Bemerkungen hinzu, welche andeuten sollten, daß die Stimmung der Bürgerschaft von Offenburg der Volkssache und insbesondere auch der Landesversammlung nicht günstig sei. Auf den Antrag Struve's wurde sofort der Bürgermeister der Stadt und der Civilkommissär in die Versammlung der Abgeordneten beschieden, worauf sich ergab, daß die Angaben Thiebaut's durchaus ungegründet seien.

Mit der größten Ungeduld harrten mittlerweile die in Offenburg anwesenden Abgeordneten auf Nachrichten aus Lahr. Erst nachdem Präsident Damm vermittelst einer Extra-Locomotive nach Lahr gefahren war, erfuhren sie bei seiner Rückkehr durch ihn, daß die Lahrer Geschichte ein blinder Lärm gewesen sei und daß Brentano durchaus keine Anstalten getroffen habe, den in Offenburg harrenden Landes-Abgeordneten Kenntniß von dem Stande der Sache zu geben. Die Folge dieses Verfahrens Brentano's war, daß die Mitglieder der Landesversammlung statt des Morgens, erst des Nachmittags in Freiburg eintrafen und daß alle zu deren Empfang vorbereiteten Feierlichkeiten nicht stattfinden konnten. Die Tage des 26. und 27. vergingen

in vertraulichen Besprechungen, an welchen Brentano größtentheils nicht Theil nahm. Goegg, Mördes und Heunisch betheiligten sich bei denselben. Werner war in Rastadt bei dem Heere. Den Gegenstand dieser Verhandlungen bildeten zum größten Theile einige Anträge Struve's, welche zum Zwecke hatten, die kräftige Fortführung des Kriegs, Abschneidung aller Unterhandlungen mit dem Feinde, sodann die Vertagung der Landesversammlung nach vorgängiger Stärkung der obersten Staatsbehörde zu bewirken. Diese Anträge waren einer Commission zur Begutachtung übergeben und in mehreren vertraulichen Sitzungen berathen worden, bevor sie am 28. von Struve in die öffentliche Sitzung der Landesversammlung gebracht wurden. Die unmittelbare Veranlassung des ersten dieser Anträge bildete ein Antrag des Abgeordneten Junghanns, welchen dieser bereits Dienstag den 26. Juni zu Offenburg gestellt hatte und dahin ging, Unterhandlungen mit dem Feinde einzuleiten. Der Antrag Struve's wurde von Brentano mit der äußersten Gereiztheit bekämpft. Als derselbe nichts destoweniger mit ansehnlicher Stimmenmehrheit von der Landesversammlung angenommen wurde, legte Brentano zuerst seine Stelle als Mitglied der Regierung, und kurz darauf auch diejenige eines Mitgliedes der constituirenden Versammlung vermittelst zweier an den Präsidenten derselben gerichteten Schreiben nieder, und verließ im Dunkel der Nacht den Sitz der Regierung, ungeachtet die Landesversammlung unmittelbar nach Eingang des ersten Schreibens den Beschluß gefaßt hatte, ihn zu ersuchen, im Amte zu verbleiben und ihm ausdrücklich zu erklären, daß der oben erwähnte Beschluß durchaus kein Mißtrauensvotum gegen ihn enthalten sollte. Ziegler von Carlsruhe und Thiebaut von Ettlingen, zwei Mitglieder der Landesversammlung, begleiteten den ehemaligen Dictator auf der Flucht. Mit der größten Entrüstung wurde von der Landesversammlung in ihrer Sitzung vom 29. Juni die Nachricht von der Entweichung Brentano's aufgenommen. Sofort wurde an

die Stelle des entflohenen Dictators der Bürger Kiefer von Emmendingen ernannt und Struve beauftragt, den Entwurf einer Proklamation an das Volk vorzulegen, in welcher diesem die Flucht Brentano's, zugleich aber auch die Wahl Kiefer's an seine Stelle mitgetheilt wurde. Dieses geschah nach kurzer Zeit. Struve's Entwurf wurde jedoch nicht genehmigt. Es wurde demselben entgegengehalten, es fehle ihm am Salz und verlangt, durch die Proklamation müsse Brentano ausdrücklich als „Verräther am Vaterlande" bezeichnet werden. Auch sollten die Thatsachen etwas ausführlicher mitgetheilt werden, als in dem ersten Entwurfe Struve's geschehen war. In Gemäßheit dieser Beschlüsse der Versammlung legte Struve nach wenigen Minuten den Entwurf der Proklamation in derjenigen Fassung vor, in welcher dieselbe von der Versammlung angenommen wurde. *)

---

*) Dieselbe lautet in Ihrer offiziellen Ausfertigung wörtlich, wie folgt:

„Mitbürger!

Als das badische Volk sich erhob, um ein unerträgliches Joch zu zerbrechen, da trat es in den Kampf mit den sämmtlichen Tyrannen Deutschlands, und jeder Freund des Vaterlandes faßte den Vorsatz, auf seinem Posten auszuharren bis zum Ende.

In der öffentlichen Sitzung der constituirenden Landesversammlung vom gestrigen wurde demgemäß auch beschlossen:

„Der Krieg gegen die Feinde der deutschen Einheit und Freiheit wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln fortgesetzt und jeder Versuch einer Unterhandlung mit dem Feinde als Verrath am Vaterlande betrachtet und bestraft."

Gegen die zweite Hälfte dieses Satzes erhob der Dictator Brentano Einsprache, indem er behauptete, es läge darin ein Mißtrauensvotum gegen ihn, ungeachtet ihm das Gegentheil ausdrücklich von der Versammlung erklärt worden war. Als jene Stelle des Beschlusses dennoch angenommen wurde, legte er zuerst seine Stelle als Mitglied der Regierung, kurz darauf auch diejenige eines Mitgliedes der constituirenden Versammlung vermittelst zweier an den Präsidenten derselben gerichteten

Kiefer war früher immer einer der wärmsten Anhänger Brentano's gewesen. Er hatte namentlich noch am 28. für die Absendung einer Deputation an Brentano gestimmt,

---

Schreiben nieder, und verließ im Dunkel der Nacht mit den Mitgliedern der Landesversammlung Ziegler von Karlsruhe und Thiebaut von Ettlingen den Sitz der Regierung und der Landesversammlung, ohne vorher die gesetzlich gebotene Rechenschaft von seiner Amtsführung abgelegt zu haben und ohne eine Nachricht über den Ort zurückzulassen, wohin er sich zu begeben gedenke.

Die constituirende Landesversammlung muß diese Flucht des Bürgers Brentano als einen feigen Verrath am Vaterlande betrachten und kann in dem Vorgeben desselben, er ziehe sich zurück, weil er ein Mißtrauensvotum erhalten habe, nur den Versuch erkennen, sein Verbrechen zu beschönigen. Sie setzte daher sofort eine Untersuchungscommission nieder, welche den Auftrag hat, gegen den Bürger Brentano und seine Begleiter einzuschreiten, um sie zur wohlverdienten Strafe zu ziehen. Ueber die Resultate dieser Untersuchung werden wir dem Volke Badens so bald als möglich ausführliche Mittheilung machen.

Die constituirende Landesversammlung hat bereits die erforderliche Vorsorge getroffen, um jede Störung in dem Gang der Geschäfte zu verhüten, indem an die Stelle des entflohenen Dictators Brentano der Bürger Kiefer von Emmendingen einstimmig ernannt wurde.

Bürger! seid wachsam! Die constituirende Landesversammlung wird es auch sein. Bürger und Freiheitskämpfer fahrt fort, eure Pflichten treu zu erfüllen! Wir unsererseits geben euch die heilige Versicherung, mit Euch zu stehen und zu fallen, mit Euch auszuharren bis zum Ende.

Der große Freiheitskampf wird siegreich durchgeführt werden, wenn Volk und Heer, Regierung und Landesversammlung fest zusammen stehen.

Wehe den Verräthern! Hoch lebe das freie, das einige, das große deutsche Vaterland!

Freiburg, den 29. Juni 1849.

Die constituir. Landesversammlung für Baden und in deren Namen

Das Präsidium:
Damm.

Die Secretäre:
Dänzer, Rotteck, Steinmetz."

und war selbst in diese gewählt worden. Unmittelbar nachdem die Wahl auf Kiefer gefallen war, reiste er von Freiburg ab, ohne sich zuvor bestimmt über die Annahme derselben ausgesprochen zu haben, mit dem Versprechen, am folgenden Tage unfehlbar nach Freiburg zurückzukehren. Allein er traf nicht wieder daselbst ein. Nach der Sitzung vom 29. Juni wurde die Landesversammlung nicht mehr vollzählig, um Beschlüsse fassen und öffentliche Sitzungen halten zu können. Mittlerweile trafen vom Heere die niederschlagendsten Nachrichten ein. Soldaten der Linie und Volkswehrmänner kamen sehr zahlreich und in vollständiger Auflösung begriffen zu Freiburg an, und konnten daselbst nicht zu militärischer Ordnung und Zucht zurückgeführt werden. Schon Samstag den 30. Juni erklärte der Minister des Innern, Florian Mördes, daß sowohl unter der Bürgerschaft der Stadt als unter den Truppen eine sehr ungünstige und gemischte Stimmung herrsche und beschwor namentlich den Abgeordneten Struve, nicht länger in Freiburg zu verweilen, indem, wie er aus zuverlässiger Quelle wisse, seine persönliche Sicherheit daselbst im höchsten Grade gefährdet sei. Struve ließ sich jedoch durch diese Erklärungen nicht abhalten, in Freiburg zu bleiben. Sonntag den 1. Juli reiste er vielmehr, im Auftrage des Dictators Goegg, nach Offenburg, um Mieroslawsky und Sigel aufzusuchen, sich bei diesen über den Stand der Verhältnisse zu erkundigen und mit eigenen Augen sich nach demselben umzusehen. In Offenburg erfuhr Struve, daß Mieroslawsky den Oberbefehl des Heeres niedergelegt habe, und sah mit eigenen Augen, daß die Trümmer des Heeres, welche daselbst in mehreren Zügen auf der Eisenbahn nach Freiburg verbracht wurden, in vollständiger Auflösung begriffen seien. In bunter Mischung waren die verschiedenen Truppen-Abtheilungen untereinander gemengt. Die Offiziere hatten ihre Leute und die Soldaten ihre Offiziere verloren. Militärischer Gehorsam und Disciplin waren gewichen. Spät in der Nacht kehrte Struve nach Freiburg

zurück mit der betrübenden Ueberzeugung, daß für den Augenblick die Sache des Volkes verloren sei. Alle die Fehler, welche er seit sechs Wochen gerügt, und abzuwenden vergeblich versucht, hatten ihre Früchte getragen. Die Minister des Innern und der Finanzen hatten sich aus Freiburg und dem Lande Baden entfernt. Die Zahl der Abgeordneten schmolz mit jedem Tage mehr zusammen. In der vertraulichen Sitzung der Landesversammlung vom 2. Juli (eine förmliche konnte wegen des Mangels der erforderlichen Anzahl der Mitglieder nicht mehr gehalten werden) beschlossen die noch anwesenden Mitglieder der Landesversammlung, es sollten allen Denjenigen, welche bis zu dieser Stunde ausgehalten hatten, ihre Taggelder bis zum 10. Juli ausbezahlt und ein kleines Reisegeld von 46 fl. zugebilligt werden. In einer zweiten vertraulichen Sitzung, welche des Nachmittags in Anwesenheit der Dictatoren Goegg und Werner und des Obersten Sigel gehalten wurde, ergriff Struve das Wort und sprach: „Wenn wir nur ein geschlagenes Heer hätten, so würde ich an einem günstigen Erfolge unserer Sache nicht verzweifeln. Allein wir haben eine in der Auflösung begriffene Diktatur und sind nicht im Stande, dieselbe zu vervollständigen; wir haben einen in der Auflösung begriffenen Ministerrath und können denselben nicht wieder herstellen; wir haben eine unvollzählige Landesversammlung und können sie nicht vollzählig machen. Die Hälfte des Landes ist vom Feinde besetzt, in derjenigen, welche wir noch die unsere nennen, erhebt die Reaktion schon mächtig ihr Haupt. Die meisten Civilcommissäre und Gemeindebehörden leisten den ihnen zugehenden höheren Weisungen nur säumige Folge. Mit einem Worte, die Organisation ist zerstört, mit deren Hülfe wir ein neues Heer bilden könnten. Die Ordnung unter den Freiheitskämpfern aber, welche jetzt noch unter den Waffen stehen, ist gebrochen, und wir haben weder Zeit, noch Mittel, diese Ordnung wiederherzustellen. Unter diesen Umständen ist eine Kriegführung un-

möglich. Es fehlen uns die Mittel, auch nur eine Feldschlacht zu schlagen. Setzen wir jetzt noch unsern Widerstand fort, so wird die einzige Folge desselben sein, daß auch das Oberland, wie das Unterland, die Schrecknisse des Kriegs empfindet, daß viel kostbares Blut vergossen wird. Ein Schlachten ist noch möglich, keine Schlacht, ein Raubzug kann noch ausgeführt werden, kein Krieg. Wir müssen zu retten suchen, was noch zu retten ist. Ich trage daher darauf an, daß

1) in gleicher Weise wie den Mitgliedern der Landesversammlung jedem Manne, welcher sich bei unserer Revolution betheiligt hat, sein Gehalt oder sein Sold vollständig ausbezahlt werde bis zum 10. Juli und daß überdieß Jeder ein entsprechendes Reisegeld erhalte;
2) daß wir uns mit unserm ganzen Heere, mit Waffen, Vorräthen, Kassen und allem beweglichen Staatsvermögen auf schweizerisches Gebiet in guter Ordnung zurückziehen."

Gegen diesen Antrag erhoben sich Sigel, Werner und Goegg auf das entschiedenste. Sigel erklärte sogar, er würde der erste sein, welcher revoltirte, falls derselbe angenommen werden sollte. Die Versammlung trennte sich, ohne einen Beschluß gefaßt zu haben. Doch war Struve die Stimmung derselben wohlbekannt. Mit Ausnahme der genannten drei Männer und etwa zweier oder dreier jüngerer Mitglieder der Versammlung theilten alle Struve's Ansicht. Mehrere baten denselben, eine Erklärung aufzusetzen, in welcher die Gründe angegeben würden, welche sie bestimmten, die Landesversammlung als vertagt zu betrachten, damit sie dieselbe vor ihrer Abreise aus Freiburg unterzeichnen und veröffentlichen könnten. Struve verfaßte diese Erklärung, welche auch sofort von den meisten noch anwesenden Mitgliedern der Landesversammlung unterzeichnet wurde. Als der Dictator Werner jedoch von diesem Aktenstücke Kenntniß erhielt, nahm er dasselbe zu Handen

und erklärte, er würde Jeden verhaften lassen, der dasselbe veröffentlichen würde. Von einer sofortigen Veröffentlichung desselben war übrigens nicht die Rede gewesen, sondern nur von einer, den Umständen und Verhältnissen entsprechenden Bekanntmachung.

Nach diesen Vorgängen reisten die verschiedenen Mitglieder der Landesversammlung, welche bisdahin in Freiburg ausgeharrt hatten, ab. Sie werden wohl erst wieder zusammentreten, nachdem das Volk in Baden in den Besitz seiner ewigen und unveräußerlichen Menschenrechte wieder eingetreten sein wird.

Der erste Antrag Struve's, betreffend die Auszahlung von Sold und Reisegeld an sämmtliche Männer, welche sich bei der Revolution betheiligt hatten, wurde nicht in Ausführung gebracht. Viel Jammer und große Noth wäre beseitigt worden, wenn er in Ausführung gekommen wäre. Der zweite Antrag Struve's dagegen, betreffend den Rückzug auf schweizerisches Gebiet wurde ungeachtet des anfänglichen Widerstrebens der beiden Dictatoren und Sigel's vollzogen. Ohne Zweifel wären aber manche Mißstände und große Gefahren vermieden worden, wenn am 2. Juli Struve's Antrag förmlich angenommen und der Rückzug des Heeres in Folge eines von der Landesversammlung in Uebereinstimmung mit der Dictatur und dem Heeresoberbefehlshaber gefaßten Beschlusses stattgefunden hätte.

Zwanzigster Abschnitt.

Die Volkserhebung in der Rheinpfalz.

Ohne befragt worden zu sein, war seiner Zeit, als die Völker unter die Fürsten vertheilt wurden, die Pfalz des linken Rheinufers dem Könige von Baiern zugetheilt worden. Niemals hatten die rührigen und lebendigen Rheinpfälzer sich an die alt-baierische Regierungsweise gewöhnen können. Mit Recht betrachteten sie sich als einen mit Gewalt dem baierischen Fürstenhause unterworfenen Volksstamm. Im Anfange der Dreißiger Jahre hatte sich bereits der Widerwille der rheinpfälzischen Bevölkerung gegen die baierische Regierung deutlich kund gethan. Doch erst im Jahre 1849 brach derselbe in seiner vollen Kraft hervor. Die Veranlassung dazu gab der Streit über die von der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. entworfene Reichsverfassung, welcher die königl. baierische Regierung die Annahme versagte. Von dieser Verweigerung des Gehorsams gegenüber der deutschen Centralgewalt nahmen mehrere Abgeordnete zur Nationalversammlung, namentlich Christmann, Gulden, Kolb, Reichard, Schmitt, Schüler, Spatz, Tafel, Stockinger, Umbscheiden, Veranlassung, an die Bewohner der Pfalz einen Aufruf zu erlassen, worin sie verlangten:

„Die Pfalz möge in allen ihren Gemeinden wo möglich unter Vorantritt ihrer Ortsvorsteher schleunigst zusammentreten und Beschlüsse in folgendem Sinne fassen:

1) Die von der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung verkündigte Reichsverfassung, ist mit ihrer Verkündigung, gleichviel, welche Lösung die Oberhauptfrage noch erhalten möge, Gesetz in ganz Deutschland geworden.
2) Die Nichtanerkennung derselben von Seiten einer einzelnen Regierung ist eine strafbare Auflehnung gegen die neugeschaffene gesetzliche Ordnung; jeder gewaltthätige Angriff ein Hochverrath gegen die deutsche Nation.
3) Jeder Bürger verpflichtet sich mit Gut und Blut für das Reichsgrundgesetz einzustehen und jeden Angriff hierauf, mag er kommen, woher es auch sei, durch die That abzuwehren."

Mit dieser von den Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung gegebenen Anregung traf eine zweite zusammen, welche von dem geschäftsführenden Ausschusse der pfälzischen Volksvereine ausging, und die Abhaltung einer Volksversammlung zur Folge hatte. Am 1. Mai traten in Gemäßheit dieser Einladung die pfälzischen Abgeordneten der baierischen Kammer und der Nationalversammlung, die Landrathsmitglieder, die Wahlmänner, Bürgermeister und Gemeindevertreter in der Fruchthalle zu Kaiserslautern in einer Vorberathung zusammen. Nach gepflogenen Vorverhandlungen wurde die Volksversammlung eröffnet, in welcher folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

1) Es wird ein Landesvertheidigungs-Ausschuß ernannt, welcher sogleich in Thätigkeit tritt, und so lange in Permanenz verbleibt, bis die gefahrdrohende Lage des Vaterlandes vorüber ist.
2) Es wird eine energische Ansprache an das Militär sowie an das deutsche, bezugsweise baierische Volk erlassen.

Als Mitglieder des Landesvertheidigungs-Ausschusses wurden gewählt: Reichard von Speyer, Abgeordneter; Cullmann von Zweibrücken, Abg.; Schüler von da, Abg.; Greiner, Abg.; Fries, Rechtskandidat von Frankenthal; Schmitt, Notar von Kirchheimbolanden; Didier, Posthalter von Landstuhl und Hänitz, Dr. med. von Zweibrücken.

Am Abende des 2. Mai erklärte sich der Landesvertheidigungsausschuß für permanent, worauf den 3. Mai Morgens 2 Uhr, nach Beendigung der Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

1) Es soll durch die beiden Abgeordneten Reichard und Schmitt, unter Vorlage der nöthigen Aktenstücke in der Nationalversammlung die Reichsgewalt interpellirt werden, was sie zu thun gedenke, um die Pfalz in den getroffenen Maßregeln zu unterstützen.
2) Es soll an alle Beamten der Pfalz die Zuschrift ergehen, sich binnen drei mal 24 Stunden zu erklären, ob sie sich der Reichsverfassung unterwerfen wollten, widrigenfalls sie als rebellisch und ihre Anordnungen als wirkungslos zu betrachten seien.
3) Mittheilung der Beschlüsse an sämmtliche Gemeinden des Landes.
4) Aufruf zu allgemeiner Bewaffnung und Organisation derselben.
5) Verweigerung der Staatssteuern.
6) Verbindung mit dem Volke in den angrenzenden Ländern.

Diese Maßregeln verfehlten nicht, einen großen Eindruck in der Rheinpfalz und in den angrenzenden deutschen Landen hervorzurufen. Die waffenfähige Mannschaft von 18—30 Jahren wurde aufgeboten, in vier Brigaden eingetheilt, zu welchen jeder Canton ein Bataillon, jeder Landcommissariats-Bezirk ein Regiment stellen sollte. Für Waffen und Munition wurden die Gemeinden zu sorgen

angewiesen. Leider war es schwieriger, diese Beschlüsse auszuführen, als sie zu fassen. Es fehlte, um eine bewaffnete Macht auf die Beine zu bringen, hauptsächlich an drei Gegenständen: an Geld, Waffen und Munition und kriegskundigen Offizieren. Allerdings befand sich Geld in den öffentlichen Kassen, allein der Landesausschuß trug Bedenken, diese gleich in den ersten Tagen mit Beschlag zu belegen. Später wurden dieselben natürlich leer gefunden. Waffen und Munition fanden sich allerdings reichlich in den Festungen Landau und Germersheim, allein die Bürgerschaften beider Orte traten nicht mit der erforderlichen Entschiedenheit auf. Zwar trat ein Theil der Garnisonen derselben auf die Seite des Volkes über. Unglücklicherweise fanden sich jedoch in beiden Plätzen ungewöhnlich viele Einsteher, welche ihr bereits verdientes Einstands-Capital zu verlieren glaubten, falls sie den fürstlichen Dienst verließen. Auch an kriegsgeübten Offizieren fehlte es nicht. Da man jedoch sämmtlichen Staatsdienern drei mal 24 Stunden Zeit ließ, zu erklären, ob sie sich der Reichsverfassung unterwerfen, d. h. zum Volke halten oder aber dem Könige gehorchen wollten, und den Offizieren für den Fall, daß sie sich gegen die Reichsverfassung, d. h. gegen das Volk erklären würden, keine bedeutenden Nachtheile in Aussicht stellte, so wandten sich nur wenige ältere Offiziere der Volkssache zu. Nichts destoweniger erhob sich aller Orten das Volk der Rheinpfalz zu Gunsten der Reichsverfassung und des Landesvertheidigungsausschusses. In wenigen Tagen war dieser Herr der ganzen Rheinpfalz, mit alleiniger Ausnahme der Festungen Landau und Germersheim. Auch viele Staatsdiener schlossen sich der Bewegung an, sowie ein Theil des stehenden Heeres. Zwar sollte die Volksbewegung in der Rheinpfalz gleich anfangs durch die Reichsgewalt militärisch unterdrückt werden, allein der Reichscommissär Eisenstuck ertheilte den bereits in die Rheinpfalz eingerückten preußischen Truppen den Befehl zum Rückzuge, welcher Befehl durch die kriegerische Haltung der Rheinpfälzer gekräftigt, von

den s. g. Reichstruppen befolgt wurde. Von vielen Seiten zogen Bewaffnete den Pfälzern zu. Ein Theil des in Germersheim garnisonirenden sechsten Regiments ging, statt in die Festung Germersheim abzumarschiren, zum Volke über und wurde, vier bis fünfhundert Mann stark, nach Kaiserslautern geführt. Auch von denjenigen, welche nach Germersheim abmarschirten, verließen unterwegs viele ihr Regiment mit Waffen und Gepäck, um mit dem Volke für die Freiheit zu streiten. Fast ohne Blutvergießen wurden alle diese Erfolge errungen. An der Rheinbrücke in Ludwigshafen kam es jedoch zu einem Gefechte. Um den von der rechten Rheinseite erwarteten bewaffneten Zuzug abzuhalten, in die Rheinpfalz einzudringen, ließ der daselbst kommandirende königl. baierische Offizier am 10. Mai vor der Brücke eine Barrikade errichten. Am Nachmittage jenes Tages wurde Niemand mehr über die Brücke gelassen. Als jedoch des Abends von der Oggersheimer Straße her dichte Schaaren Bewaffneter gegen Ludwigshafen heranrückten, und der baierische Wachtposten sich weigerte auf dieselben Feuer zu geben, zog der an der Barrikade befehligende Offizier seine Soldaten auf die rechte Seite des Rheins zurück, worauf der Posten von den Bürgern in Besitz genommen wurde.

Mittlerweile war das fürstliche Militär unter die Waffen getreten, machte jedoch von denselben keinen Gebrauch gegen das Volk, schloß sich vielmehr zum größten Theile der Volkssache an. Aus Rheinhessen führte Zitz den Pfälzern eine Schaar von Freiwilligen zu. Anfänglich leitete Fenner v. Fenneberg die Organisation der Pfälzer Volkswehr. Bereits am 21. Mai wurde derselbe jedoch schon wieder entfernt, da er sich die Zufriedenheit weder des Landesausschusses, noch der Volkswehr zu erwerben wußte. Sznayde, Techow, Annecke widmeten ihre Kräfte dem pfälzischen Kriegswesen, d'Ester wurde die rechte Hand der provisorischen Regierung in allen bürgerlichen Verwaltungsangelegenheiten.

Die für sämmtliche Landcommissariate der Pfalz ernannten Civilcommissäre bildeten hauptsächlich die revolutionären Organe der provisorischen Regierung; da man jedoch die alte Organisation nicht aufhob, den alten monarchischen Schlendrian nicht zerstörte, so wirkte er im Stillen noch immer fort, und wartete nur des Augenblicks, da er aus seinem Verstecke hervorbrechen und sein altes Unwesen fortsetzen konnte. Besonders verderblich wirkten im Geheimen die Pfaffen beider Konfessionen, die katholischen sowohl als die protestantischen. Die Rheinpfalz ist ohne Zweifel eines der reichsten Ländchen der Welt. Nichts destoweniger fehlte es der provisorischen Regierung an allen Geldmitteln. Das Land hat Ueberfluß an sämmtlichen Stoffen, welche zur Waffenfabrikation erforderlich sind, es besitzt mancherlei gewerbliche Einrichtungen, welche mit der Waffenfabrikation nahe verwandt sind und daher leicht in solche umgeschaffen werden konnten. Die Rheinpfalz hatte überdieß mehr als sieben Wochen Zeit, ihre Vorkehrungen zu treffen. Allein es wurden keine Waffenfabriken angelegt. Man suchte außerhalb des Landes, was man innerhalb desselben hätte schaffen sollen. Man verließ sich auf fremde Hülfe und ward verlassen. Es fehlte in der Pfalz nicht minder als in Baden an revolutionärer Kraft. Man coquettirte auch da noch mit der Gesetzlichkeit und Billigkeit, und nirgend mit der ewigen Wahrheit, daß unter den Waffen die Gesetze schweigen, und daß wo es gilt, die unveräußerlichen Menschenrechte zu erkämpfen, alles unbillig ist, was diesem Zwecke im Wege steht.

Gleich in den ersten Tagen seines Bestehens faßte der erwählte Landesausschuß folgenden Beschluß:

„Zur Unterstützung des Landesvertheidigungsausschusses und als Vollzugsbehörde der Beschlüsse desselben, wird ein aus dem Cantonalvolksvereinsausschusse und den Offizieren der Bürgerwehr des Cantonsortes bestehender Cantonalvertheidigungsausschuß gebildet. Drei Mitglieder dieses Ausschusses haben in beständiger Permanenz zu verbleiben und sind beschlußfähig.

In den Cantonsorten, in welchen kein Cantonalvolksvereinsausschuß besteht, haben die Gemeinderäthe für die Einsetzung eines Cantonalvertheidigungsausschusses zu sorgen.

Der Landesvertheidigungsausschuß umgibt sich mit einer Volksvertretung und verfügt in dieser Beziehung:

a) Jeder Canton hat einen Vertreter zu wählen.
b) Wahlfähig und wahlberechtigt ist jeder volljährige Pfälzer.
c) Die Wahlen sind direkt und erfolgen nach absoluter Stimmenmehrheit.
d) Die Art der Ausführung bleibt dem Ermessen des Cantonalvertheidigungsausschusses überlassen.
e) Bis zum 14. Mai nächsthin müssen die Wahlen längstens beendet sein.
f) Die Zeit der Einberufung der Volksvertreter zu bestimmen, bleibt vorbehalten."

In Gemäßheit dieser Verordnung wurden die Volksvertreter der Pfalz gewählt, traten sodann am 14. Mai in Kaiserslautern zusammen, und ernannten sofort eine provisorische Regierung. Diese sollte bestehen aus folgenden Mitgliedern: Reichard aus Speier, Hepp aus Neustadt, Cullmann aus Zweibrücken, Schüler von da und Kolb von Speier. Im Falle der Nichtannahme und bis zum Eintreffen einer bestimmten Erklärung der damals abwesenden gewählten Mitglieder der provisorischen Regierung sollten die Bürger Greiner, P. Fries und N. Schmitt deren Stellen einnehmen. Schüler und Kolb lehnten die Annahme der auf sie gefallenen Wahl nach längerem Zögern ab. Cullmann nahm sie anfänglich an, trat auch wirklich in die provisorische Regierung ein, legte jedoch nachher wieder seine Stelle nieder. An die Stelle von Cullmann, Schüler und Kolb traten daher sofort Greiner, Fries und Schmitt ein, was den Herren Aristokraten durchaus nicht gefiel, indem diese letzteren drei Männer für entschiedene Demokraten galten. Sofort begannen denn auch die Ränke von Seiten der Volksfeinde. Eine neue Gemeindeordnung,

welche die provisorische Regierung auf Veranlassung d'Ester's erließ, und eine Zwangsanleihe, welche sie ausschrieb, gaben der Reaktion erwünschte Gelegenheit, der Regierung offen und heimlich Verlegenheiten zu bereiten. An verschiedenen Orten, namentlich zu Neustadt, Speier und Zweibrücken hielten die Geldsäcke Versammlungen, in welchen mit geringen Abweichungen im wesentlichen folgende Ansinnen an die provisorische Regierung gestellt wurden:

1) „Sie sollte auf den Pfad der Gesetzlichkeit zurücktreten," (d. h. die Revolution begraben).
2) „Den Civilkommissären ihre ausgedehnte Funktion nehmen," (d. h. die alte, nicht einmal abgeschaffte Büreaukratie wieder unbeschränkt walten lassen).
3) „Die Requisition der Pferde sollte für eine Barbarei erklärt werden" (ohne daß die Mittel gewährt wurden, Pferde anzuschaffen).
4) „Entfernung aller Fremden, d. h. Nicht-Pfälzer, welche bei der provisorischen Regierung verwendet seien," (so sollte die Volksbewegung innerhalb der engen Grenzen der Pfalz erstickt werden).
5) „Die gemäß der von der provisorischen Regierung veröffentlichten Gemeindeordnung vorzunehmende Neuwahl der Stadtvorstände sollte verworfen werden," (d. h. die Stadtvorstände der Aristokratenpartei wollten ihre Sitze behaupten).
6) „Die Mitglieder der provisor. Regierung Kullmann, Schüler und Kolb sollten aufgefordert werden, ihre Plätze in der Regierung einzunehmen, indem ihre Ersatzmänner (Fries, Greiner und Schmitt) nicht am Platze seien," (d. h. die provisorische Regierung solle gesprengt werden, denn Reichard und Hepp konnten allein nicht regieren, Kullmann, Schüler und Kolb hatten definitiv abgelehnt).
7) „Ein Viertheil der ausgeschriebenen Zwangsanleihe sollte zugestanden, zur Erhebung der drei übrigen Viertheile dagegen die Genehmigung eines Volks-

hauses vorbehalten bleiben," (d. h. der provisorischen Regierung sollte 1) die Anerkennung und 2) die zur Vertheidigung des Landes unentbehrlichen Gelder verweigert werden).

Nachdem diese und andere ähnliche Beschlüsse an verschiedenen Orten der Pfalz gefaßt worden waren, wurden zahlreiche Deputationen an die provisorische Regierung nach Kaiserslautern geschickt, durch welche dieselbe eingeschüchtert werden sollte. Statt diese Leute als Meuterer zu behandeln und vor ein Kriegsgericht zu stellen, begnügte sich die provisorische Regierung damit, unterm 8. Juni eine weitschweifige Proklamation zu erlassen und die neue Wahl der Gemeinderäthe, wo sie verweigert worden war, mit Gewalt durchzusetzen. Diese halben Maßregeln schlugen die lauernde Reaktion nicht nieder, und erweckten unter den eifrigen Demokraten die größte Mißstimmung. Die Zwangs-Anleihe ging sehr langsam ein, die in Brüssel angekauften Waffen wurden von den Preußen mit Beschlag belegt, Landau und Germersheim hielten sich noch immer, und machten sogar Ausfälle, durch welche sie die ganze Umgegend in Unruhe versetzten, und die provisorische Regierung, welche ihren Sitz in Speier genommen hatte, veranlaßten, nach Kaiserslautern zurückzukehren. Zwar erließ die provisorische Regierung unterm 8. Juni ein transitorisches Kriegsgesetz*), allein es wurde nicht gehandhabt.

---

*) Das transitorische Kriegsgesetz lautet wörtlich, wie folgt:

Im Namen des pfälzischen Volkes! Zur Aufrechthaltung der Ordnung und zur Herstellung einer strengen Mannszucht wird für die Dauer des gegenwärtigen Kriegszustandes und bis zum Erlasse eines definitiven Kriegsgesetzes transitorisch verordnet wie folgt:

Tit. I. Von dem Umfang der Militärgerichtsbarkeit.

Art. 1. Die Militärgerichtsbarkeit erstreckt sich auf alle durch pfälzische Truppenkörper und Wehrmänner jeden Grades begangenen militärischen Vergehen und Verbrechen. Sie erstreckt sich auf alle Zuwiderhandlungen gegen das Civilstrafgesetz,

Auch erließ sie unterm 10. Juni ein Aufgebot des Landsturms **). Doch auch dieses kam nicht zur Ausführung. Im Gefühle ihrer eigenen Schwäche überschüttete die provisorische Regierung der Rheinpfalz das Land mit Proklamationen, welche übrigens größtentheils sehr schlecht ab-

---

wenn das Truppenkorps, welchem der Bezüchtigte angehört, außer den Grenzen der Pfalz steht. Sie erstreckt sich endlich auf alle Nichtwehrmänner, welche die Sache des Vaterlandes durch Verrath, namentlich durch Spionage, Aufwieglung, Verleitung der Truppen zu pflichtwidrigen Handlungen, gefährden.

Tit. II. Von den militärischen Vergehen und Verbrechen.

Art. 2. Die militärischen Vergehen sind: a) kleinere Versehen im Dienste; b) schlechte Behandlung der Waffen; c) Trunkenheit außer Dienst; d) Ungehorsam gegen Vorgesetzte außer Dienst.

Art. 3. Die militärischen Verbrechen sind: a) Grobe Nachlässigkeit im Dienst. b) Böswillige Beschädigung, Verschleuderung oder Veräußerung der Waffen, Montirungs- und anderer Kriegsgegenstände. c) Ungehorsam gegen die Befehle der Vorgesetzten im Dienst. d) Widersetzlichkeit gegen Vorgesetzte im Dienst. e) Ueberschreitung der Befugnisse und Mißbrauch der Amtsgewalt. f) Plünderung. g) Jede Handlung, welche Verrath in sich schließt; namentlich böswilliges Verlassen der Fahne oder des Postens, Spionage, Meuterei. h) Jede Gesetzesverletzung, welche die Wehrmänner an Orten verüben, an welchen sie in ihren Eigenschaften als Wehrmänner sich befinden, oder gegen Personen begehen, mit welchen sie als Wehrmänner verkehren.

Tit. III. Von den Strafen.

Art. 4. Die Strafen für militärische Vergehen sind: a) Einfacher (d. h. geheimer) Verweis. b) Scharfer (d. h. öffentlicher vor der Kompagnie ertheilter) Verweis. c) Gefängniß bis zu 14 Tagen incl.

Art. 5. Die Strafen für militärische Verbrechen sind: a) Degradation. b) Gefängniß von 15 Tagen bis zu 2 Jahren. c) Tod durch die Kugel. Die Strafe der Degradation kann mit der Gefängnißstrafe zugleich verhängt werden. Sie muß verhängt werden, so oft eine Gefängnißstrafe von mehr als einem Jahre erkannt wird.

gefaßt waren, indem sie theils über alle Maßen weitschweifig, theils, wie namentlich diejenigen, welche an Frankreich gerichtet waren, der erforderlichen Würde entbehrten. Eine der bessern Proklamationen theile ich in der Note***) mit.

Tit. IV. Von der Untersuchung.

Art. 6. In Betreff der militärischen Vergehen werden die Untersuchungen — wenn solche nöthig erscheinen — durch den Commandanten des betreffenden Truppenkörpers oder dessen Bevollmächtigten, in Betreff der militärischen Verbrechen durch die von der provisorischen Regierung ernannten Militär-Justizbeamten geführt.

Tit. V. Von der Strafgewalt, dem Strafverfahren und dem Strafurtheile.

Art. 7. Jeder Compagnieführer, sowie jeder Commandant einer selbstständigen Truppenabtheilung ohne Unterschied des Rangs, ist berechtigt, außer Verweis eine Gefängnißstrafe bis zu 3 Tagen, jeder Bataillonsführer eine solche bis zu fünf Tagen und jeder höhere Offizier eine solche bis zu 14 Tagen gegen seine Untergebenen zu verhängen. So oft eine Gefängnißstrafe von 14 Tagen ausgesprochen wird, hat der verurtheilende Offizier dem Oberkommando hierüber ausführliche Meldung zu machen.

Art. 8. Gegen jedes, von einem einzelnen Commandanten gefällte Strafurtheil ist die Berufung an den nächst höheren Offizier gestattet. Die Berufung hemmt den Vollzug der Strafe nicht.

Art. 9. Auf eine der durch Art. 5 vorgesehenen höheren Strafen kann nur ein Kriegsgericht, vor welches das Oberkommando nach geschlossener Untersuchung die betreffende Sache verweist, erkennen.

Art. 10. Das Kriegsgericht besteht: a) Aus einem durch das Oberkommando für die Dauer eines Monats ernannten Präsidenten, welcher die Debatten leitet, aber weder stimmberechtigt ist, noch den Berathungen der Geschworenen beiwohnen darf.

b) Aus zwölf Geschworenen, gewählt und bezeichnet nach Vorschrift des folgenden Artikels.

c) Aus dem Militärjustizbeamten, welcher die Untersuchung geführt hat als Berichterstatter.

d) Aus dem vom Oberkommando bezeichneten Ankläger.

Mit Recht erwartete die Rheinpfalz eine kräftige Unterstützung von Baden. Wie ich bereits weiter oben ausgeführt habe, wurde ihr diese von dorther nicht zu Theil. Eine herbe Mißstimmung, welche sich der Rheinpfälzer be-

---

Art. 11. Jedes Bataillon, sowie jedes selbstständige keinem Bataillon zugetheilte größere Truppenkorps wählt jeden Monat aus seiner Mitte 30 Vertrauensmänner, aus welchen für jede einzelne Klagsache die 12 Geschworenen zum Kriegsgericht durch das Loos bezeichnet worden. Bei der Loosezиehung kann der Angeklagte acht, der Ankläger vier der 30 Vertrauensmänner ohne Angabe eines Grundes als Geschworne recusiren.

Art. 12. Der Präsident des Kriegsgerichts läßt die Geschworenen schwören: „ohne Leidenschaft und ohne Vorurtheil nach Pflicht und Gewissen zu entscheiden."

Art. 13. Nach geschehener Verpflichtung der Geschworenen erstattet der Militär-Justizbeamte, welcher die Voruntersuchung geführt hat, Bericht über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatsachen, worauf das Zeugen- und Gegenzeugenverhör folgt. Die Anklage und Vertheidigung bilden den Schluß der Verhandlung.

Art. 14. Die Geschworenen entscheiden zunächst, ob der Angeklagte der ihm zur Last gelegten Thathandlungen „schuldig" ist oder nicht. Wird der Angeklagte für „nicht schuldig" erklärt, so verordnet der Präsident dessen sofortige Freilassung, insofern er verhaftet ist. Wird er dagegen für „schuldig" erklärt, so wird der Ankläger mit seinem Strafantrage und der Angeklagte und sein Vertheidiger mit ihren Entgegnungen gehört. Die Geschworenen müssen sodann, nach gepflogener Berathung, eine der im Art. 5 aufgeführten Strafen verhängen.

Art. 15. Um über einen Angeklagten das „schuldig" aussprechen zu können, ist eine Mehrheit von 8 Stimmen erforderlich. Dasselbe gilt bei der Zumessung der Strafen. Auf Todesstrafe kann nur durch Stimmeneinheit erkannt werden.

Art. 16. Die Verhandlungen des Kriegsgerichts sind öffentlich; die Berathung und Beschlußfassung der Geschworenen geheim.

Tit. VI. Von dem Vollzuge des Urtheils und der Strafmilderung.

Art. 17. Das Oberkommando hat den Vollzug der Urtheils-

mächtigte, war die unausbleibliche Folge hiervon. Die Rheinpfälzer schickten daher auch keine Abgeordneten in die constituirende Versammlung von Baden und wurden durch das gleichgültige Benehmen der badischen revolutionären

---

sprüche zu überwachen. Ihm steht das Recht zu, die ausgesprochenen Strafen zu mildern. —

Kaiserslautern, den 8. Juni 1849.

Die provisorische Regierung der Rheinpfalz:
Dr. Hepp, Greiner, P. Fries. N. Schmitt, Reichard.

**) Es lautet wörtlich, wie folgt:

Aufgebot zum Landsturm.

Die Preußen, wenn auch nur in geringer Zahl, nahen sich der Grenze, werden aber nicht den Muth haben, sie zu überschreiten, wenn das pfälzische Volk zeigt, daß es Mann für Mann entgegentritt. Pfälzer! jetzt kommt die Zeit, wo Ihr bewähren müßt, daß ihr für die Sache der Freiheit einsteht. Das ganze Land muß von nun an allarmirt sein; das wird die Preußen abwehren. Es wird darum der Landsturm aufgeboten und demgemäß angeordnet:

1) In jedem Orte ist sofort Sturm zu läuten. Das Leuten beginnt den 11. d. M. früh 6 Uhr und gilt das erste Mal als Zeichen, daß das Vaterland in Gefahr ist, und jeder gutgesinnte Bürger auf seinem Posten sein soll.

2) Sofort haben sich die Bewohner jedes Orts mit den Waffen, die sie besitzen, seien es Gewehre, Sensen, Picken, Heu- oder Mistgabeln, Aexten, Dreschflegeln und dergleichen zu versehen, sich geordnet zusammenzustellen und ihre Führer zu wählen.

3) Fortwährend ist in allen Gemeinden jede Bewegung, welche die Preußen vornehmen, durch aufgestellte Wächter auf den Höhen und Thürmen genau zu beobachten, und sobald eine solche erfolgt, durch Sturmläuten und Eilboten weiter zu verbreiten, worauf die Mannschaft jedes Orts nach Vorschrift 2 sich wieder zu versammeln, auch sich mit Lebensmittel auf wenigstens zwei Tage zu versehen hat.

4) Des Nachts sind, wenn die Preußen sich bewegen, auf den Bergen Feuersignale zu ertheilen. Es sind daher von allen Gemeinden auf den benachbarten Bergen oder Höhen Holzstöße

Regierung allerdings nicht ermuthigt, den in Uebermacht heranrückenden Preußen einen kräftigen Widerstand zu leisten. Ohne eine Schlacht wagen, ohne auch nur einen

---

und Allarmpfähle vorzubereiten; auch die erforderlichen Leute zur Durchführung der Signale bereit zu halten.

5) Ferner sind alle Engpässe unverzüglich zu besetzen und in Vertheidigungszustand zu erhalten, ohne jedoch den Weg völlig zu sperren, bis der Feind wirklich anrückt.

Bürger! wir erwarten, daß diese Verordnung, deren Ausführung wir kräftig überwachen lassen werden, allenthalben pünktlich erfüllt wird; wir erwarten dies von Euerm Patriotismus. Das Vaterland ist in Gefahr, rettet es!

Kaiserslautern, den 10. Juni 1849.

Die provisorische Regierung der Rheinpfalz:
P. Fries. Hepp. N. Schmitt.

Der Obercommandant der Pfälzer Volkswehr:
General Sznayde.

Der Chef des Generalstabs:
Techow.

***) An die preußischen Soldaten der Linie und Landwehr.

Brüder!

Der unglückliche Starrsinn der deutschen Fürsten hat Euch uns feindlich gegenübergestellt!

Deutschland sei groß! Deutschland sei mächtig! Deutschland sei frei! riefen wir Alle, Ihr wie wir, in der gewaltigen Revolution des Jahres 1848! Die Fürsten wollten aber nur mächtige große Fürsten, wir ein mächtiges, großes, freies Volk in Deutschland haben. Die Fürsten, die im Frühjahre 1848 sich demüthig dem Volkswillen gebeugt hatten, rebellirten, als das gutmüthige Volk sie unvermerkt wieder hatte zur Macht kommen lassen, gegen das Volk und seine Vertreter, in Berlin wie in Dresden, in München wie in Frankfurt. Ja sogar der preußische König, dem die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt die höchste Ehre und Macht, die deutsche Kaiserkrone anbot, wies sie zurück, nur um deßwillen, weil er sie nicht aus der Hand des Volkes haben wollte. Er trieb die Vertreter des preußischen Volkes und somit auch die Eueren in Berlin auseinander, als sie ihm dringend die Nothwendigkeit vorstellten,

ernstlichen Versuch machen zu können, sich in den Gebirgen zu halten, zog sich das rheinpfälzische Heer beim Herannahen der Preußen auf das badische Gebiet zurück.

---

durch Annahme der Kaiserkrone Preußen an die Spitze von Deutschland zu stellen.

Viele Theile Deutschlands haben sich erhoben gegen solche Fürstenwillkür, um das deutsche Volk zu schützen gegen die Unterdrückung aller Freiheit und allen Rechtes. Was that der König von Preußen? Er ließ Euch marschiren, ihm die Freiheit des deutschen Volkes und somit Euere eigene vernichten zu helfen.

Brüder! Ihr steht heute der pfälzischen Volkswehr gegenüber, die für das höchste Gut des Menschen, die Freiheit, kämpft, nicht etwa für die Pfalz, nein, für ganz Deutschland.

Wir wollen keinen Kampf mit dem preußischen Volke, das wir achten, als ein tapferes, hochherziges, und von dem wir überzeugt sind, daß in ihm dieselbe Begeisterung für die Freiheit glüht, wie in uns. Wir wollen nur einen Kampf mit seinen eigenen Unterdrückern, den Fürsten, und der Kaste engherziger Bevorzugter, die sie umgeben, und die von dem gegenwärtigen Kampfe die Vernichtung ihrer volksfeindlichen Privilegien fürchten.

Brüder-Soldaten, reicht uns die Hände, wenn man Euch gegen uns führt, bedenkt, daß Euere Pflichten als Bürger, Euere Pflichten gegen Euere Väter, Euere Brüder und das ganze Volk höhere sind, als gegen den König, der Euch mißbraucht, Euch wie uns verräth, und Euch den barbarischen Horden des russischen Czaren überliefert.

Brüder! Wohlan denn, laßt uns für das gemeinschaftliche Ziel kämpfen, die Einheit und die Freiheit des deutschen Volkes! lasset nicht den Fluch Euerer deutschen Mitbürger auf Euch kommen, daß Ihr als feile Henkersknechte rebellischer Fürsten mißbraucht worden wäret!

Es lebe das große, mächtige, freie Deutschland!

Kaiserslautern, den 10. Juni 1849.

Die provisorische Regierung der Rheinpfalz:
Fries. N. Schmitt. Dr. Hepp.

Einundzwanzigster Abschnitt.

Die Kriegführung.

Kein Krieg kann geführt werden ohne einen Organismus, welcher dafür Sorge trägt, daß alle Kriegsbedürfnisse herbeigeschafft, die Verluste ersetzt und den Umständen nach doppelt und dreifach ersetzt werden. Das trefflichste und best versehene Heer kann auf die Dauer nicht bestehen, wenn ihm dieser Organismus fehlt, so wenig als der kräftigste und best genährte Mensch, wenn er längere Zeit seine Lebensbedürfnisse entbehren muß. Dieser Organismus fehlte aber dem badischen Freiheitsheere ganz und gar. Diejenige Behörde, deren Aufgabe es war, für die Bedürfnisse des Heeres Sorge zu tragen, that für dieselben anfangs durchaus nichts, später nicht mehr, als ein gewöhnlicher Kriegskommissär hätte thun können. Sämmtliche Kriegsminister: Eichfeld, Mercy, Mayerhofer und Werner verstanden von der Kriegsverwaltung nicht einmal soviel, daß sie dahin gelangten, sich ein Kriegsministerium, d. h. denjenigen Organismus zu bilden, mit dessen Hülfe sie im Stande gewesen wären, ihren Pflichten nachzukommen. Bei Eichfeld und Mercy war dieses die Folge absoluter Unfähigkeit und mangelnder Begeisterung für die Sache, bei Mayerhofer trat böser Wille hinzu; Werner besaß

weder den erforderlichen Ueberblick, noch das erforderliche organisirende Talent. Einem bereits organisirten und mit Technikern reichlich versehenen Kriegsministerium hätte letzterer wohl vielleicht vorzustehen vermocht. Allein ein Kriegsministerium, welches nicht bestand, zu schaffen, dazu war er nicht im Stande. Statt die gesammten Kräfte der Länder Baden und Rheinpfalz oder wenigstens des Landes Baden aufzubieten und dem Oberfeldherrn zur Verfügung zu stellen, zog er seine Hülfsmittel aus der nächsten Umgegend des Ortes, woselbst gerade das Heer stand. Er bemühte sich die dringendsten täglichen Bedürfnisse des Truppenkörpers, bei welchem er sich zufällig befand, zu befriedigen. Von einer centralen Auffassung der Heeresbedürfnisse, einer centralen Benutzung der Hülfsquellen des Landes und einer centralen Organisation, durch welche die Hülfsquellen dem Heere in regelmäßiger Weise zugeführt werden könnten, von alle dem hatte Werner keinen Begriff. Solange Joh. Phil. Becker in Carlsruhe unter dem Namen eines Oberbefehlshabers der Volkswehr arbeitete, geschah allerdings von oben herunter manches für die Organisation der Volkswehr. Allein die Mittel, welche diesem wackeren Manne zu Gebote gestellt wurden, waren so außerordentlich unbedeutend, daß sie mit dem Zwecke, welchen er verfolgen sollte, mit der Organisation der gesammten badischen Volkswehr, in durchaus keinem Verhältniß standen. Die aufgebotene Mannschaft betrug beiläufig 100,000 Mann. Ein Credit von einer Million Gulden hätte nicht mehr als 10 fl. für den aufgebotenen Mann betragen. Statt einer Million wurden ihm nur 10,000 fl. angewiesen; und auch nur diese für ihn zu erwirken, kostete Struve die größte Mühe und Anstrengung. Dabei fand Becker durchaus nicht die erforderliche Unterstützung von Seiten der betheiligten Minister, namentlich derjenigen des Kriegs und des Innern. Sehr häufig mußte er erfahren, daß die von ihm abgesandten Commissäre in den verschiedenen Bezirken von den Civilcommissären bekämpft und sogar entfernt wurden, ohne

daß es ihm möglich war, diesem Uebelstande abzuhelfen. Der gute Wille des Volkes und die begeisterte Thätigkeit vieler junger Männer von höherer Einsicht halfen übrigens über manche Schwierigkeiten hinweg, welche aus der mangelhaften Organisation entsprangen. Ungeachtet der geringen ihm zu Gebote stehenden Mittel, und ungeachtet der Hemmnisse, welche ihm von allen Seiten in den Weg gelegt wurden, gelang es dennoch dem wackeren Becker, eine ansehnliche Macht an Volkswehr auf die Beine zu bringen. Allein Sold konnte er ihr nicht auszahlen lassen, auch konnte er nicht für deren Kleidung und für deren Bewaffnung nur in sehr geringem Maße sorgen. Die Folge davon war, daß überall, wo die Gemeinden nicht in umfassender Weise aushalfen, die kaum zusammengetretenen Volkswehren sich Compagnien- ja Bataillonsweise wieder auflösten. Am 6. Juni mußte übrigens Becker Carlsruhe verlassen. Mit diesem Tage nahm daher seine organisirende Thätigkeit ein Ende. An eine Verschmelzung der Linie und der Volkswehr konnte unter solchen Umständen gar nicht gedacht werden. Sie hätte nur noch größere Verwirrung in das Heerwesen gebracht. Für die Auszahlung des Soldes an die Linie reichten die bestehenden alten Einrichtungen so ziemlich hin. Allein es geschah von oben herunter nichts, um die im Krieg so leicht sich einschleichenden Unterschleife zu verhüten. Für die Organisation der verschiedenen Freikorps geschah von Seiten des Kriegsministeriums durchaus nichts. Das Mittel, welches Struve ergriff, um die Organisation derselben zu fördern, bestand darin, zu veranlassen, daß diesem oder jenem Corps eine gewisse Geldsumme, oder eine gewisse Anzahl von Waffen bewilligt wurden, daß dasselbe einen Ausschuß oder einen Commissär wähle, welchem diese Mittel anvertraut, und durch welchen dann die Ausgaben des Corps besorgt wurden. Auf diese Weise konnten namentlich die polnisch-deutsche Legion und die Legion der politischen Flüchtlinge organisirt werden. Der Drang des Volkes, sich bei dem

Freiheitskampfe zu betheiligen, war so groß, daß sich, ungeachtet des Widerstrebens des Kriegsministeriums, doch bedeutende Massen von Wehrmännern organisirten. Allein aller Orten fehlte es an kriegsgeübten Führern. Mit der größten Anstrengung hätten daher solche herbeigeschafft werden sollen. Statt dessen erließ Mayerhofer unterm 28. Juni die Verfügung, daß Ausländer (d. h. nicht-Badener) nur „ausnahmsweise und dann Anstellungen als Offiziere finden könnten, wenn sie Außerordentliches zu leisten vermöchten.“ Gleich am folgenden Tage, den 29. Mai, ließ er ferner bekannt machen, es sei unwahr, daß auswärtige Offiziere im badischen Armeecorps vorzugsweise zu höheren Stellen berufen und angenommen würden.

Durch derartige Bekanntmachungen mußten natürlich auswärtige Offiziere abgeschreckt werden. In gleicher Weise wurden verschiedene Techniker abgewiesen, welche sehr vortheilhaft hätten verwendet werden können. Selbst die Beschlüsse des Landesausschusses, welche die Anstellung solcher Männer dem Kriegsministerium anbefahlen, blieben unbeachtet. Mehrere tüchtige Männer haben die Unordnungen, welche sich in die junge Freiheits-Armee einschlichen, dem den Soldaten eingeräumten Rechte der Wahl ihrer Subaltern-Offiziere beigemessen. Allein sie sind durchaus im Irrthum. Wenn das so schlecht besetzte Kriegsministerium die Subaltern-Offiziere hätte anzustellen gehabt, so wäre das Heer ohne alle Offiziere geblieben. Das Kriegsministerium entwickelte so wenig Thätigkeit, daß es ungeachtet wiederholter Beschlüsse des Landesausschusses, nicht einmal die Wahlen der Offiziere bekannt machen, nicht einmal den gewählten Offizieren Patente zustellen ließ. Das einzige Mittel, unter diesen Umständen die durch die Flucht der Offiziere gestörte Organisation des Heeres wiederherzustellen, war die Anerkennung des Wahlrechts der Soldaten. Es ist überhaupt unrecht, das Wahlrecht der Soldaten beurtheilen zu wollen nach denjenigen Resultaten, welche überhaupt die Folge einer schlechten Kriegsverwaltung waren.

Außer den tüchtigen Offizieren fehlte es hauptsächlich auch an Waffen. Aller Orten erhoben sich kräftige Arme, allein unbewaffnet konnte man sie nicht in den Krieg schicken. Im Lande Baden selbst befanden sich übrigens noch viele Waffen, z. B. im großherzoglichen Schlosse, in den Palästen der Markgrafen, Fürsten, Grafen, Grundherren, Generale und Minister, in den Häusern der vielen reaktionären Beamten und Geldsäcke. Statt vor allen Dingen diese in Anspruch zu nehmen, schickte man Leute in das Ausland, um Waffen anzukaufen, versah sie jedoch anfangs nicht mit Gelde, so daß man nur sehr wenige Waffen vom Auslande erhielt. Als man später den Bevollmächtigten Geld zur Verfügung stellte, machte man dabei die größten Fehler, überdieß war es zu spät geworden. Theils kamen die gekauften Waffen nicht mehr an, theils wurden die für den Ankauf bestimmten Gelder mit Beschlag belegt. Waffen und zugleich Männer, welche sie trugen, hätte man zu Tausenden aus der Schweiz und dem Elsaß beziehen können. Allein im Laufe von 8 Wochen kam man, ungeachtet aller Bereitwilligkeit von Seiten unserer Nachbarn, zu keinem Abschluß.

Ungeachtet aller dieser von oben herab bereiteten, oder doch nicht entfernten Hindernisse, bildete sich nichts destoweniger ein Achtung gebietendes Heer. Allein diesem Heere fehlte es fast durchaus an kriegsgeübten Führern. Schlimmer als dieser Mangel war aber der Ueberfluß an Verräthern, welche sich in den Reihen des Linienmilitärs fanden. Das Kriegsministerium verstand es eben so wenig, tüchtige Offiziere herbeizuschaffen, als untüchtige und verrätherische zu beseitigen, eben so wenig einen Kundschafterdienst zu organisiren, als das Heer vor feindlichen Spionen zu schützen. Allein das Schlimmste war doch der gänzliche Mangel eines geordneten Verpflegungs- und Recrutirungswesens. Allerdings war Schlöffel, Vater, unermüdlich in Herbeischaffung von Verpflegungsmitteln. Allein er konnte, verlassen von dem Kriegsministerium,

verhältnißmäßig doch nur wenig leisten. Es haben mir Soldaten geklagt, daß sie 10 Stunden auf Vorposten standen, ohne auch nur ein Stück Brod zu erhalten. Die Volkswehrmänner waren noch übler daran, sie erhielten in der Regel nicht einmal Sold. Ich kenne ganze Bataillone, welche Wochen lang keinen Kreuzer Sold bezogen haben. An Schuhen und Mänteln fehlte es namentlich der Volkswehr fast durchdängig. In ihren dünnen Blousen mußten die armen Leute bei strömendem Regen oft ganze Nächte zubringen.

Für die Familien der ausgezogenen Freiheitskämpfer geschah nichts. (In Preußen erhält jede den Betrag dessen, was der im Dienste befindliche Landwehrmann zu Hause verdient hätte.) Eben so wenig war Vorsorge getroffen, das Schicksal der Verwundeten und der Hinterbliebenen der Gefallenen zu sichern.

Wenn wir alle diese Thatsachen erwägen, so können wir uns nicht darüber wundern, daß wir geschlagen wurden, sondern darüber, daß unsere Leute dem Feinde einen so tüchtigen Widerstand entgegen gesetzt haben.

Da in der That kein Kriegsministerium bestand, so konnte von einem die Gesammtkraft des badischen Landes umfassenden, auf die politische Lage des deutschen Vaterlandes berechneten Kriegsplan keine Rede sein. Eine Zusammenwirkung der verschiedenen Ministerien war eben so wenig möglich, als eine Zusammenwirkung der befehligenden Oberoffiziere und des Kriegsministeriums. Das Justizministerium wurde von dem Kriegsministerium nicht veranlaßt, dem Justizdienst des Heeres seine Sorge zu widmen, das Finanzministerium wurde nicht angeregt, bedeutende Geldmittel herbeizuschaffen, das Ministerium des Innern nicht aufgefordert, durch die gesammte Kraft der Verwaltung das Heer zu unterstützen. Das Ministerium des Innern bereitete dem Heere durch keinerlei Unterhandlungen und keinerlei Agitation den Boden zu günstigen Unternehmungen gegen die Nachbarländer. Die

Oberoffiziere des Heeres hegten keine Achtung für das Kriegsministerium, schickten ihm daher keine regelmäßigen Berichte ein. Das Kriegsministerium hatte daher keine Kenntniß von den Vorgängen, welche bei dem Heere stattfanden, und die Oberbefehlshaber keine Kenntniß von alle dem, was sich nicht in ihrer unmittelbaren Nähe zutrug. Durch das Kriegsministerium sollte der Zusammenhang des Heeres mit dem gesammten Staatsorganismus vermittelt werden. Da das Kriegsministerium in der That nicht bestand, so bestand auch kein geordnetes Verhältniß zwischen dem Heere und der Staatsregierung, und zwischen Heer und Volk. Wäre das Heer siegreich gewesen, so hätte es sich sicherlich weder um die provisorische Regierung, noch um die constituirende Versammlung das Geringste bekümmert. Nichts destoweniger war die Aufführung der Soldaten und Wehrmänner eine wahrhaft musterhafte. Excesse kamen durchaus keine vor. Nicht die geringste Klage wurde von irgend einer Seite her laut. Ein Heer von solcher sittlicher Kraft, wie das badische Freiheitsheer, war schwerlich noch jemals unter den Fahnen gestanden.

Den Oberbefehl am Neckar führte anfangs Oberst Eichfeld. Schon am 27. Mai wurde er jedoch durch (Major, später) Oberst Sigel ersetzt. Am 26. Mai war nämlich vom Landesausschuß eine geheime Kriegscommission mit den ausgedehntesten Vollmachten ernannt worden. Im Schooße derselben befanden sich Brentano, Struve, Fickler, Peter, Raveaux und Sigel. Diese Commission beschloß, daß Sigel bis zur Ankunft Mieroslawsky's, welcher zum definitiven Oberbefehlshaber gewählt wurde, den Oberbefehl des gesammten Heeres führen, sofort sich zum Heere begeben und angriffsweise verfahren solle. Raveaux wurde ihm zur Aushülfe, Werner als Civilcommissär beigegeben. In Gemäßheit dieses Beschlusses begab sich Sigel am 27. zum Heere und trat sofort den Oberbefehl desselben an. In einer Proklamation

vom folgenden Tage (den 28. Mai) setzte er die Beschwerdepunkte auseinander, welche gegen die großherzogl. Hessische Regierung bestanden, und kündigte dem Heere an, daß es in Hessen einrücken werde, fügte jedoch hinzu, daß nicht beabsichtigt werde, Krieg gegen die Hessen zu führen, vielmehr sollte nur bewirkt werden, daß die hessische Regierung den feindlichen Truppen den Durchmarsch nicht gestatte, und ihre eigenen Truppen auf die Verfassung vereidigen lasse*). Am 30. Mai fand dem-

---

*) Diese etwas lange Proklamation lautet wörtlich wie folgt:

An das deutsche Volk!

Die Erhebung des badischen und pfälzischen Volkes für die Reichsverfassung, gegenüber dem offenen und versteckten Verrathe der Kabinette, kann ihrem Charakter nach nicht auf die engen Gränzen dieser Staaten beschränkt bleiben. Eben weil sie eine deutsche ist, weil ihr alle deutschen Herzen im Norden und Süden des großen Gesammtvaterlandes entgegenschlagen, muß sie den Drang und die Verpflichtung fühlen, sich über dasselbe auszubreiten. Die blutige Unterdrückung der Volkserhebungen in Sachsen und Rheinpreußen, welche lediglich derselben großen Sache galten, die Rüstungen der Contrerevolution an unsern Gränzen, die besonders feindselige Haltung der großh. hessischen Regierung, geben diesem Drange eine bestimmte Richtung, und statt feigen Abwartens ziemt es den Streitern der deutschen Einheit und Freiheit, ihren Feinden muthig entgegenzutreten. Wir werden auf diese Weise den Kriegern, die unwilligen Herzens uns entgegenziehen würden, die Gelegenheit bieten, in treuer Verbrüderung zu beweisen, daß sie für dieselbe Sache glühen, gegen die man ihre tapferen Arme mißbrauchen möchte, daß sie sich eben so gut zu der Höhe ihres Berufes als wahre Vaterlandsvertheidiger zu erheben wissen, wie ihre Kameraden in Baden und der Pfalz, wenn es gilt in der Stunde der Gefahr.

Die einzelnen Beschwerdepunkte gegen die großh. hessische Regierung bestehen in Folgendem:

1) Hessen bricht die Verbindung sowohl durch die Eisenbahn als die Post ab, wodurch dem Gewerbstande unberechenbarer Schaden erwächst;

zufolge in der That das erste Zusammentreffen des badischen Freiheitsheeres und der hessischen Truppen bei Heppenheim, Laudenbach und Hemsbach an der Bergstraße statt. Das Treffen dauerte von 5 Uhr bis 8 Uhr Abends und endigte mit einem Rückzuge beider Heeresabtheilungen.

---

2) die hessische Regierung hat, auf die gegen Baden und die Pfalz gerichtete Eröffnung des frühern Reichskriegsministers Peucker eingehend, zu den behufigen Rüstungen von den Kammern unter allerlei Vorwänden einen Kredit von 2,000,000 Gulden gefordert, welcher ihr indessen verweigert ist;
3) die hessische Regierung greift in das so wesentlich durch die Reichsverfassung dem deutschen Volke verbürgte Versammlungsrecht ein, und sind deßhalb hessische Bürger des Odenwaldes in Laudenbach erschossen worden;
4) sie gestattet den Truppen solcher Regierungen, welche die Reichsverfassung noch nicht anerkannt haben, den Einzug;
5) auf die am 28. d. M. durch den Reichstags-Abgeordneten Löwe der hessischen Regierung gemachte Aufforderung, alle dem badischen Lande feindlichen Durchzüge zu verweigern, geht die hessische Regierung nicht ein;
6) General Schäfer erklärte durch einen Parlamentär, daß er auf jeden badischen Soldaten, der das hessische Gebiet betrete, Jagd machen lassen würde;
7) auch badische Bürger werden auf der hessischen Grenze zurückgewiesen;
8) General Schäfer hat wiederholt gedroht, sobald die Preußen angelangt seien, in Baden und in der Pfalz einzurücken, und hat in diesem Augenblicke sogar die eigene, friedliche Stadt Worms, wegen ihrer der Reichsverfassung entschieden zugethanen Gesinnung, bombardirt.

Im Angesichte dieser drohenden Gefahr gebietet die Pflicht sowohl, als das Recht der Selbsterhaltung, daß die badische Armee diejenigen Punkte besetzt, welche der Feind als Angriffspunkte gegen Baden benützen dürfte.

Wir beabsichtigen nicht, Krieg gegen die Hessen zu führen; das liegt eben so sehr auf der Hand, als wir es hiermit feierlich erklären.

Von unserer Seite zeichneten sich das 3. und 4. Infanterieregiment, die reitende Artillerie und die Volkswehr von Offenburg, Lahr und anderer Bezirke durch Tapferkeit und Unerschrockenheit aus. Ueber den Verlauf des Treffens selbst theile ich folgenden zuverlässigen Bericht mit.

Wir suchen durch unsern Einmarsch in Hessen lediglich zu bewirken, daß die hessische Regierung den feindlichen Truppen den Durchmarsch nicht gestatte und ihre eigenen Truppen auf die Verfassung vereidigen lasse. —

Dabei ergreifen wir die Gelegenheit, vielfach ausgestreuten Verdächtigungen der reaktionären Partei gegen das badische und pfälzische Volk, sowie gegen dir aus freiem Vertrauen der Bürger an dessen Spitze getretenen Behörden entgegenzutreten. Es ist die zum Eckel wiederholte Beschuldigung, daß die ganze Schilderhebung nicht die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung, sondern die Einführung der rothen Republik zum Zwecke habe. Wie auch hierüber die Ansichten Einzelner beschaffen sein mögen, so viel kann mit vollster Gewißheit versichert werden, wie es denn auch offen vor den Augen aller Welt liegt:

a. daß eben nur die Feststellung und Sicherung der von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung und der darin gesetzlich festgestellten Rechte und Freiheiten des Volkes, gegenüber den unverholen auftretenden, auf die russische Allianz gestützten, despotischen Gelüsten der Fürsten, der Zweck der Bewegung ist;

b. daß nur theils die Untreue, ja der offene Verrath Seitens der meisten Regierungen der deutschen Einzelstaaten, theils die allermindestens schwankende zweideutige Haltung derselben, die Männer, welche an der Spitze der Bewegung stehen, jenen großen ungewöhnlichen Verhältnissen gegenüber zu entschiedenen ungewöhnlichen Maßregeln gedrängt haben, wie sie allein geeignet waren, das Vaterland und die Freiheit zu retten, wozu sie sich um so mehr durch ihre Vaterlandsliebe und Pflichtgefühl gedrängt fühlen mußten, als es zugleich galt, das badische Land, welches durch verrätherische Einflüsterungen des Ministeriums Beck in solchen Tagen jeder obern Leitung durch die Flucht der Behörden und des Fürsten beraubt war, vor Anarchie zu schützen;

Am Morgen des 30. Mai ritten der Oberbefehlshaber Sigel, Hauptmann Mögling, Adjutant Falke, und die polnischen Offiziere Tobian, Bednarczyki und Kolvanvsky zur Recognoscirung nach Laudenbach und beschäftigten sich damit bis gegen Mittag. Nachdem sie die nöthigen Aufnahmen gemacht, und den Angriff, in welchem lediglich der Sieg einer tapfern Minorität liegen kann, beschlossen

---

c. daß Niemand mehr als sie selbst den Augenblick mit Sehnsucht erwarten kann, wo sie ihr eben so schwieriges, als gefährliches Amt, nach befriedigender Lösung ihrer großen Aufgabe, so weit dieselbe in ihren Kräften liegt, in die Hände des Volks zurückgeben können, aus denen sie dasselbe empfangen, worauf es Sache eben dieses Volkes sein wird, dem sie hierbei in keiner Weise vorgreifen dürfen und wollen, über die definitive Ordnung der öffentlichen Verhältnisse im Lande zu entscheiden.

Allerdings ist die Frage der deutschen Nationaleinigung, welche den Kern der ganzen Bewegung bildet, neuerdings dadurch in eine schwierigere Lage getreten, daß:

1) nicht nur das vom deutschen Reichsverweser kürzlich berufene Ministerium Grävell gleich bei seinem Amtsantritt von der Nationalversammlung mit einem wohlverdienten Mißtrauensvotum begrüßt worden ist, sondern auch

2) die Zentralgewalt selbst in ihrer jetzigen Gestalt bei der offenen, pflichtwidrigen Weigerung des Reichsverwesers, die Verfassung auf jede Weise durchzuführen und überhaupt die Beschlüsse der konstituirenden Versammlung in's Werk zu setzen, von dieser letzteren, deren Geschöpf sie war, aufgehoben und ihre anderweitige Gründung beschlossen worden ist.

Demungeachtet aber bleibt uns als unverrückbarer Halt- und Mittelpunkt unserer Bestrebungen, welcher uns vor jedem Abirren nach irgend welcher Seite hin schützt,

die deutsche Nationalversammlung selbst und das von ihr vollendete Verfassungswerk.

Gereinigt von den Feigen und Verräthern, die jeden Aufschwung zu großen energischen Beschlüssen hemmten, bleibt uns in ihr ein kleiner Haufe fester getreuer Männer, auf

hatten, zogen sie die disponibeln Truppen an sich und ergriffen gegen den um Heppenheim sich indessen aufstellenden Feind die Offensive. Trotz der geringen Truppenmacht drängte der umsichtige und kühne Oberbefehlshaber Sigel den Feind nach Heppenheim zurück. Als dort die hessischen Soldaten ein lautes Hurrah den badischen Freiheitskämpfern entgegenriefen, hielten wir uns sicher, und zweifelten nicht daran, daß die deutschen Brüder aus Hessen gemeinschaftliche Sache machen würden mit den Männern aus Baden.

---

welche das Vaterland mit Stolz und Vertrauen blickt, deren Reihen sich von Tag zu Tag durch gleich muthige Gesinnungsgenossen von nah und fern verstärken. Und ginge die Versammlung seblst zu Grunde, was Gott und das deutsche Volk verhüten werden, so bleibt uns als ein unvergängliches Vermächtniß ihr Werk, die Reichsverfassung, um das sich alle deutschen Herzen in Nähe und Ferne schaaren, und die als ein siegreiches Schild vor ihren Kämpfern einherschreitet, das ihnen überall, selbst in den Reihen gezwungener Gegner, Bundesgenossen schafft, welche nur der Gelegenheit harren, sich mit ihnen zu vereinigen, und die Waffen gegen dieselben Schergen des Despotismus zu kehren, welche sie ihnen gegen ihre Brüder aufgedrungen haben.

Darum muthig und treu! Der Worte und Schwüre sind genug. Die Zeit der Thaten ist gekommen. Das Nächste gilt es in's Auge zu fassen, um nicht über die Bedenken künftiger Gestaltung die Gegenwart zu verlieren, den letzten Augenblick zu versäumen, in welchem die Errungenschaften der Märzrevolution vor der offenen Contrerevolution der Kabinette noch zu retten sind. Es gilt Alles einzusetzen, weil Alles zu verlieren ist. Nicht Republik oder Konstitutionalismus, sondern Freiheit oder Knechtschaft, Russisch oder Deutsch, das ist jetzt die Frage. Dem Bunde der Fürsten muß sich der Bund der Völker entgegenstellen. Die Streiter des Volkes werden nicht ausbleiben, nehmt sie auf wie Eure Brüder! —

Mannheim, den 28. Mai 1849.

Der Oberbefehlshaber der badischen Truppen:
F. Sigel, Major.
Der demselben beigegebene Zivilkommissär:
Fr. Raveaux, Reichstags-Abgeordneter.

Dem war nicht so.

Denn als wir mit Sang und Klang uns ihnen näherten, schwenkte das hessische Fußvolk rechts und links und das Kartätschen-Feuer einer halben Batterie empfing die Musik, die treuherzig zumarschirte. Auf diesen meuchlerischen Anfall sprengte eine Dragoner-Escadron ein, die aber sofort wieder Kehrt machte.

Auf ihrem Rückzug stieß die Schwadron auf 4 Compagnien des Leibinfanterieregiments, welche vor ihr auseinanderstoben und leider nimmer zu sammeln waren. Auf diese Weise wurden unsere Truppenkörper hinter Laudenbach zurückgedrängt, und von 4 auf den Rebbergen und 4 auf der Landstraße aufgestellten hessischen Geschützen in's Kreuzfeuer genommen, war es kein Leichtes Schritt um Schritt Landes vertheidigend sich zurückzuziehen, um so mehr als unser rechter Flügel, um nicht umgangen zu werden, sich über die Berge zurückziehen mußte, ohne einen Schuß gethan zu haben. Bis dahin hatten wir noch 4 Stücke der reitenden Artillerie der linken Flanke, als aber der Succurs der Hessen von Bensheim heranstürmte und eine Charge der Cheveauxlegers-Eskadron unsere 4 Geschütze abzuschneiden drohte, ward dem Commandeur derselben der Befehl zum schleunigen Rückzug ertheilt. Ein Mißverständniß war hier von großem Nachtheil, indem sich unsere Artillerie in gestrecktem Galopp bis an den Bahnhof zu Weinheim retirirte ohne von 3 durch den Lieutenant Schnauffer abgesandten Dragonern mehr eingeholt werden zu können, welche sie hinter unsere Feuerlinie auf die Landstraße beordern sollten. Dieses traurige Mißverständniß entschied das ganze Treffen, denn was konnte alle Umsicht, Tapferkeit und Ausdauer des heldenmüthigen Oberbefehlshabers Sigel helfen, nachdem unser rechter Flügel außer Wirksamkeit gesetzt und unsere Artillerie nicht mehr vorhanden war! Unterm starken Kartätschenfeuer gingen die Compagnien des 3. und 4. Regiments unverzagt und heitern Muthes auf den weit überzähligen Feind los und mauerfest standen die Schwa-

dronen des 2. Dragonerregiments, welche ich namentlich vor dem ungerechten Vorwurfe der Unzuverlässigkeit als Augenzeuge verwahren will.*)

Von aller Artillerie entblößt, kämpften wir so von 6 Uhr bis halb 9 Uhr, wo wir das Dorf Sulzbach erreichten, hinter dem wir uns ordneten und in geschlossene Glieder wieder aufstellten. Alles war zur Vertheidigung dieses Dorfes, oder besser gesagt, zum Wiedervorrücken bereit, als unsere eigenen Plänkler, die sich von den Bergen hinter uns herabzogen, ihre Flinten in die Luft abschossen und in der dunklen Nacht das Geschrei entstand: wir sind von den Hessen umgangen, zurück! zurück! Auf diesen Ruf war der Rückzug durch Signalhörner und Commandos befohlen.

Während uns eine halbe Batterie hessische Artillerie fortwährend im Rücken faßte, zogen sich, ohne daß wir im Dunkeln es beobachten konnten, die hessische Reiterei und Infanterie zurück, und gegen 9 Uhr schwieg auch das bis gegen Sulzbach vorgegangene Geschütz, welches nur die Retirade unserer „hessischen Brüder" gedeckt hatte. Wir selber aber, nachdem wir ohne alle Artillerie 2½ Stunden dem Feind widerstanden hatten, zogen wieder nach Heidelberg, das wir mit Tagesanbruch erreichten. Der Muth unserer Soldaten ist keineswegs gebrochen, im Gegentheil, jeder badische Wehrmann sehnte sich nach dem Augenblicke, die im ersten Treffen vorgekommenen Fehler beim zweiten wieder gut zu machen und wäre es über einen noch weit überlegeneren Feind. Die Avantgarde hat Pulver gerochen und gefunden, daß nicht jede Kugel trifft, das ganze Heer aber erkennt, daß es den Kampf gilt auf Tod oder Leben, um die Idee durchzusetzen, die sie als die einzig wahre erkannt

---

*) Nicht zu vergessen ist jedoch, daß die Dragoner-Schwadron, welche zuerst in's Gefecht kam, Kehrt machte, und auf die Infanterie einritt, die Hauptschuld der Verwirrung trug, welche in unsere Reihen einriß.

hat und dem Glauben Anerkennung zu verschaffen, der einzig und allein die Völker freimachen und beglücken kann. Ich könnte viele schöne Züge der Tapferkeit einzelner Offiziere und Soldaten aufzählen, im Allgemeinen sei gesagt, daß sich die Dragoner des 2. Regiments, die Bataillone des 3. und 4. Infanterieregiments und die 40 Scharfschützen der Offenburger Volkswehr besonders ausgezeichnet haben, und als Beispiel der Nachahmung dastehen. Von einzelnen Personen, die sich furchtlos den feindlichen Kugeln ausgesetzt, nenne ich vor Allen den kaltblütigen Oberbefehlshaber Sigel, dem der Adjutant Falke, der Major Ruppert, der Oberstlieutenant Mercy, der Hauptmann Frank, (der leider gefallen), die Lieutnants Monnai, Spengler und Schnauffer, würdig nacheiferten. Der Scharfschütze Krüger, der kleine Tambour beim 4. Regiment zeichneten sich ebenfalls durch ihren Muth aus und beschämten das Musikkorps, wenn ich nicht irre, vom Leibregiment, welches statt hinter den Gliedern begeisternd fortzuspielen, seine Flucht in der Weise beschleunigte, daß es Karlsruhe erreichte, bevor das Treffen zu Ende war. Rügen muß ich schließlich das Benehmen derjenigen Offiziere, die kein Wort der Ermuthigung für ihre Soldaten hatten und nur zum Rückzuge anhielten.

Um dieselbe Zeit wurde von Blenker ein Angriff auf Worms gemacht, welcher jedoch gleichfalls erfolglos blieb.

Das Treffen vom 30. Mai brachte eine nicht geringe Verwirrung und Entmuthigung in die Reihen des Freiheitsheeres. Einzelne Feiglinge flohen sogar auf der Eisenbahn bis nach Karlsruhe und verbreiteten daselbst die lügenhaftesten Gerüchte zum Nachtheile Sigels und der ganzen Sache des Volkes. Statt diese erbärmlichen Menschen aufgreifen und strafen oder doch wenigstens zum Heere zurückführen zu lassen, gründete Mayerhofer auf dieselben eine Anklage gegen Sigel, welcher jedoch Struve im Landesausschuß mit solchem Nachdruck entgegentrat, daß Mayerhofer seine Anklage beschämt fallen lassen mußte. Der

Zustand des Heeres machte es indeß nothwendig, daß irgend ein einflußreiches Mitglied der Regierung sich zu demselben begebe, um sich über den Stand der Verhältnisse zu erkundigen und ermuthigend und ordnend einzugreifen.

Brentano verfügte sich demzufolge sofort in das Hauptquartier nach Heidelberg. Daselbst fand er die Offiziere der Linie, größtentheils dem alten System ergeben, in großer Aufregung gegen Sigel. Statt diesen Reaktionären, welche sich bemühten, das Heer gegen seinen Feldherrn aufzureizen, mit Kraft entgegenzutreten, unterhandelte er mit denselben, gestand ihnen die Abberufung Sigel's und die Ernennung des Obersten Bekk zum Oberbefehlshaber der Neckararmee zu, und versprach ihnen überdieß die Auflösung des Landesausschusses und die Bildung einer neuen, ihren Wünschen mehr entsprechenden Regierung. Natürlich wuchs in Folge dieser Zugeständnisse den reaktionären Offizieren der Muth, während die Republikaner im Heere mehr und mehr zurückgesetzt und gedrückt wurden. Die Umtriebe der Reaktionäre wurden immer frecher. Von oben herab wurde denselben nicht gesteuert; im Gegentheile wurden Diejenigen, welche reaktionäre Wühlereien zur Anzeige brachten, oder offenbare Verräther in Verhaft nahmen, von oben herab dafür noch getadelt und nicht selten selbst in Verhaft genommen.

Von unzähligen Beispielen, welche ich zum Belege dieser Angaben beibringen könnte, begnüge ich mich folgende Vorfälle in der Note*) mitzutheilen.

---

*) Hauptmann Kraus vom 2. Infanterieregiment sagte vor Heidelberg zu sämmtlicher Mannschaft der 1. Kompagnie:

Die Freischaaren sollte man alle vor die Kompagnie stellen und zusammenschießen, dann gäbe es wieder Ruhe. Mehr dürfen und können wir nicht verlangen als die Reichsverfassung. Sämmtliche Truppenabtheilungen haben beschlossen, den Major Sigel abzusetzen! er habe ihr Vertrauen verloren, und sei deshalb schon abgesetzt; was alle übrigen beschlossen hätten, müsse der Kompagnie auch recht sein; ferner wünschen alle den Groß-

Augenscheinlich war der Plan der Reaktionäre und ihrer Verbündeten, einen großartigen Verrath am Volke zu begehen, das Heer bei der ersten besten Gelegenheit dem Feinde in die Hände zu spielen. Dieser Plan wurde jedoch

---

herzog zurück und den Prinzen Friedrich an die Spitze. Dagegen wird Niemand von Euch etwas einzuwenden haben. Ferner wurde beschlossen, von jetzt an nicht mehr gegen Reichstruppen zu kämpfen, wir vertheidigen von nun an nur unser Land. Der Einfall in's Hessische sei eine Gebietsverletzung gewesen und eine Uebertretung der Völkerrechte. Die Hessen sind jetzt freundschaftlich gegen uns gesinnt. Sie hätten schon seither in unser Land einfallen können und haben es aber nicht gethan. Sie haben vielmehr einen Parlamentär geschickt, der erklärte, daß sie von nun an nichts mehr gegen uns unternehmen werden. Die Soldaten vom Leibinfanterieregiment wollten den Major Sigel erschießen, er wird gewiß nichts weiter mehr unternehmen, und ihr selbst werdet nicht zu Hause später mit hölzernen Armen und Beinen herumlaufen wollen. Major Rochlitz sagte dasselbe und noch weiter damals: Der Landesausschuß ist aufgehoben. Es hat Jeder davon in die Kasse gegriffen und seine Tasche gefüllt, um durchgehen zu können, wenn's schief gehen sollte.

Hauptmann Heckmann sagte dasselbe, was die Genannten und noch weiter: Struve soll 30,000 fl. in Sack gesteckt haben, um durchgehen zu können; bei unserm Kriege werde man unnöthigerweise hingeschlachtet. — Beim Uebergang über den Neckar rief derselbe als Major: Leute kehrt um, wir werden sonst alle in den Neckar gesprengt. Als demselben erzählt wurde, daß die Hessen unsere Truppen geschlagen hätten, lachte derselbe überlaut und sagte zu den Umstehenden: Ich wünsche unsern Leuten guten Appetit.

Lieutenant Kornmaier sagte: Ich habe wohl damals geschworen, aber mein Inneres hat etwas ganz anderes dabei gedacht.

Adjutant Schmitt sagte: Wer hat den Befehl gegeben, in's Hessische einzufallen? Wenn's so fortgeht, so gehe ich fort.

Hauptmann Maurer sagte: Wir bekommen in jedem Fall das Fell verschlagen.

Den Beweis aller dieser Mittheilungen kann ich liefern, indem ich im Besitze der Namen derjenigen Männer bin, welche Augen- und Ohrenzeugen dieser Umtriebe waren.

eines Theils durch die Wachsamkeit der Soldaten und Volkswehrmänner, anderntheils dadurch vereitelt, daß Sigel sofort zum Mitglied der provisorischen Regierung und folgeweise zum Kriegsminister erhoben wurde. Sigel kehrte jetzt, nach erhaltener vollständiger Satisfaktion, zum Heere zurück, konnte jedoch längere Zeit nichts mit demselben unternehmen, weil das Vertrauen zwischen Offizieren und Soldaten durchaus wankend geworden war. Täglich verließen die alten Offiziere zum Theil mit Pferden, Waffen und Gepäck in großer Zahl ihre Fahnen, ohne daß auch nur an einem einzigen ein Beispiel strenger Bestrafung gegeben worden wäre. Selbst Oberst Eichfeld, welchem anfangs so großes Vertrauen geschenkt worden war, entfloh.

Die kleinen Ueberfälle und Raubzüge, welche die Hessen auf das badische Gebiet machten, blieben ohne wesentlichen Einfluß auf den Gang der Begebenheiten. Mit Ausnahme dieser folgte auf das Gefecht vom 30. Mai eine längere Waffenruhe.

Mittlerweile langte jedoch Mieroslawsky mit einigen polnischen Offizieren im Badischen an, wodurch eine neue Lebensthätigkeit dem Heere eingehaucht wurde. Bald darauf rückten die Preußen in der Rheinpfalz ein. Vergeblich hatte Struve im Landesausschusse, hatten die rheinpfälzischen Abgeordneten und der Club des entschiedenen Fortschritts wiederholt und dringend von der badischen Regierung verlangt, daß die Rheinpfalz mit Kraft unterstützt werden und namentlich die Einnahme von Landau und Germersheim betrieben werden solle. Die Machthaber in Baden blieben taub gegen alle diese Vorstellungen.

Am 20. Mai versuchte Blenker mit einer verhältnißmäßig kleinen Schaar, und blos drei 3pfündigen Kanonen Landau zu nehmen.

Er hatte darauf gerechnet, daß ihm bei seinem Erscheinen vor der Festung die Thore würden geöffnet werden. Er täuschte sich in dieser Erwartung, konnte sich übrigens ohne Verlust von der Festung, welcher er sich auf Flinten-

schußweite genähert hatte, zurückziehen. Daß die Garnison nicht gesonnen sei, gegen das Volksheer zu kämpfen, erhellte nichts destoweniger daraus, daß dieselbe kein mörderisches Feuer auf die angerückte Schaar eröffnete, und daraus, daß sie dieselbe unverfolgt wieder abziehen ließ. Mit Gewalt wurden die Soldaten von den Offizieren gezwungen, bei den Geschützen auf den Wällen zu bleiben. Die Offiziere mußten selbst die Geschütze abfeuern. Beweis genug, daß Landau leicht genommen werden konnte, wenn man dasselbe mit einer entsprechenden Macht angegriffen hätte. Nachdem dieser erste Versuch, Landau durch Ueberrumpelung zu nehmen, mißlungen war, wurde kein zweiter mehr gemacht, die Feste zu gewinnen. Zwar legte sich Willich mit einer kleinen Schaar von etwa 900 Mann zuverlässiger und einigen hundert Mann zweifelhafter Truppen in die Mitte zwischen Landau und Germersheim, grub der ersteren Stadt ihre Wasserleitungen ab, dämmte den Queichfluß ein und verursachte dadurch eine Ueberschwemmung in Landau; auch schlug er mit großer Kühnheit mehrere Ausfälle der Garnisonen beider Festungen zurück; allein eine so schwache Macht konnte nicht daran denken, jene bedeutenden festen Plätze ohne alle Artillerie anzugreifen. Wenn die Garnisonen beider Plätze auch noch so geneigt waren, auf die Seite des Volkes überzugehen, so konnte doch diese Neigung nur dadurch zur That werden, daß eine imponirende Macht vor beiden Festungen aufgestellt wurde, welche den volksthümlich gesinnten Bestandtheilen der Garnisonen und der Bürgerschaften Achtung einflößte und die Ueberzeugung beibrachte, sie könnten mit einiger Aussicht auf Erfolg sich gegen die befehligenden Offiziere auflehnen und dieselben zur Uebergabe an das Freiheitsheer nöthigen. Da Willich jedoch ohne alle Unterstützung von badischer und ohne genügende Unterstützung von rheinpfälzischer Seite verblieb, so hielten sich beide Festungen, bis die Preußen und die Baiern in die Rheinpfalz einrückten. Das kleine, mangelhaft organisirte und zum größ-

seren Theile schlecht bewaffnete rheinpfälzische Heer war außer Stande, den andringenden Preußen die Spitze zu bieten. Es bestand aus der Abtheilung, welche Schimmelpfennig befehligte, und welche bei der Annäherung der Preußen durch das Thal, das von Zweibrücken nach Landau führt, sich zurückzog; aus dem Blenker'schen Corps, welches unterhalb Frankenthal stand; aus dem Zitz'schen Freikorps, welches bei Dürkheim stand und aus dem Willich'schen Korps, dessen Hauptquartier sich zu Offenbach, zwischen Germersheim und Landau befand. Bei Kaiserslautern stand General Sznayde mit 8 Kanonen und einiger Infanterie. Die ganze rheinpfälzische Heeresmacht betrug etwa 10,000 Mann.

Dieselbe zog sich in Gemäßheit der von dem Oberfeldherrn Mieroslawsky erhaltenen Weisungen ohne Verlust über die Knielinger Brücke auf das badische Gebiet zurück. Nur im Annweilerthale fanden einige Gefechte statt, bei welchen der tapfere Hauptmann Loreck in Gefangenschaft gerieth. Erst am 15. Juni, am Tage, an welchem die sich zurückziehenden rheinpfälzischen Truppen bereits in die Nähe von Landau gekommen waren, langte endlich die längst versprochene Hülfe aus Baden an. Sie konnte jetzt nur noch dazu verwendet werden, den allgemeinen Rückzug decken zu helfen. Die Preußen rückten vor, die Baiern folgten ihnen. Die ganze Rheinpfalz ging so für die Sache des Volkes verloren. Das ganze badische Land von seiner Nordgränze bis zur Lauter stand dem Feinde offen, welcher jetzt mit Uebermacht von drei Seiten auf das badische Land losrücken konnte.

Am 10. Juni war Mieroslawsky im Hauptquartier zu Heidelberg angelangt. Er fand das Heer in folgender Aufstellung.

Der linke Flügel stützte sich auf Mannheim, das Centrum auf Heidelberg, der rechte Flügel auf den badischen Odenwald. Ein starker Vortrab wurde nach Weinheim verlegt, das Munitionsdepot nebst der Hauptmasse der Reiterei nach Schwetzingen.

Die Gesammtzahl der Truppen belief sich am Neckar auf 20,000 Mann, darunter 10 Linienbataillone, 24 bespannte Geschütze, und 10 Schwadronen Dragoner, letztere von sehr zweifelhafter Gesinnung.

Auf dieses kleine Freiheitsheer rückten von verschiedenen Seiten beiläufig 70,000 Mann Preußen, Baiern, Hessen, Mecklenburger und Hannoveraner.

Am 15. Juni Morgens gegen neun Uhr griffen die fürstlichen Truppen beinahe gleichzeitig auf vier Punkten: Ludwigshafen, Käferthal, Ladenburg und Schriesheim an. Nach lebhaften Gefechten, welche an diesem und an dem folgenden Tage stattfanden, wurden die Feinde jedoch aller Orten zurückgeschlagen. Diese günstigen Gefechte bewirkten, daß General Mieroslawsky, welchem jetzt Sigel als General-Adjutant zur Seite stand, Zeit gewann, mannigfaltige Dislokationen vorzunehmen und das bisher in Divisionen noch nicht eingetheilte Freiheitsheer, in sechs Divisionen einzutheilen, deren erste Oberstlieutenant Thome, zweite Oberstlieutenant Beckert, dritte Oberstlieutenant Mercy, vierte Oberstlieutenant Oborski, fünfte Oberst Joh. Phil. Becker, sechste General Sznayde befehligten.

Kaum war diese Eintheilung vollendet, so kam die Nachricht in das Hauptquartier des Freiheitsheeres, daß die Preußen am 20. Juni Morgens 3 Uhr bei Germersheim über den Rhein gerückt seien. Die zwei Bataillone Volkswehr mit sechs Kanonen, die unter dem Commando des Majors Mniewski dort aufgestellt waren, zogen sich auf Karlsruhe zurück, statt, wie sie befehligt waren, auf Heidelberg. Noch im Laufe desselben Tages konzentrirte General Mieroslawski 10 bis 11,000 Mann Infanterie mit 20 Kanonen und zehn Schwadronen Dragonern, welche am 21. bei Tagesanbruch jenseits Neulußheim, am Eingange des Waldes von Waghäusel, Aufstellung nahmen.

Bald entspann sich der Kampf. Die Preußen wurden auf allen Seiten geworfen, Waghäusel mit Sturm genommen. Schon beschoß die Artillerie unseres rechten

Flügels Philippsburg und die Fahrzeuge, die vom andern Ufer kamen, um die preußischen Flüchtlinge aufzunehmen, während Sigel mit dem linken Flügel bis Wiesenthal vorgedrungen war, — als plötzlich Oberstlieutenant Beckert mit der ganzen Reiterei, deren ältester Offizier er war, das Schlachtfeld verließ, und auf seiner wilden Flucht alles, was ihm in den Weg kam, mit sich fortriß. So ging die bereits gewonnene Schlacht durch schändlichen Verrath wieder verloren. Daß nämlich nicht Feigheit, sondern Verrath der Flucht Beckert's und seiner Truppen zu Grunde lag, geht daraus hervor, daß ein Theil derselben direkt vom Schlachtfelde auf Mannheim losrückte, dort die Führer der Bewegung, namentlich den Civilcommissär Trützschler und Hauptmann Steck verhaftete und die Stadt den Preußen übergab, während Beckert selbst mit einem andern Theile seiner Truppen nach Heidelberg und von da über Sinsheim nach Karlsruhe floh, und überall zur Empörung gegen die bestehenden Behörden und zur Aufsteckung der weißen Fahne aufforderte.

Unter diesen Umständen blieb dem Generale Mieroslawsky zur Rettung des Heeres nichts übrig, als den Versuch zu machen, zwischen den Baiern, Hessen und Mecklenburgern, welche von Nordosten und den Preußen, welche von Südwesten auf uns eindrangen, hindurch zu kommen, um sich in der Nähe von Karlsruhe mit der sechsten Division, welche von dem Hauptkorps gänzlich abgeschnitten war, wieder zu vereinigen. Auch auf diesem Marsche lauerte jedoch der Verrath an allen Orten. In Meckesheim, unweit Sinsheim machte Oberstlieutenant Thome den Versuch, Mieroslawski, Sigel und die übrigen mit ihnen befindlichen Offiziere zu verhaften. Dieser Versuch scheiterte indeß an dem energischen Auftreten Sigel's und der Abneigung der Soldaten, sich an dem Schurkenstreiche ihres Führers zu betheiligen.

Unter großen Gefahren und nach einem am 22. Juni Abends bei Sinsheim mit den Baiern stattgehabten Gefechte,

langte das Freiheitsheer am 24. Nachmittags in Durlach an. Oberst Joh. Phil. Becker deckte den Rückzug des Hauptkorps, welcher nur ausgeführt werden konnte, weil die Preußen Zeit brauchten, sich von ihrer Niederlage bei Waghäusel zu erholen. Mittlerweile war General Sznayde mit beiläufig 9000 Mann und 15 Kanonen den Preußen auf der Straße von Karlsruhe nach Heidelberg entgegengezogen und hatte am 23. Juni bei Ubstadt und am 24. bei Bruchsal mit den Preußen gekämpft. Am 25. Juni fand bei Durlach auf zwei Seiten ein hartnäckiger Kampf statt. In der Nähe des Eisenbahndammes kämpften zwei Bataillone vom Becker'schen Corps gegen sieben Bataillone Preußen. Auf der Straße von Bruchsal hielt Hauptmann Morhard mit zwei Compagnien zwei Stunden lang 3000 Mann Preußen auf.

Mittlerweile waren die Kriegsvorräthe von Karlsruhe nach Rastatt geschafft worden. Der reaktionären Bürgerwehr dieser Residenzstadt, welche Schlöffel, Vater, im Begriffe stand, zu entwaffnen, rettete der Diktator Goegg durch seine Dazwischenkunft ihre Waffen. Das Freiheitsheer zog von Karlsruhe ab, ohne dieser reaktionären Stadt die mindeste Strafe aufzuerlegen, ohne von ihr die geringste Kriegssteuer zu erheben.

Am 26. Juni früh Morgens hielt Mieroslawski Heerschau über die in und um Rastadt gelegenen Truppen. Dieselben betrugen wohl noch 18,000 Mann*), welche unter Voraussetzung, daß Würtemberg neutral blieb, den Feinden noch immer einen bedeutenden Widerstand entgegensetzen konnten. Die Truppenmasse, welche am 28. Juni unter dem Oberbefehl des Prinzen von Preußen gegen die Murglinie vorrückte, betrug übrigens wenigstens 60,000 Mann. Am

*) Mieroslawski gibt die Streitmacht nur auf 13,000 Mann an. Allein diese Angabe ist unzweifelhaft zu nieder. Die Abtheilungen, welche Doll und Becker befehligten, betrugen allein 9000 Mann.



29. Juni entbrannte der Kampf auf der ganzen Linie. Nach einem blutigen Gefechte wurde der Feind auf seinem rechten Flügel und im Centrum zurückgeschlagen. Der Mangel an zuverlässiger Reiterei machte es auch hier unmöglich, die fliehenden Feinde weiter zu verfolgen. Unser rechter Flügel wurde jedoch umgangen, indem der Feind aus dem Würtembergischen und durch würtembergische Truppen unterstützt auf das Freiheitsheer losrückte. Zu diesem Unglücke trat noch hinzu, daß Oberst Oborski, der Befehlshaber der 4. Division, im entscheidenden Augenblicke seinen Posten verließ, und nicht wieder zum Vorschein kam. Die Folge hiervon war, daß seine Division sich fast gänzlich auflöste. Unter diesen Umständen mußte sich Oberst Joh. Phil. Becker nach einem hartnäckigen Kampfe von Kuppenheim zurückziehen. Bei Oos lieferte er dem verfolgenden Feinde am 30. Juni noch ein Treffen, in welchem er den Mecklenburgern eine Kanone abnahm, wir jedoch den tapfern Adjutanten Alfred Michel verloren. Eilig zog sich jetzt das Freiheitsheer in der Richtung nach Offenburg zurück. Zahlreiche Haufen zogen ermattet und hoffnungslos in ihre Heimath, andere blieben zwar beisammen, hatten jedoch ihre taktische Eintheilung, ihre Offiziere, und mehr als alles dieses, das Vertrauen auf ihre Sache verloren. Den 1. Juni legte General Mieroslawski seinen Oberbefehl nieder. Mit diesem Augenblicke hörte der Krieg auf und begann der Rückzug auf neutrales Gebiet unter dem Oberbefehle Sigel's.

Das Freiheitsheer wurde von der Uebermacht wohl zum Rückzuge gezwungen. Es wurde jedoch in der That nirgends besiegt. Ueberall, wo es mit dem Feinde zusammentraf, am Neckar, am Rheine uud an der Murg warfen die begeisterten Kämpfer der Freiheit die Söldner der Tyrannei zurück. Doch die Uebermacht der Gegner und der Verrath der eigenen Reiterei machten den Siegern die Verfolgung der Feinde unmöglich. Nach jedem Siege mußten sich die Sieger zurückziehen. Doch die Pläne der verbündeten

Fürsten wurden aller Orten durchkreuzt. Da sie den eigenen Truppen nicht trauten, griffen sie überall mit unermeßlicher Uebermacht an. Dennoch gelangen ihnen ihre Angriffe nicht. Wären ihre Pläne am Neckar und Rheine gelungen, so wäre das ganze Freiheitsheer mit allen hervorragenden politischen und militärischen Führern, und mit dem größern Theile des Kriegsmaterials in die Hände der Feinde gefallen. Denselben Erfolg hätten sie errungen, wären ihre Pläne an der Murg in Erfüllung gegangen. — Denn am Neckar und am Rheine griffen sie von drei Seiten an, an der Murg von zwei Seiten, während die dritte durch den Rhein und die befreundeten französischen Söldner für sie gedeckt war. Doch das Freiheitsheer zog sich nach geschlagener Schlacht ohne eine Fahne, ohne eine Kanone verloren zu haben, ja, an der Murg mit einer erbeuteten mecklenburgischen Kanone, zurück. Wohl haben die Freiheitskämpfer viele tüchtige Männer zu beklagen, welche im Kampfe für die Sache des Volkes starben oder verwundet wurden. Doch die Verluste der Feinde waren bei weitem größer. Die Listen, welche die Fürstenpartei über ihre Verluste bekannt machte, sind unzweifelhaft viel zu nieder angegeben. Auf Seiten des Freiheitsheeres wurden im Drange der Verhältnisse keine Listen angefertigt. Unter den Gefallenen werden Schlöffel, Sohn, und Alfred Michel, unter den schwer Verwundeten, Morhard aus Genf und Mögling aus Stuttgart ihren Freunden ewig theuer sein. Schlöffel, der Sohn des Reichstagsabgeordneten und Kriegskommissärs gleichen Namens, ein Jüngling von 20 Jahren, war seit längerer Zeit schon thätig gewesen für die Sache der Freiheit. Zur Festungsstrafe verurtheilt von feilen preußischen Richtern, brach er aus seinem Gefängnisse aus, um mit den Ungarn zu kämpfen. Beim Ausbruche der dritten Volkserhebung in Baden wirkte er zu Struve's, Blind's und der andern Gefangenen Befreiung in Bruchsal mit, entfaltete dann eine großartige Thätigkeit in der Umgegend von Heidelberg, deren Be-

waffnung er rasch organisirte. Er wurde jedoch, gleich Friedrich Neff und vielen andern tüchtigen Republikanern von Brentano seiner Stelle entsetzt. Auf's tiefste gekränkt durch diese Behandlung, ergriff er die kriegerische Laufbahn und fiel bei Waghäusel, indem er die Truppen mit der größten Todesverachtung zum Sturme auf diese an und für sich feste und stark von den Preußen besetzte Stellung, ermunterte.

Wenige Schritte von ihm erhielt Mögling einen Schuß in das Bein. Schon bei der ersten Schilderhebung hatte sich dieser kräftige Mann in dem Treffen bei der Scheidegg und in der Schlacht bei Freiburg durch Unerschrockenheit und Umsicht ausgezeichnet. Auch an der zweiten hatte er Antheil genommen. Im Laufe der dritten hatte er sich ganz der kriegerischen Laufbahn gewidmet und hatte namentlich in den Gefechten bei Schriesheim und Ladenburg am 15. Juni mit großer Auszeichnung gekämpft. Von dem Schlachtfelde bei Waghäusel wurde er nach Heidelberg verbracht, woselbst ihm das Bein abgenommen wurde. Die innigsten Wünsche für seine Befreiung sind leider Alles, was seine Freunde ihm aus der Ferne senden können! — —

Nachdem sich das Freiheitsheer bis oberhalb Durlach zurückgezogen hatte, galt es die nachrückenden Preußen so lange aufzuhalten, bis das Freiheitsheer seinen Rückzug bewirkt und Karlsruhe von allen Kriegsvorräthen ausgeleert haben würde. Jede Minute Zeit war unter diesen Umständen von der höchsten Bedeutung. Der jugendliche Hauptmann Morhard erhielt am 25. Juni den schwierigen Auftrag, mit zwei Kompagnien die heranrückenden Preußen aufzuhalten. Zwei Stunden lang hielt er mit seinem kleinen Häuflein 3000 Mann Preußen auf, fügte denselben bedeutende Verluste zu, wurde aber endlich durch eine Kugel schwer am Kopfe verwundet und sank, nachdem er trotz seiner Wunde noch einige Zeit muthig gekämpft, von Blut-

verlust erschöpft, zur Erde nieder. Unfähig von den Seinigen fortgetragen zu werden, fiel er in die Hände der Preußen, welche ihn noch mißhandelten und ihn seiner Baarschaft beraubten. Ungeachtet seiner lebensgefährlichen Wunde wurde er jedoch aus dem Lazarethe befreit, und geht jetzt im Schooße seiner Familie seiner vollständigen Genesung entgegen.

Alfred Michel, ein begabter junger Schriftsteller und entschiedener Republikaner aus Franken, war einer der Adjutanten Joh. Phil. Beckers, war als solcher am 6. Juni von Brentano verhaftet und da er ohne dessen Willen freigelassen worden war, gleich den übrigen Adjutanten Beckers steckbrieflich verfolgt worden. Nichts destoweniger nahm er sofort seine Stelle wieder ein, war einer der Letzten bei dem Kampfe in Oos und erhielt daselbst die tödtliche Wunde, an welcher er fünf Tage nachher starb.

Nachdem die Murglinie verlassen worden war, hörte aller Widerstand von Seiten des Freiheitsheeres auf. Die schwankenden und feigen Leute waren entflohen, die Verräther zu dem Feinde übergegangen. Es blieben nur übrig, die entschiedenen Republikaner, und diese hatten kein Zutrauen zu der obersten Leitung des Staats. Sie wußten, daß unter dem Einflusse Brentano's und seiner Genossen diejenige Freiheit, nach welcher sie strebten, doch nicht errungen werden könne. Die Reichsverfassung hatte für sie keinen Reiz. Die schwarz-roth-goldene Farbe vermochte sie nicht zu begeistern. Seit sechs Wochen hatten sie vergeblich gehofft, daß das Banner der Republik entfaltet werden würde. Es blieb ihnen verhüllt. Statt des angestrebten Zieles sahen sie aller Orten nur Verrath, Feigheit und Unverstand. Einem solchen Triumvirate wollten sie nicht dienen. Durch den Verrath reaktionärer Offiziere hatten sie die Schlacht bei Waghäusel, hatten sie Mannheim und die Neckarlinie verloren, durch

den Verrath der Würtemberger ging die Murglinie verloren. Die Feigheit eines Theiles der Wehrmänner hatte ihre Reihen gelichtet, und der Unverstand der Regierung hatte aus der bedenklichen Lage, in welcher sich das Freiheitsheer befand, eine unrettbare gemacht.

Nur die Festung Rastadt hielt sich noch. Wäre sie gehörig verproviantirt worden, wären in Betreff derselben nur die bestimmten Beschlüsse des Landesausschusses ausgeführt worden, so hätte sie sich halten können, so lange bis ein unvermeidlicher Umschwung eingetreten wäre. Allein dieselbe Sorglosigkeit, welche die Regierung in allen andern Beziehungen an den Tag gelegt, hatte sie auch der Festung Rastadt gegenüber bewährt. Die Festung konnte sich auf die Dauer nicht halten. Am 23. Juli ergab sie sich, nachdem bekannt geworden war, daß das ganze Freiheitsheer sich auf neutralen Boden zurückgezogen, daß aller Widerstand aufgehört habe. Noch ist der Schleier nicht gelüstet, welcher die der Uebergabe vorhergegangenen Verhandlungen deckt. Doch behaupten Viele, es habe der General v. Gröben der Garnison freien Abzug versprochen. Daß ihr dieses nicht gestattet worden, ist bekannt. Die rothe Monarchie pflegt nicht Wort zu halten, wenn es ihr in ihre Pläne nicht paßt. Sie kennt keine Menschlichkeit. Ihr Losungswort wird Rache bleiben, bis sie in ihrem eigenen Blute erstickt sein wird. Die Schandthaten, welche die Schergen der Tyrannei an den edeln Freiheitskämpfern in Baden verübt haben und fortwährend verüben, gehören nicht in die Geschichte der drei badischen Volkserhebungen, sondern in die Geschichte der deutschen Fürsten.

Doch dem Andenken einiger Freunde mögen hier wenige Worte gewidmet werden. Die ersten Opfer der rothen Monarchie, welche fielen, nachdem das Schlachtgewühl ausgetobt hatte, waren Dortü aus Potsdam, Friedrich Neff aus Rümingen und Elsenhans

aus dem Würtembergischen. Alle drei waren mir wohlbekannt, Friedrich Neff war mir eng befreundet. Sie starben freier Männer würdig. Dortü eröffnete den Reigen in Freiburg am 31. Juni 1849 Morgens 4 Uhr. Er war eine ideale Natur, löwenkühn im Kampfe, ungestüm und begeistert auf der Rednerbühne, voll der edelsten Vaterlandsliebe jeder Zeit. Ich hatte ihn kennen gelernt in Karlsruhe, woselbst er wiederholt abgewiesen von dem Kriegsministerium und den übrigen Mitgliedern der Vollziehungsbehörde, sich bei mir beschwerte und meine Verwendung in Anspruch nahm, um eine Stelle zu bekommen, in der er für das Vaterland wirken könne. Ich empfahl ihn an Joh. Phil. Becker, welcher den ausgezeichneten jungen Mann zu würdigen verstand. In der Versammlung vom 5. Juni zu Karlsruhe zeichnete er sich durch seine kräftige Sprache und am folgenden Tage durch seine entschiedene Haltung aus. In Folge dessen wurde er mit sieben andern Adjutanten Becker's verhaftet und als er gegen Brentano's Willen befreit worden war, steckbrieflich verfolgt. Nichts destoweniger setzte er seine Funktionen als Adjutant Becker's fort, rückte später zum Bataillonschef vor, und zeichnete sich auf dem Schlachtfelde durch seinen Muth bei jeder Gelegenheit durch Thatkraft und Beharrlichkeit aus. Er starb mit dem Ausrufe: „Es lebe die Freiheit! Schießt gut, Brüder!" Er war erst 24 Jahre alt. Seine Gebeine wurden beigesetzt an derselben Stelle, wo er gefallen war, auf dem Kirchhofe zu Wiehre. Seine Mörder gönnten ihm nicht einmal einen Todtenhügel! Friedrich Neff hatte ich zuerst persönlich kennen gelernt auf der Offenburger Volksversammlung vom 12. September 1847. Bei der ersten Volkserhebung stieß er am grünen Donnerstag in Lörrach zu mir und stand mir an diesem ernsten Tage treu zur Seite. In der trüben Zeit der Verbannung schlossen wir uns fester zusammen und verbrachten namentlich auf verschiedenen

Ausflügen heitere Tage miteinander. An der zweiten Schilderhebung nahm er einen hervorragenden Antheil. Er bewährte bei derselben eine seltene Entschlossenheit und Thatkraft. Bei der dritten Volkserhebung glaubte er anfänglich, in demselben Sinne und Geiste handeln zu können, in welchem er während der zweiten Volkserhebung mit so großem Erfolge gewirkt hatte. Allein bald mußte er erfahren, daß Brentano und seine Genossen den Dienst der Freiheit anders verstanden als er. Er wurde von der Stelle eines Commissairs im Amte Lörrach, welche ihm am 14. Mai von Struve übertragen worden war, abberufen und beschäftigte sich sodann mit der Organisation der Legion der politischen Flüchtlinge, welche zum großen Theil sein Werk war, und welcher er als Kriegszahlmeister bis zu ihrer Auflösung folgte. Er starb am 9. August 1849, Morgens 4 Uhr, auf derselben Stelle, auf welcher wenige Tage vor ihm Dortü ihm vorangegangen war. Ehe die tödtlichen Kugeln ihn erreichten, schwang er seinen Hut und rief: „Es lebe die Freiheit! es lebe die deutsche Republik!“

Friedrich Neff war im edelsten Sinne des Wortes ein Kind der Natur. Er hatte sich selbst durch eigene Kraft emporgeschwungen auf den hohen Standpunkt, welchen er einnahm und bis zu seinem Tode behauptete. Als Kiefergeselle war er gewandert, hatte sich später in Zschokke's Hause zu akademischen Studien vorbereitet und auf den Universitäten von Heidelberg und Freiburg i. B. eine höhere Geistesbildung angeeignet.*) Mit unerschütterlicher Festigkeit kämpfte er seit dieser Zeit für die Sache der Freiheit. Er besiegelte sein Streben

*) In Verbindung mit Löwenfels und Thielemann gab er die Druckschrift „Der zweite republikanische Aufstand in Baden“, Basel 1848, und selbstständig „Beiträge zur **Bauernpolitik**“ heraus.



mit seinem Herzblute im 29ten Jahre seines Lebens.

Ernst Elsenhans hatte seit früher Jugend mit vielen Widerwärtigkeiten und Mühseligkeiten zu kämpfen. Von seinen Verwandten bestimmt, die Gottesgelahrtheit zu studieren, erkannte er frühzeitig das System der Lüge, welches von den bezahlten Dienern der Kirche und des Staates der Jugend als ein Evangelium vorgetragen wird. Er sagte sich von demselben los und bekannte auch unumwunden in seinem letzten Prozesse auf Befragen: „Daß er keinem der bestehenden Culte zugethan sei." Er hatte nie mit den Waffen gekämpft, als Redakteur des „Festungsboten" verurtheilte ihn jedoch das Kriegsgericht zum Tode, indem es ihn unter die Rubrik eines intellectuellen Urhebers brachte. Was er durch seinen „Festungsboten" hervorgerufen haben soll, das sagten die Richter freilich nicht. Fürwahr, Elsenhans müßte einen Riesengeist gehabt haben, wenn er durch seinen „Festungsboten" inmitten einer belagerten Festung die Garnison geistig zu leiten vermocht hätte.

Ernst Elsenhans war ein harmloser und friedlicher Mann. Er starb den 7. August zu Rastatt um 4 Uhr Morgens mit dem Muthe eines klaren Selbstbewußtseins als Opfer des Hasses, welchen die preußische Tyrannei jedweder freien, geistigen Thätigkeit widmet, nachdem er vor dem Standgerichte erklärt hatte: „er sei Republikaner, für diese Ueberzeugung habe er gelebt und werde — wenn es die Richter wollen — auch sterben."

Es ist eine merkwürdige Thatsache, daß die vier jungen Männer, welche mit der größten Begeisterung für die Sache der Freiheit wirkten und starben, Schlöffel, Michel, Dortü und Neff, auf das Bitterste von Brentano verfolgt worden waren. —

Die preußischen Schergen vollendeten das Werk, wel-

ches Brentano begonnen hatte. Doch das dankbare Volk ehrt selbst unter dem Drucke des Kriegsgesetzes mit Kränzen und Blumen die Stätten, an welchen die Gebeine der gemordeten Freiheitskämpfer ruhen. Das deutsche Volk wird ihre Namen eintragen in die Bücher seiner Geschichte und wird sie reihen unter die edelsten Opfer fürstlicher Herrschsucht. —

Zweiundzwanzigster Abschnitt.

Schlußbemerkungen.

Die drei Volkserhebungen in Baden sind durch die verbündeten Tyrannen Deutschlands erdrückt worden, allein die neue Welt von Gedanken und Gefühlen, welche durch diese drei wichtigsten Thaten des deutschen Volkes, im gesammten Vaterlande angeregt wurden, — diese neue Welt besteht noch immer und wird mit jedem Tage, mit jeder neuen Schandthat der verbündeten Fürsten größer und größer werden. Das Feld der That ist jetzt das einzige, auf welchem in Deutschland noch Ehre erworben werden kann. Mögen geläufige Schwätzer sich versammeln und Reden halten wo sie wollen, die deutsche Nation wird ihre Worte nicht mehr beachten. Sehr wahr hat Friedrich Wilhelm IV. gesagt: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten." Diesem Reim steht der andere entgegen: „Fürstenwuth erstickt nur Blut."

Blut, viel Blut wird vergossen werden, bevor Deutschland wieder zur Ruhe kommen kann. Die alte Ruhe des Kirchhofs wird nicht wiederkehren, sondern nur die Ruhe des Selbstbewußtseins und der Freiheit. Eine Verwirrung, wie sie gegenwärtig in Deutschland herrscht, ist einzig in der Weltgeschichte. Feindlich stehen sich in

unserem Vaterlande gegenüber: der Schatten der Frankfurter Centralgewalt und das Gespenst der Stuttgarter Reichsregentschaft, der Bund der Könige von Preußen, Sachsen und Hannover, Oesterreich mit seiner Vereinzelungspolitik, Baiern und Würtemberg mit ihren Unabhängigkeitsbestrebungen, die Länder, welche festhalten an der Reichsverfassung und diejenigen, welche sie mit Füßen treten, der landesflüchtige Großherzog von Baden und seine Schergen, der Prinz von Preußen mit seinen Söldnerschaaren und der Haß des deutschen Volkes, welcher auf ihnen ruht. Alle diese Bündnisse, Parteien und Gegensätze entbehren des höhern einigenden Gedankens. Eigennutz, Herrschsucht, Ehrgeiz und Rache bilden ihre Triebfedern. So groß daher scheinbar die Macht ist, auf welche die Reaktion sich stützt, so schwach ist sie in der That. Zersplitterung wird ihr Loos sein im Falle eines entscheidenden Sieges, Zertrümmerung im Falle einer entscheidenden Niederlage. Nur eine Partei, diejenige der entschiedenen Republikaner, der socialen Demokraten, ruht auf dem festen Grunde der Vaterlandsliebe, des Freiheitsmuthes und des Thatendranges, nur sie hat eine Zukunft.

Das Volk verlangt Befreiung von dem sechsfachen Joche, das auf ihm lastet. Nur aus dem Scheiterhaufen, auf welchem verbrannt werden die sechs Geißeln: des Königsthums, des Geburtsadels, des Beamtenthums, des stehenden Heeres, des Pfaffenthums und des Geldwuchers — nur aus diesem Scheiterhaufen kann dem Volke Freiheit, Wohlstand und Bildung erstehen.

Achtzig Jahre lang kämpften die Niederländer gegen die spanischen Tyrannen, sieben Jahre dauerte der nordamerikanische Freiheitskrieg. Der deutsche Freiheitskampf hat noch kaum begonnen. Das Blut, welches in Wien, Berlin, Dresden und in Baden floß, bildete nur kleine Bächlein im Verhältniß zu den Strömen, welche noch fließen müssen, um die Träger der sechs Geißeln der Menschheit in ihrem Blute zu ersticken.

Als **Robert Blum** in der Brigitten-Au bei Wien bereit stand, das tödtliche Blei zu empfangen, sagte er voraus: „Aus jedem Tropfen meines Blutes wird ein Freiheitskämpfer erstehen.“ Tausende sind seither erstanden, tausende sind seither gefallen. Auch aus jedem Tropfen ihres Blutes wird ein Freiheitskämpfer erstehen. In riesenhafter Progression wird so die Zahl der Freiheitskämpfer wachsen. Mit Löwenkühnheit wurde im Badischen gekämpft gegen die Uebermacht. Die badischen Artilleristen haben sich ein Denkmal gesetzt, das länger dauern wird als das Erz der Kanonen, die sie bedienten. Das Beispiel, welches das badische Volk vereint mit dem badischen Heere dem gesammten deutschen Vaterlande gab, die begeisterte Hingebung, mit welcher sie in den Tagen der Schlachten kämpften, — — wird Nachfolge erwecken. Der Gedankenstrom, welcher im badischen Schwarzwalde seinen Ursprung fand, wird sich ergießen über das gesammte deutsche Vaterland. Er wird sich vereinigen mit den Gedankenströmen, welche in Paris, Rom und Debreczin entsprangen und wird überfluthen das ganze Europa. Aus dem durch diese Fluthen gedüngten Boden aber wird emporkeimen eine neue Saat und wird sich entwickeln ein neues Geschlecht. Jene Saat wird sein die Freiheit und dieses Geschlecht wird keine Tyrannen mehr dulden.

Die Republik hat aufgehört, ein Traum der Schwärmer zu sein. Sie ist geworden der einzige Rettungsanker des stürmisch bewegten europäischen Staatsschiffes. Die Sehnsucht nach diesem Rettungsanker ist allgemein. Männer und Frauen, Jünglinge und Kinder nennen sich Republikaner. Doch dieser Rettungsanker ist viele Zentner schwer und von festen Ketten umschlossen. Die Ketten müssen gesprengt, der Anker muß gehoben und in die tobenden Wellen hineingeworfen werden, bevor das Schiff sich festlegen kann.

Anhang.

Die Darstellung von Kriegsbegebenheiten vom Standpunkte der vollendeten, abgeschlossenen Thatsachen hat ihren Werth. Allein diejenige Darstellung, welche mitten im Sturme der Gefechte verfaßt wurde, hat den ihrigen. Anders sehen sich die Ereignisse an, wenn sie abgeschlossen vor uns liegen, anders, wenn sie erst in der Entwickelung begriffen sind. Andere Beweggründe leiten auch in beiden Fällen den Berichterstatter. In dem einen Falle wird die Darstellung unwillkürlich die Rechtfertigung der eigenen Partei oder der hervorragenden Personen derselben, in dem andern Falle die Aufmunterung, Ermuthigung und Stärkung derselben bezwecken. Eine Darstellung der Kriegsbegebenheiten, welcher jede derartige Tendenz durchaus fremd bleibt, wird immer langweilig und steif sein. Läßt sich freilich der Berichterstatter von seiner Tendenz verleiten, positive Unwahrheiten zu berichten, oder auch nur um weniges vom Wege der Wahrheit abzugehen, so verlieren seine Berichte ihren geschichtlichen Werth. Die Berichte vom Kriegsschauplatz, welche seiner Zeit unter Struve's Leitung erschienen, und welche größtentheils im Hauptquartier, und immer nach den Mittheilungen von Augenzeugen

geschrieben wurden, dürften daher auch jetzt noch einiges Interesse besitzen. Sie werden wörtlich hier abgedruckt, wie sie seiner Zeit erschienen sind. Leider ist jedoch einer, und zwar gerade derjenige, welcher die Schlacht bei Waghäusel darstellte, gänzlich vergriffen worden *). Es ist dem Verfasser nicht ein Exemplar davon geblieben. Die übrigen folgen aber alle vollständig hier nach.

Berichte vom Kriegsschauplatze.

Einleitung.

Der große Kampf zwischen der Demokratie und dem Absolutismus ist nun endlich auch in Deutschland entbrannt. Die Stunden der Entscheidung sind gekommen. Bald muß es sich zeigen, ob wir russisch oder republikanisch sind. Die Blicke und die Hoffnungen Deutschlands, Europa's, hängen an dem Freiheitsheere in Baden. Bis jetzt haben sich unsere Kämpfer ihrer heiligen Sache würdig gezeigt, das Beispiel der Magyaren braucht uns nicht mehr zu beschämen.

Die Reaktion ist natürlich bemüht, unsern Standpunkt zu verrücken, und unsern Kampf in den Koth zu ziehen. Täglich werden die infamsten Gerüchte verbreitet. Um der Lüge und der Verläumdung entgegenzutreten, werden wir von nun an wahrheitsgetreue, authentische Berichte herausgeben, die das Publikum über die Lage der Dinge aufklären sollen. Wo möglich werden täglich solche Berichte erscheinen. Die Redaktionen der demokratischen Blätter sind ersucht, das Ihrige zur Verbreitung der Wahrheit zu thun.

Der Kampf der Hanauer Turnerwehr bei Hirschhorn.

Den 13. Juni, Morgens 4 Uhr, rückte die Schützenkompagnie der „Hanauer Turnerwehr" in dem hessischen

*) Sollte Jemand im Stande sein, mir ein Exemplar desselben zu verschaffen, würde ich sehr dankbar sein. G. Struve.



Städtchen Hirschhorn ein und besetzte unter der Leitung des Kommandeurs Woynicki das dortige Schloß. Es wurden sogleich alle möglichen Vertheidigungsmaßregeln, für den Fall eines Angriffs', getroffen: die äußeren Thore verbarrikadirt, Schießscharten ausgebessert und neue angelegt, und alsdann den 140 Büchsenschützen ihre Plätze angewiesen. — Drei Tage und zwei Nächte erwarteten wir mit ausdauernder Wachsamkeit den Feind. Da endlich, den 15. Abends 6 Uhr, kündigten die äußersten Vorposten dessen Heranrücken an. Kommandeur Woynicki, nachdem er sich von der Wahrheit dieser Anzeige persönlich überzeugt, ließ das Zeichen geben, um die äußern Posten einzuziehen, untersuchte alle innern Posten und so erwarteten wir gefaßt die Gegner. Bald zeigten sich die kurhessischen Tirailleure, die, sobald sie unserer Feldwache ansichtig wurden, auf sie feuerten. Die Feldwache erwiederte das Feuer und zog sich fechtend zum Schloß hinauf. Unmittelbar nach der Avantgarde folgten zwei Geschütze, welche die Stellung einnahmen, die so eben unsere Feldwache verlassen. Die Avantgarde rückte an gegen die Mauern des Schlosses. Ein lebhaftes, wohlgezieltes Feuer unserer Schützen schmetterte Viele zu Boden. Die zwei Geschütze gaben eine Charge, die hoch über den Thurm des Schlosses hinausging. Unter kräftigem Hurrah unserer Schützen stürzten 3 Pferde an einer Kanone und einige Artilleristen. Weitere Kompagnien Kurhessen rückten heran und ein Bataillon Baiern. Kaum biegen sie um die Ecke, so stürzt der baierische Major wohlgetroffen vom Pferde. Die Baiern eröffneten ein lebhaftes Pelotonfeuer; noch zwei Geschütze wurden aufgefahren. Die Kugeln sausten zu Hunderten über die Köpfe unserer Schützen. Aber mit kräftigem Hurrah hielten sie alle Chargen aus und entsendeten ihre Kugeln so sicher, daß in zwei und einer halben Stunde der Feind circa 50 Todte und wohl doppelt so viele Verwundete zählte. Die Kurhessen wollten nicht mehr angreifen; die Baiern liefen schon davon, als von dem Gebirge, dem Schloß gegen-

über, unter Trommelschlag eine kleine Abtheilung Volkswehr zu unserer Hülfe anrückte. Da wurde die Flucht allgemein, so daß 1600 Mann mit 4 Geschützen davon liefen wie die Haasen. Auch die dritte Nacht hielt unsere kleine Mannschaft auf ihrem Posten muthig aus. Als aber den vierten Morgen die Mannschaft, ohne Aussicht auf Entsatz, ohne die gehörige Munition, ohne den nöthigen Proviant, ermüdet an ihren Plätzen niedersank, da ließ sich endlich unser tapferer Kommandeur bewegen, einen Ausfall zu wagen, um wenigstens seine Mannschaft zu retten. Mit blutendem Herzen verließ er diese Position, die er so tapfer vertheidigt. In wohlgeordneten Reihen marschirten wir zum Thore hinaus und gelangten unangefochten nach Eberbach.

Kampf der Legion der politischen Flüchtlinge bei Hirschhorn.

Die unter J. Ph. Becker stehende Legion der deutschen Arbeiter und Flüchtlinge, welche vor Kurzem den Karlsruher Spießbürgern so panischen Schrecken einflößte, hat bis jetzt schon mehrfach Gelegenheit erhalten, ihre militärische Tüchtigkeit zu beweisen.

In den unwegsamsten und ungastlichsten Gegenden des Odenwaldes, bei größtentheils ungünstiger Witterung, unter Mangel und Entbehrungen jeder Art verloren diese eisenfesten Männer niemals den Muth und die Heiterkeit.

Von verschiedenen kleinen Vorpostengefechten, in deren einem der Prinz von Mecklenburg getödtet wurde, will ich hier nicht reden. Nur einige Worte über die glänzende Waffenthat, welche unsere Legion vor einigen Tagen ausführte:

Das Hauptquartier Becker's sollte den 15. Juni von Heddesbach nach Hirschhorn in das Hessische verlegt werden, wo schon 142 Hanauer Schützen auf dem Schlosse postirt standen. Keines Feindes gewärtig, rückten die Unseren vor. Unterwegs kam die Nachricht, daß eine Abtheilung von

2000 Kurhessen, Baiern und Mecklenburger bereits in Hirschhorn eingerückt sei.

Obschon wir nicht mehr als 500 Mann zählten (es war nur ein Detaschement, alle übrigen Truppen, welche unter Becker's Kommando standen, waren zur Besetzung der Pässe von Weinheim bis Heddesbach verwendet), ließ Becker, der seiner Krieger vollkommen würdig ist, vorwärts gehen. Schon auf dem Marsche hörten wir Kleingewehrfeuer. Unsere wackeren Hanauer Brüder waren im Kampfe mit der Ueberzahl. Obgleich wir weder Geschütz noch Reiterei hatten, ging es im Sturmschritt vorwärts. Vor dem Städtchen war der Feind zu unserem Empfang aufgestellt. Mit kampfmuthigem Hurrah stürmte unsere kleine Schaar voran, die Führer Becker und Böning an der Spitze. Die Nacht war so dunkel, daß man nur beim Blitzen des Pelotonfeuers die feindlichen Reihen erblicken konnte. Dreimal wiederholten die Unsern den Angriff, ohne Verwirrung hielten sie dem Kartätschen- und Gewehrfeuer auf 10 Schritte Stand, und beim dritten Mal gelang es, den Feind mit bedeutendem Verluste aus seiner günstigen Stellung zu vertreiben.

So gut es bei der Nacht möglich war, unterstützten uns die Hanauer Schützen. Anfangs hatten unsere Führer im Sinne, den Feind zu verfolgen, aber bei dem gänzlichen Mangel an Artillerie, und unserer geringen Anzahl mußte dies Vorhaben aufgegeben werden. An Todten haben wir leider fünf zu beklagen, verwundet wurde ungefähr die dreifache Anzahl.

Der Verlust der Feinde war wohl mehr als zehnfach so groß und hätte das Dunkel der Nacht den Feind nicht geschützt, so wäre wohl kein Mann davon gekommen.

Die wichtigste Folge dieses Sieges bestand darin, daß das ganze feindliche Truppenkorps durch denselben vollständig demoralisirt wurde. Schon im Gefechte weigerten sich übrigens die Kurhessen entschieden, gegen ihre deutschen Brüder zu kämpfen, trotz allen Schimpfreden der Offiziere.

Einer der Schwerverwundeten gab sich zu erkennen als Freund der Freiheit und rief sterbend: „ich wollte zu Euch übergehen, jetzt ist es aber zu spät. Ein Bruder von mir steht bei Euch."

Bei dieser Gelegenheit, wie bei den glorreichen Siegen der letzten Tage, hat es sich zur Genüge gezeigt, wie freiheitbegeisterte Männer auch einen an Zahl und sogenannter militärischer Bildung überlegenen Feind schlagen müssen, wenn die Oberleitung, wie bei uns, eine der Kämpfer würdige ist. Mit solchen Truppen und solchen Führern werden und müssen wir siegen.

Kampf bei Schriesheim und Ladenburg.

Unter den zahlreichen Gefechten, welche am gestrigen Tage, dem 16. Juni, stattfanden, verdient dasjenige, welches bei Schriesheim und Ladenburg geschlagen wurde, besonders hervorgehoben zu werden.

Oberst Thome führte daselbst den Befehl. Er führte das Centrum und den linken Flügel, während Hauptmann Mögling den rechten Flügel leitete.

Die Schlachtlinie dehnte sich von dem Berge bei Schriesheim bis an die Eisenbahn aus. Im Centrum standen die Geschütze mit hinreichender Bedeckung von Fußvolk und Reiterei.

Nach einem lebhaften Gefechte wurde der Feind zuerst von dem rechten Flügel der Unsrigen zurückgetrieben, worauf Oberst Thome den Hauptmann Mögling mit einer Schwadron Reiterei, zwei Stück Geschützen, zwei Kompagnien des 2. Leibregiments und dem Karlsruher Bataillon nach Ladenburg entsendete.

Hier entspann sich ein dreistündiger Kampf, bei welchem sich namentlich die Artillerie hervorthat, während die übrigen Truppen sich gleichfalls tapfer hielten.

Um 4 Uhr rückte die Mannheimer Volkswehr und die

Turner von Neckarhausen mit 4 Geschützen heran, eröffneten ein wohlgenährtes Gewehr- und Kartätschenfeuer gegen den Feind und stürmten um 7³/₄ Uhr unter lautem Hurrahruf über die Ladenburger Brücke. Das Leib-Infanterieregiment folgte den wackeren Mannheimern nach. Dem vereinigten Andrängen der von Schriesheim und Neckarhausen herbeigekommenen Truppen des Freiheitsheeres vermochte der Feind nicht Stand zu halten. Derselbe war bei Ladenburg beiläufig 2500 Mann stark, darunter 950 Mecklenburger und 1500 Hessen mit 3 Geschützen. Der Verlust der Feinde war nicht unbedeutend. Die Mannheimer allein tödteten ihnen 20 bis 30 Mann, darunter den Obersten Roggenbach, einen Hauptmann und einen Lieutenant, nahmen 40 Mann gefangen und erbeuteten 3 Pferde. Am Morgen desselben Tages war bereits ein feindlicher Hauptmann gefangen worden. Von den 950 Mecklenburgern, welche nach Ladenburg eingerückt waren, kamen nur 240 Mann zurück, die übrigen wurden gänzlich zersprengt.

Die Truppen des Freiheitsheeres zeichneten sich nicht bloß durch ihre Tapferkeit, sondern durch die Milde aus, welche sie nach erkämpftem Siege gegen die Feinde an den Tag legten. Das letztere kann leider nicht von den Truppen des verbündeten Fürsten-Heeres gerühmt werden. Sie erlaubten sich Mißhandlungen, Plünderungen und selbst die Tödtung von Verwundeten, welche in ihre Hände fielen.

Die Entrüstung über diese Schandthäten ist groß bei Bürgern und Wehrmännern und die Folgen dieses grausamen Verfahrens werden nicht ausbleiben.

Die Behandlung unserer Gefangenen von Seite der sogenannten Reichstruppen.

Beim Angriffe auf Käferthal, den 15. Juni, geriethen der Frueni Cavalli, ein Dragoner, ein Artillerist und ein Soldat vom 4. Regiment in die Hände der hessischen

Chevaulegers. Sie wurden sofort an eine Kanone gespannt, und mit Säbelhieben gezwungen, dieselbe fortzuziehen. Besonders thätig war dabei ein jetzt gefangener Rittmeister. Unsere Gefangenen wurden später wieder befreit, aber die erlittenen Mißhandlungen waren so groß, daß der Dragoner und Infanterist nach kurzer Zeit ihren Geist aufgaben. Einige Soldaten und 2 Mann von der Musik, welche gleichfalls gefangen waren, liegen jetzt noch in Folge der brutalen Behandlung schwer krank darnieder. Einige Andere wurden mit Schlingen um den Hals im scharfen Trabe von den Reitern mit fortgerissen.

Vergleichen wir hiermit die menschliche Behandlung der feindlichen Gefangenen von unserer Seite, so sehen wir zur Genüge, daß es nicht blos Phrase ist, wenn wir unsern Kampf als den der Humanität gegen die Barbarei bezeichnen. Wir wollten die Schuld der oben bezeichneten Handlungen nicht auf die Soldaten schieben. Unser Fluch, und der Fluch der Geschichte, trifft die Niederträchtigen, welche unsere heldenmüthigen Krieger als Meuterer und unsere freiheitsbegeisterten Volkskämpfer als verächtliches Gesindel hinstellen. Sie haben den Blick der uns leider gegenüberstehenden Truppen getrübt, und wir bedauern es nur, daß unsere deutschen Brüder sich so unselig haben verblenden lassen.

Um das Mißverständniß zu heben, haben unsere Truppen folgende Proklamation erlassen:

An die hessischen Soldaten!

Mit tiefster Entrüstung haben wir gesehen, daß mehrere von unsern Kameraden von Euch auf's Furchtbarste mißhandelt, ausgeplündert und selbst nach ihrer Gefangennahme getödtet worden sind. Wir unserer Seits haben die Hessen, welche in unsere Hände fielen, als Brüder aufgenommen, haben für ihre Bedürfnisse Sorge getragen und uns bemüht, ihr Loos zu mildern. Allein länger können wir die an unsern Brüdern verübten Grausamkeiten nicht

dulden. Wir wissen, daß es die landesflüchtigen und treubrüchigen badischen Offiziere sind, welche Euch, hessische Soldaten, zur Wuth und zum Hasse gegen uns entflammen. Laßt Euch nicht verführen. Grausamkeit schändet den Krieger, am meisten, wenn sie verübt wird im Kampfe mit den Söhnen eines und desselben Landes. Darum rufen wir Euch zu: Höret auf, den Krieg gegen uns mit Schandthaten zu besudeln!. Es würde uns schmerzlich sein, von Euch gezwungen zu werden, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Das Vaterland aber wird richten zwischen uns, den Vertheidigern der Freiheit, und Euch, den Kämpfern für Fürstenanmaßung.

Heidelberg, 18. Juni 1849.

Die Soldaten des Freiheitsheeres.

Mieroslawsky.

Selten ward wohl einem Feldherrn ein großartigerer Beruf zu Theil, als dem General Mieroslawsky, da ihn Baden und die Rheinpfalz an die Spitze des ersten deutschen Freiheitsheeres beriefen; und niemals vereinigte ein Feldherr alle diejenigen Eigenschaften in sich, welche ihn eines so hohen Berufes fähig machten. Seine Ankunft beim Heere wurde bezeichnet durch glänzende Erfolge, welche wir am 15. Juni auf allen Punkten unserer Linie errangen. Im Laufe weniger Tage erwarb sich der General die Liebe und die Achtung des Heeres und erfüllte es mit Siegeszuversicht. An der Spitze eines deutschen Heeres, geborener Pole, dem Frankreich ein zweites Vaterland wurde, und der Theil nahm an den Kämpfen Italiens, scheint Mieroslawsky von der Vorsehung bestimmt zu sein, den großen Bund der Völker zu schließen, und durch denselben Europa von seinen Tyrannen zu befreien. In der Schule der Verfolgungen und der Leiden groß geworden, wird unser Feldherr keine Mühseligkeiten scheuen und

das Schwert nicht aus der Hand legen, bevor das hohe Ziel, nach welchem die Völker Europa's streben, errungen sein wird. Mieroslawsky, welcher in den preußischen Gefängnissen schmachtete, von den feilen Richtern des Preußenkönigs sogar zum Tode verurtheilt wurde, weil er für die Befreiung seines Volkes kämpfte, Mieroslawsky wird mit den Tyrannen Deutschlands eben so wenig als mit dem Czaaren Rußlands sich abfinden. Er kennt kein anderes Ziel, als die Befreiung Europa's von seinem schmählichen Joche. Nach diesem Ziele wird er streben, sein Heer wird ihm folgen und die Wünsche aller Völker Europa's werden ihn begleiten. An das Freiheitsheer des Ostens, an die Siege der Ungarn hat sich angeschlossen ein Freiheitsheer im Westen, und werden sich reihen die Siege der Deutschen über die verbündeten Fürsten. Voran denn, deutsches Volk, auf der Bahn der Freiheit! Mieroslawsky wird Dich führen und bei Dir ausharren in guten wie in schlimmen Tagen. Voran, auf Leben und auf Sterben!

Die Kämpfe in der Rheinpfalz.

I.

Seit langer Zeit hatten alle Einsichtigen darauf gedrungen, die badische Regierung möge die Rheinpfalz mit Nachdruck unterstützen, allein vergeblich. Mit Ausnahme einiger alten Kanonen erhielt die Rheinpfalz weder Geld noch Waffen von Baden, ungeachtet der abgeschlossenen militärischen Union, und ungeachtet aller Bitten der Rheinpfälzer. Auf ihre eigenen Kräfte verwiesen, war es der provisorischen Regierung der Rheinpfalz nicht möglich, umfassende Kriegsrüstungen zu machen, und noch weniger sich der wichtigen Festungen Landau und Germersheim zu bemächtigen. Zwar that der wackere Willich mit seiner Schaar Alles, was nur irgend geschehen konnte, um die Garnisonen jener beiden Plätze von Ausfällen abzuhalten. Allein ohne eine

einzige Kanone, mit bloß 900 Mann zuverlässiger Truppen gegenüber zweien Besatzungen im Gesammtbetrage von 5000 Mann war es schon viel, daß er nur im Stande war, sich in der unmittelbaren Nähe jener festen Plätze zu halten und ihnen die Herrschaft über die benachbarte Gegend streitig zu machen. In fast täglich stattfindenden Gefechten bewährten die Schaaren Willich's eine Ausdauer und einen Muth, welche nicht genug gerühmt werden können. Willich selbst ging seinen Brüdern (denn in dieser Schaar betrachten sich alle Streiter als Brüder und Freunde) mit dem guten Beispiele voran. Hier fand man allerdings keine glänzenden Uniformen, keine hoch tönenden Titel, auch nicht viel Geld und Geldeswerth, allein strenge Folgsamkeit, unausgesetzte Wachsamkeit und im Kampfe größte Kühnheit. Dem wackeren Willich gebührt das Verdienst, seiner Schaar den edeln Geist eingeflößt zu haben, welcher sich bisher bei jeder Gelegenheit bewährte, und welcher sich auch künftig gewiß bewähren wird. Unter den Hauptleuten, welche sich durch ihre Tapferkeit ausgezeichnet haben, erwähne ich hier nur den Hauptmann Loreck, welcher vor 8 Tagen mit 36 Mann zwischen Bellheim und Knittelsheim eine baierische Kolonne von 700 Mann Infanterie, eine Schwadron Reiterei und eine Batterie Artillerie zwei Stunden lang beschäftigte, ihr 7 Mann tödtete, 14 verwundete und sie endlich, als Hülfe kam, in die Festung zurücktrieb. Doch bei aller Tapferkeit konnte natürlich die Schaar Willich's so wenig als die übrigen Truppen der Rheinpfalz den herankommenden preußischen Heeresmassen die Spitze bieten. Sie zogen sich daher nach einigen kleinen Gefechten in guter Ordnung auf badisches Gebiet zurück, auf welchem sie in bedeutender Stärke Montag den 18. Juni eintrafen. Wir hoffen jedoch, die Preußen werden sich nicht lange des ruhigen Besitzes der Rheinpfalz erfreuen.

II.

H Karlsruhe, 19. Juni. Ueber die militärischen Bewegungen der Rheinpfalz kann ich Ihnen als Augenzeuge bei verschiedenen Operationen und von dem Plane der obersten Leitung seit dem Einrücken der Preußen genau unterrichtet, folgendes Thatsächliche mittheilen. Die militärische Organisation der Pfalz machte ihren Anfang eigentlich erst, seitdem Sznayde den Oberbefehl angetreten hatte, in den letzten Tagen des Monats Mai. So viel militärische Umsicht dieser tüchtige Soldat bewährt, und so sehr er von mehreren guten Offizieren unterstützt wurde, so standen allen diesen außerordentlichen Leistungen doch der vollständige Mangel an Schußwaffen entgegen, dem die Verfertigung von etlichen tausend Sensen nicht abhelfen konnte. In Folge dessen konnten von den über 30,000 Mann ersten Aufgebots nur ungefähr 10,000 bewaffnet werden. Die übrigen einberufenen Mannschaften mußten, obwohl gut einexerziert, bei dem Anrücken der Preußen entlassen werden. Daß mit 10,000 schlecht ausgerüsteten Leuten, vollständigem Mangel an Kavallerie und Geschütz, dessen Zahl sich kaum auf 10 Stück belief, einem Korps von 30,000 Preußen mit mindestens 4 mal stärkerem Geschütz auch bei der größten Entschlossenheit kein erfolgreicher Widerstand geleistet werden konnte, war vorauszusehen. General Mieroslawsky und Sznayde waren daher bei ihrer ersten Besprechung in Karlsruhe über den seitdem mit Präcision ausgeführten Plan vollständig einig.

Die Verwundeten und die Gefangenen. Edelmuth der Heidelberger Frauen.

Heute, den 19. Juni, besuchte der General Mieroslawsky unsere braven Verwundeten. Dank der Geschicklichkeit und väterlichen Sorgfalt des Prof. Chelius, befinden sich dieselben in einem durchaus befriedigenden

Zustande. Voll guten Muthes bedauern sie nur, von dem Kampfplatze entfernt zu sein, und brennen vor Begierde, in die Reihen der Freiheitsstreiter zurückzueilen.

Bemerkenswerth ist, wie die Beschaffenheit der Wunden Zeugniß für die Tapferkeit unserer Krieger ablegt. Die getroffenen Glieder sind meist von den Kugeln durchbohrt, ein schlagender Beweis, daß die Kämpfer sich nahe standen..

Mieroslawsky's Besuch hat eine interessante und rührende Scene herbeigeführt. Einer der Schwerverwundeten, zu dessen Lager er trat, reichte ihm plötzlich mit den Zeichen der innigsten Freude die Hand und rief aus: „Herr General, ich erkenne Sie wieder. Ich war preußischer Soldat und habe manchmal vor Ihrer Gefängnißthüre in Moabit Wache gestanden — jetzt aber wollen wir zusammen kämpfen gegen den gemeinschaftlichen Feind."

So guten Muthes unsere Verwundeten sind, so traurig und gedrückt ist die Stimmung der Mecklenburger, welche unsere Pflege genießen. Sie bereuen es tief, in brudermörderischem Kriege die Hand gegen uns erhoben zu haben, und sie fluchen den ehrlosen Verläumdern, von denen sie durch lügenhafte Gerüchte gegen uns aufgestachelt wurden. — Mieroslawsky tröstete sie, und unsere früheren Feinde wünschen jetzt Nichts mehr, als in unsern Reihen für Recht und Freiheit zu kämpfen, und dadurch ihre Verblendung zu sühnen.

Freudig müssen wir anerkennen, daß die Frauen der Stadt Heidelberg förmlich miteinander wetteifern, das Loos der braven Verwundeten zu erleichtern. Viele brachten ganze Tage und Nächte an ihren Betten zu, und halfen sie verbinden und pflegen.

Gefecht bei und in Käferthal am 15. Juni 1849.

Das Gefecht bei Käferthal begann am Morgen des 15. Juni. Da die Anzahl unserer Truppen, die diesen

Posten besetzt hielten, nur sehr gering war und zu wenig Geschütz bei sich hatte, sahen sich dieselben genöthigt, sich bis zur Neckarbrücke zurückzuziehen. Mieroslawsky, der indeß durch eine Staffete von diesem Ereigniß bald in Kenntniß gesetzt wurde, ließ in Mannheim Generalmarsch schlagen, und eilte unmittelbar darauf mit den ihm zu Gebote stehenden Truppen dem Oberst Tobian, der die Käferthaler Abtheilung befehligte, zu Hülfe. Verstärkt und ermuthigt durch die so schnell gewordene Unterstützung und durch die Gegenwart des Generals, der, seitdem er sein Hauptquartier in Mannheim aufgeschlagen, nicht aufgehört hatte, in unermüdlicher Weise für Alles Sorge zu tragen, folgten unsere braven Soldaten freudig seinem Rufe und stürzten muthig dem Feinde entgegen, zwangen ihn sehr bald, den Rücken zu zeigen und verfolgten den fliehenden Feind.

Zu gleicher Stunde griffen die Preußen Ludwigshafen an. (S. den folgenden Bericht.) Sie schickten sich an, die Rheinbrücke zu stürmen. Mieroslawsky eilte sofort an die bedrohte Stelle, um die Batterien, die er schon früher dort aufgestellt hatte, selbst zu dirigiren. Seinen Adjutanten, den Oberst Zurkowsky, ließ er jedoch beim Oberst Tobian zurück, der beauftragt war, den Feind so weit als möglich zu verfolgen. Der Oberst Tobian leitete die Verfolgung in einer so geordneten und energischen Weise, daß wir in ihm den umsichtigen und geübten Krieger nicht verkennen können. Wirklich gelang es unseren tapfern Truppen sehr bald, den Feind aus Käferthal zu vertreiben. Dem wackeren Oberst Tobian jedoch genügte dieser glänzende Erfolg nicht. „Soldaten," rief er, „wir wollen artig sein und Besuch um Besuch machen. Die Feinde kommeu zu uns zum Frühstück, wir wollen bei ihnen zu Mittag speisen. Vorwärts!" Ein donnerndes Hurrah war die Antwort, froh und muthig ging es vorwärts unter dem fortdauernden Feuer der gegen Virnheim fliehenden Feinde bis an den Waldsaum hin. Hier hielten sie an. Der Adjutant Zurkowski, begleitet vom Major Schroot,

jagten schnell in den Wald. Diese beiden Offiziere kamen bis vor die feindlichen Vedetten auf einem kleinen Sandhügel, von wo aus sie das Terrain und die Stellung des Feindes rekognoszirten. Kaum auf halber Schußweite von den feindlichen Posten wurde, wir müssen den Mecklenburgern hierin Gerechtigkeit wiederfahren lassen, von ihnen nicht gefeuert. Zur Tirailleurkette zurückgekehrt, wurden unsere Schützen im Laufschritt in den Wald entsandt. Als die beiden Offiziere zum Truppenkorps zurückkamen, mußten sie leider ihren braven Kameraden, Oberst Tobian, von einer Kugel in die Lippe und am Halse verwundet, antreffen.

Um der Mannschaft, die ihren Führer bereits lieb gewonnen hat, dies unglückliche Ereigniß zu verbergen, bezwang er seinen Schmerz, stieg selbst vom Pferde, und endlich vom Blutverlust gänzlich erschlafft, verließ er das Schlachtfeld, aber so, daß die Truppen seine Entfernung nicht gewahr wurden. Oberst Zurkowsky und Schroot übernahmen das Kommando; nachdem sie mit dem Befehlshaber der Artillerie, Auerswald, sich besprochen, entschlossen sie sich, diese Position zu behaupten auf die Gefahr hin, sich die Nacht durch schlagen zu müssen. Sie hielten ihr Vorhaben und nach einem dreistündigen heftigen Kampfe blieben sie Herr der Position. Unsere Artillerie zeichnete sich ganz besonders an diesem Tage durch Kaltblütigkeit, Unerschrockenheit und Sicherheit aus. Unsere Volkswehr wetteiferte mit der Linie in Muth und Ausdauer; ganz besonders zeichnete sich eine Abtheilung des 4. Linienregiments aus, das Volkswehrbataillon Cohnheim zeigte ebensoviel unerschrockenen Muth, als Raschheit im Vordringen. Der Feind, der ungefähr 2500 Mann Hessen und Mecklenburger zählte, war uns an Zahl bedeutend überlegen und doch war unser Verlust ein sehr geringer. Der General Mieroslawsky, nachdem er die Preußen bei Ludwigshafen zurückgewiesen und mitten unter dem mörderischen Feuer derselben die Rheinbrücke abführen ließ, kehrte nach Käferthal zurück und hatte die Freude, unsern jungen Truppen

zu ihrem glänzenden Siege Glück zu wünschen. Er ließ ihnen Erfrischungen reichen, gönnte ihnen eine Rastzeit bis Mitternacht und entsandte sie dann unter dem Befehle des Obersten Oborsky, um sich durch einen Flankenmarsch mit den Heidelberger Truppenabtheilungen zu vereinigen. Er befahl, den Feind zwar nicht zu suchen, aber ihn anzugreifen, wo man ihn fände. Dieses Stelldichein war zwischen Ladenburg und Leutershausen, wo der Angriff ebenso energisch als sicher war.

Bericht des Bürgers Rosenblum an Bürger Struve.

Das Treffen begann um 6 Uhr in der Nähe von Hockenheim bei Waghäusel. Die Unsern waren blos ein Bataillon mit 4 Geschützen, und mußten Anfangs dem Feinde weichen; dann aber kam Verstärkung. Waghäusel wurde mit Sturm genommen — die Preußen eine halbe Stunde, bis zum Rhein, zurückgeschlagen. In diesem Augenblicke, 11 Uhr, sind die Preußen in fortwährend rückgängiger Bewegung, und so, daß ihnen der Rückweg abgeschnitten ist, indem die Germersheimer Brücke niedergeschossen und Waghäusel niedergebrannt ist. Der Verlust des Feindes ist sehr bedeutend. Von unserer Seite zählte ich bis jetzt 10 Verwundete, von denen nur 2 schwer, die andern leicht. 24 Geschütze spielen unserer Seits gegen den Feind.

Hockenheim, den 21. Juni 1849.

Rosenblum.

Zweiter Bericht des Bürgers Rosenblum an Bürger Struve.

Die Preußen, nachdem sie hinter Philippsburg zurückgedrängt waren, sollten dem Plane unsers Obergenerals zufolge in den Sümpfen hinter Philippsburg stecken bleiben. Dies gelang nun zwar insofern, als der Feind 5 Kanonen zurücklassen mußte, das Korps und die übrigen Geschütze

zogen sich einer in der Nähe von Philippsburg gelegenen Fähre zu, woselbst sie gleichfalls 5 Geschütze ins Wasser warfen.

Ein gefangener preußischer Lieutenant erzählte mir selbst, daß es wahrhaft wunderbar sei, wie badischer Seits sich so wenig Todte und Verwundete vorfanden.

Von einer 300 Mann zählenden Kompagnie seien bei seiner Gefangennahme nur noch 24 Mann übrig gewesen. Ebenso seien von der Bedienung einer halben Batterie von 4 Geschützen nur noch 3 Mann übrig geblieben.

Um 3 Uhr sollen die Preußen Philippsburg geräumt haben.

Schlachtfeld zwischen Neulußheim und dem Rheine,
am 21. Juni, 2½ Uhr Nachmittags.

Dritter Bericht vom Schlachtfeld.

Bürger Danzer an Bürger Struve. Prinz Friedrich von Baden, welcher mit den Preußen gegen das badische Volk bei Philippsburg kämpfte, wurde von einer Kanonenkugel getroffen, welche ihm den linken Arm am Schultergelenke abriß.*)

Schlachtfeld zwischen Waghäusel und Philippsburg,
am 21. Juni, Nachmittags 4½ Uhr.

Operationen der Neckararmee unter Obergeneral Mieroslawsky vom 22. — 26. Juni.

Nachdem der General Mieroslawsky durch den übereilten Rückzug der Reiterei, welcher seine Stellung entblößt hatte, gezwungen worden war, nach Heidelberg zurückzu-

*) Diese Nachricht beruhte auf einem Irrthum. Es war der Prinz Friedrich von Preußen, welcher bei Waghäusel am Arm verwundet wurde.



kehren, entstand die Frage, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Neckarlinie behauptet, oder aber die Vereinigung der Neckararmee mit der zwischen Bruchsal und Karlsruhe aufgestellten Heeresabtheilung bewirkt werden solle. Der General entschied sich aus gewichtigen Gründen für die letztere Alternative. Den 22. Mittags um 12 Uhr rückte General Mieroslawsky mit den unter seinen Befehlen stehenden Truppen der Linie und der Hanauer Turner über Neckargmünd gegen Sinsheim. In der Nähe dieser Stadt befand sich eine Abtheilung Baiern, für welche bereits Quartier bestellt worden war. Es entspann sich ein Geplänkel zwischen diesen und unsern Vorposten, in dessen Folge die fürstlichen Truppen es für gerathen fanden, sich zurückzuziehen. Während der Nacht verhielten sich die Baiern unter dem Schutze der Dunkelheit ruhig. Am andern Morgen versuchten sie jedoch, nachdem die unter Mieroslawsky stehende Heeresabtheilung abgezogen war, unsere Nachhut aufzuheben. Dieser Versuch blieb jedoch ohne Erfolg, und das Hauptheer rückte unangefochten über Eppingen nach Bretten, woselbst es am 23. Abends zwischen 5 und 6 Uhr einrückte. Während Mieroslawsky am 22. d. bis Eppingen rückte, verblieb Joh. Phil. Becker mit einigen tausend Mann Volkswehr, und insbesondere der Flüchtlingslegion, in Heidelberg zurück, woselbst die Brücke für den Fall eines feindlichen Angriffs unterminirt worden war. Kaum war General Mieroslawsky mit dem Hauptkorps von Heidelberg abgezogen, als eine Schaar Heidelberger Bürger die unter der Brücke angelegten Minen zerstörte. Der Ingenieur Wolf stellte jedoch auf Befehl des Obersten Becker die Minen schnell wieder her. Die Preußen rückten von zwei Seiten her Nachmittags 3 Uhr vor die Thore der Stadt, wurden jedoch durch die kräftigen Maßregeln des Obersten Becker von jedem Angriff auf die Stadt abgehalten. Die Truppen des Freiheitsheeres, welche in Mannheim und Ladenburg gelegen waren, rückten in Heidelberg ein, worauf Oberst J. Ph. Becker seine dem Feinde

entgegenstehenden Vorposten zurückzog, und mit 52 Munitionswägen dem General nachfolgte. Abends um 7 Uhr verließ er mit seiner Mannschaft Heidelberg. Am folgenden Morgen zogen um 4½ Uhr die Preußen ein. Joh. Phil. Becker bivouakirte mit seinen Truppen, etwa 3000 Mann stark, in Neckargemünd und rückte am folgenden Tage, den 23., bis Sinsheim vor, woselbst er Abends 5 Uhr einrückte. Am 24. setzte General Mieroslawsky seinen Marsch auf Durlach fort, woselbst er sich mit dem zwischen Karlsruhe und Bruchsal stehenden Freiheitsheere vereinigte, und wohin ihm J. Ph. Becker mit seinen Truppen folgte. Der Zweck der Vereinigung des gesammten Freiheitsheeres in der Nähe von Karlsruhe wurde durch die bezeichnete Operation erreicht. Ohne Zweifel werden die günstigen Folgen derselben bald zu Tage treten. Der gefährlichste Feind des Freiheitsheeres besteht übrigens nicht in den Preußen und den übrigen Fürstensöldnern, sondern in den Verräthern, welche theils in den Reihen des Freiheitsheeres, theils im Schooße der Bürgerschaft da und dort umherschleichen. Wie ein Theil der Bürgerschaft zu Heidelberg in demselben Augenblicke, da er vermeinte, das Freiheitsheer sei nicht mehr im Stande, die Stadt zu beherrschen, in offene Rebellion ausbrach, so entstand auch in Mannheim und zwar bereits am 22. l. M. eine Meuterei, an welcher Dragoner vom 2. Regimente und Mannschaft von der Mannheimer Bürgerwehr Antheil nahmen. Dieselben Dragoner, welche in feiger Flucht das Schlachtfeld bei Waghäusel verlassen hatten, verhafteten den ihnen vom General Mieroslawsky nachgesandten Major Kawiecky, anstatt seinen Weisungen zu folgen. Oberst Beckert, der Führer einer andern Abtheilung Dragoner, welche gleichfalls bei Waghäusel feig geflohen war, ließ am folgenden Tage, den 22. Juni, in Sinsheim, woselbst die Baiern erwartet wurden, ausschellen, die Einwohner sollten weiße Fahnen aus den Fenstern hängen. Fürwahr, es gehört nur wenig Scharfblick dazu, um zu erkennen, daß die

Heldenthaten, welche die Führer unserer Reiterei bei Waghäusel begingen, in engem Zusammenhange stehen mit denjenigen, welche in Mannheim, Heidelberg und Sinsheim am Tage nach der Schlacht begangen wurden. Die Fäden, welche diese und andere ähnliche Handlungen zu einem großen Ganzen vereinigen, befinden sich in den Händen der provisorischen Regierung, welche ohne allen Zweifel ihre Maßregeln so treffen wird, daß ähnliche Verrätheren nicht wieder vorkommen können. Aus diesen Thatsachen wird erhellen, daß die Kriegsoperationen vom 22. bis 24. Juni einen ganz eigenthümlichen Charakter haben. Noch ist die Zeit nicht gekommen, das Räthsel zu lösen, welches diese Kriegsoperationen enthalten.

Der von Mieroslawsky so meisterhaft geleitete Rückzug unserer Armee ist werth, etwas näher geschildert zu werden. Die Strapatzen, welche unsere Truppen schon den 21. Juni auszustehen hatten, waren außerordentlich. Zum größten Theile hatten sie den Tag vorher bei Waghäusel mit ungemeiner Ausdauer gegen die preußischen Truppen gekämpft. Als dort der Rückzug durch den Verrath der Dragoner nothwendig wurde, zogen sie in anstrengendem Marsche nach Heidelberg und von da, ohne einquartiert worden zu sein, nach Neckargemünd. So ermüdet unsere braven Krieger auch waren, so sehr sie von der großen Hitze auch auszustehen hatten, so verloren sie doch den guten Muth nicht; ja es gab sich, trotz der vorherrschenden Ereignisse eine Entschlossenheit unter ihnen kund, wie man sie wohl selten bei Truppen in ähnlicher Lage findet. Dies zeigte sich besonders bei Gelegenheit des Angriffs, welchen die Baiern, wie vorerwähnt, bei Sinsheim machten.

Der Rückzug ging mit nur wenigen Unterbrechungen und ohne weiter, als bei Sinsheim, durch den Feind beunruhigt zu werden, über die Orte Eppingen und Bretten bis Durlach fort.

Dort vereinigte sich die Neckararmee mit dem aus

der Pfalz nach Baden herangezogenen Corps des Generals Sznayde und setzte den Marsch nach Rastadt fort. In Karlsruhe wurde noch unter der Leitung des Kriegscommissärs Schlöffel die theilweise Entwaffnung derjenigen Bürger vom 2. und 3. Aufgebot vorgenommen, welche jetzt noch nicht dem Feinde entgegenziehen wollten oder konnten. Der vollständigen Entwaffnung widersetzte sich leider Herr Goegg. Schlöffel sorgte indessen dafür, daß alle zum Kriege erforderlichen Gegenstände, namentlich aber alle im Zeughause befindliche Munition und Waffen weggeschafft wurden.

Den 25. Nachmittags gegen 3 Uhr rückte die preußische Avantgarde in Karlsruhe ein und wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, wurde das zur Unterdrückung der deutschen Freiheit ausgeschickte „herrliche Kriegsheer" von der nobeln Bürgerschaft mit wahrem Enthusiasmus empfangen. Frauen und Jungfrauen zogen mit Fahnen den preußischen Söldnern entgegen; Abends wurde die Stadt beleuchtet und ein großartiger Ball gegeben. Characteristisch ist es auch, daß die bisher ganz in Unthätigkeit gewesene Gensdarmerie beim Anrücken der Preußen ihre Thätigkeit wieder damit begann, daß sie einen Arbeiter aus der Keßler'schen Fabrik, welcher sich frei über die Zeitereignisse aussprach, arretirte. Doch wenden wir uns von diesen Niederträchtigkeiten wieder zu unserm Freiheitsheere.

Dieses zog am 25. Nachmittags mit Mieroslawsky und Sigel an seiner Spitze in Rastadt ein. Dort ist jetzt eine sehr bedeutende Truppenmacht; 20 Bataillone sind neu gebildet worden, welche von tüchtigen Offizieren, für die der unermüdliche Mieroslawsky Sorge tragen wird, befehligt werden sollen. Vorderhand sollen keine neuen Operationen vorgenommen werden, da es nöthig ist, daß unsere Truppen wenigstens einen Rasttag haben. In Rastatt wird die zur Vertheidigung dieser Festung nöthige Mannschaft zurückbleiben, während die übrigen Truppen

die Murglinie behaupten werden. Unsere dortige Stellung ist im höchsten Grade eine günstige und kann, nach Aeußerungen tüchtiger Offiziere, auch gegen eine Macht von 100,000 Mann Monate lang vertheidigt werden. Unser Heer, welches jetzt die Murglinie besetzt hat, wächst von Stunde zu Stunde durch die Zuzüge des ersten Aufgebots aus dem Oberlande.

Operationen der Pfälzischen Armee unter General Sznayde vom 20. — 26. Juni.

Am 20. Juni erhielt General Sznayde im Hauptquartier zu Karlsruhe die Meldung, daß die Preußen den Rhein überschritten, die badischen Truppen bei Philippsburg zurückgeworfen hätten und im Anmarsch gegen Karlsruhe seien. Um die Hauptstadt zu schützen, zugleich um gemeinsam mit der Mieroslawsky'schen Armee zu agiren, falls der Feind sich nordwärts wenden sollte, wurde die Division Sznayde in drei Kolonnen vorgeschoben, rechter Flügel Weingarten, linker Flügel Eggenstein, Zentrum Blankenloch. Die Brücke von Knielingen blieb durch die Infanterie und Artillerie besetzt. Von den Flügeln aus sollten Rekognoscirungen in der Richtung von Bruchsal und von Graben gemacht werden. Die Truppen des Zentrums, welche zugleich das Gros der Division bildeten, kamen um Mitternacht vor Blankenloch an. Die Avantgarde, an ihrer Spitze das Willich'sche Freikorps, unternahmen sogleich eine Rekognoscirung wider den Feind in der Richtung über Spöck nach Karlsdorf. Zwischen beiden Dörfern stießen sie auf den Feind und zogen sich nach einem bedeutenden Gefechte in eine Stellung bei Friedrichsthal zurück.

Inzwischen wollte der General die Meldungen von den beiden Flügeln abwarten, ehe er Weiteres unternähme. Die Patrouillen, welche zu dem Ende abgesandt wurden,

brachten leider die unerwartete Nachricht, daß in Folge eines noch unaufgeklärten Mißverständnisses beide Flügel, statt von Weingarten und Eggenstein aus vorzugehen, zurückgegangen waren. Beide erhielten sogleich Befehl, kehrt zu machen und wieder vorzurücken. Indessen ging dadurch eine kostbare Zeit verloren. Erst gegen Abend, den 21., konnte das Gros vorrücken, um bei Friedrichsthal ein Bivouak zu beziehen, weil sich annehmen ließ, daß inzwischen die Flügelkolonnen in die Linie von Linkenheim und Untergrombach vorgerückt sein würden. Zur Verstärkung des rechten Flügels war noch im Laufe des Vormittags das Willich'sche Freikorps mit einigen Geschützen auf Weingarten dirigirt worden.

Im Laufe des Tags hörte man von Zeit zu Zeit entfernten Kanonendonner, der indeß nur vereinzelt und mehr seitwärts als vorwärts erklang. Erst am folgenden Tage erhielt man Aufklärung über dieses Feuern.

Vom Oberbefehlshaber, General Mieroslawsky, waren seit dem Rheinübergang der Preußen keine Befehle eingegangen. Wahrscheinlich sind die Depeschen aufgefangen worden. Jedenfalls war zu vermuthen, daß der Feind sich zuerst gegen Mieroslawsky gewandt haben würde, da im Laufe des 21. ein Angriff auf die Division Sznayde nicht erfolgt war. Der General beschloß daher am 22. mit dem Gros und dem rechten Flügel in der Richtung auf Wiesloch vorzugehen, die Straße von Mannheim nach Karlsruhe aber durch den inzwischen mit einigen badischen Bataillons verstärkten linken Flügel zu decken. Vormittags 10 Uhr am 22. war das Gros, einige Stunden vorher schon der linke Flügel unter Willich in Bruchsal eingetroffen.

Einige Stunden nach dem Einrücken erhielt der General die Aufklärung über den gestern gehörten Kanonendonner, durch einige, der preußischen Gefangenschaft wieder entflohene Offiziere sichere Kunde über das Gefecht von Waghäusel und dessen Ausgang. Hierdurch

mußte sein Plan nothwendig ein anderer werden, als er bis dahin gewesen; er mußte statt der Offensive die Defensive erwählen. Statt nach Mingolsheim zu marschiren, wie Anfangs die Absicht gewesen, beschloß er daher mit dem Gros seiner Division in Bruchsal zu bleiben, die Avantgarde nach Ubstadt, Flankendeckungen nach Forst und Unterwiesheim vorzuschieben. Alle Detaschements erhielten Befehl, sobald sie feuern hörten, in der Richtung des Feuers zu marschiren.

Am Morgen des 23. sollte eine große Recognoscirung vorgenommen werden. Der General wollte die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, ohne sich in ein allgemeines Gefecht gegen die Hauptmacht des Feindes einzulassen, weil er auf diese Weise hoffen durfte, den Rückzug und die Sammlung der Mieroslawsky'schen Armee zu decken. Die Avantgarde erhielt daher den Befehl, auf Stettfeld vorzugehen und die feindlichen Vrrposten anzugreifen, das Gros sollte auf derselben Straße folgen, das Bataillon badischer Linie (vom 3. Regiment) über Weiher den Angriff unterstützen, Willich von Unteröwisheim auf Odenheim und Waldangeloch marschiren, um unsere rechte Flanke gegen die in Sinsheim stehenden hessischen und baierischen Truppen zu decken.

Bei Stettfeld entspann sich das Gefecht. Da die feindlichen Vortruppen überlegen waren, so mußten die Unsern sich fechtend langsam zurückziehen. Bei Ubstadt wurden sie von dem Gros der Division aufgenommen. Das Terrain jenseits des Dorfes, waldig und bergansteigend, war dem Feinde günstiger als uns. Trotz der Tapferkeit einzelner Bataillone, so namentlich des Bataillons Nr. 1 der Pfälzer Volkswehr (Kirchheimbolanden), welche mit gefälltem Gewehr den Feind an 500 Schritt zurückwarf und trotz der Entschlossenheit, mit welcher 2 andere Bataillone aus der Reserve (Neustadt und Edenkoben) rechts vom Dorfe vorgingen, mußte dasselbe doch nach einem Kampfe von etwa einer Stunde aufgegeben werden, als die günstigen Posi-

tionen den Preußen erlaubten, von ihren Geschützen wirksame Anwendung zu machen.

Der Rückzug wurde etwa 500 Schritt auf die Höhe nach Bruchsal zu gemacht. Unsere Artillerie, welche auf derselben aufgefahren war, brachte zunächst die feindliche zum Schweigen und beschoß sodann mit großer Wirksamkeit die Colonne, welche uns in unserer linken Flanke von Seite der Ebene und der Eisenbahn zu umgehen beabsichtigte.

Ein Reiterangriff auf unsere Stellung mißglückte vollständig. Die kühnen Ulanen, welche denselben unternommen hatten, deckten den Kampfplatz mit ihren Leichen. Eine Anzahl Pferde und Waffen waren willkommene Beute.

Der Kampf hatte etwa fünf Stunden gedauert. Derselbe hätte zu einem glänzenden Resultate führen können, hätten die Seiten-Detaschements im gehörigen Augenblick in denselben eingegriffen. Das Detaschement des rechten Flügels entschuldigte sein Nichterscheinen damit, es habe vom Feuern nichts gehört, dasjenige des linken (Ubstadt und Biedenfeld) damit, daß es ohne Artillerie doch nichts hätte ausrichten können. Die Preußen wagten sich aus Ubstadt gegen unsere Stellung nicht hervor. Für die Nacht wurden die Truppen aus derselben gegen die Stadt hin zurückgezogen. Nur unsere Patrouillen und Vorposten durchstreiften und beobachteten das Schlachtfeld.

Am Abend dieses Tages kam der erste Befehl von General Mieroslawsky seit dem Gefecht bei Waghäusel an General Sznayde — derselbe solle Bruchsal unter allen Umständen festhalten. Nach einem äußerst mühevollen Rückzug war der Rest der Mieroslawsky'schen Armee an diesem Tage nach Bretten gekommen. In der Nacht oder am Morgen des folgenden Tages kam ein zweiter Befehl: sobald die Mieroslawsky'sche Armee Durlach erreicht habe, solle Alles vereinigt werden, um dem Feinde die Spitze zu bieten.

General Sznayde nahm daher am andern Morgen

nur eine Aufstellung vor Bruchsal vor, um das Detaschement von Graben an sich zu ziehen. Mit der ganzen Macht wollte er dann eine Stellung bei Untergrombach oder Graben nehmen, in der Voraussetzung, daß von hier aus, in der sichern Verbindung mit der Mieroslawsky'schen Armee zu Durlach, eine Schlacht über den Besitz von Karlsruhe entscheiden müsse.

Während wir vor Bruchsal standen, hörten wir Gewehr- und Kanonenfeuer in unserer linken Flanke. Der General hatte schon beschlossen, ein paar Bataillons zur Unterstützung der Unserigen abzusenden, als das Feuer von Seiten der Preußen schwächer wurde und anhaltend zurückging, das kurze Gefecht also zum Vortheil der Unsern entschieden schien. Er verzichtete daher auf jenes Unternehmen und beschloß nach einigen Stunden den Rückzug von Bruchsal, indem er dem Detaschement von Graben, 4000 Mann stark, Befehl ertheilte, sogleich auf Untergrombach zu marschiren.

Jener Rückzug erfolgte in der größten Ordnung und blieb durchaus unberuhigt vom Feinde. Der Abmarsch der Arrieregarde, 1 Bataillon 3. Regiments, 1 Bataillon Volkswehr (badisch), 2 reitende Geschütze und 1 Escadron wurde verzögert durch bestimmtes Verlangen des Ministers Goegg. Derselbe forderte zwei Stunden Zeit, um gewisse Requisitionen zu machen. Da dieselben doch nicht ausgeführt wurden, so entschloß sich der General nach Ablauf von ungefähr einer Stunde, während welcher er mit den Offizieren des Generalstabs und mit dem Minister Goegg sich in dem Zimmer des Gasthauses von Bruchsal befand, den Abmarsch.

Eben stieg der Generalstab zu Pferde, um sich an der Spitze der Arrieregarde in Marsch zu setzen, als einige Dragoner und eine Kompagnie badischer Volkswehr, unter ihnen auch Liniensoldaten, in die Straßen stürzten mit dem Rufe: die Preußen sind da. Auf dem Markte ist eine zweite Kompagnie postirt, welche von der allgemeinen Flucht

fortgerissen wird. Die Stabsoffiziere reiten mit der Pistole in der Hand den Fliehenden in den Weg, sie zum Stehen zu nöthigen. Die reitende Batterie sprengt im Galopp herein, durch ihre rasende Flucht die allgemeine Verwirrung vermehrend. Es gelingt den Offizieren des Stabs das Linienbataillon und ein Volkswehrbataillon zusammenzuhalten, welche mit den Preußen ein Tirailleurgefecht beginnen. Die Preußen hatten sich an die Stadt zum Bahnhofe herangeschlichen; man glaubte umgangen und verrathen zu sein, daher die furchtbare Verwirrung. Während die beiden zurückgebliebenen Bataillone das Gewehrfeuer, welches übrigens von keiner Bedeutung war, sich zurückziehend unterhielten, stand das Gros in Untergrombach. Die reitende Batterie hatte sich bis an die Spitze des Gros durch die Bataillone durchgedrängt. Oberstlieutenant Anneke verhaftete den Führer derselben und ließ ihn bis auf Weiteres in Gewahrsam bringen. Die reitende Batterie wurde nochmals zur Arrieregarde beordert, übertrat aber später diesen Befehl wiederum, weil die Kanoniere nicht zunächst an den Preußen marschiren wollten. Der Generalstab war unterdessen mit dem Gros nach Weingarten gerückt, wo die Truppen eine Position nahmen und gelagert werden sollten. Kaum wurde diese Anordnung unter den Truppen kund, als plötzlich badische Volkswehr und Linie sich um den General Sznayde drängten. Fünfzig Gewehre richteten sich auf seine Brust. „Er muß herunter, der Volksverräther!" hieß es. Man riß den alten Mann vom Pferde, 4 Schüsse knallten, ein Sappeur schlug ihm mit der Axt auf den Kopf. Das Blut floß ihm über's Gesicht. Man riß ihm unter den abscheulichsten Schmähungen seinen Säbel, seine Schärpe, seine Orden ab, stieß ihn mit Kolben, trat ihn mit Füßen. Alle Preußen sind Verräther, hieß es. Auch den General hielt man für einen Preußen. Nur mit Mühe wurde der General aus den Händen der Wüthenden gerettet; es waren dieselben, die in Bruchsal so schmählich geflohen waren. Von den pfälzischen Truppen nahm

kein Mann an der Meuterei Theil. Der General Sznayde fuhr nach Durlach, wo Mieroslawsky angekommen war, mit ihm die Offiziere des Generalstabes. Mieroslawsky gab ihnen einen Vorweis, mit welchem ihnen die Reise zur provisorischen Regierung ermöglicht wurde, wo sie sämmtlich um ihren Abschied einzukommen gedachten.

Lohn und Strafe.

In den Tagen der Gefahr fällt die Larve von dem Antlitze der Feigen, während die Tapfern sich durch ihre Thaten bewähren. In monarchischen Staaten entscheidet die Stimme der Fürsten über den Werth oder Unwerth der Unterthanen; in freien Staaten ist es die Stimme des Volkes, welche richtet über die Thaten der Bürger. Nichts ist daher wichtiger, als die öffentliche Meinung aufzuklären über die Männer, welche berufen sind, das Vaterland zu vertheidigen, sei es gegen den äußern Feind, oder gegen Verräther, welche das Vaterland an seinem Busen nährt. In der kurzen Zeit, während welcher der Freiheitskampf in unserm Lande entbrannt ist, sind schon manche Larven gefallen, allein es haben sich auch auf der andern Seite wiederum nicht wenige Bürger als muthige und ausdauernde Freiheitskämpfer bewährt. Eine der wichtigsten Aufgaben dieser Blätter besteht daher darin, die Feigen wie die Muthigen, die Verräther wie die treuen Söhne des Vaterlandes dem Volke bekannt zu machen.

Aus dem Hauptquartier zu Rastadt, den 28. Juni.

Die Besetzung der Murglinie, welche nun die Barrikade unserer Freiheit gegen die Anmaßungen hochverrätherischer Fürsten werden soll, ist jetzt ziemlich ausgeführt. Ein Blick auf die Landkarte genügt, das Günstige unserer Stellung zu zeigen. Unser Land hat hier nur eine Breite von 4½ Stunden. Die westliche Seite ist durch den Rhein

und Frankreich, die östliche durch das bis jetzt noch neutrale Würtemberg gedeckt. Die Verhältnisse dieses Landes sind der Art, daß wir von ihm nicht nur nichts zu fürchten, sondern sogar zu hoffen haben. Es bedarf nur des zündenden Funkens, um dort die Flamme der Revolution emporsteigen zu sehen. In der Mitte der Murglinie liegt die Festung Rastatt, welche so weit vollendet ist, daß sie jeder Belagerung Trotz bieten kann. Unser Freiheitsheer ist vom besten Geiste beseelt und brennt vor Begierde, den fürstlichen Söldnern von Neuem entgegen zu gehen. Täglich treten noch mehr Kämpfer in seine Reihen ein, so daß wir ohne Bedenken der Zukunft entgegensehen können. Berücksichtigen wir überdieß die vortreffliche Führung unserer Truppen durch Mieroslawsky, so können wir an dem Sieg unserer heiligen Sache nicht zweifeln.

Auch für die gehörige Anzahl tüchtiger Unterführer, welche, offen zu sprechen, bis jetzt unserm Heere noch fehlten, hat der Obergeneral Sorge getragen. Ebenso wurde dem Mangel an Nahrungsmitteln, welcher bisher in der Festung noch geherrscht hat, Dank der energischen und umsichtigen Maßregeln der dortigen Behörde, vollständig abgeholfen. Ueberhaupt muß die ungemeine Thätigkeit, der Wetteifer, welcher überall herrscht, unsere Sache zu unterstützen und zu kräftigen, sehr gerühmt werden.

Nachstehender Tagesbefehl zeugt von der Zuversicht, mit welcher der Obergeneral zu unsern, schon so oft von ihm erprobten braven Truppen erfüllt, und dürfte manchen Zagenden und Schwankenden mit neuem Muthe beleben.

Hauptquartier Rastatt, 27. Juni. Tagesbefehl. Waffenbrüder! Von den Armeen aller Tyrannen und Verräther Deutschlands umzingelt, habt Ihr sie geschlagen, wo sie Euch begegneten; bei Ludwigshafen, Käferthal, Großsachsen, Ladenburg.

Hessen, Mecklenburger, Baiern, Preußen, alle sind vor Euch geflohen, denn der Gott der Freiheit war Eure Vorhut. Durch die Siege bei Waghäusel und Philipps-

burg habt Ihr Eure ersten Erfolge gekrönt, als die feige Flucht eines Theiles der Reiterei Euch hemmend entgegentrat und die Armeen den größten Gefahren Preis gab. — Aber Euere Tapferkeit, die Ihr bei Sinsheim bewiesen; die Mühseligkeiten und Beschwerden eines schnellen und kühnen Flankenmarsches führten Euch mitten durch zwei feindliche Lager hinter das unüberwindliche Bollwerk der Murg und der Festung Rastatt. Dort, Waffenbrüder, können wir mit unserer zahlreichen Macht, fest aneinander geschlossen, von einer furchtbaren Artillerie gedeckt, links an Frankreich, rechts an Würtemberg gelehnt, hinter uns unsere eigenen Brüder, den Feind erwarten.

Er wird an unsern Kugeln und Bajonetten zerschellen.

Brüder! die Grenze unseres Lagers bezeichnet die Scheidelinie zwischen den Verräthern und den Vertheidigern Deutschlands.

Hier oder dort! Freiheit oder Knechtschaft! So sei Euer Wahlspruch! Er sei der Ruf, der aus den Herzen von 20,000 entschlossenen Männern dem Feind entgegenschallt.

Der Generaladjutant Sigel. — Der Obergeneral L. Mieroslawsky.

Leider hat das Volk hier gestern die Justiz, welche bisher zu gelinde gegen die Verräther des Vaterlandes ausgeführt wurde, selbst in die Hand genommen und zwei Menschen getödtet, die es für Spione hielt. Sind dieselben unschuldig, so fällt die That der Regierung zur Last, da diese das Standrecht nur zu veröffentlichen, nicht aber auszuführen den Muth hatte. Das sich überall für verrathen haltende Volk griff zu diesem verzweifelten Mittel, um sich zu schützen. Wir halten dafür, daß es viel humaner ist, einige Schuldige zu opfern, als durch Schonung dieser Einzelnen das ganze Land unglücklich zu machen.

Wären die reaktionären Beamten zur rechten Zeit entfernt und die ehemaligen, Soldaten schindenden Offiziere in Gewahrsam gehalten worden, so könnte die badische Revolution schon jetzt auf einem ganz andern Standpunkte

stehen. Unverzeihlich ist die Milde, welche man den frü-
hern badischen Offizieren angedeihen ließ. Denn diese
kämpfen jetzt größtentheils in den Reihen des Feindes und
sind uns wegen ihrer Kenntniß unserer Verhältnisse und
des Terrains besonders gefährlich.

Der Rastatter Bürgerschaft müssen wir besonders lobend
erwähnen, da sie täglich die größten Opfer bringt. So
werden z. B. die einquartirten Soldaten mit der zuvor-
kommendsten Gastfreundlichkeit behandelt. Mögen sich alle
Bürger Badens das zum Muster nehmen! Denn Diejeni-
gen, welche ihr Blut für das Wohl Aller verspritzen, ver-
dienen mit größter Auszeichnung behandelt zu werden.

Der Verrath in Baden.

Es ist eine bekannte Sache, daß eine Revolution sich
nicht mit „Lavendelwasser, sondern mit Kanonen macht.“
Unsere deutsche Demokratie scheint jedoch diesen Satz bei
allen Revolutionen vornehm ignoriren zu wollen. Der bis-
herige Gang der badischen Revolution zeigt dies auf's
Neue. Ihr bemächtigten sich einige ehrsüchtige Männer,
um sie im eigenen Interesse auszubeuten.

Diese Leute scheinen dazu ausersehen zu sein, dem
deutschen Volke ein für allemal zu zeigen, wie es eine Re-
volution nicht zu machen habe. Brentano hat dies
auf eine meisterhafte Weise gethan.

In unserem Lande war bei dem Umschwunge der herr-
schenden politischen Richtung in dem letzten Jahre der Radi-
calismus das Mittel sich in die Höhe zu bringen. Man
weiß, wie geschickt die Mathy's und Welcker's dieses Mittel
zu benutzen verstanden, und von Brentano, dem gewandten
und gescheidten Advokaten, dem Gründer der Volksvereine,
sagt man, daß er jene Vereine als Stufe zur Ministerbank
betrachtet habe, und daß ihm deßhalb die Flucht des Groß-
herzogs und dessen beharrliche Weigerung zurückzukommen,
sehr ungelegen gewesen sei. Mit diesem Urtheile der ge-

diegeneren öffentlichen Meinung stimmt denn aufs Schlagendste der sonstige Charakter seines politischen Rufs. Sie wußte nicht, was sie that, unsere arglose, badische Presse, als sie nach Entweichung des Ministeriums Bekk und des Großherzogs triumphirend ausrief, daß nun „Alles nach dem früher so verketzerten Brentano rufe." Ein schlimmes Zeichen für einen politischen Charakter, wenn er in kritischen Momenten allen Parteien genehm ist. So war es auch mit Mathy und Welcker. So gut bei diesen die Bourgeoisie wußte, nach wem sie rief, so gut wußte sie es auch bei Brentano. Ueberhaupt hat sich die Bourgeoisie bisher viel fähiger und klüger gezeigt, als die Vertreter des souveränen Volkes, d. i. der Demokratie.

Der vorherrschende Charakter der Brentano'schen Regierung war von dem ersten Tage an eine Scheu vor wahrhaft revolutionären Maßregeln und eine Schonung der reaktionären zum Theile offen im Dienste der Contrerevolution wirkenden Bourgeoisie, die einen talentvollen Kopf, der doch Brentano anerkanntermaßen ist, mindestens in einem sehr zweideutigen Lichte erscheinen lassen mußte. Er hatte ja das warnende Beispiel der Wiener Revolution vor sich, und es gehörte nach allen blutigen Lehren, welche die Geschichte des letzten Jahres dem deutschen Volke gegeben, wahrhaftig kein besonderer Verstand dazu, um einzusehen, daß halbe Maßregeln und ein schonendes Verhalten gegen die Reaktion die Mittel sind, eine Revolution ganz und gar zu Grunde zu richten.

Diese Schonung der Reaktion wurde denn von Anfang an auf eine wahrhaft fabelhafte Weise betrieben. Während viele der neuernannten Beamten zu glauben schienen, daß das Schicksal ihnen eine badische Revolution auf dem Präsentirteller gebracht habe, lachten sich die reaktionären Beamten, die man aus Mangel an „inländischen" (!) und aus Scheu vor „ausländischen" Capacitäten in ihren Aemtern belassen hatte, in's Fäustchen und arbeiteten ungescheut im Interesse des entflohenen Großherzogs.

An sie reihte sich die ganze heulende Bourgeoisie und die bezahlten Kreaturen der Reaktion.

Mit der Bourgeoisie, auch wenn sie sich noch so radical anstellt, ist keine Revolution zu machen. Dies bewies vor 14 Tagen das sonst als so sehr als radical verschrieene Mannheim, als der Feind vor den Thoren war. Der dritte Mann war ein Heuler, der laut ausrief, die Stadt müsse um jeden Preis geschont werden. Das sind jene „Entschlossenen," von denen jetzt das Mannheimer Journal rühmt, daß sie beim Einzug der „langersehnten Preußen" Trützschler verhaftet hätten.

Vorzugsweise verderblich haben die Umtriebe der Reaktion im Heere gewirkt.

Als in dem Treffen bei Waghäusel unsere Armee die Preußen zurückdrängte und mehrere preußische Kanonen bereits demontirt, andere im Sumpfe stecken geblieben waren, machte die verrätherische Flucht der Dragoner aus dem Siege des Volksheeres eine Flucht. Ja, diese Verräther übergaben sogar in Mannheim, wohin sie sich gewandt hatten, feiger Weise 16 Kanonen dem Feinde und gingen selbst zu diesem über. Anstatt diese Vorgänge sofort zu untersuchen und nachdrücklichst zu bestrafen, gefiel sich Diktator Brentano in brutalen Polizeimaßregeln gegen anerkannt freisinnige Männer. So wurde der Parlamentsabgeordnete Martiny aus Karlsruhe verwiesen. Im freien Baden copirte man eine königl. preuß. Polizeierfindung!

Oberst Thome versuchte sogar in Meckesheim den braven Oberst Sigel, der seiner militärischen Tüchtigkeit und anerkannten Gesinnung wegen, der Reaktion im Heere von Anfang an ein Dorn im Auge war, zu verhaften. Daß ihm dies nicht gelang, war allein der Entschlossenheit und Geistesgegenwart Sigel's zuzuschreiben. Derselbe Thome hetzte die Soldaten auf, Mieroslawsky zu ermorden, und dieser nämliche Verräther ist jetzt wieder nach kurzer Haft, auf freien Füßen.

Oberst Beckert, der Führer einer Abtheilung jener

bei Waghäusel feige davon geflohenen Dragoner, ließ am folgenden Tage in Sinsheim, wo die Baiern erwartet wurden, ausschellen, die Einwohner sollten weiße Fahnen zum Zeichen ihrer Unterwerfung aus den Fenstern hängen. Auch dieser Verräther hat bis jetzt noch nicht seinen Lohn erhalten.

Kein Wunder, wenn nach solchen Erfahrungen der gutgesinnte Theil des Heeres, der sich von der Reaktion verrathen glaubt, zur Lynchjustiz greift, die Bestrafung auf eigene Faust übernimmt. Sehr traurig ist hierbei nur, daß auch Unschuldige schon haben leiden müssen.

Die Sprengung des Clubs des entschiedenen Fortschritts erregte dem Diktator Brentano besondere Sympathieen unter der Bourgeoisie. Der alte „radicale" Brentano bediente sich der Karlsruher Heulergarde, um die Männer der Freiheit zu versprengen. Was diese Bajonnette nicht fortjagten, das wußte der „Radicale" auf andere Weise zu beseitigen. Der entschiedene Bürger Blind wurde nach Paris, der wackere Bürger Fickler nach Würtemberg geschickt; beide sind jetzt verhaftet.

Bei einer solchen Schwäche (um nichts Anderes zu sagen) mußte sich die Reaktion überall mit der ihr eigenthümlichen Unverschämtheit erheben. In Kandern kam sie zum offenen Ausbruche, vierzehn Dorfschaften schlossen sich diesem Orte an, Barrikaden wurden gebaut, so daß es nöthig wurde, die Bewegung durch abgesandte Abtheilungen des Volksheeres zu unterdrücken.

Der Amortisationskassendirektor Scholl verausgabte hinter dem Rücken des Ministers 500,000 fl., die wahrscheinlich nach Frankfurt an des Großherzogs königliche Hoheit gesandt worden sind.

Man vergleiche mit diesen Thatsachen noch das unwürdige, niederträchtige Benehmen Karlsruhe's, gelegentlich des Einzugs der Preußen (das wir in unserer letzten Nummer näher darstellten), und man wird überall den Verrath erkennen.

Brentano ist nun abgetreten. Möge der an seine Stelle zu wählende Diktator mehr Kraft beweisen, und das proklamirte Standrecht nicht zum Gespötte der Reaktion werden lassen. Er ist dies der braven Armee schuldig.

Soeben erfahren wir, daß Brentano in dunkler Nacht mit den Mitgliedern der Landesversammlung, Ziegler von Karlsruhe und Thiebaut von Ettlingen, entflohen ist. Eine Proklamation der constituirenden Landesversammlung nennt diese Flucht einen feigen Verrath am Vaterlande, und verkündigt, daß Bürger Kiefer an des Geflohenen Stelle gewählt sei.

In der letzten Sitzung der constituirenden Versammlung wurde von Bürger Struve der Antrag gestellt, die Versammlung zu vertagen, vorher aber zu beschließen:

> „daß der Krieg gegen die Feinde der deutschen Einheit und Freiheit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln fortgesetzt und jeder Versuch einer Unterhandlung mit dem Feinde als Verrath am Vaterlande betrachtet und bestraft werde."

Gegen diesen Antrag erhob sich sofort Brentano. Er fragte Bürger Struve in sehr gereiztem Tone um die Gründe, welche ihn zu diesem Antrage bestimmt hätten, könnte er solche nicht angeben, so müsse er den Antrag für einen muthwilligen Versuch halten, ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung zu erpressen.

Struve erwiderte ernst und gemessen und erndtete dafür den Beifall der Zuhörer. Die Versammlung stimmte seinem Antrage bei, worauf Brentano seine Demission zuerst als Mitglied der Regierung, dann als solches der constituirenden Landesversammlung auf den Tisch des Hauses niederlegte.

Eine Untersuchungscommission wurde niedergesetzt, welche gegen Brentano und dessen Begleiter einzuschreiten hat.

Möchte der Verräther noch zeitig genug für die Sache der Freiheit geflohen sein. Noch ist nichts verloren!

Jetzt erst, nachdem Diktator Brentano entflohen ist, scheint sein Verrath klar an das Tageslicht zu kommen. Man beschuldigt ihn schon öffentlich, mit Odilon-Barrot in Verbindung gestanden zu haben, wodurch die Verhaftung unseres wackern Mitbürgers Blind in Paris eine nähere Erläuterung erhalten dürfte. Auch sagt man, er sei auf französischen Boden geflüchtet.*) Läßt sich die Verhaftung Blind's erklären, so ist über die unsers vielfach geprüften Fickler in Würtemberg auch kein Dunkel mehr. Fickler mußte wegen seiner revolutionären Energie und Beliebtheit beim Volke dem verrätherischen Brentano ein Dorn im Auge sein.

Wir glauben nicht zu weit zu gehen, wenn wir auch die vor mehreren Wochen schon stattgehabte Oberlaudenbacher Affaire, durch welche die Revolutionirung des Großherzogthums Hessen verhindert wurde, in die Reihen der Verräthereien stellen, deren mittelbare oder unmittelbare Ursache Brentano war.

Dort ward eine bewaffnete Volksversammlung gehalten. Von badischer Seite wurde in einer früheren Versammlung, in welcher zum Zuzuge zu dieser aufgefordert wurde, durch einen hessischen Agitator, der sich in Begleitung eines badischen Offiziers befand, Hülfe zugesagt. Die Hülfe blieb aus; das Volk wurde zusammengeschossen; der Odenwälder wurde mißtrauisch und dieser Theil von Hessen, welcher durch seine Erhebung die andern Bezirke mitgerissen hätte, ging für die Revolution verloren.

Einige behaupten, daß dieses sogenannte „Mißverständniß" auf einer Weigerung des später fortgelaufenen

*) Diese Nachricht hat sich nicht bestätigt.

Ministers Eichfeld beruht habe. Andere, daß ein Mannheimer Offizier, Namens Pfeiffer, verrätherischer Weise Contreordre gegeben habe. Wir suchen die Ursache dieses „Mißverständnisses" tiefer. Sobald man nicht den Muth hatte, die Revolution über die Gränze Badens hinauszutragen, sobald mußte unser Land einen außerordentlich schwierigen Stand haben.

Freiburg, 30. Juni.

Damit man uns nicht den Vorwurf der Parteilichkeit bei unsern Berichten machen kann, erwähnen wir des Gerüchtes, welches heute hier circulirte, nämlich, daß eine aus Preußen, Würtembergern, Hessen und Baiern zusammengesetzte Armee aus dem Würtembergischen in unser Land eingebrochen sei und den rechten Flügel unserer Armee zurückgedrängt habe. Das feindliche Heer sei über Gernsbach und Baden bis Oos vorgerückt. Wir bitten alle gesinnungstüchtige Männer, dies für nichts Weiteres als für ein Gerücht zu halten und versprechen, sobald wir irgendwie bestimmte Nachrichten erhalten haben werden, solche sofort mitzutheilen.

Bericht des Kriegsministeriums an die provisorische Regierung über die letzten Kämpfe.

Gestern früh 8 Uhr entbrannte der Kampf zwischen unsern Truppen und dem Feinde vom Rhein bis Steinmauern in der ganzen Linie bis in das Murgthal gegen Forbach. Der Kampf dauerte heiß und blutig bis Abends neun Uhr. Die Preußen wurden allerwärts geworfen mit Ausnahme der Position bei Gernsbach, wo unser rechter Flügel in seine frühere feste Stellung bei Rothenfels und Kuppenheim zurückgedrängt wurde. Das letztere ist einestheils dem Umstande zuzuschreiben, daß die Preußen in der Richtung von Loffenau in das Murgthal eindrangen, —

also von Würtemberg her, — und anderntheils, daß gerade oberhalb Gernsbach nur Volkswehr und zwar pfälzische aufgestellt war. Diese hatten die letzten zwei Tage fortwährend mit den würtembergischen Truppen freundschaftlich verkehrt und von ihnen die bestimmte Versicherung erhalten, daß sie sich dem Durchmarsche der Preußen widersetzen würden. Das Anrücken des Feindes von dieser Seite her überraschte deshalb die Unserigen und verbreitete unter ihnen die Meinung, daß die Würtemberger gleichfalls feindlich einrückten; daher das Zurückweichen bis Gernsbach. Hier leisteten unsere Truppen drei Stunden lang den hartnäckigsten Widerstand, bis der Feind die Stadt durch glühende Kugeln in Brand steckte. Dies veranlaßte einen neuen Rückzug der Unserigen. Die Flüchtigen geriethen zum Theil auf unsere Linie bei Rothenfels und brachten auch diese zum Wanken, nachdem dieselbe acht Stunden lang nicht nur jeden Angriff der Preußen abgeschlagen, sondern sogar siegreich vorwärts gedrungen war. Zunächst hatte dieß jedoch nur die Folge, daß die Unsrigen die feste, verschanzte Stellung bei Kuppenheim bezogen. Nun verbreitete sich das Gerücht, wir seien an den übrigen Punkten aus unserer Stellung zurückgedrängt und es sei der Befehl angelangt, sich nach Oos zurückzuziehen. Der Ursprung der falschen, aber offenbar absichtlich unter die Truppen geworfenen Gerüchte konnte bis jetzt nicht genau ermittelt werden; es sind jedoch alle erforderlichen Nachforschungen angestellt. Während der Nacht verließen nun die Truppen die Stellung von Kuppenheim und Umgebung, rückten wie von einem panischen Schrecken ergriffen, nach Oos und Sinsheim, von wo sie nach Tagesanbruch unaufhaltsam gegen Offenburg und Freiburg davonliefen. Das Heer wurde dadurch um ungefähr 8000 Mann verringert.

Auf die erste Nachricht begab sich der Unterzeichnete mit Oberst Sigel und Oberlieutenant Techow nach Oos, um von hier über Baden wieder in das Murgthal vor-

zubringen. Es gelang auch unsern vereinten Bemühungen einen Theil der pfälzischen Volkswehr unter Oberst Blenker und einige unserer Linientruppen, in Verbindung mit den Trümmern der deutsch-polnischen Legion, unter dem Kommando des Obersten Sigel zu dem Marsche gegen Baden zu bewegen.

Der Unterzeichnete fand erst in Achern die zurückgewiesenen zwei Batterien — 16 Geschütze — sammt ungefähr 3 Kompagnien Infanterie, welche nun die Besatzung des Kuppeler Thales bilden. Mit denselben hat sich noch Willich mit seiner Kolonne vereinigt, welcher zuletzt vor dem Feinde sich geordnet zurückzog.

Die Nachricht, daß die übrigen Truppen sich hier sammelten, veranlaßte den Unterzeichneten, sich noch diesen Abend hierher zu begeben; allein der größte Theil ist bereits nach Freiburg abgegangen. Was noch hier ist, wird wo möglich hier gehalten.

Nach der von einem Verwundeten erhaltenen Auskunft hatten die Unsrigen auch heute vor Rastatt ein siegreiches Treffen. Wir werden nun die beiden Pässe im Kupplerthal und Renchthal vorläufig heute Nacht und morgen früh besetzen, da es den Truppen nicht auszureden ist, daß die Würtemberger vorrückten und möglicherweise die Preußen diese wichtigen Pässe zu gewinnen suchen dürften.

Es ist nun dringend nothwendig, daß die noch weiter hinaufgezogenen Truppen nicht bloß in Freiburg gesammelt, sondern wo immer möglich wenigstens bis Offenburg heruntergeschoben werden. Der Kinzigthalpaß ist durchaus frei und nach einer mir heute zugegangenen Meldung ist im Hauptquartier von Stockach bereits ein würtembergisches Freicorps von 12 — 1500 Mann zu unserer Unterstützung angelangt.

Ich kehre nun sofort nach Achern zurück und werde morgen weitern Bericht erstatten.

Muth Bürger und ausgeharrt! Unsere Feinde müssen

doch noch unterliegen! Entmuthigen wir unser Volk nicht durch eigene Schwäche!

Offenburg, 30. Juni 1849.

Werner.

Gefecht bei Kuppenheim.

Am 29. Juni, Mittags 1½ Uhr, wurde unser Freiheitsheer bei Kuppenheim durch eine sehr bedeutende preußische Heeresmacht plötzlich angegriffen.

Da die beiderseitigen Uferdämme der Murg von oberhalb Kuppenheim bis an den Rhein als Brustwehren uns dienen konnten, und da am rechtseitigen Ufer von der Brücke der Ettlinger Straße ein Brückenkopf, auf welchem vier Kanonen aufgepflanzt waren, erbaut war, so konnte der erste Angriff der Fürstenknechte auf unsere Infanterie und Volkswehr ausgehalten werden.

Unsere ausgezeichnete Artillerie vertrieb bald nach Beginn des Kampfes jene der Preußen, sowie den Kartätschenprinzen mit seinem Stab von einer Anhöhe zwischen der Ettlinger Straße und dem Gebirge unterhalb des Ortes Bischweier, ließ durch einen Theil derselben diese Höhe selbst erstürmen uud richtete alsbald ein so kräftiges Feuer gegen den feindlichen linken Flügel, der den Eingang in das engere Murgthal oberhalb Bischweier erzwingen wollte, daß solcher sich zurückziehen und erwähntes Ort selbst räumen mußte.

Alsbald wurde das feindliche Centrum, welches an der Straße gegen Ettlingen aufgestellt war, angegriffen und ebenfalls geworfen, gleiches Schicksal hatte der westlich der Ettlinger Straße placirt gewesene rechte Flügel.

Um halb sieben Uhr Abends waren wir Sieger, und hatten erwirkt, daß unsere Gegner bis gegen Ettlingen fliehen mußten.

Wir haben nur den Tod eines, und die Verwundung von beiläufig zwanzig Mann zu bedauern, während der

Verlust des Feindes an Todten und Verwundeten viel größer ist.

Da zur Zeit, als der Sieg weiter benutzt, beziehungsweise der flüchtige Feind verfolgt werden sollte, und unsere Infanterie auf verrätherische Weise Kenntniß von dem Ausgang des Kampfes bei Gernsbach erhielt, leistete solche keinen Gehorsam mehr, floh gegen Oos, ließ unsere Artillerie auf dem Kampfplatze im Stich, brachte hierdurch in die Volkswehr (Lahrer Banner 2c.) Unordnung und erwirkte, daß letztere, so wie die Artillerie, welche die Geschützstücke in Sicherheit bringen wollte, selbst gegen Oos sich zurückziehen mußte.

Verrath und Feigheit eines Theils der Linie brachte uns um die Frucht des Sieges.

Bei Offenburg und hier sammeln wir uns, werden unsere Position im Murgthal wieder zu erhalten suchen und so Gott will, in Bälde vor weiland der Residenzstadt Karlsruhe uns lagern.

Freiburg, den 1. Juli 1849.

Verzagen wir nicht, dann wird der Gott der Freiheit mit uns sein. In diesen Tagen ist ein beträchtliches würtembergisches Freikorps uns zu Hülfe gezogen und gestern traf hier die Vorhut einer aus 6—700 Mann bestehenden Kolonne Schweizer Scharfschützen ein. In der nächsten Zeit wird in Aarau ein großes Schießen gehalten, zu dem sich 30—40,000 Schützen einfinden werden. Von dort aus hat man uns beträchtliche Hülfe zugesagt.*)

Auch im Südosten schreitet die Revolution vorwärts. Hören wir, was das in Colmar erscheinende Blatt, „der Rhein", hierüber berichtet:

„Diesen Augenblick kommen uns ernste Nachrichten von Triest zu, wir veröffentlichen sie ohne Commentar.

---

*) Alles das kam zu spät.

„Die Stadt Agram, Hauptstadt von Croatien, ist in völliger Empörung. Die Magyarenarmee, befehligt von Perczel, nähert sich derselben in Eilmärschen. — Ein kleines Armeekorps unter dem Befehl des ungarischen Generals Rajuniec marschirt gerade nach Fiume und Triest, um von da eine Diversion nach Venedig zu machen. Ich kann Ihnen sagen, welches die Gefühle der Stadt Triest sind. Man fürchtet die Ungarn nicht, man erwartet sie. Jedoch hat sich eine gewisse Besorgniß aller Gemüther bemächtigt."

„Der General Bem siegt im südlichen Ungarn, und Jellachich, trotz seinen vorgeblichen Siegen, wird in der Gegend von Peterwardein eng eingeschlossen."

„Der Blokus von Venedig ist von der Landseite aufgehoben. Alle diesen Blokus bildenden österreichischen Truppen und mehrere italienische Regimenter marschiren gegen die Ungarn, welche sich Triest nähern. Man versichert, daß sie zuerst Fiume nehmen werden."

Neuestes.

Am 30. Juni drangen Preußen und Mecklenburger über Baden nach Oos vor, stießen dort auf Joh. Philipp Becker, Kommandeur der 5. Division, und wurden von diesem mit Verlust von zwei Kanonen und zahlreichen Todten und Verwundeten zurückgeschlagen.

Druckfehler.

Seite 5, Zeile 7 von Oben statt „Despot“ lese „Despotismus.“
S. 33, Z. 1 v. O. statt „Volksversammlung“ lese „Volkserhebung.“
S. 36, Z. 8 und 9 von Unten statt „verloren“ lese „verborgen.“
S. 41, Z. 16 u. 17 v. U. schiebe zwischen „weit“ u. „das“ ein, „mehr.“
S. 42, Z. 6 v. U. statt „Fonsburg“ lese „Freiburg.“